

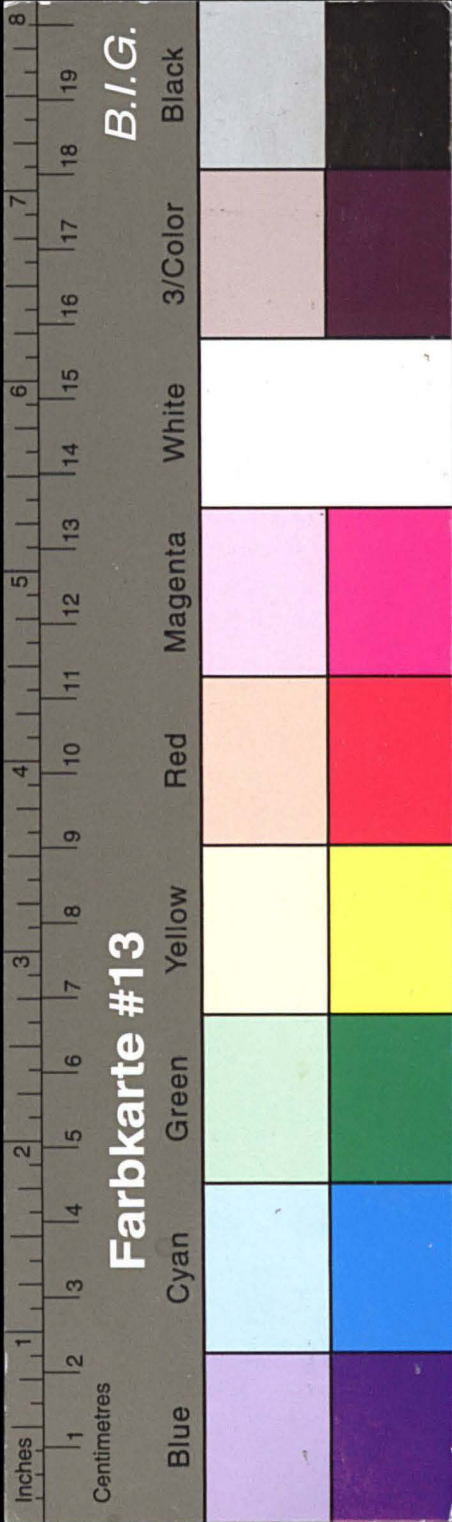
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

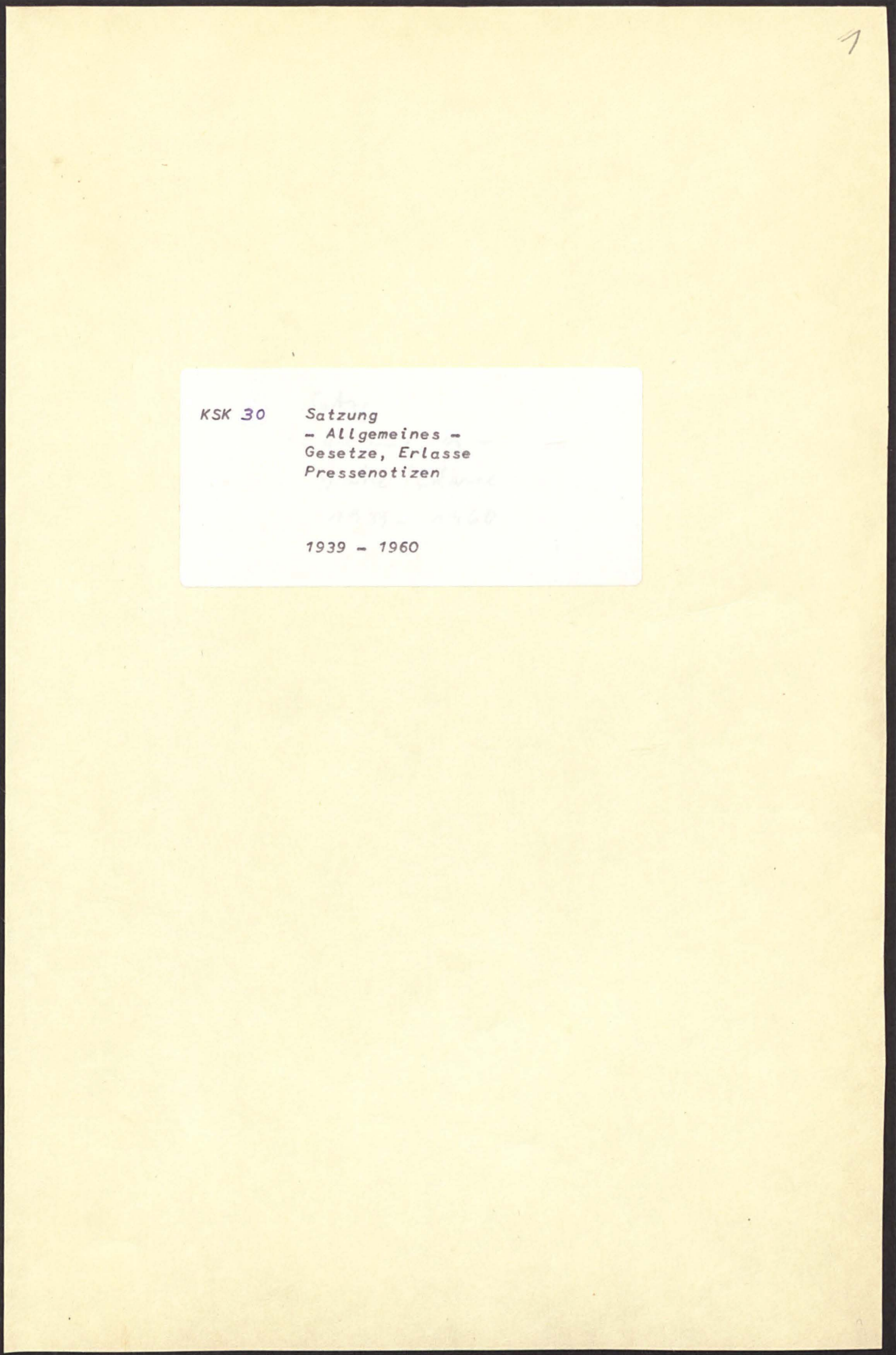
Bestand E103

124



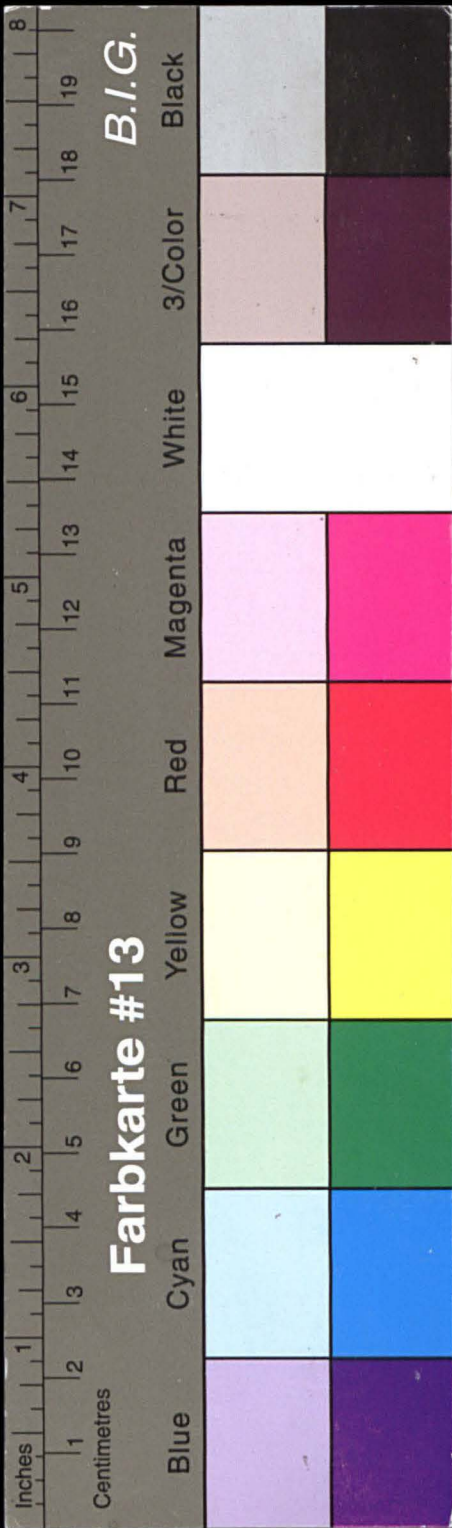
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



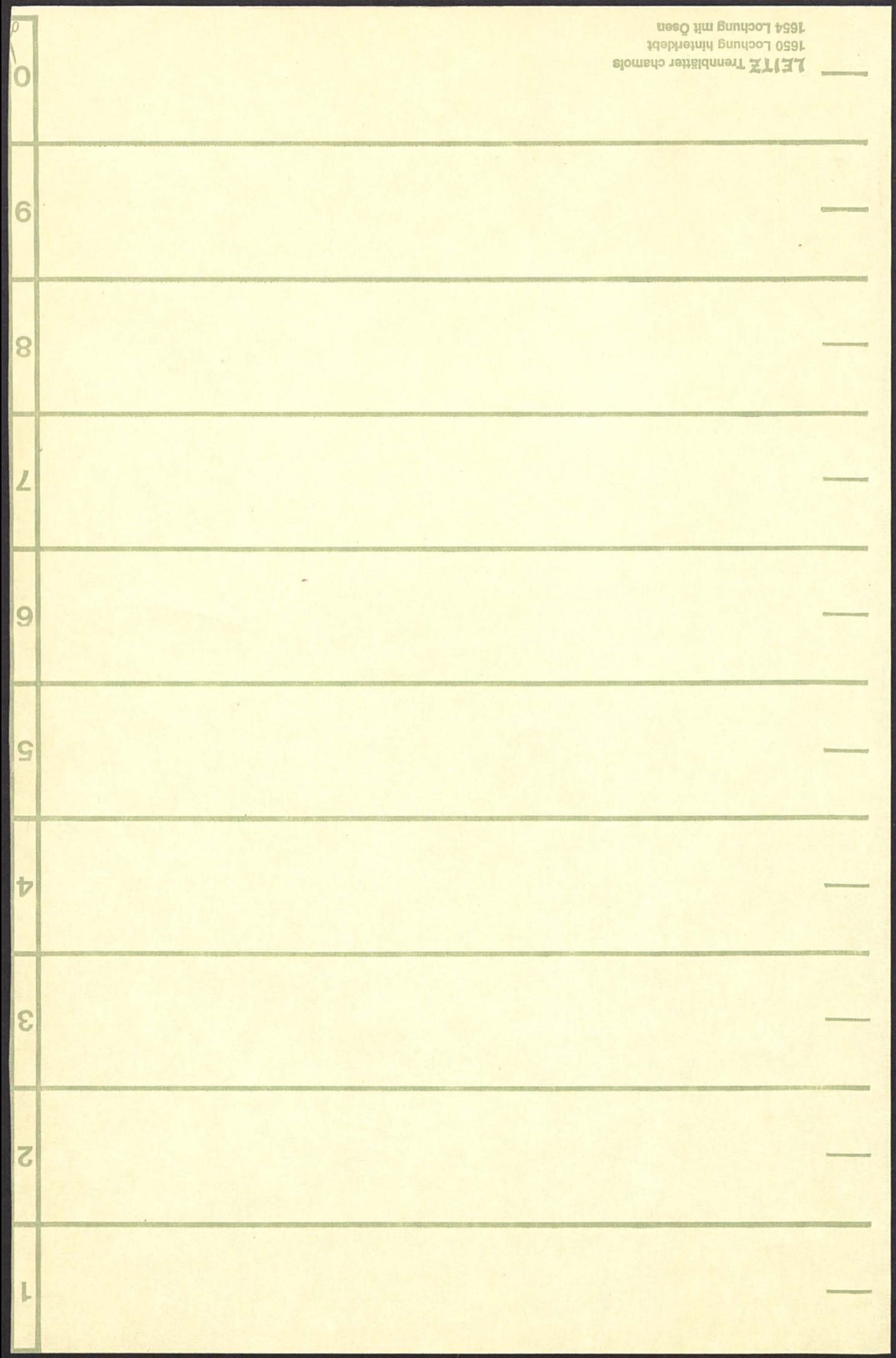
KSK 30 Satzung
 - Allgemeines -
 Gesetze, Erlasse
 Presse-notizen

 1939 - 1960



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



209

2

1953

Reichsgesetzblatt

Teil I

1939	Ausgegeben zu Berlin, den 30. September 1939	Nr. 192
Tag	Inhalt	Seite
15. 9. 39	Verordnung zur Änderung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen.....	1953
25. 9. 39	Bekanntmachung der neuen Fassung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen	1955

Verordnung zur Änderung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen.
Vom 15. September 1939.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet mit Gesetzeskraft:

Artikel 1

(1) Das Aufsichtsamt für das Kreditwesen wird aufgelöst. Seine Befugnisse gehen auf den Reichswirtschaftsminister über.

(2) Wo in Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften die Bezeichnung „Aufsichtsamt für das Kreditwesen (Aufsichtsamt)“ oder „Aufsichtsamt“ gebraucht wird, tritt an deren Stelle jeweils „Reichswirtschaftsminister“.

Artikel 2

Der Reichskommissar für das Kreditwesen erhält die Bezeichnung „Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen“. Wo in Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften die Bezeichnung „Reichskommissar für das Kreditwesen (Reichskommissar)“ oder „Reichskommissar“ gebraucht wird, tritt an deren Stelle jeweils „Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen (Reichsaufsichtsamt)“ oder „Reichsaufsichtsamt“.

Artikel 3

Das Reichsgesetz über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1203) in der Fassung der Gesetze vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1456) und vom 4. September 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1151) wird wie folgt geändert:

- Im § 1 Abs. 3 und 4 tritt an die Stelle von „Reichsregierung“ „Reichswirtschaftsminister“.
- Im § 2 wird der Bestimmung unter Buchst. d folgender Satzteil angefügt:
„sofern nicht das Unternehmen überwiegend Bankgeschäfte der im § 1 bezeichneten Art betreibt.“
- § 30 fällt fort.
- § 31 fällt fort.

5. § 32 erhält folgende Fassung:

„§ 32

(1) Der Reichswirtschaftsminister hat außer den ihm in diesem Gesetz besonders zugewiesenen Geschäften die Aufgabe, für die Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte in der allgemeinen Kredit- und Bankpolitik und die Anpassung der Geschäfte der Kreditinstitute an die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft zu sorgen sowie Mängel, die im Kredit- und Bankwesen hervortreten, zu beseitigen. Er kann geeignete Maßnahmen einleiten, sobald ein Kreditinstitut in Schwierigkeiten gerät oder zu geraten droht. Er kann Grundzüge über die Geschäftsführung der Kreditinstitute aufstellen.

(2) Maßnahmen der im Abs. 1 bezeichneten Art, denen eine besondere Bedeutung zukommt, sind im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsbankdirektorium sowie im Benehmen mit dem Reichsaufsichtsamt zu treffen.

(3) Der Reichswirtschaftsminister kann Richtlinien aufstellen, nach denen das Reichsaufsichtsamt seine Geschäfte zu führen hat.“

6. § 33 erhält folgende Fassung:

„§ 33

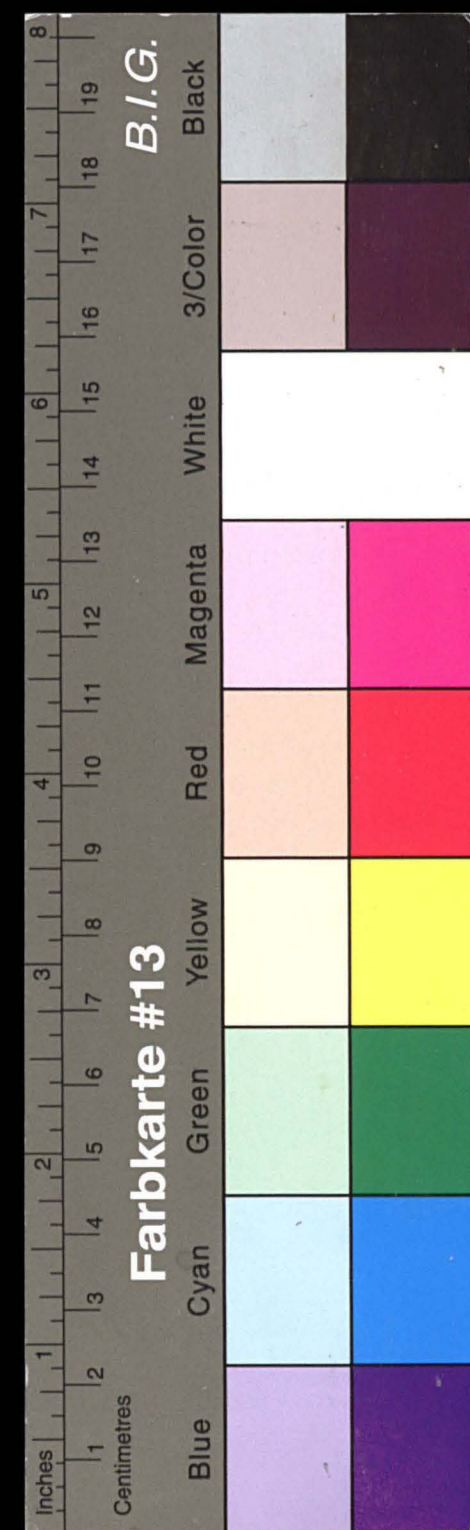
(1) Sämtliche inländischen Kreditinstitute und ihre Zweigstellen sowie die Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute im Inland unterliegen der Aufsicht des Reichsaufsichtsamts. Es hat für die Durchführung dieses Gesetzes Sorge zu tragen.

(2) Das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen ist eine Reichsbehörde, die dem Reichswirtschaftsminister untersteht. Es hat seinen Sitz in Berlin.

(3) Der Leiter des Reichsaufsichtsamts wird vom Führer und Reichskanzler auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministers nach Anhörung des Präsidenten der Deutschen Reichsbank ernannt; er führt die Amtsbezeichnung Präsident.“

Reichsgesetzbl. 1939 I

496



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

1954

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1939, Teil I

7. Dem § 34 wird als Buchst. f folgende Vorschrift angefügt:

„f) unbeschadet der allgemeinen reichsgesetzlichen Vorschriften Grundsätze für die Revisionen und Richtlinien für den Inhalt der Revisionsberichte aufzustellen.“

8. § 41 erhält folgende Fassung:

„§ 41

Personen und Organe, deren sich das Reichsaufsichtsamt zur Erfüllung seiner Obliegenheiten bedient, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie dürfen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die sie bei der Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten erfahren, nicht unbefugt weitergeben. Diese Pflicht wird durch Ausscheiden aus dem Dienst oder Beendigung der Tätigkeit nicht berührt.“

9. § 42 erhält folgende Fassung:

„§ 42

Die Kosten des Reichsaufsichtsamts sind dem Reich von den Kreditinstituten zu erstatten. Die der Deutschen Reichsbank durch die Bearbeitung der bei ihr nach § 20 einzureichenden Bilanzen und deren Veröffentlichung entstehenden Kosten und Ausgaben sind wie Kosten des Reichsaufsichtsamts zu erstatten. Der Reichswirtschaftsminister stellt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die für die Durchführung der Erstattung erforderlichen Grundsätze auf und regelt das Verfahren.“

10. § 43 Abs. 3 fällt fort.

11. Im § 44 fallen die Worte „der Reichsregierung“ fort.

12. Im § 47 Abs. 2 fallen die Worte „das Aufsichtsamt oder“ fort und die Worte „Die Reichsregierung“ werden durch die Worte „Der Reichswirtschaftsminister“ ersetzt.

13. § 49 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) auf die Aufforderung zur Auskunftserteilung gegenüber dem Reichsaufsichtsamt oder Dr-

ganen und Personen, deren es sich zur Erfüllung seiner Obliegenheiten bedient, falsche Angaben macht!“

b) Im Abs. 2 werden die Worte „der Reichsregierung“ durch die Worte „des Reichswirtschaftsministers“ ersetzt.

14. Im § 51 Abs. 1 fallen der zweite und der dritte Satz fort.

15. Dem § 59 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Der Reichswirtschaftsminister ist ferner ermächtigt, Aufgaben und Befugnisse, die ihm auf dem Gebiet des Bank- oder Sparkassenwesens auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen zustehen, dem Reichsaufsichtsamt zu übertragen. Die Anordnung ist im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger bekanntzumachen.“

16. Der Reichswirtschaftsminister erläßt die Maßnahmen nach §§ 16, 17, 24, 28 und 29 im Einvernehmen und die Maßnahmen nach §§ 11, 12, 15 und 26 im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium.

Artikel 4

(1) Über die beim Inkrafttreten dieser Verordnung beim Aufsichtsamt anhängigen Beschwerden (§ 43 des im Artikel 3 genannten Reichsgesetzes vom 5. Dezember 1934) entscheidet der Reichswirtschaftsminister.

(2) Der Reichsminister der Finanzen erläßt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Befolungs- und haushaltsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 5

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, den Wortlaut des Reichsgesetzes über das Kreditwesen, wie er sich aus den Änderungen dieser Verordnung sowie den bisher zu seiner Änderung ergangenen Gesetzen ergibt, unter fortlaufender Paragrafenfolge neu bekanntzumachen.

Artikel 6

Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1939 in Kraft.

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung

Göring
Generalfeldmarschall

Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft
Walther Funk

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

Nr. 192 — Tag der Ausgabe: 30. September 1939

1955

Bekanntmachung der neuen Fassung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen.

Vom 25. September 1939.

Auf Grund des Artikels 5 der Verordnung zur Änderung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 15. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1953) mache ich hiermit den Wortlaut des Gesetzes über das Kreditwesen in der vom 1. Oktober 1939 ab geltenden Fassung bekannt.

Berlin, den 25. September 1939.

Der Reichswirtschaftsminister

In Vertretung

Dr. Landfried

*

*

*

Gesetz über das Kreditwesen.

Vom 25. September 1939.

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

(1) Den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen alle Unternehmungen, die Bank- oder Sparkassengeschäfte im Inland betreiben (Kreditinstitute). Bank- oder Sparkassengeschäfte sind insbesondere solche der nachstehend bezeichneten Art:

- a) die Annahme und Abgabe von Geldbeträgen ohne Rücksicht darauf, ob Zinsen vergütet werden oder nicht;
- b) die Anschaffung und Veräußerung von Wertpapieren für andere;
- c) die Verwaltung und Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft);
- d) die Übernahme von Haftungen und Garantien für Dritte, soweit diese Geschäfte nicht von Versicherungsunternehmen betrieben werden.

(2) Zu den Kreditinstituten gehören auch Girokassen, Giroverbände, Girozentralen und sonstige Einrichtungen, welche dem Abrechnungsverkehr dienen.

(3) Der Reichswirtschaftsminister kann andere Arten von Geschäften bezeichnen, durch deren Betrieb eine Unternehmung Kreditinstitut im Sinne dieses Gesetzes wird.

(4) Das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen (Reichsaufsichtsamt) entscheidet in Zweifelsfällen, ob eine Unternehmung als Kreditinstitut zu gelten hat. Es kann mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers Ausnahmen für Einzelfälle oder für bestimmte Arten von Geschäften zulassen. Seine Entscheidung bindet die Gerichte und Verwaltungsbehörden.

§ 2

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf

- a) die Deutsche Reichsbank,
- b) die Deutsche Golddiskontbank,
- c) die Deutsche Reichspost mit ihren Ämtern und Untstellen,

d) die Unternehmen, die auf Grund der Gemeinnützigkeitsverordnung (Siebenter Teil, Kapitel III der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 — Reichsgesetzbl. I S. 517, 593) als gemeinnützige Wohnungsunternehmen oder als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt sind, sofern nicht das Unternehmen überwiegend Bankgeschäfte der im § 1 bezeichneten Art betreibt,

e) die Unternehmungen, die das Pfandleihgewerbe betreiben,

f) private Bauparkassen und Geschäftsbetriebe, die diesen gemäß § 112 Abs. 2 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bauparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315) in der Fassung des Gesetzes vom 5. März 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 269) und der Zweiten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 19. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1300) gleichgestellt sind oder werden, sowie öffentlich-rechtliche Bauparkassen.

(2) Für Unternehmungen der im Abs. 1 Buchst. d bis f bezeichneten Art gelten jedoch die Vorschriften dieses Gesetzes insoweit, als sie neben dem ihnen eigentümlichen Geschäftsbetrieb Geschäfte der im § 1 bezeichneten Art betreiben. In Zweifelsfällen entscheidet der Reichswirtschaftsminister, ob für solche Unternehmungen die Vorschriften dieses Gesetzes zu gelten haben.

II. Erlaubnis und Unterjagung

§ 3

(1) Unternehmungen, welche Geschäfte von Kreditinstituten im Inland betreiben wollen, bedürfen dazu der Erlaubnis. Für die Erteilung der Erlaubnis ist das Reichsaufsichtsamt zuständig.

(2) Die Erlaubnis ist auch erforderlich

- a) bei inländischen Kreditinstituten zum Betrieb von Zweigniederlassungen, Depotkassen, Agen-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

1956

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1939, Teil I

turen, Annahme- und Zahlstellen jeder Art (Zweigstellen) im Inland oder Ausland, b) bei ausländischen Kreditinstituten zum Betrieb von Zweigstellen im Inland.

- (1) Die Erlaubnis darf nur versagt werden, a) wenn die Geschäftsleiter des Kreditinstituts oder die Leiter von Zweigstellen nicht ehrbar oder fachlich nicht genügend vorgebildet sind oder die für den Betrieb der Unternehmung oder des Betriebsteiles, den sie zu leiten haben, sonst noch erforderlichen Eigenschaften und Erfahrungen nicht besitzen; b) wenn die Erlaubnis unter Berücksichtigung der örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse nicht gerechtfertigt erscheint; c) wenn der Unternehmung die zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel im Inland nicht zur Verfügung stehen.

(2) Zu den Geschäftsleitern im Sinne des Abs. 1 Buchst. a gehören insbesondere die Inhaber, die persönlich haftenden Gesellschafter, die Geschäftsführer und die Vorstandsmitglieder eines Kreditinstituts, die Sparkassenleiter sowie die Mandanten und Richter bei Genossenschaften. Zu den Geschäftsleitern rechnen auch die Verwaltungsratsmitglieder eines Kreditinstituts, sofern sie die Befugnisse von Vorstandsmitgliedern haben.

§ 5

- (1) Das Reichsaufsichtsamt kann die Erlaubnis zurücknehmen, a) wenn der Geschäftsbetrieb, auf den sich die Erlaubnis bezieht, nicht innerhalb eines Jahres seit der Erteilung der Erlaubnis eröffnet wird; b) wenn der Geschäftsbetrieb ein Jahr lang nicht mehr ausgeübt worden ist. (2) Die Vorschrift des Abs. 1 Buchst. b findet sinngemäß Anwendung auf die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Kreditinstitute (§ 50).

§ 6

- (1) Das Reichsaufsichtsamt kann die Fortführung des Geschäftsbetriebes untersagen, a) wenn die Erlaubnis durch unrichtige Angaben oder durch täuschende Handlungen erwirkt worden ist; b) wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß Geschäftsleiter der Unternehmung (§ 4 Abs. 2) nicht die für ihre Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit besitzen; c) wenn das Kreditinstitut keine Gewähr für die Sicherheit der ihm anvertrauten Gelder oder Wertpapiere bietet oder wenn es wichtige allgemeine Interessen verletzt. (2) Eine Unterlagung gemäß Abs. 1 kann sich auch auf einen Teil des Geschäftsbetriebes sowie auf einzelne Zweigstellen beschränken.

§ 7

- (1) In dem Verfahren, das die Zurücknahme der Erlaubnis oder die Unterlagung des Geschäftsbetriebes zum Gegenstand hat, muß das Reichsaufsichts-

amt dem Kreditinstitut Gelegenheit zur Äußerung geben; in geeigneten Fällen kann es Fristen zur Beilegung von Mängeln setzen.

(2) Wenn das Reichsaufsichtsamt die Erlaubnis zurücknimmt oder den Geschäftsbetrieb untersagt, so kann es bestimmen, daß seine Entscheidung wie ein Auflösungsbeschluß wirkt. Für die Abwicklung der Geschäfte kann es grundsätzliche Anordnungen treffen. Es kann auch im Fall einer freiwilligen Liquidation Liquidatoren bestellen oder Liquidatoren abberufen. Liquidator kann auch eine juristische Person sein.

III. Anzeigepflicht § 8

- (1) Die Kreditinstitute haben a) jeden Wechsel in der Person der Geschäftsleiter (§ 4 Abs. 2), b) Kapitalveränderungen, soweit sie in einem öffentlichen Register eingetragen werden müssen, c) die Absicht der Vereinigung mit einem anderen Kreditinstitut sowie die erfolgte Übernahme von dauernden Beteiligungen an solchen, d) die Einstellung des Geschäftsbetriebes sowie die Schließung von Zweigstellen dem Reichsaufsichtsamt oder der von ihm bestimmten Stelle unverzüglich anzuzeigen.

(2) Das Reichsaufsichtsamt kann anordnen, daß ihm auch ein Wechsel in der Person der Leiter von Zweigstellen anzuzeigen ist.

§ 9

- (1) Die Kreditinstitute haben Namen oder Firma derjenigen ihrer Kreditnehmer, deren Gesamtverschuldung bei dem einzelnen Kreditinstitut im Laufe von zwei Monaten eine Million Reichsmark übersteigt, unter Angabe der am Ende des Berichtsmonats in Anspruch genommenen Kredite bis zum 10. des folgenden Monats dem Reichsaufsichtsamt anzuzeigen. Berichtsmonate sind der Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. (2) Ergibt sich, daß ein Kreditnehmer bei mehreren Kreditinstituten Kredite in Anspruch genommen hat, so kann das Reichsaufsichtsamt die beteiligten Kreditinstitute davon benachrichtigen. Diese Benachrichtigung darf sich nur auf die Höhe der Gesamtverschuldung des Kreditnehmers und auf die Anzahl der Kreditinstitute erstrecken, von deren Inanspruchnahme durch den Kreditnehmer das Reichsaufsichtsamt Kenntnis erhalten hat.

(3) Der Reichswirtschaftsminister kann Ausnahmen von den Vorschriften des Abs. 1 zulassen. Er bestimmt, was als Gesamtverschuldung im Sinne des Abs. 1 zu gelten hat.

IV. Schutz der Bezeichnungen „Bank“ und „Sparkasse“ § 10

- (1) Die Bezeichnungen „Bank“, „Bankier“ oder eine Bezeichnung, in der das Wort „Bank“ oder „Bankier“ vorkommt, dürfen in der Firma, als Zusatz zur Firma, zur Bezeichnung des Geschäftszweckes oder zu Werbezwecken nur führen: a) die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Kreditinstitute,

Nr. 192 — Tag der Ausgabe: 30. September 1939

1957

- b) diejenigen Unternehmungen, denen eine Erlaubnis gemäß § 3 Abs. 1 erteilt ist, c) diejenigen Unternehmungen, denen die Befugnis zur Führung einer der obigen Bezeichnungen vom Reichsaufsichtsamt erteilt worden ist.

Die Befugnis erlischt, sobald infolge einer Zurücknahme der Erlaubnis, einer Unterlagung des Geschäftsbetriebes oder aus einem anderen Grunde der Betrieb von Bankgeschäften eingestellt ist.

(2) Die Beschränkungen des Abs. 1 finden keine Anwendung auf die Deutsche Reichsbank und die Deutsche Goldkassendbank.

(3) Die Bezeichnung „Sparkasse“ oder eine Bezeichnung, in der das Wort „Sparkasse“ enthalten ist, dürfen nur die öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Spar- und Girokassen führen. Sie dürfen eine Bezeichnung der im Abs. 1 genannten Art ohne Zustimmung des Reichsaufsichtsamts nicht neu aufnehmen.

(4) Die Vorschrift des Abs. 3 findet, soweit sie die Führung einer Bezeichnung betrifft, in der das Wort „Sparkasse“ enthalten ist, keine Anwendung auf öffentlich-rechtliche und solche private Bauparkassen, die dem Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bauparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315) unterliegen, sowie auf eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die einem Prüfungsverband gemäß § 54 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1077) angehören. Sie dürfen aber eine Bezeichnung der im Abs. 3 Satz 1 genannten Art mit Zustimmung des Reichsaufsichtsamts führen.

(5) Führt eine in einem öffentlichen Register eingetragene Unternehmung eine Firma oder einen Zusatz zur Firma, deren Gebrauch nach Abs. 1 oder 3 unzulässig ist, so ist sie von dem Registergericht zur Unterlassung des Gebrauchs der Firma oder des Zusatzes durch Ordnungsstrafen bis zu 1000 Reichsmark anzuhalten.

(6) Wird eine Firma oder ein Zusatz zur Firma geführt, deren Gebrauch nach Abs. 1 oder 3 unzulässig ist, so kann das Registergericht die Firma von Amts wegen löschen. § 142 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, § 143 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit finden entsprechend Anwendung.

(7) Das Reichsaufsichtsamt entscheidet, ob der Gebrauch einer Firma oder eines Zusatzes zur Firma nach Abs. 1 oder 3 zulässig ist; es ist berechtigt, Anträge zum Zweck des Einschreitens bei den Registergerichten zu stellen und gegen Verfügungen, durch die über solche Anträge entschieden wird, das Rechtsmittel der Beschwerde zu erheben.

V. Vorschriften für das Kreditgeschäft und die Liquidität § 11

- (1) Die Gesamtverbindlichkeiten eines Kreditinstituts aus a) Depositengeldern, b) Spareinlagen,

- c) Kontokorrentguthaben der Kundschaft, d) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten, e) Restroverpflichtungen, f) der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener und gezogener Wechsel (soweit diese Wechsel sich im Verkehr befinden)

sollen abzüglich der liquiden Mittel im Sinne des § 16 Abs. 1 und 2 ein im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium vom Reichswirtschaftsminister zu bestimmendes Mehrfaches des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten.

(2) Als haftendes Eigenkapital eines Kreditinstituts ist anzusehen

- a) bei Einzelfauleuten oder Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit (insbesondere offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) das Geschäftskapital nach Abzug der entstandenen Verluste oder Wertminderungen sowie der Entnahmen der Inhaber und der diesen gewährten Kredite. Nachgewiesenes freies Vermögen des oder der unbeschränkt haftenden Inhaber kann berücksichtigt werden; b) bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung das eingezahlte Kapital zuzüglich der ausgewiesenen Reserven, jedoch abzüglich entstandener Verluste; c) bei eingetragenen Genossenschaften die Geschäftsguthaben und ausgewiesenen Reserven zuzüglich eines Zuschlages, welcher der Haftungsverpflichtung der Genossen Rechnung trägt, jedoch abzüglich entstandener Verluste; d) bei Kreditinstituten des öffentlichen Rechts das Dotationskapital und die ausgewiesenen Reserven, jedoch abzüglich entstandener Verluste. (3) Als Reserven im Sinne des Abs. 2 gelten nicht außerordentliche Reserven, stille Reserven, Deckreserven und Rückstellungen jeder Art.

(4) Maßgebend für die Bemessung des haftenden Eigenkapitals im Sinne des Abs. 2 ist die letzte für den Schluß eines Geschäftsjahres festgestellte Bilanz.

(5) Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium

- a) die Einbeziehung von unter Abs. 1 Buchst. e fallenden Verbindlichkeiten auszuschließen sowie die Einbeziehung von Verbindlichkeiten aus der Übernahme von Bürgschaften oder anderen Haftungen mit Einschluß der Indossamentenverbindlichkeiten in die Gesamtverbindlichkeiten (Abs. 1) zu bestimmen, b) das Verhältnis der Gesamtverbindlichkeiten (Abs. 1) zu dem haftenden Eigenkapital (Abs. 2) für einzelne Kreditinstitute oder Arten oder Gruppen von Kreditinstituten verschieden zu bemessen; die Gesamtverbindlichkeiten (Abs. 1) abzüglich der liquiden Mittel im Sinne des § 16 Abs. 1 und 2 dürfen jedoch bei allen Kreditinstituten das Fünffache des haftenden Eigenkapitals erreichen, c) bei Kreditinstituten des öffentlichen Rechts, für welche öffentlich-rechtliche Gewährträger haften,



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Bestimmungen zu treffen, insoweit diese Haftung an die Stelle des haftenden Eigenkapitals treten kann.

§ 12

(1) Die von einem Kreditinstitut an denselben Kreditnehmer gewährten Kredite sollen einen vom Reichswirtschaftsminister im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium zu bestimmenden Hundertsatz des haftenden Eigenkapitals (§ 11 Abs. 2) nicht überschreiten.

(2) Kredite, welche die festgesetzte Grenze übersteigen, bedürfen unbeschadet der Rechtswirksamkeit des Kreditgeschäfts der Zustimmung sämtlicher Geschäftsleiter (§ 4 Abs. 2). Solche Kredite sind dem Reichsaufsichtsamt anzuzeigen.

(3) Als Kredite sind anzusehen alle Arten von Krediten mit Einschluß von Wechselkrediten, Bürgschaften und sonstigen Haftungen zu Lasten des Kreditinstituts; maßgebend sind die Kreditbeträge. Als Kredite gelten ferner Beteiligungen des Kreditinstituts an der Unternehmung des Kreditnehmers; maßgebend sind die Bilanzwerte der Beteiligungen. Zugunsten des Kreditinstituts bestehende Sicherheiten sowie Guthaben des Kreditnehmers bei dem Kreditinstitut bleiben außer Betracht. Als ein und derselbe Kreditnehmer gelten außer dem Kreditnehmer selbst die von ihm abhängigen Unternehmungen, die Unternehmungen, von denen der Kreditnehmer abhängt, sämtliche demselben Konzern angehörenden Unternehmungen und bei Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit die Gesellschaft und ihre Gesellschafter.

(4) Die Vorschriften der Abs. 1 bis 3 finden keine Anwendung auf Kredite, die an das Reich und die Länder gewährt oder von diesen verbürgt oder von diesen sonst gesichert sind.

§ 13

Bei Einarbeitung von ungedeckten Krediten, die in der Gesamtsumme einen Betrag von 5000 Reichsmark bei einem Kreditnehmer überschreiten, ist das Kreditinstitut verpflichtet, von dem Kreditnehmer die Offenlegung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse oder die Einsicht in seine Bilanzen zu verlangen. Das Reichsaufsichtsamt kann allgemein oder im Einzelfall eine von dem im Satz 1 genannten Betrag abweichende Grenze festsetzen.

§ 14

(1) Geschäftsleitern (§ 4 Abs. 2), Mitgliedern des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats eines Kreditinstituts sowie allen bei einem Kreditinstitut tätigen Beamten und Angestellten dürfen Kredite nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses sämtlicher Geschäftsleiter und nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats gewährt werden. Ebenso dürfen Kredite an Geschäftsleiter, Mitglieder des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats sowie Beamte und Angestellte einer abhängigen oder herrschenden Unternehmung nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses sämtlicher Geschäftsleiter und nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats der herrschenden Unternehmung gewährt werden. Die Zustimmung kann für gewisse Kreditgeschäfte oder Arten von Kreditgeschäften im voraus, jedoch

nicht für länger als drei Monate erteilt werden. Der Beschluß, durch den die Zustimmung erteilt wird, hat auch Bestimmungen über die Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu enthalten. Der Gewährung eines Kredits steht die Gestattung aller Entnahmen gleich, die über die einem Geschäftsleiter oder einem Mitglied des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats zustehenden Vergütungen hinausgehen, insbesondere auch die Gestattung von Vorschüssen auf Vergütungen.

(2) Kredite und Vorschüsse an Beamte und Angestellte, die ein Monatsgehalt nicht übersteigen, fallen nicht unter die Vorschriften des Abs. 1.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1 gelten auch für Kredite an den Ehegatten oder an ein minderjähriges Kind eines Geschäftsleiters, eines Mitgliedes des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats sowie eines Beamten oder Angestellten; sie gelten ferner für Kredite an einen Dritten, der für Rechnung einer dieser Personen handelt.

(4) Gehört einer kreditnehmenden Unternehmung ein Geschäftsleiter des kreditgewährenden Kreditinstituts als Geschäftsleiter oder Mitglied eines Organs an, so bedarf die Gewährung von Krediten des einstimmigen Beschlusses sämtlicher Geschäftsleiter und der ausdrücklichen Zustimmung des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats. Entsprechendes gilt, wenn dem kreditgewährenden Kreditinstitut ein Geschäftsleiter der kreditnehmenden Unternehmung als Geschäftsleiter oder Mitglied eines Organs angehört.

(5) Wird entgegen den Vorschriften der Abs. 1 bis 4 Kredit gewährt, so ist der Kredit ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen sofort zurückzahlen, es sei denn, daß die zur Gewährung des Kredits erforderlichen Beschlüsse nachträglich gefaßt werden.

(6) Die Mitglieder des Vorstandes und die Geschäftsführer sind zum Ersatz verpflichtet, wenn sie entgegen den Vorschriften der Abs. 1 bis 4 Kredit gewähren. Die Mitglieder des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats sind zum Ersatz verpflichtet, wenn mit ihrem Wissen und ohne ihr Einverständnis entgegen den Vorschriften der Abs. 1 bis 4 Kredit gewährt wird. Der Ersatzanspruch kann auch von den Gläubigern des Kreditinstituts, soweit sie von diesem ihre Befriedigung nicht erlangen können, geltend gemacht werden. Die Ersatzpflicht wird ihnen gegenüber weder durch einen Verzicht des Kreditinstituts noch dadurch aufgehoben, daß die Handlung auf einem Beschluß des obersten Organs (Generalversammlung, Gesellschafterversammlung und dergleichen) beruht. Die Ansprüche auf Grund dieser Vorschriften verjähren in fünf Jahren.

(7) Sofern die Kredite an die in den Abs. 1 und 3 genannten Personen die Höhe eines Jahresbezugs übersteigen, ist dies unverzüglich dem Reichsaufsichtsamt anzuzeigen; handelt es sich um Kredite im Sinne des Abs. 3, so sind die Jahresbezüge des bei dem Kreditinstitut beschäftigten Ehegatten oder Elternteils maßgebend. Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, für Kreditinstitute und Gruppen von Kreditinstituten hiervon Abweichungen zuzulassen.

(8) Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, Vorschriften zu erlassen, welche die Aufnahme von Krediten für Effektengeschäfte durch Geschäftsleiter

sowie Beamte und Angestellte von Kreditinstituten regeln. Die Vorschriften berühren die Rechtswirksamkeit der Kreditgeschäfte nicht.

§ 15

(1) Anteile am Geschäftsergebnis, die Geschäftsleitern eines Kreditinstituts (§ 4 Abs. 2), soweit sie nicht Inhaber, Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft oder persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft sind, sowie Leitern von Zweigstellen zustehen, dürfen dem Berechtigten jeweils nicht voll ausbezahlt werden. Ein vom Reichswirtschaftsminister im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium festgesetzter Hundertsatz des Anteils eines jeden Berechtigten ist einzubehalten; er kann auf Wunsch des Berechtigten in mündelwürdigen Werten angelegt werden. Der einzubehaltende Hundertsatz soll nicht mehr als die Hälfte des dem Berechtigten zufallenden Anteils betragen.

(2) Die einbehaltenen Beträge sowie die Werte, in denen sie angelegt sind, haften dem Kreditinstitut für alle Ersatzansprüche gegen den Berechtigten; sie dürfen den Berechtigten erst nach ihrem Auscheiden und erst, nachdem ihnen Entlastung erteilt worden ist, frühestens jedoch nach Ablauf eines Jahres nach dem Auscheiden, freigegeben werden.

§ 16

(1) Die Kreditinstitute haben eine Barreserve zu halten, die aus dem Kassenbestand sowie den Guthaben bei der Reichsbank und den deutschen Postsparkassen gebildet wird. Die Barreserve muß mindestens einen vom Reichswirtschaftsminister im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium festzusetzenden Hundertsatz der Verpflichtungen gemäß § 11 Abs. 1 Buchst. a, c, d, e und f ausmachen. Der Hundertsatz kann für die einzelnen Arten oder Gruppen von Kreditinstituten verschieden bemessen, darf jedoch in keinem Fall auf mehr als 10 vom Hundert festgesetzt werden. Der Reichswirtschaftsminister kann im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium zulassen, daß unter § 11 Abs. 1 Buchst. e fallende Verpflichtungen bei der Berechnung außer Ansatz gelassen werden.

(2) Ferner haben die Kreditinstitute einen vom Reichswirtschaftsminister im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium festzusetzenden Hundertsatz ihrer Verpflichtungen gemäß § 11 Abs. 1 Buchst. a, c, d, e und f in Handelswechseln, die innerhalb von 90 Tagen fällig sind, und in Wertpapieren zu unterhalten, welche nach dem Bankgesetz von der Reichsbank zum Lombardverkehr zugelassen sind oder zugelassen werden können. Der Hundertsatz kann für die einzelnen Arten oder Gruppen von Kreditinstituten verschieden bemessen, darf jedoch in keinem Fall auf mehr als 30 vom Hundert festgelegt werden. Der Reichswirtschaftsminister kann im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium zulassen, daß unter § 11 Abs. 1 Buchst. e fallende Verpflichtungen bei der Berechnung außer Ansatz gelassen und daß auch andere als im Satz 1 genannte Anlagen in den Hundertsatz einbezogen werden.

(3) Der Reichswirtschaftsminister kann im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium bestimmen, daß die Vorschriften der Abs. 1 und 2 auf einzelne

Arten von Kreditinstituten ganz oder teilweise keine Anwendung finden; er kann für diese Fälle Sondervorschriften erlassen.

§ 17

(1) Der Besitz eines Kreditinstituts an Aktien, Kuxen und Bergwerksanteilen, mit Ausnahme der dauernden Beteiligungen, sowie an nicht zum Handel an deutschen Börsen zugelassenen Schuldverschreibungen soll einen vom Reichswirtschaftsminister im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium festzusetzenden Hundertsatz der Verpflichtungen gemäß § 11 Abs. 1 Buchst. a, c, d, e und f nicht überschreiten, unbeschadet der für einzelne Arten von Kreditinstituten geltenden besonderen Vorschriften, die den Erwerb der genannten Werte untersagen oder weiter einschränken. Der Hundertsatz kann für die einzelnen Arten oder Gruppen von Kreditinstituten verschieden bemessen, soll jedoch in keinem Fall auf weniger als 5 vom Hundert festgesetzt werden. Der Reichswirtschaftsminister kann im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium bestimmen, daß die Vorschrift des Satzes 1 auf bestimmte Arten von zum Handel an deutschen Börsen nicht zugelassenen Schuldverschreibungen keine Anwendung findet.

(2) Die Anlagen eines Kreditinstituts in Grundstücken, Gebäuden und dauernden Beteiligungen sollen, nach den in die Bilanz eingetragenen Beträgen berechnet, insgesamt den Betrag des Eigenkapitals des Kreditinstituts (§ 11 Abs. 2) nicht überschreiten.

§ 18

Das Reichsaufsichtsamt kann anordnen, daß von Kreditinstituten, bei denen die auf Grund der §§ 11, 12, 16 und 17 festgesetzten Grenzen nicht innegehalten sind, Ausschüttungen von Gewinnanteilen auf das Grund- oder Stammkapital, die Geschäftsguthaben und dergleichen über einen von ihm festzusetzenden Satz hinaus nicht vorgenommen werden dürfen. Einer solchen Anordnung widersprechende Beschlüsse sind insoweit nichtig.

§ 19

Das Reichsaufsichtsamt kann auf Antrag zulassen, daß Kreditinstitute vorübergehend von den Vorschriften der §§ 11, 12, 16 und 17 abweichen.

VI. Einreichung von Bilanzen

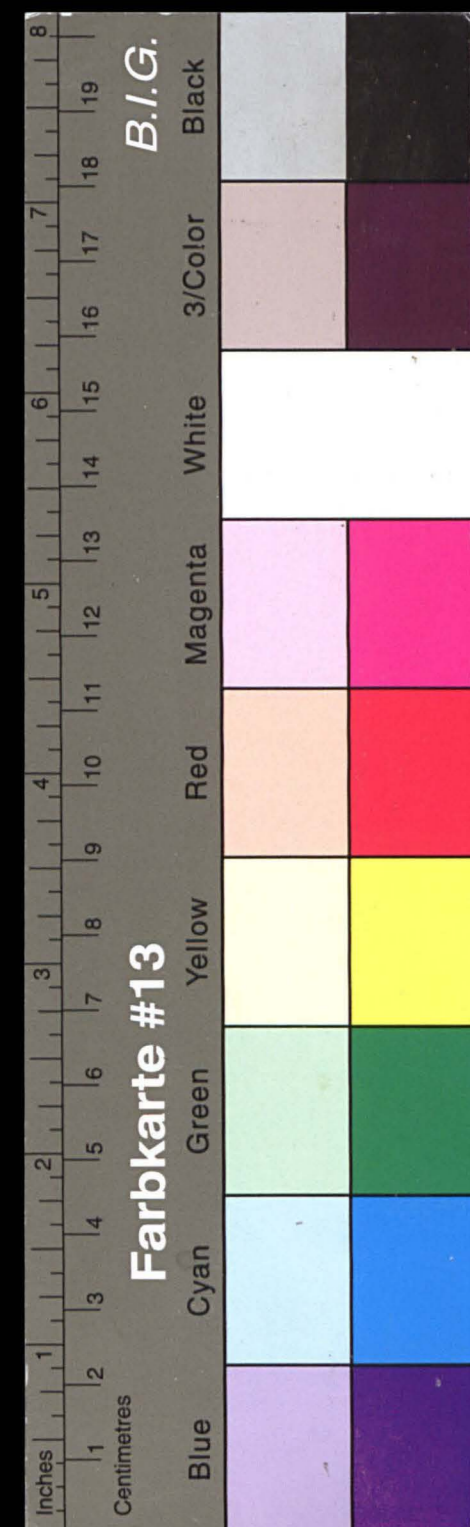
§ 20

(1) Dem Reichsbankdirektorium haben einzureichen:

- a) die als Einzelfirmen, offene Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften betriebenen Kreditinstitute:

1. die Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung unverzüglich nach ihrer Fertigstellung,
2. eine Rohbilanz nach dem Stande vom 30. Juni spätestens am letzten Tage des auf den Abflußtag folgenden Monats;

b) Kreditinstitute, die in der Form von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Genossenschaften oder in der Form von öffentlich-rechtlichen Instituten betrieben wer-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

1960

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1939, Teil I

den und deren Bilanzsumme eine Million Reichsmark nicht überschreitet:

1. ihre Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung innerhalb einer Woche nach ihrer Genehmigung durch die dazu berufenen Stellen,
2. ihre Rohbilanz nach dem Stande vom 30. Juni spätestens am letzten Tage des auf den Abschlusstag folgenden Monats;

c) die öffentlich-rechtlichen und die auf privatem Recht beruhenden Sparkassen:

1. die Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung innerhalb einer Woche nach ihrer Genehmigung durch die dazu berufenen Stellen,
2. Monatsausweise für die Monate Januar bis Dezember bis zum achten Tage des auf den Abschlusstag folgenden Monats;

d) alle übrigen Kreditinstitute:

1. die Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung innerhalb einer Woche nach ihrer Genehmigung durch die dazu berufenen Stellen,
2. Monatsausweise für die Monate Januar bis November bis zum fünfzehnten Tage des auf den Abschlusstag folgenden Monats.

(2) Die gemäß Abs. 1 einzureichenden Bilanzen und Monatsausweise sind mit Ausnahme der Jahresbilanzen nach näherer Vorschrift des Reichswirtschaftsministers aufzugliedern.

(3) Das Reichsbankdirektorium ist berechtigt, Anordnungen über die statistischen Veröffentlichungen der gemäß Abs. 1 einzureichenden Bilanzen und Monatsausweise zu treffen. Die Bilanzen der als Einzelunternehmen, offene Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften betriebenen Kreditinstitute dürfen einzeln nicht veröffentlicht werden.

(4) Die Kreditinstitute haben ferner die Bilanzen und Monatsausweise nach näheren Vorschriften des Reichsbankdirektoriums zu erläutern und ihm die dazu weiter geforderten Auskünfte zu geben. Die den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften obliegende Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht auf Anforderung des Reichsbankdirektoriums auch für den Revisionsverband, dem die zur Auskunft verpflichtete Sparkasse oder Kreditgenossenschaft angehört.

(5) Dem Reichsaufsichtsamt sind auf Ersuchen die Bilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnungen sowie die Erläuterungen und Auskünfte vom Reichsbankdirektorium zur Verfügung zu stellen.

§ 21

Das Reichsaufsichtsamt kann im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium Kreditinstitute von den Vorschriften des § 20 ganz oder teilweise befreien.

VII. Sparverkehr

§ 22

(1) Spareinlagen sind Geldeinlagen auf Konten, die nicht den Zwecken des Zahlungsverkehrs, sondern der Anlage dienen und als solche, insbesondere durch Ausfertigung von Sparbüchern, gekennzeichnet sind.

(2) Auszahlungen auf Spareinlagen dürfen nur gegen Vorlegung des Sparbuchs bewirkt werden; bei voller Rückzahlung der Einlage ist das Sparbuch zurückzufordern.

(3) Über Spareinlagen darf durch Überweisung nicht verfügt werden; eine Einlösung von Schecks zu Lasten von Spareinlagen ist unbeschadet der Rechtswirksamkeit des Schecks und des Einlösungsgehalts unzulässig.

(4) Die Ausgabe von Sparbüchern ohne entsprechende Einlage ist unzulässig. Ein Kreditinstitut darf Beträge, die es erst im Kreditwege zur Verfügung stellt, nicht auf Sparbuch gutbringen.

(5) In dem Sparbuch ist an auffällender Stelle der Zinssatz, zu dem die Spareinlage verzinst wird, ersichtlich zu machen; Änderungen des Zinssatzes sind an dieser Stelle bei der nächsten Vorlegung des Sparbuchs unter Angabe des Tages, von dem an sie gelten, zu vermerken.

§ 23

(1) Im Spargeschäft dürfen Gelder zu anderen als den für Spareinlagen festgesetzten Zinssätzen (§ 36) nicht angenommen werden.

“(2) Die Verzinsung von Spareinlagen beginnt mit dem fünfzehnten Zinstage nach dem Tage der Einzahlung und läuft bis zum Tage der Rückzahlung.”

(3) Rückzahlungen von Spareinlagen dürfen ohne Kündigung nur bis zum Betrage von 1000 Reichsmark für jedes Sparbuch im Monat geleistet werden. Zur Rückzahlung höherer Beträge bedarf es der Kündigung. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate. Etwa vor Fälligkeit geleistete Zahlungen sind als Vorschüsse zu behandeln und als solche zu verzinsen.

(4) Das Reichsaufsichtsamt ist ermächtigt, den im Abs. 3 genannten Betrag von 1000 Reichsmark und die daselbst vorgesehene Kündigungsfrist insbesondere bei außergewöhnlichen Umständen im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister zu ändern; die Anordnung kann auf einzelne Bezirke beschränkt werden.

§ 24

(1) Die Spareinlagen sind besonders anzulegen.

(2) Der Reichswirtschaftsminister erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium Anordnungen über die Anlage der Spareinlagen; dabei ist Vorzorge für die Sicherheit und Liquidität in dem erforderlichen Umfange zu treffen.

§ 25

Kreditinstitute, welche Spareinlagen annehmen, sind verpflichtet, das Spargeschäft (Spareinlagen und die zu ihrer Deckung bestimmten Anlagen) in der Buchführung von dem übrigen Geschäft getrennt zu führen sowie in den Monatsausweisen, in den Jahresbilanzen und in den Gewinn- und Verlustrechnungen gesondert auszuweisen; in den Jahresabschlüssen müssen sämtliche Kosten des Spargeschäfts ersichtlich gemacht werden.

§ 26

Der Reichswirtschaftsminister kann im Benehmen mit dem Reichsbankdirektorium in Abweichung von den Vorschriften der §§ 24 und 25 Sondervorschriften

Nr. 192 — Tag der Ausgabe: 30. September 1939

1961

für einzelne Gruppen von Kreditinstituten erlassen; er kann auf Antrag zulassen, daß ein Kreditinstitut vorübergehend von den auf Grund des § 24 erlassenen Anordnungen abweicht.

§ 27

(1) Werksparfassen, d. h. besondere, von dem Unternehmer eines wirtschaftlichen Betriebes getroffene Spareinrichtungen, von denen auf Grund einer allgemeinen Regelung (Geschäftsplan) Spareinlagen der Arbeitnehmer des Betriebes aufgenommen werden und aus denen der Betriebsunternehmer als solcher verpflichtet ist, sind bis zum 31. Dezember 1940 aufzulösen. Die Auflösung ist dem Reichsaufsichtsamt anzuzeigen.

(2) Das Reichsaufsichtsamt entscheidet in Zweifelsfällen, ob eine Spareinrichtung als Werksparfasse zu gelten hat; seine Entscheidung bindet die Gerichte und Verwaltungsbehörden.

VIII. Unbarer Zahlungsverkehr

§ 28

(1) Der Reichswirtschaftsminister ist im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium ermächtigt, Vorschriften zur Regelung des unbaren Zahlungsverkehrs zu erlassen, insbesondere

- a) zwischen den Mitgliedern der dem unbaren Zahlungsverkehr dienenden Verbände und sonstigen Einrichtungen (z. B. Girozentralen, genossenschaftliche Zentralfassen und die ihnen angeschlossenen Kreditinstitute und dergleichen),
- b) zwischen verschiedenen Kreditinstituten und zwischen den Hauptniederlassungen und Zweigstellen derselben Kreditinstitute untereinander.

(2) In den Vorschriften kann bestimmt werden, inwieweit der unbare Zahlungsverkehr nur über die Reichsbank, die bei der Reichsbank errichteten Abrechnungstellen oder die Postfachämter bewirkt werden darf. Für diesen Zweck können Bankbezirke gebildet werden.

(3) Der Reichswirtschaftsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium bestimmen, daß im unbaren Zahlungsverkehr besondere Gebühren zu erheben sind, und die Höhe der Gebühren festsetzen. Die Gebühren sollen für alle Kreditinstitute nach einheitlichen Grundsätzen festgesetzt werden.

§ 29

(1) Die Neuschaffung von Einrichtungen, die dem unbaren Zahlungsverkehr dienen, bedarf der Erlaubnis durch das Reichsaufsichtsamt.

(2) Der Reichswirtschaftsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium die Aufrechterhaltung von Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art untersagen, auch soweit die Einrichtungen bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits bestehen, und Anordnungen über die Abwicklung treffen.

IX. Die Aufsicht

§ 30

(1) Der Reichswirtschaftsminister hat außer den ihm in diesem Gesetz besonders zugewiesenen Geschäftsfeldern die Aufgabe, für die Beachtung allgemeiner

geschäftlicher Gesichtspunkte in der allgemeinen Kredit- und Bankpolitik und die Anpassung der Geschäfte der Kreditinstitute an die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft zu sorgen sowie Mängel, die im Kredit- und Bankwesen hervortreten, zu beseitigen. Er kann geeignete Maßnahmen einleiten, sobald ein Kreditinstitut in Schwierigkeiten gerät oder zu geraten droht. Er kann Grundsätze über die Geschäftsführung der Kreditinstitute aufstellen.

(2) Maßnahmen der im Abs. 1 bezeichneten Art, denen eine besondere Bedeutung zukommt, sind im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsbankdirektorium sowie im Benehmen mit dem Reichsaufsichtsamt zu treffen.

(3) Der Reichswirtschaftsminister kann Richtlinien aufstellen, nach denen das Reichsaufsichtsamt seine Geschäfte zu führen hat.

§ 31

(1) Sämtliche inländischen Kreditinstitute und ihre Zweigstellen sowie die Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute im Inland unterliegen der Aufsicht des Reichsaufsichtsamts. Es hat für die Durchführung dieses Gesetzes Sorge zu tragen.

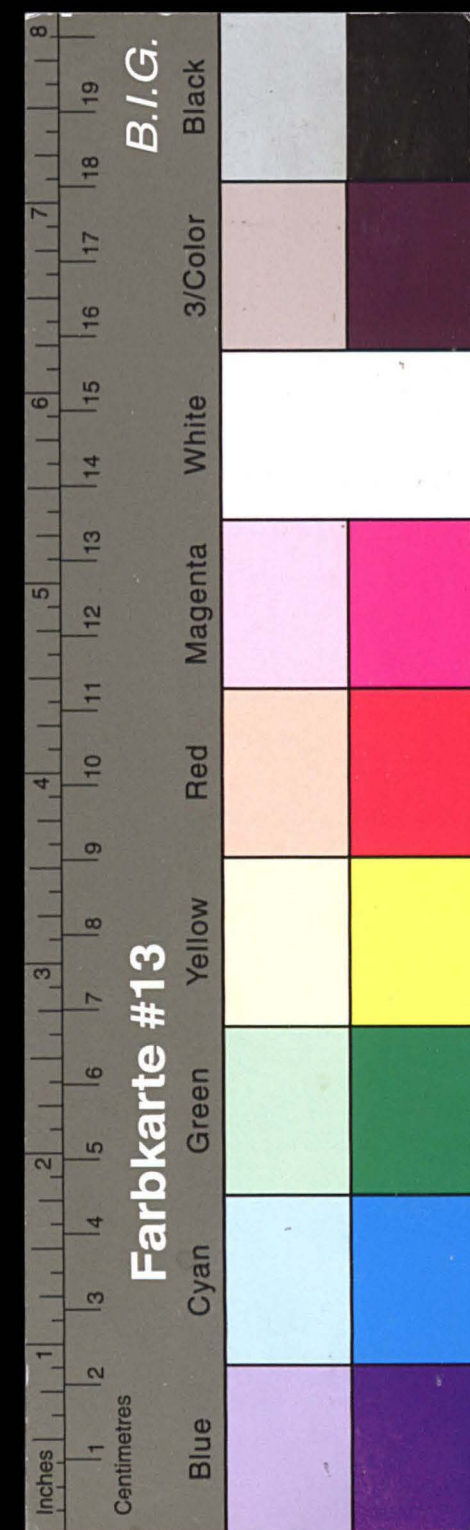
(2) Das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen ist eine Reichsbehörde, die dem Reichswirtschaftsminister untersteht. Es hat seinen Sitz in Berlin.

(3) Der Leiter des Reichsaufsichtsamts wird vom Führer und Reichskanzler auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministers nach Anhörung des Präsidenten der Deutschen Reichsbank ernannt; er führt die Amtsbezeichnung Präsident.

§ 32

Das Reichsaufsichtsamt ist befugt,

- a) von den der Beaufsichtigung unterliegenden Kreditinstituten jederzeit die Einreichung von Bilanzen sowie von Gewinn- und Verlustrechnungen auch für zurückliegende Stichtage zu verlangen, ferner von ihnen, ihren Inhabern und ihren Organen Auskünfte über alle Geschäftsangelegenheiten zu fordern, die Bücher und Schriften der Kreditinstitute einzusehen, überhaupt alle Prüfungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, die es zur Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben für erforderlich hält; über seine Wahrnehmungen kann es den Organen der Kreditinstitute wie auch deren einzelnen Mitgliedern und, falls die Kreditinstitute der besonderen Aufsicht einer Behörde unterstehen, den Aufsichtsbehörden Mitteilungen machen;
- b) an den Generalversammlungen, den sonstigen Mitgliederversammlungen und den Sitzungen der Organe der Kreditinstitute teilzunehmen und in ihnen das Wort zu ergreifen; es kann sich bei der Wahrnehmung dieser Befugnisse vertreten lassen;
- c) die Einberufung von Generalversammlungen und sonstigen Mitgliederversammlungen, die Anberaumung von Sitzungen der Verwaltungs- und Aufsichtsorgane sowie die Ankündigung von Gegenständen zur Beschlußfassung zu verlangen;
- d) von allen Unternehmungen und Personen, die ihren Wohnsitz, Sitz oder den Ort der Leitung



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

1962

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1939, Teil I

im Inland haben, auch wenn diese Unternehmungen und Personen nicht das Kreditgewerbe betreiben, Angaben über den Stand ihrer Zahlungsverpflichtungen und Zahlungsansprüche gegen Unternehmungen und Personen, die ihren Wohnsitz, Sitz oder den Ort der Leitung im Sinne der Devisengesetzgebung im Ausland haben, zu fordern;

- e) im Falle dringender Gefahr zur Erfüllung der Zwecke der Aufsichtung einstweilige Anordnungen zu treffen;
- f) unbeschadet der allgemeinen reichsgesetzlichen Vorschriften Grundsätze für die Revisionen und Richtlinien für den Inhalt der Revisionsberichte aufzustellen.

§ 33

(1) Unternehmungen, die den An- und Verkauf von Wertpapieren für andere (§ 1 Abs. 1 Buchst. b) oder das Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 Buchst. c) betreiben, unterliegen einer regelmäßigen Prüfung dieser Geschäfte.

(2) Das Reichsaufsichtsamt bestimmt Art und Umfang der Prüfung. Der Depotprüfer wird vom Reichsaufsichtsamt oder in seinem Auftrage von anderen Stellen bestellt.

§ 34

(1) Das Reichsaufsichtsamt kann sich zur Durchführung seiner Aufgaben geeigneter Prüfungsorgane bedienen, im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium und durch dessen Vermittlung auch der Dienststellen der Reichsbank.

(2) Das Reichsaufsichtsamt kann die ihm nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers ganz oder teilweise auf andere Stellen übertragen. Diese haben sich nach den ihnen vom Reichsaufsichtsamt erteilten Weisungen zu richten und sind ihm für die ordnungsmäßige Ausübung der übertragenen Befugnisse verantwortlich.

§ 35

Die Kosten, die durch die Prüfung eines Kreditinstituts, durch die Bestellung eines Liquidators oder eine auf Grund des § 32 Buchst. e erfolgte Bestellung einer Aufsichtsperson erwachsen, sind von dem Kreditinstitut dem Reich zu erstatten und auf Verlangen des Reichsaufsichtsamts vorzuschießen. Sie werden wie Reichssteuern von den Finanzämtern zugunsten der Reichskasse eingezogen.

§ 36

Das Reichsaufsichtsamt kann Mehrheitsbeschlüsse der Spitzenverbände der Kreditinstitute über die Geschäftsbedingungen — insbesondere über die Zins- und Provisionsätze — und über den Wettbewerb für allgemein verbindlich erklären. Das Reichsaufsichtsamt kann seine Erklärung widerrufen. Falls ein Mehrheitsbeschluss unter den Spitzenverbänden der Kreditinstitute innerhalb einer vom Reichsaufsichtsamt zu setzenden Frist nicht zustande kommt, wegfällt oder nicht die Zustimmung des Reichsaufsichtsamts findet, kann das Reichsaufsichtsamt im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium entsprechende Bestimmungen für die Kreditinstitute und deren Spitzenverbände selbst erlassen.

§ 37

Alle Behörden haben dem Reichsaufsichtsamt und seinen Organen zur Erfüllung seiner Obliegenheiten Hilfe zu leisten.

§ 38

Die mit der Beschwerde anfechtbaren Entscheidungen und sonstigen Verfügungen des Reichsaufsichtsamts sind mit Gründen zu versehen und zuzustellen. Sie werden mit der Zustellung wirksam.

§ 39

Personen und Organe, deren sich das Reichsaufsichtsamt zur Erfüllung seiner Obliegenheiten bedient, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie dürfen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die sie bei der Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten erfahren, nicht unbefugt verweren. Diese Pflicht wird durch Ausscheiden aus dem Dienst oder Beendigung der Tätigkeit nicht berührt.

§ 40

Die Kosten des Reichsaufsichtsamts sind dem Reich von den Kreditinstituten zu erstatten. Die der Deutschen Reichsbank durch die Bearbeitung der bei ihr nach § 20 einzureichenden Bilanzen und deren Veröffentlichung entstehenden Kosten und Ausgaben sind wie Kosten des Reichsaufsichtsamts zu erstatten. Der Reichswirtschaftsminister stellt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die für die Durchführung der Erstattung erforderlichen Grundsätze auf und regelt das Verfahren.

§ 41

(1) Gegen die Entscheidungen und Anordnungen des Reichsaufsichtsamts aus § 1 Abs. 4, §§ 4, 5, 6, 7 Abs. 2 Satz 1, §§ 10, 27 Abs. 2, § 29 Abs. 1, §§ 43 und 44 ist Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister zulässig. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung; jedoch kann das Reichsaufsichtsamt im Falle der Unterlagung der Fortführung des Geschäftsbetriebes (§ 6) anderes bestimmen, wenn nach seinem pflichtmäßigen Ermessen Gefahr im Verzuge ist. Alle übrigen Entscheidungen und Anordnungen des Reichsaufsichtsamts sind endgültig.

(2) Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung oder Anordnung an das Reichsaufsichtsamt oder den Reichswirtschaftsminister einzureichen.

§ 42

Wegen eines Schadens, der durch im Rahmen dieses Gesetzes von dem Reichswirtschaftsminister oder Reichsaufsichtsamt getroffene Maßnahmen entsteht, wird eine Entschädigung nicht gewährt.

X. Zwangsmittel und Strafen

§ 43

(1) Das Reichsaufsichtsamt kann die Befolgung der Verfügungen, die es innerhalb seiner gesetzlichen Befugnisse trifft, durch Zwangsmittel (Erzwingungsstrafen in Geld und unmittelbarer Zwang) durchsetzen. Die Zwangsmittel können gegen natürliche Personen und gegen juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts sowie gegen Personenvereinigungen verhängt werden. Sie können wie

Nr. 192 — Tag der Ausgabe: 30. September 1939

1963

derholt festgesetzt werden, bis der Verfügung entsprochen ist. Die einzelne Erzwingungsstrafe darf 100 000 Reichsmark nicht übersteigen. Der Unternehmer haftet als Gesamtschuldner für Erzwingungsstrafen, die gegen seiner Unternehmung angehörende Personen festgesetzt sind, wenn die Haftung in der Strafverfügung ausgesprochen ist. Unmittelbarer Zwang darf nur angewendet werden, wenn die Verfügung sonst nicht durchsetzbar erscheint oder Gefahr im Verzuge ist.

(2) Bevor das Zwangsmittel verfügt wird, muß es dem Verpflichteten mit Setzung einer angemessenen Frist angedroht werden. Die Androhung soll schriftlich geschehen und eine Rechtsmittelbelehrung enthalten. Die Androhung ist nicht erforderlich, wenn Gefahr im Verzuge ist.

(3) Gegen die Androhung des Zwangsmittels ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister zulässig. Das gleiche gilt für die Festsetzung des Zwangsmittels, sofern nicht bereits gegen die Androhung Beschwerde eingelegt ist. Die Beschwerde gegen die Androhung erstreckt sich auf die Festsetzung des Zwangsmittels. Sie hat aufschiebende Wirkung, es sei denn, daß nach pflichtmäßigem Ermessen des Reichsaufsichtsamts Gefahr im Verzuge ist.

(4) Wird nach der Festsetzung des Zwangsmittels der Verfügung entsprochen, so ist die Beitreibung nicht mehr zulässig.

§ 44

(1) Das Reichsaufsichtsamt kann gegen die Geschäftsleiter (§ 4 Abs. 2) oder deren gesetzliche Vertreter, gegen Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane einer Unternehmung sowie gegen juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts oder gegen die Leiter nicht rechtsfähiger Vereinigungen bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes, die Durchführungsbestimmungen, die auf Grund des § 32 Buchst. e erlassenen einstweiligen Anordnungen, die gemäß § 36 getroffenen Vereinbarungen oder erlassenen Bestimmungen sowie die im § 54 aufrechterhaltenen Abkommen in anderen als den nach §§ 46 bis 48 oder sonstigen Strafvorschriften mit Strafe bedrohten Fällen Ordnungsstrafen in Geld bis zu 100 000 Reichsmark für jeden Einzelfall des Verstoßes festsetzen. Der Unternehmer haftet als Gesamtschuldner für Ordnungsstrafen, die gegen seiner Unternehmung angehörende Personen festgesetzt sind, wenn die Haftung in der Strafverfügung ausgesprochen ist. Soweit nach § 43 eine Erzwingungsstrafe in Geld angedroht ist, darf wegen der Nichtbefolgung der Verfügung nicht eine Ordnungsstrafe in Geld verhängt, sondern nur die Erzwingungsstrafe festgesetzt werden. Die Strafverfügung soll eine Rechtsmittelbelehrung enthalten.

(2) Gegen die Festsetzung der Ordnungsstrafe ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister zulässig. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

§ 45

(1) Die festgesetzten Erzwingungs- und Ordnungsstrafen werden wie Reichssteuern von den Finanzämtern zugunsten der Reichskasse beigetrieben.

(2) Der Reichswirtschaftsminister ist befugt, festgesetzte Erzwingungs- und Ordnungsstrafen ganz oder teilweise zu erlassen. Er kann diese Befugnis auf das Reichsaufsichtsamt übertragen.

§ 46

(1) Wer die Geschäfte eines Kreditinstituts ohne die erforderliche Erlaubnis betreibt, den Geschäftsbetrieb eines Kreditinstituts trotz Unterjagung fortführt oder einen eingestellten Geschäftsbetrieb ohne Erlaubnis wieder eröffnet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

(2) Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Reichsaufsichtsamts ein.

§ 47

(1) Mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird, soweit nach anderen Gesetzen nicht schwerere Strafen verwirkt sind, bestraft, wer vorsätzlich

- a) auf die Aufforderung zur Auskunftserteilung gegenüber dem Reichsaufsichtsamt oder Organen und Personen, deren es sich zur Erfüllung seiner Obliegenheiten bedient, falsche Angaben macht;
- b) seine Pflicht zur Verschwiegenheit verletzt oder Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die er bei der Wahrnehmung seiner Obliegenheiten erfahren hat, unbefugt verweret;
- c) wider besseres Wissen unwahre Behauptungen aufstellt oder verbreitet, die geeignet sind, den Kredit eines Kreditinstituts zu schädigen oder zu gefährden.

(2) Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Reichsaufsichtsamts, im Falle des Abs. 1 Buchst. b nur auf Antrag des Reichswirtschaftsministers ein.

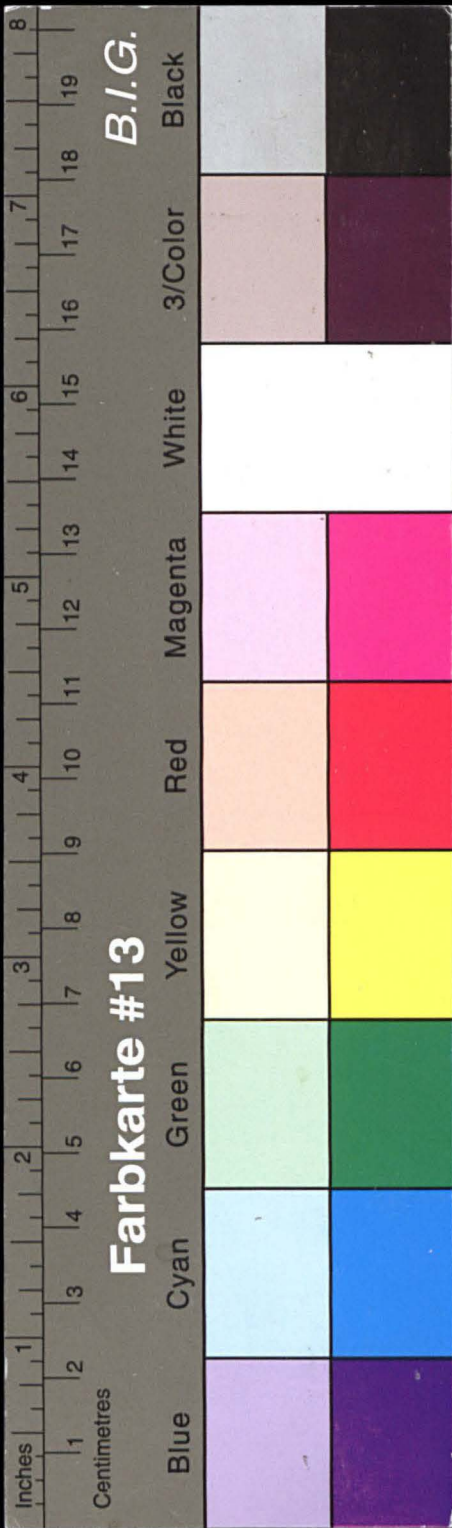
§ 48

Mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird, soweit nach anderen Gesetzen nicht schwerere Strafen verwirkt sind, bestraft, wer vorsätzlich zur Erlangung oder Erweiterung eines Kredits oder Erzielung günstigerer Kreditbedingungen unwahre Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen oder Vermögensübersichten einem Kreditinstitut einreicht oder einem solchen gegenüber wirtschaftlich falsche Erklärungen über seine wirtschaftlichen Verhältnisse abgibt, auch wenn es nicht zur Kreditgewährung kommt.

XI. Sondervorschriften

§ 49

(1) Gegenüber Kreditinstituten, die einer besonderen Reichs- oder Staatsaufsicht unterliegen, stehen die in den §§ 3, 6, 43 und 44 dem Reichsaufsichtsamt eingeräumten Befugnisse der Aufsichtsbehörde zu, es sei denn, daß es sich in den Fällen der §§ 43 und 44 um Verstöße gegen nach § 36 geschlossene Vereinbarungen oder erlassene Bestimmungen handelt. Die Erlaubnis gemäß § 3 darf von der Aufsichtsbehörde nur im Einvernehmen mit dem Reichsaufsichtsamt erteilt werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

1964

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1939, Teil I

(2) Gegenüber den im Abs. 1 bezeichneten Kreditinstituten stehen die im § 32 dem Reichsaufsichtsamt eingeräumten Befugnisse in jedem Fall auch der Aufsichtsbehörde zu.

XII. Übergangs- und Schlußvorschriften § 50

(1) Die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Kreditinstitute bedürfen keiner Erlaubnis (§ 3), soweit sie ihr Geschäft noch betreiben. Das gleiche gilt für im Zustand der Liquidation oder des Konkurses befindliche Kreditinstitute, soweit deren Geschäftsbetrieb sich auf die Durchführung der Liquidation oder des Konkurses beschränkt.

(2) Kreditinstitute oder Zweigstellen von Kreditinstituten, die nach dem 30. Juni 1934 errichtet worden sind, bedürfen jedoch der Erlaubnis, soweit sich nicht die Reichsregierung bis zu dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gemäß § 4 der Verordnung über eine Gründungssperre für Kreditinstitute vom 4. September 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 815) mit der Fortführung des Geschäftsbetriebes über den 1. Oktober 1934 hinaus einverstanden erklärt hat oder gemäß § 2 der genannten Verordnung die Erleichterung zugelassen hat.

§ 51

(1) Zur Herbeiführung einer zweckmäßigeren Gestaltung des Kreditwesens ist der Reichswirtschaftsminister befugt, bis zum 31. Dezember 1940 Kreditinstituten, die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehen, die Fortführung ihres Geschäftsbetriebes auch dann zu untersagen, wenn die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 nicht vorliegen. Sofern durch die Unterfagung Kreditinstitute betroffen werden, die einer besonderen Reichs- oder Staatsaufsicht unterliegen, ist die Aufsichtsbehörde vorher zu hören. Das Reichsaufsichtsamt ist befugt, Anträge zu stellen.

(2) Eine Unterfagung gemäß Abs. 1 kann sich auch auf einen Teil des Geschäftsbetriebes sowie auf einzelne Zweigstellen beschränken.

§ 52

Das Reichsaufsichtsamt ist befugt, bis zu einem von der Reichsregierung zu bestimmenden Zeitpunkt einzelnen Kreditinstituten oder Arten oder Gruppen von Kreditinstituten Abweichungen von den Vorschriften der §§ 11, 12, 16 und 17 zu gestatten. Es kann ferner mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers in Abweichung von den Vorschriften der §§ 22 bis 25 und zur Vorbereitung ihrer Durchführung für eine angemessene Zeit Übergangsbestimmungen erlassen.

§ 53

Die auf dem Gebiet des Kreditwesens, insbesondere für einzelne Kreditinstitute oder Arten oder Gruppen von Kreditinstituten bestehenden Vorschriften des Reichs- oder Landesrechts bleiben aufrechterhalten, soweit nicht die Vorschriften dieses Gesetzes ihnen entgegenstehen. Soweit Vorschriften dieses Gesetzes erst nach Erlass von Durchführungsbestimmungen anwendbar sind, bleiben die hierauf bezüglichen bisherigen Vorschriften des Reichs- oder Landesrechts bis zum

Inkrafttreten der entsprechenden Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz unbeschränkt aufrechterhalten.

§ 54

Soweit auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen Vereinbarungen zwischen den Spitzenverbänden der Kreditinstitute durch die Zustimmung des Reichsaufsichtsamts Allgemeinverbindlichkeit erlangt haben, hat es hierbei kein Verwenden. Die Zustimmung kann widerrufen werden. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes können Änderungen der bestehenden Vereinbarungen nach Maßgabe des § 36 erfolgen.

§ 55

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1935 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- der Zweite Teil der Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 493),
- Artikel III Zweiter Abschnitt des Ersten Teiles der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 699),
- die Durchführungsverordnung über Zinsenkantung auf dem Geldmarkt vom 9. Januar 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 29),
- die Verordnung zur Durchführung der Bankenaufsicht vom 21. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 228),
- das Gesetz über Befugnisse des Reichskommissars für das Bankgewerbe vom 7. August 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 577),
- Artikel 4 des I. Kapitels im Fünften Teil der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 537) und die dazu ergangene Änderung im Artikel 1 des VIII. Kapitels im Vierten Teil der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 699),
- die Verordnung über eine Gründungssperre für Kreditinstitute vom 4. September 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 815).

§ 56

(1) Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem im Einzelfall außerdem zuständigen Reichsminister Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes zu erlassen.

(2) Der Reichswirtschaftsminister ist ferner ermächtigt, Aufgaben und Befugnisse, die ihm auf dem Gebiet des Bank- oder Sparkassenwesens auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen zustehen, dem Reichsaufsichtsamt zu übertragen. Die Anordnung ist im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger bekanntzumachen.

SPARKASSEN- UND GIROVERBAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

An die

Direktion der Kreis- und
Stadtparkasse Stormarn,

(24) Bad Oldesloe.

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
D/C

Tag

21. Januar 1946.

Betreff Satzungserweiterung für Sparkassen.
Ihr Schreiben vom 16. I. 1946 Ho.

Wir danken für Ihre Stellungnahme zu der beabsichtigten Änderung der Sparkassenmustersatzung und nahmen von Ihrem Anregungen gern Kenntnis.

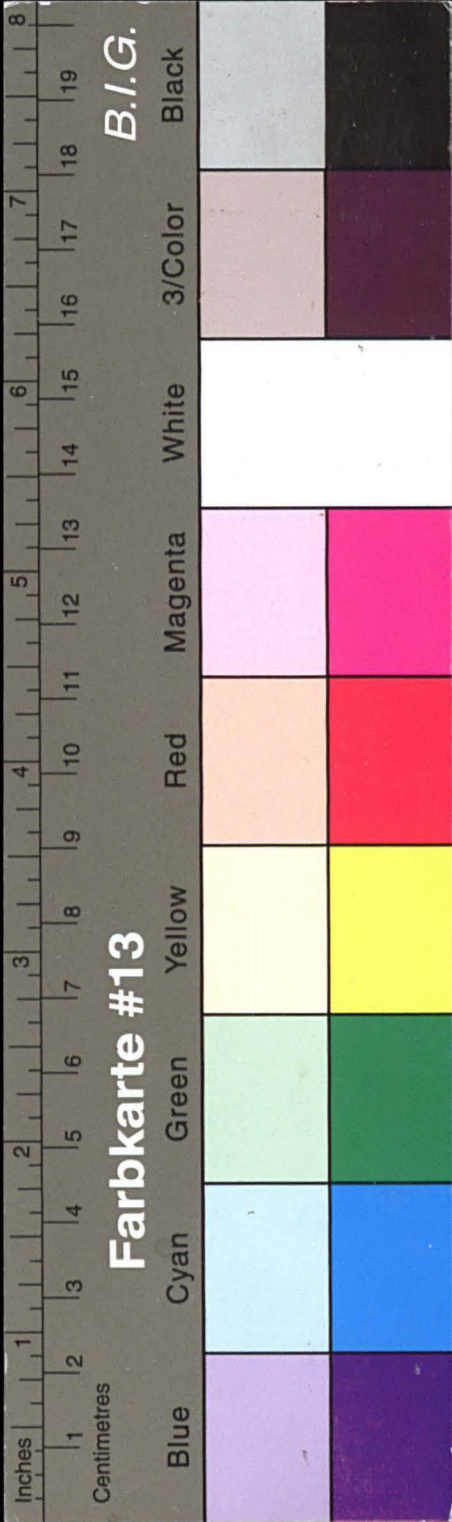
Unsere Wünsche zu dem geplanten Entwurf einer Sparkassenmustersatzung haben wir bereits in einem Schriftsatz dem Sparkassen- und Giroverband für die Rheinprovinz, der für die britisch besetzte Zone Deutschlands die Ausarbeitung der Änderungswünsche zur Sparkassensatzung übernommen hatte, bekanntgegeben.

Wir hoffen, dass wir trotz der Undurchsichtigkeit und trotz der Schwierigkeit der augenblicklichen Zeitverhältnisse in unserer Arbeit vorankommen und dass wir für die hoffentlich nicht allzu ferne Zeit des Beginns des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft eine Satzung erhalten, die es den Sparkassen ermöglicht, aktiv den heimischen Betrieben und Unternehmen in ihrem Streben auf Überwindung der schweren Krise zu helfen.

Über den Fortgang der Arbeiten werden wir gelegentlich weitere Nachricht folgen lassen.

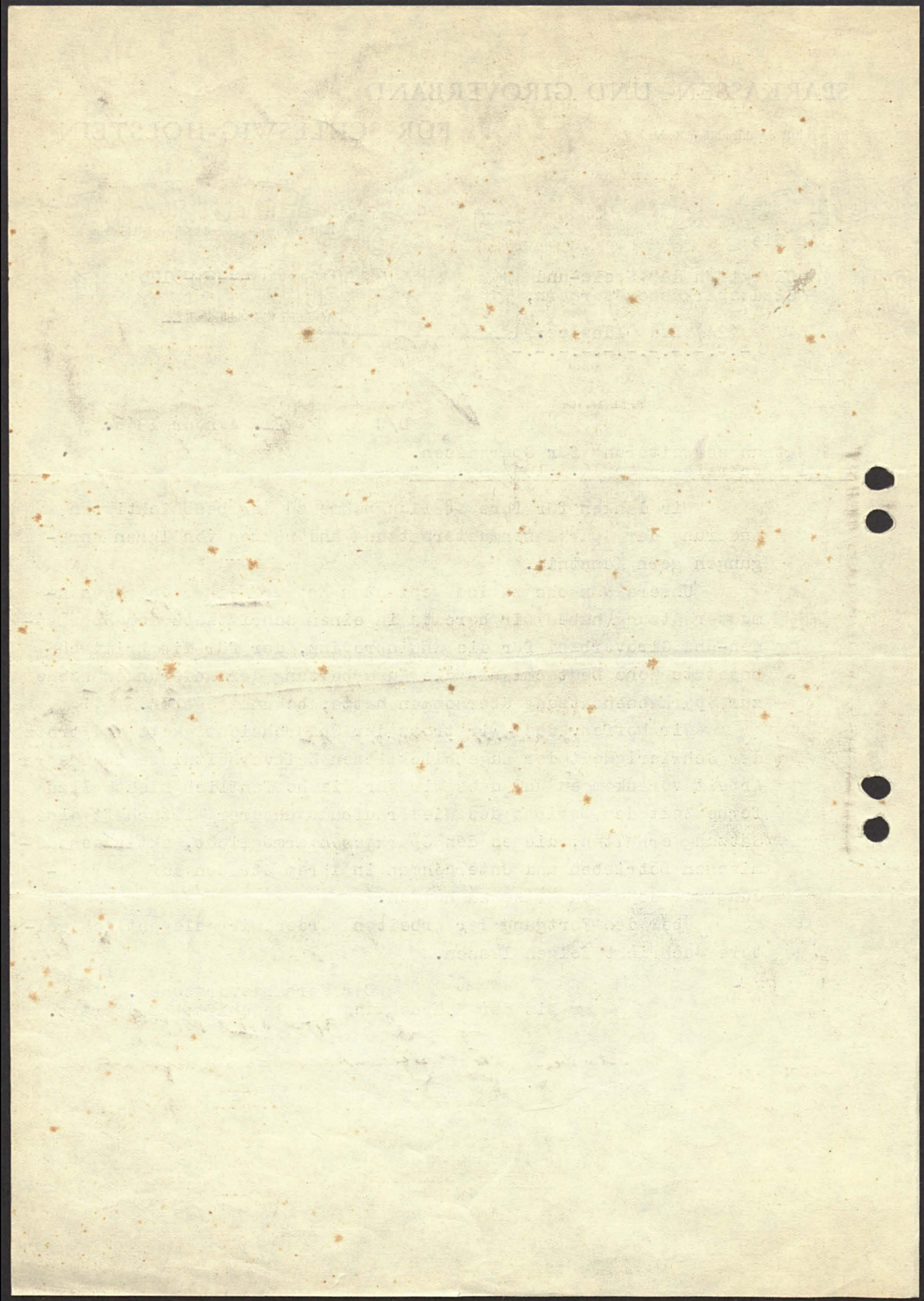
Der Verbandsvorsteher.
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt.

103/07



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



9
22

Kreis- und Sparkasse Stormarn in
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
Bad Oldesloe

Bad Oldesloe, 16. Januar 46 46

An den

Sparkassen- und Giroverband
für Schleswig-Holstein

(24) K i e l
Postschliessfach 242

Lü/M.

Satzungserweiterung für Sparkassen.

In dieser Angelegenheit nehmen wir zu Ihrem Schreiben vom 13.vor.Mts. wie folgt Stellung:

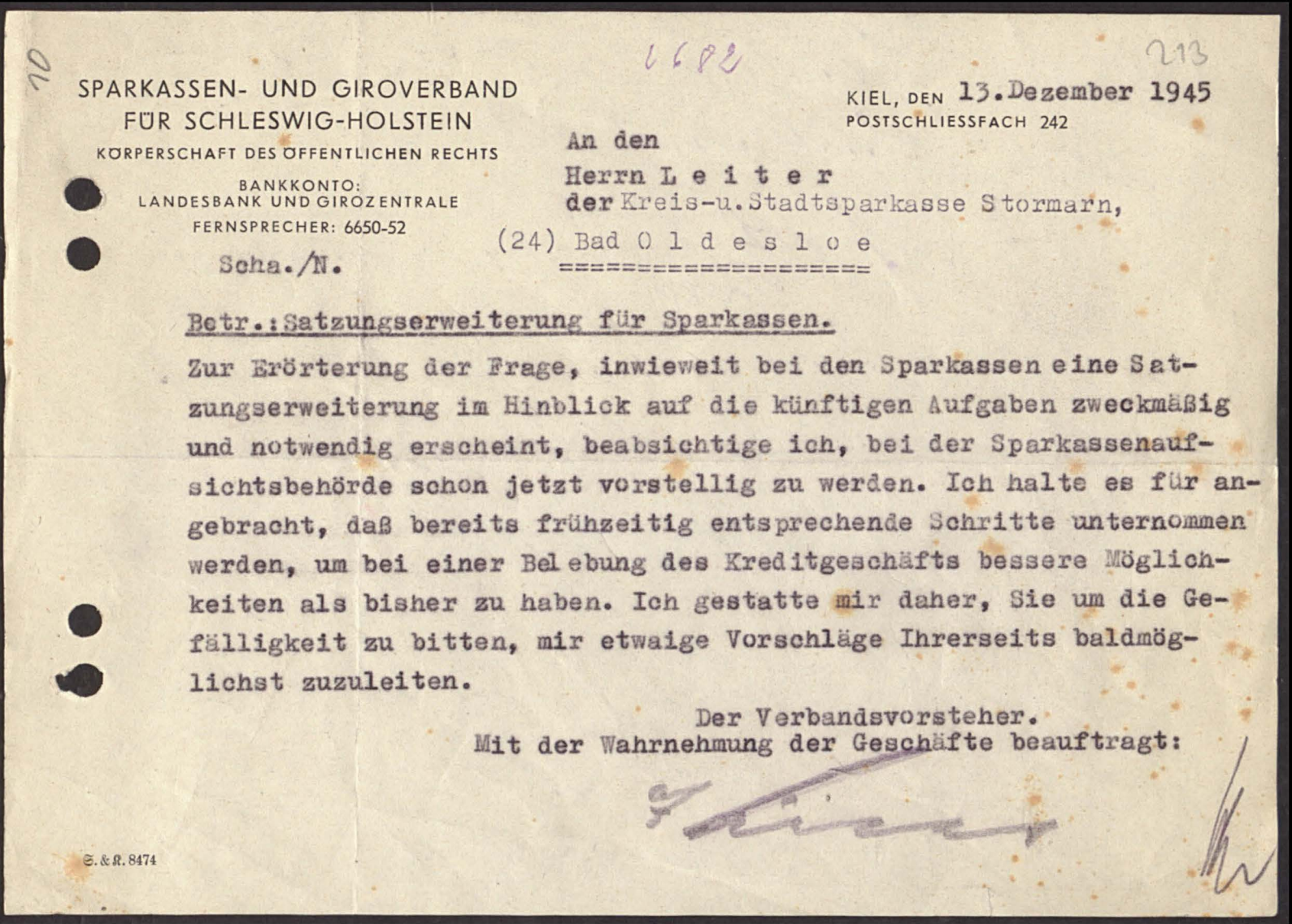
Die Beleihung von Kaufmannswaren (Sicherungs-
übereignung) nach § 26h mit 30% halten wir nicht
ausreichend, Wir empfehlen eine Erweiterung auf
etwa 66 2/3% bis 75% und auf Abtretungen von
Forderungen nach § 26i von 50% auf mindestens
60%.

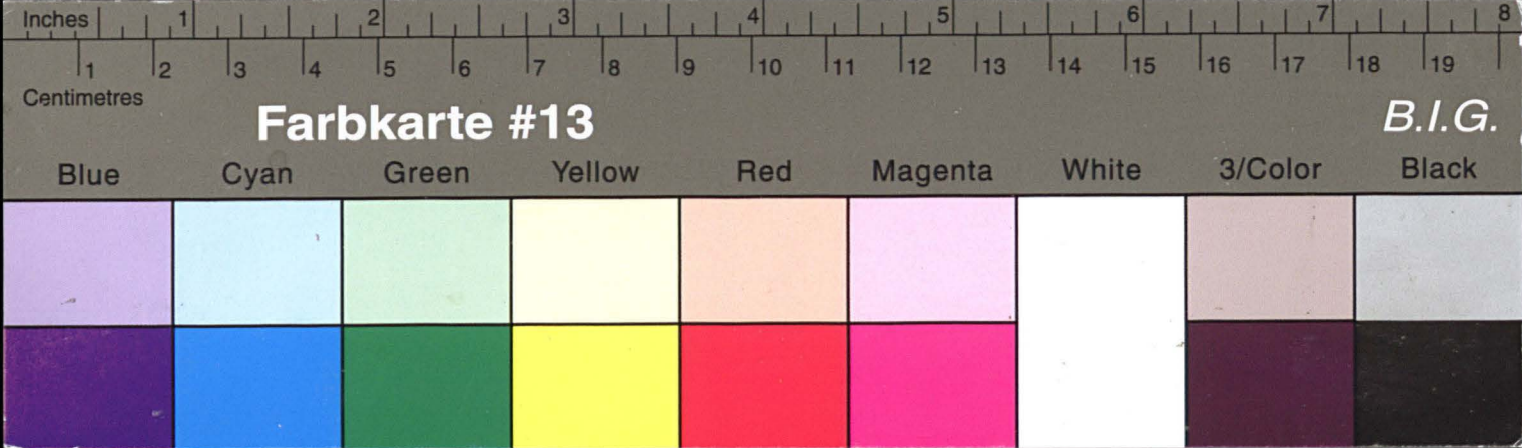
Ferner würden wir es begrüßen, wenn die Be-
schränkung in der Beleihung von Erbhöfen aufge-
hoben wird.

Wir bitten, die eingetretene Verzögerung wegen
der Abschlussarbeiten zu entschuldigen.

KREISSPARKASSE STORMARN

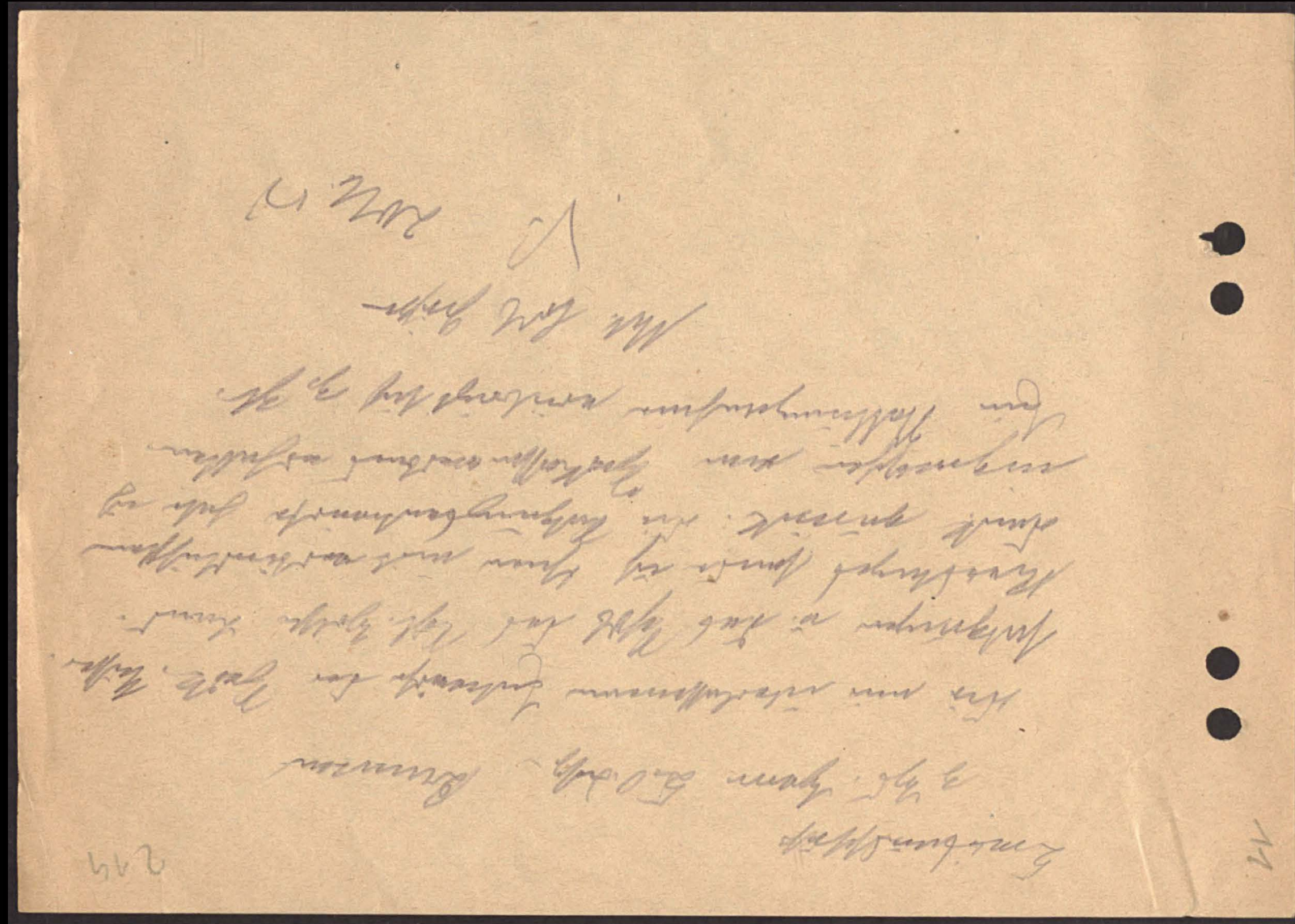
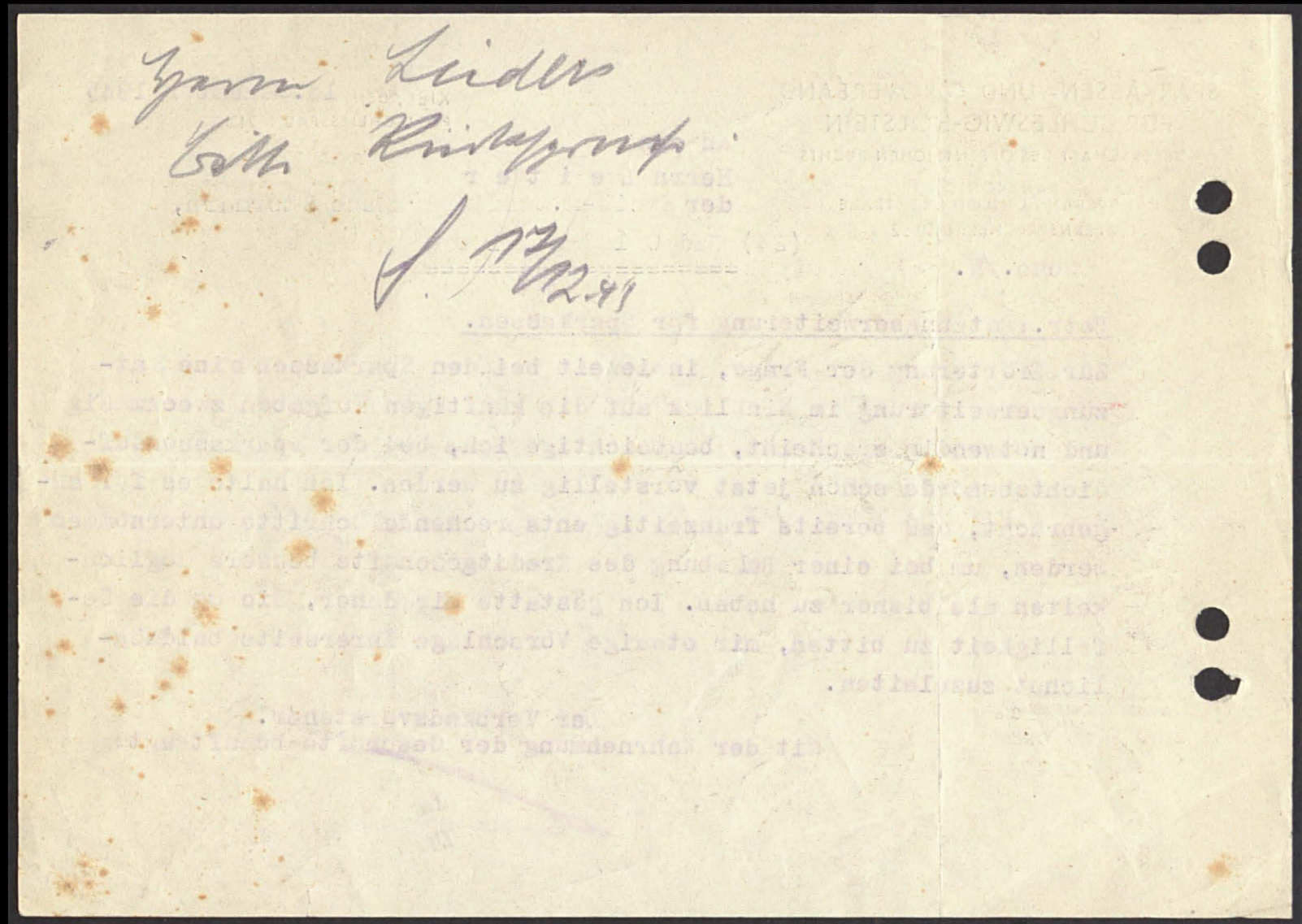
Lü

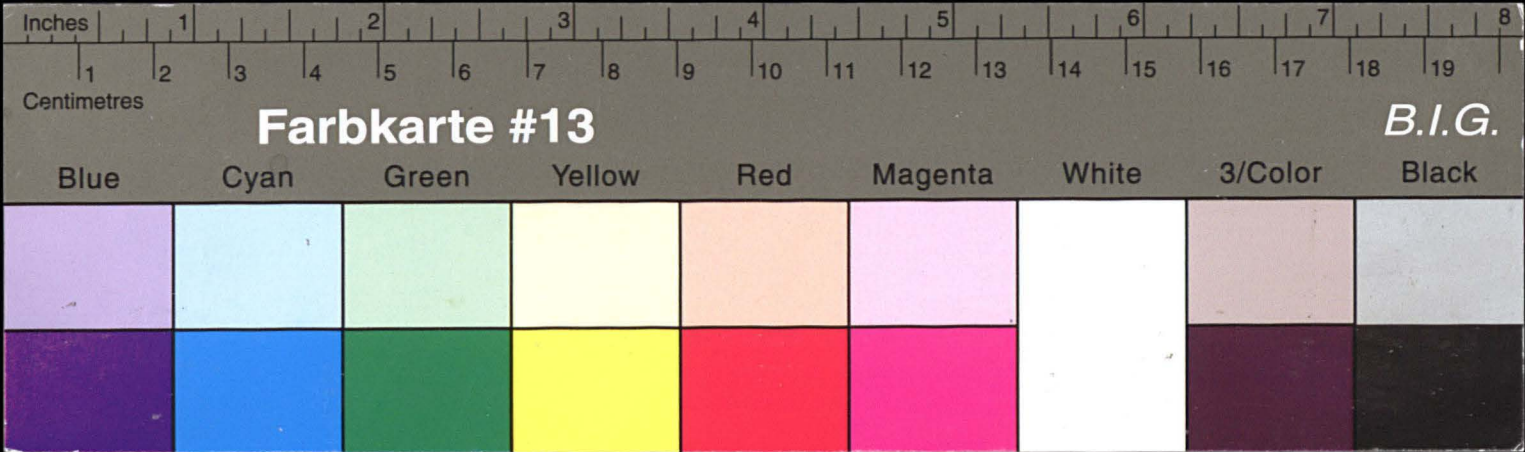




Kreisarchiv Stormarn E103

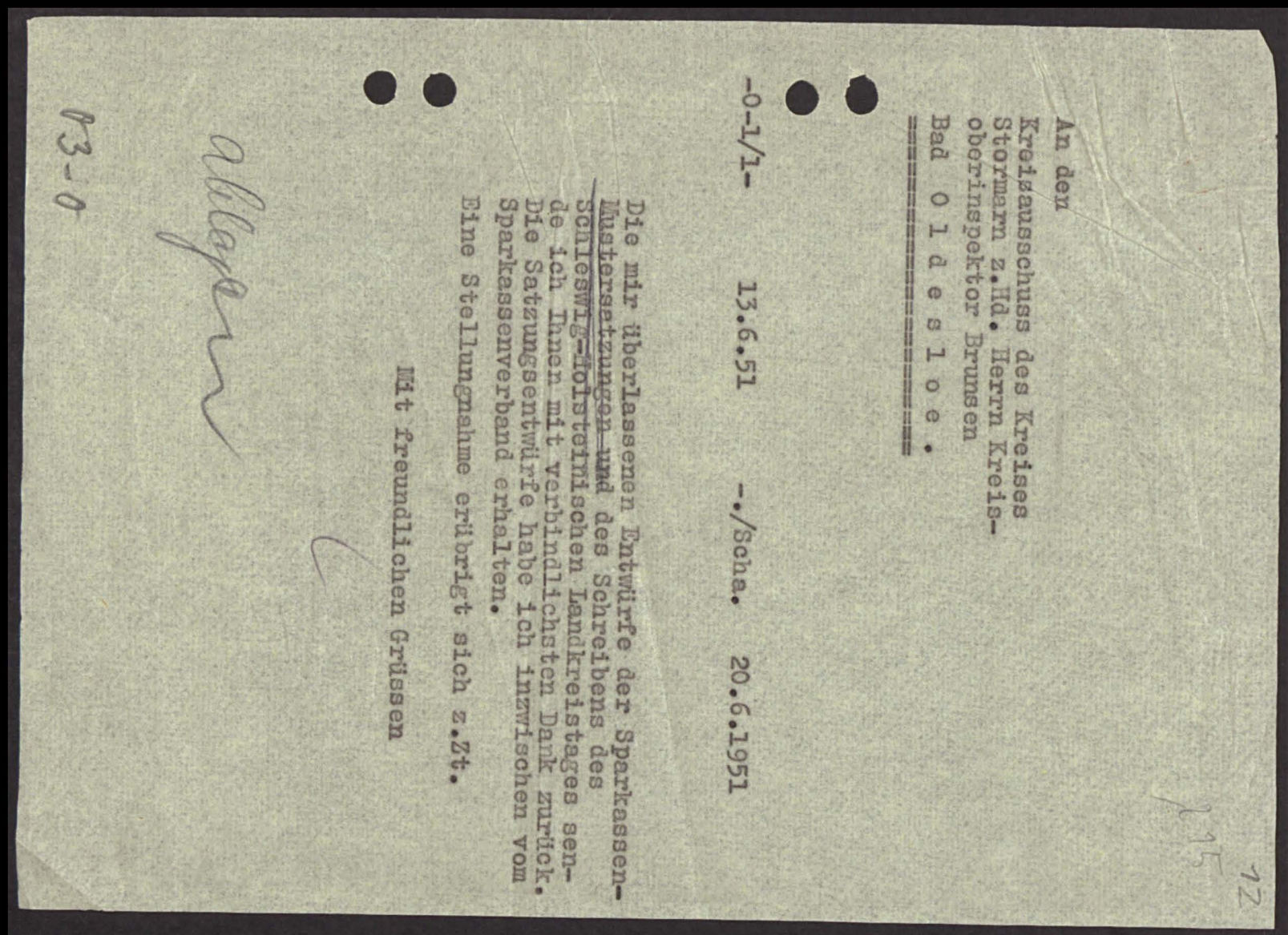
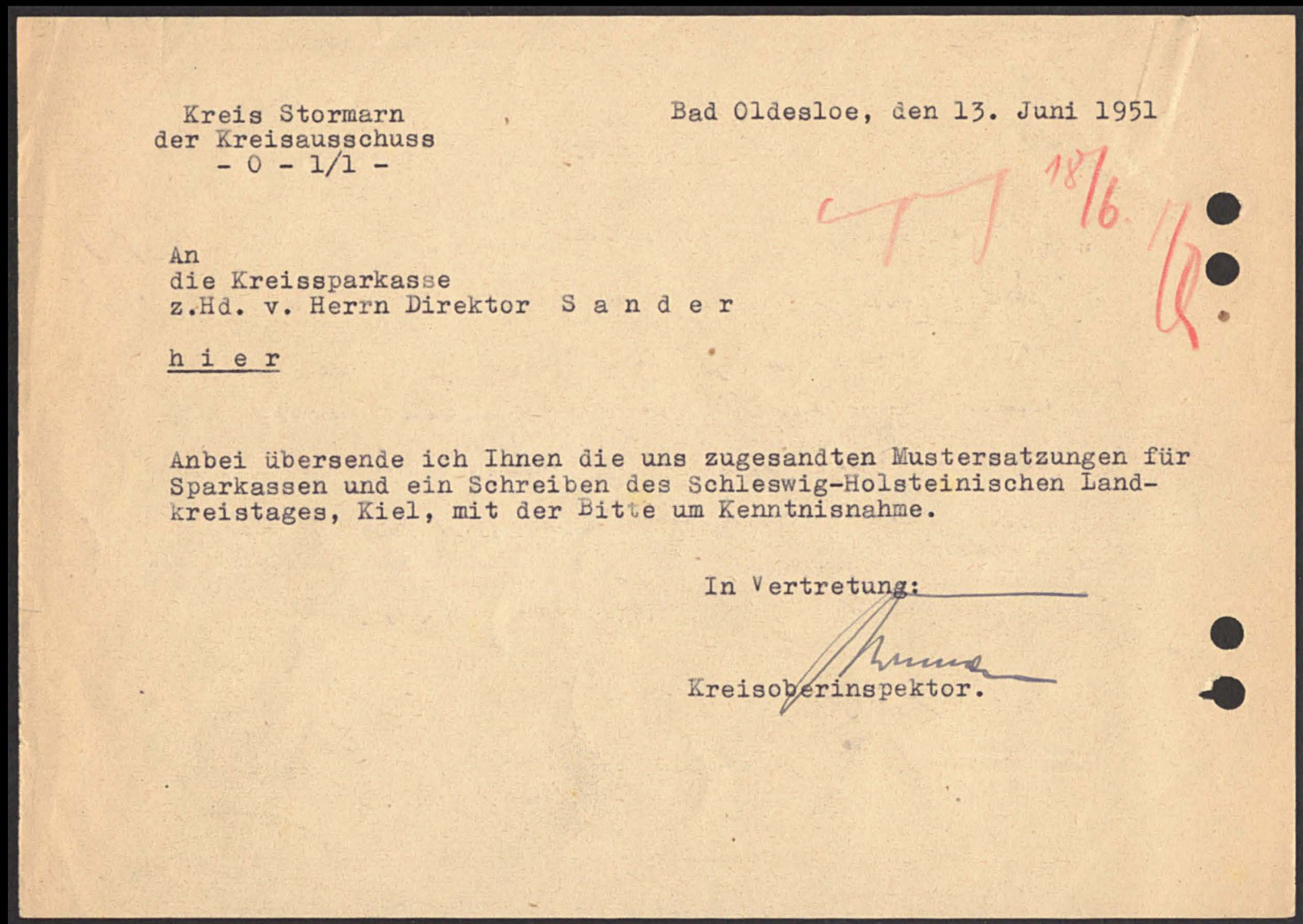
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

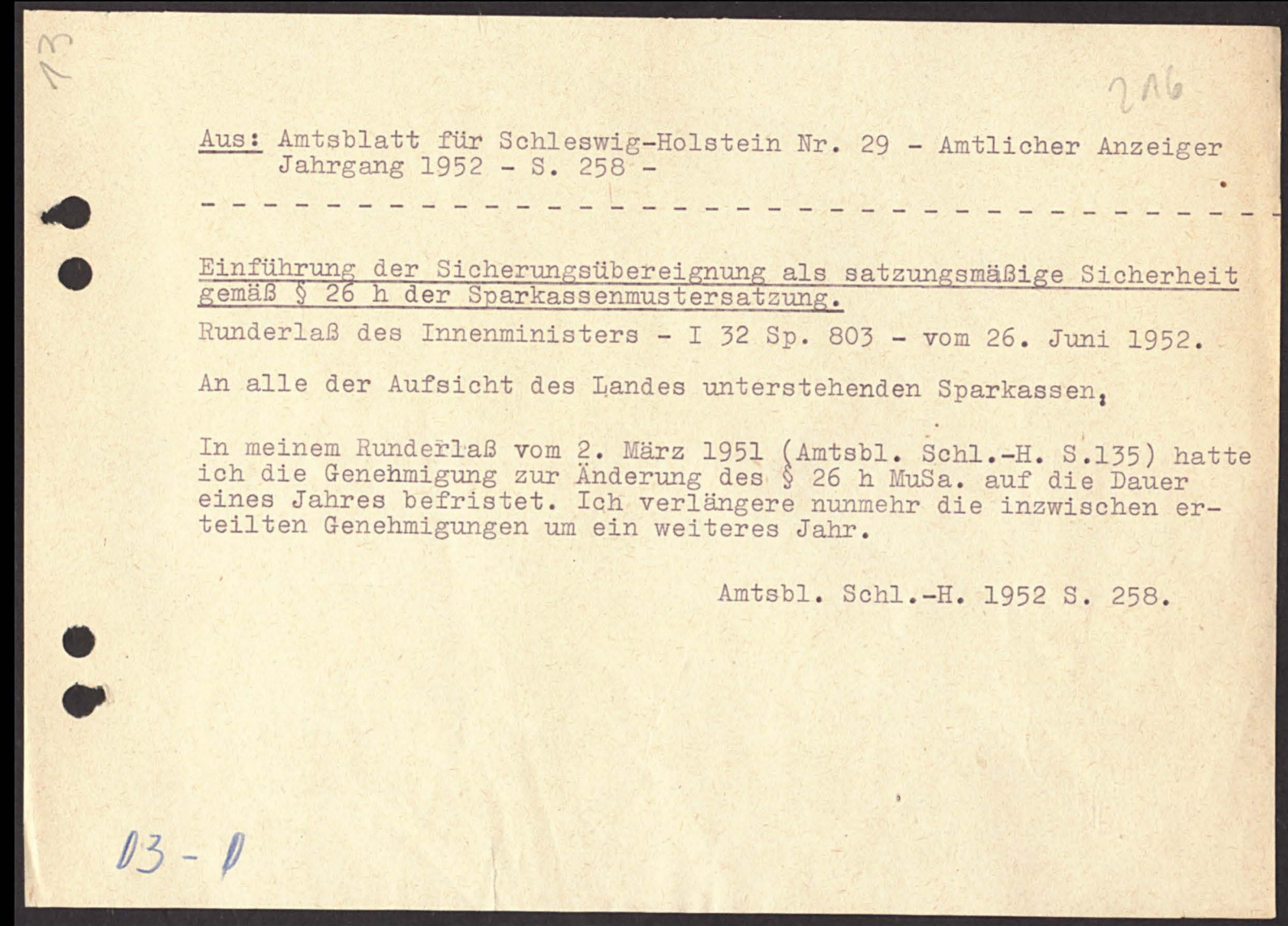


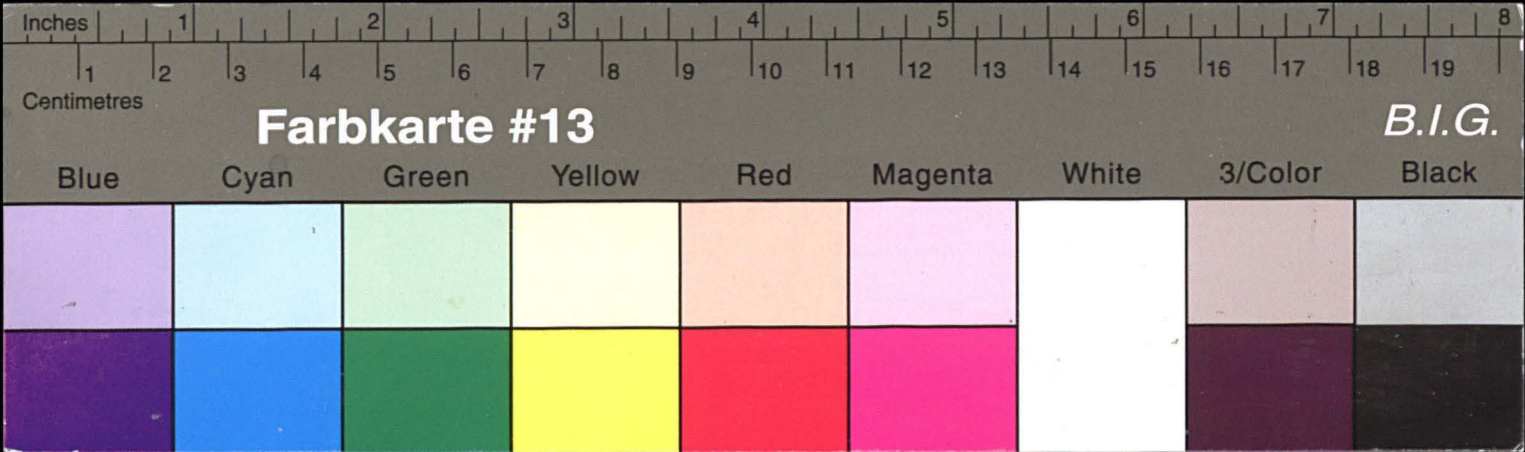


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

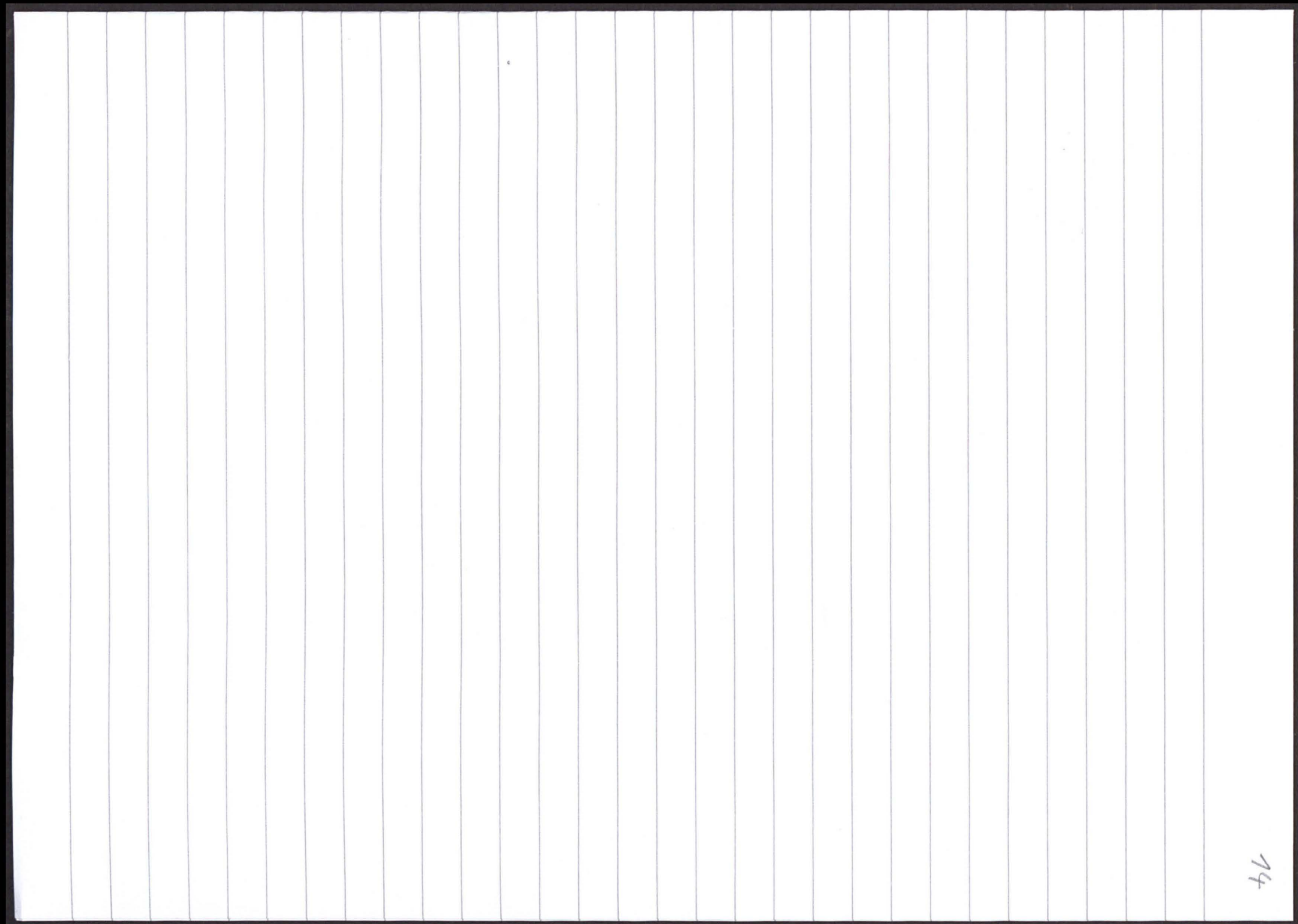
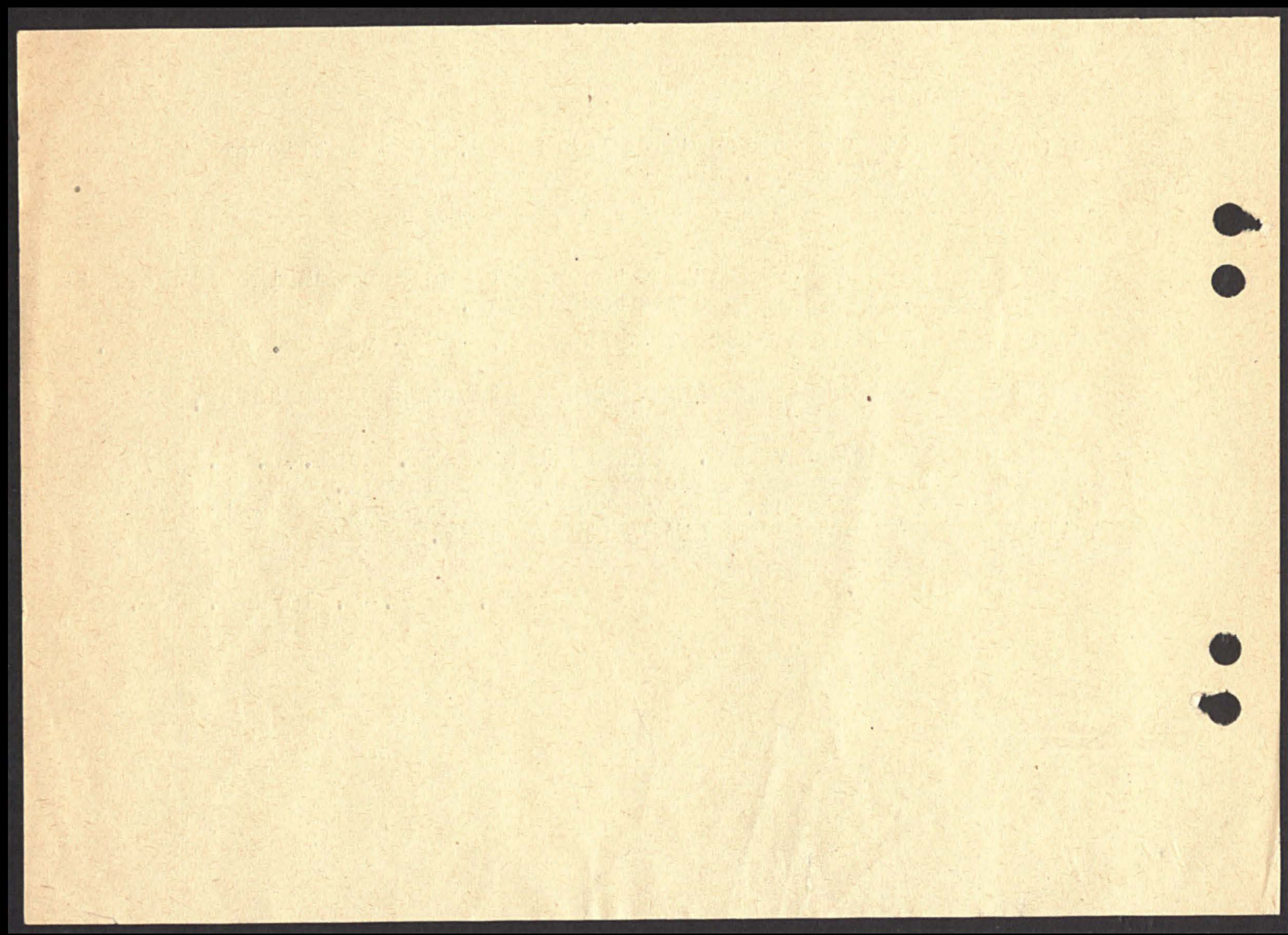


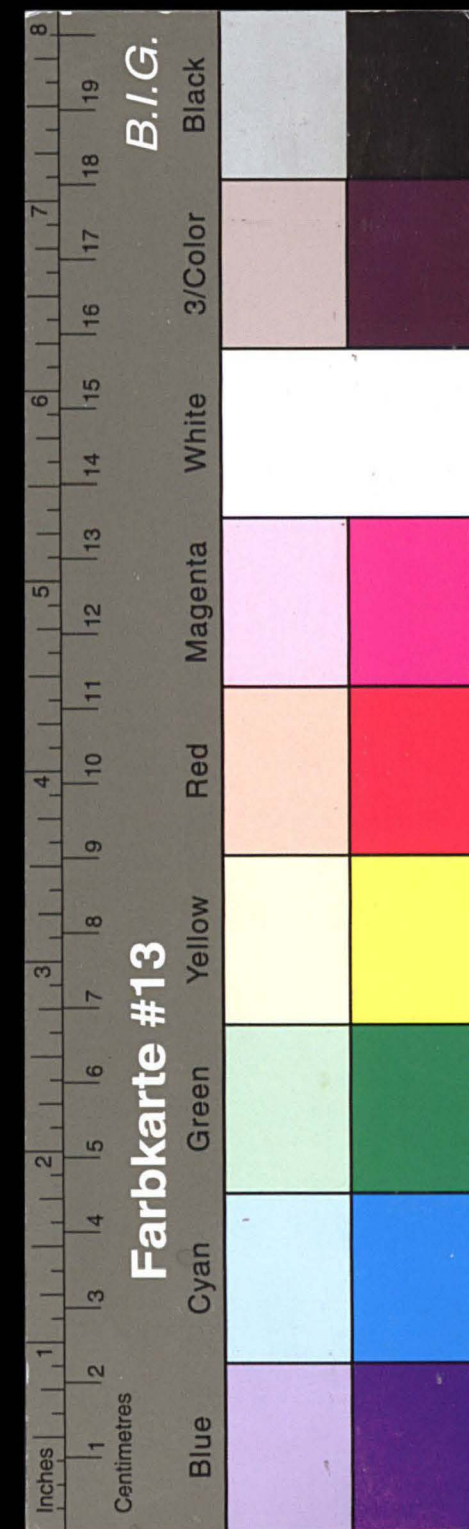




Kreisarchiv Stormarn E103

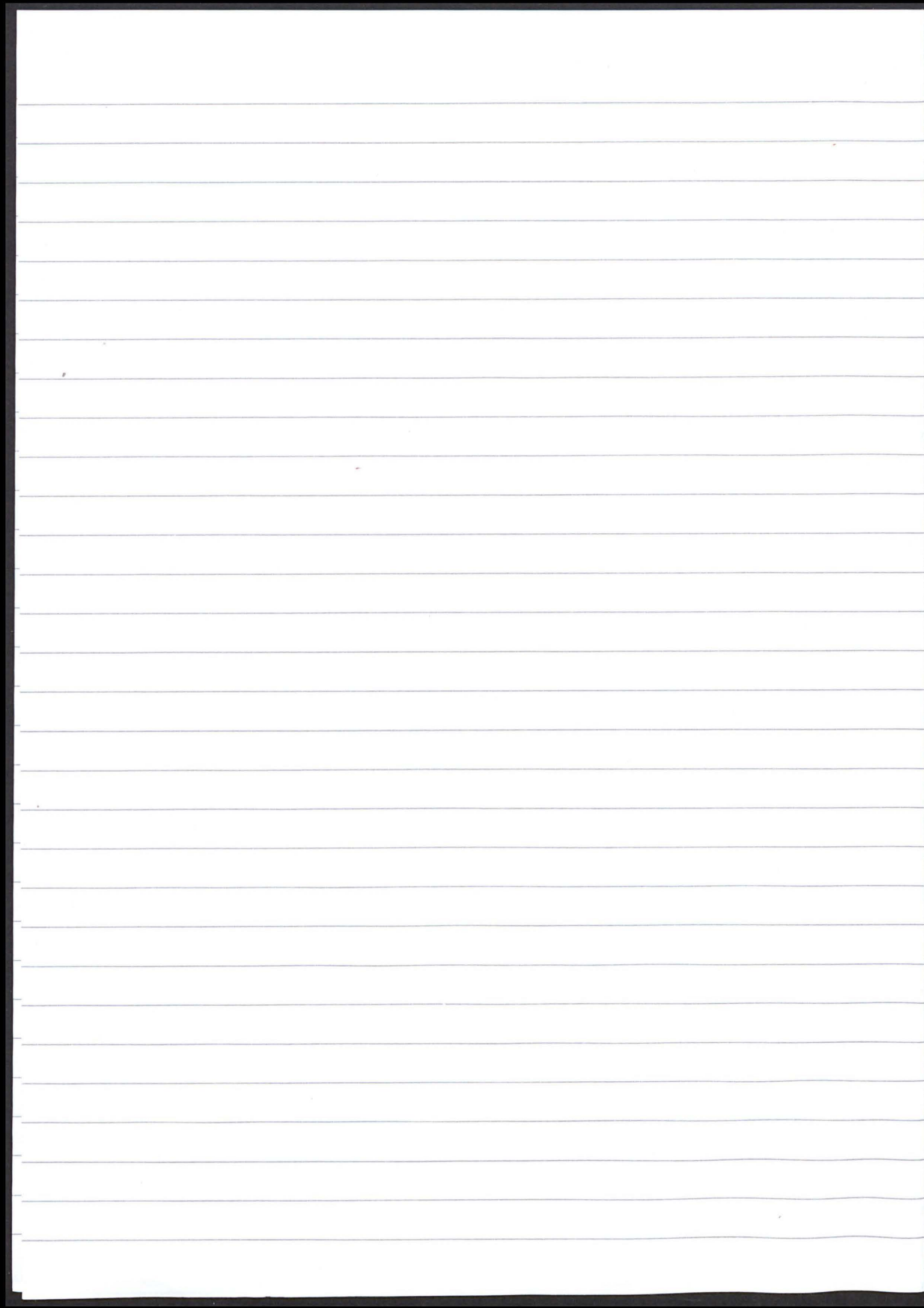
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Sparkassen-Pressedienst

ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER SPARKASSEN- UND GIROVERBÄNDE UND GIROZENTRALEN E. V.
Bonn, Kaiser-Friedrich-Straße 13, Postfach 242, Fernruf: 3 23 58, Fernschreiber: 089/709

Presse-Referat

Bonn, den 21. August 1952

Nr. 13

Elastische Personalpolitik der Sparkassen

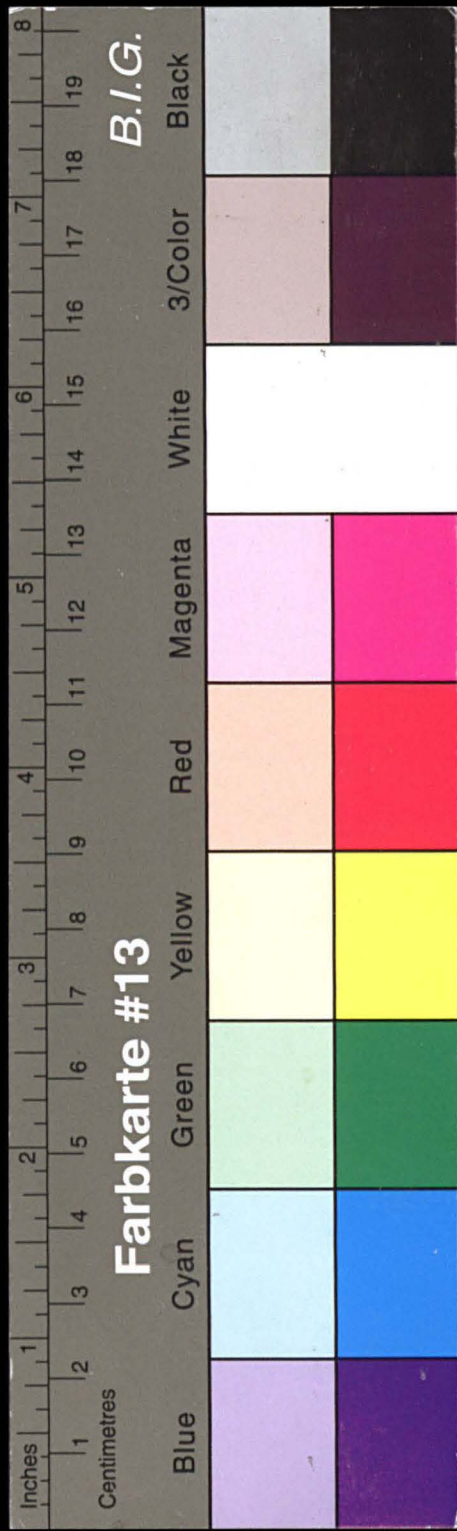
- Moderne Entwicklung verlangt fachliche Spezialausbildung -

Die moderne Entwicklung der Sparkassen zu Kreditinstituten mit vielseitigen Aufgaben im Rahmen der örtlichen Kreditwirtschaft hat dazu geführt, dass die berufliche und fachliche Laufbahn der Dienstkräfte der Sparkassen sich seit langem von der der kommunalen Verwaltungsbeamten unterscheidet. Während früher beide weitgehend noch die gleiche Ausbildung erhielten und vielfach gegenseitig ausgetauscht werden konnten, erfordert heute der Sparkassenbetrieb eine spezielle fachliche Ausbildung, die insbesondere in den Sparkassenschulen gepflegt wird. Wie in allen nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführten Betrieben - unabhängig davon, ob sie der öffentlichen Hand unterstehen oder nicht - hat sich daher eine eigene, nach den fachlichen Erfordernissen ausgerichtete Personalpolitik als unerlässliche Voraussetzung für erfolgreiches Arbeiten der Sparkassen erwiesen.

In einem Teil des Bundesgebietes (Baden-Württemberg und Hessen) ist dieses Prinzip bereits seit Jahrzehnten auch formalrechtlich verankert, indem die Sparkassen hier die sogenannte Personalhoheit besitzen: Über Einstellung und Entlassung der Dienstkräfte entscheidet der Vorstand oder Verwaltungsrat der Sparkasse. Der Einfluss der zuständigen Kommunalbehörden ist dadurch gesichert, dass die Mitglieder dieser Gremien ihrerseits von den als Gewährträger hinter der Sparkasse stehenden kommunalen Stellen bestimmt werden. Im übrigen Bundesgebiet haben sich vielfach Zwischenformen herausgebildet. Der Wunsch, die unterschiedlichen Regelungen durch eine einheitliche, den

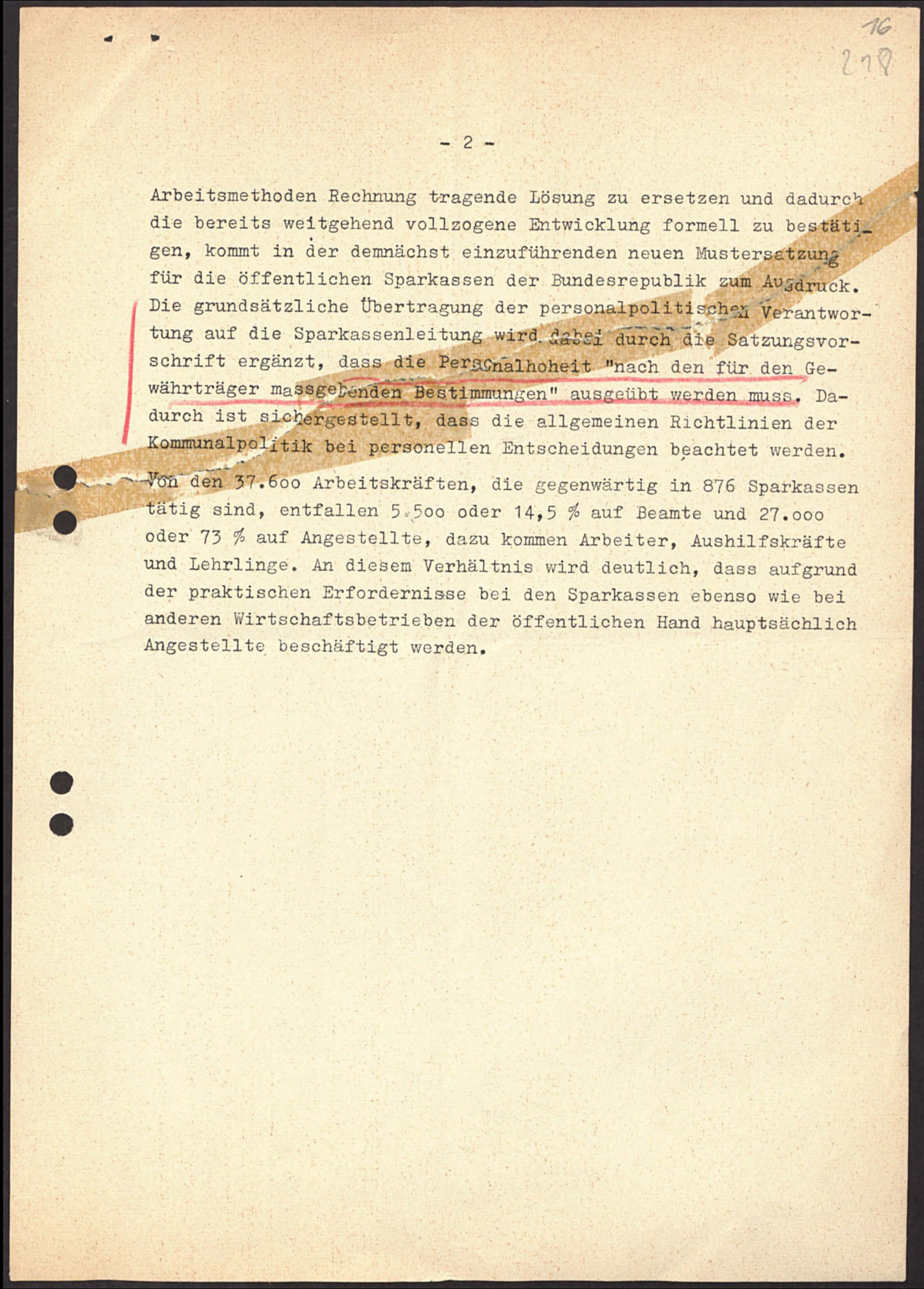
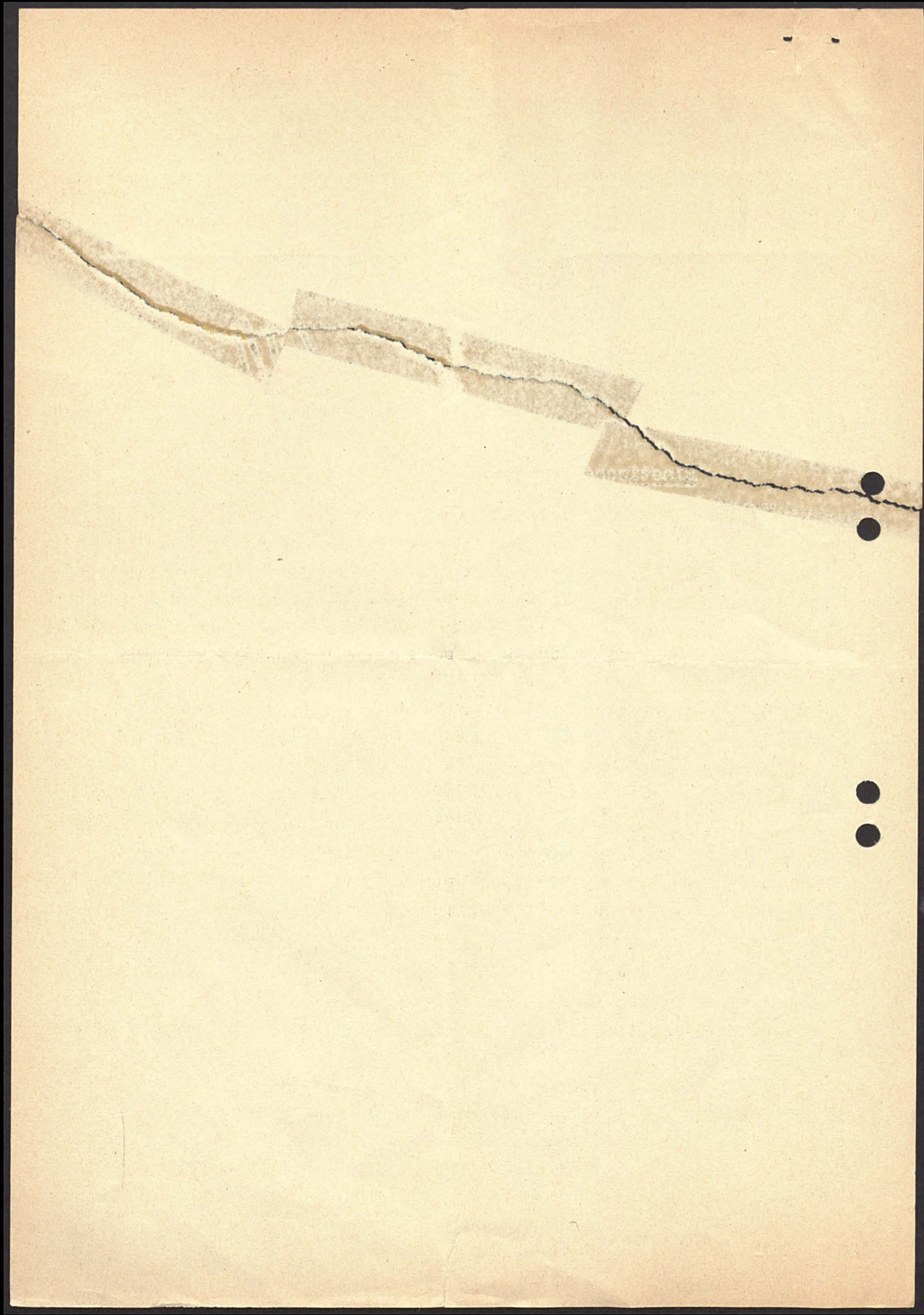
modernen

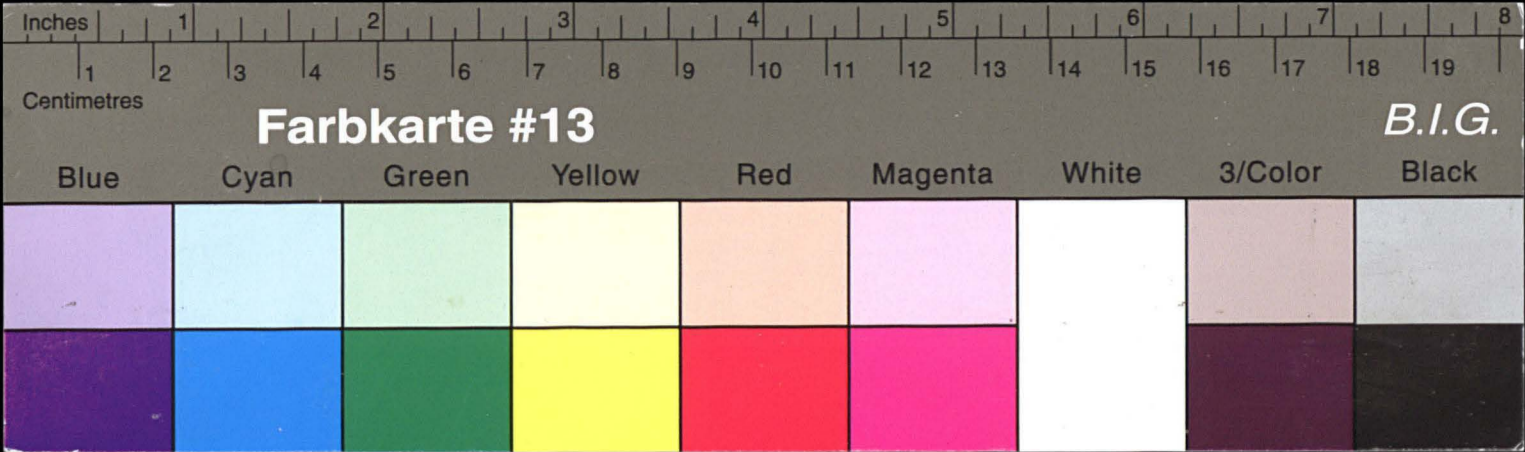
13-0



Kreisarchiv Stormarn E103

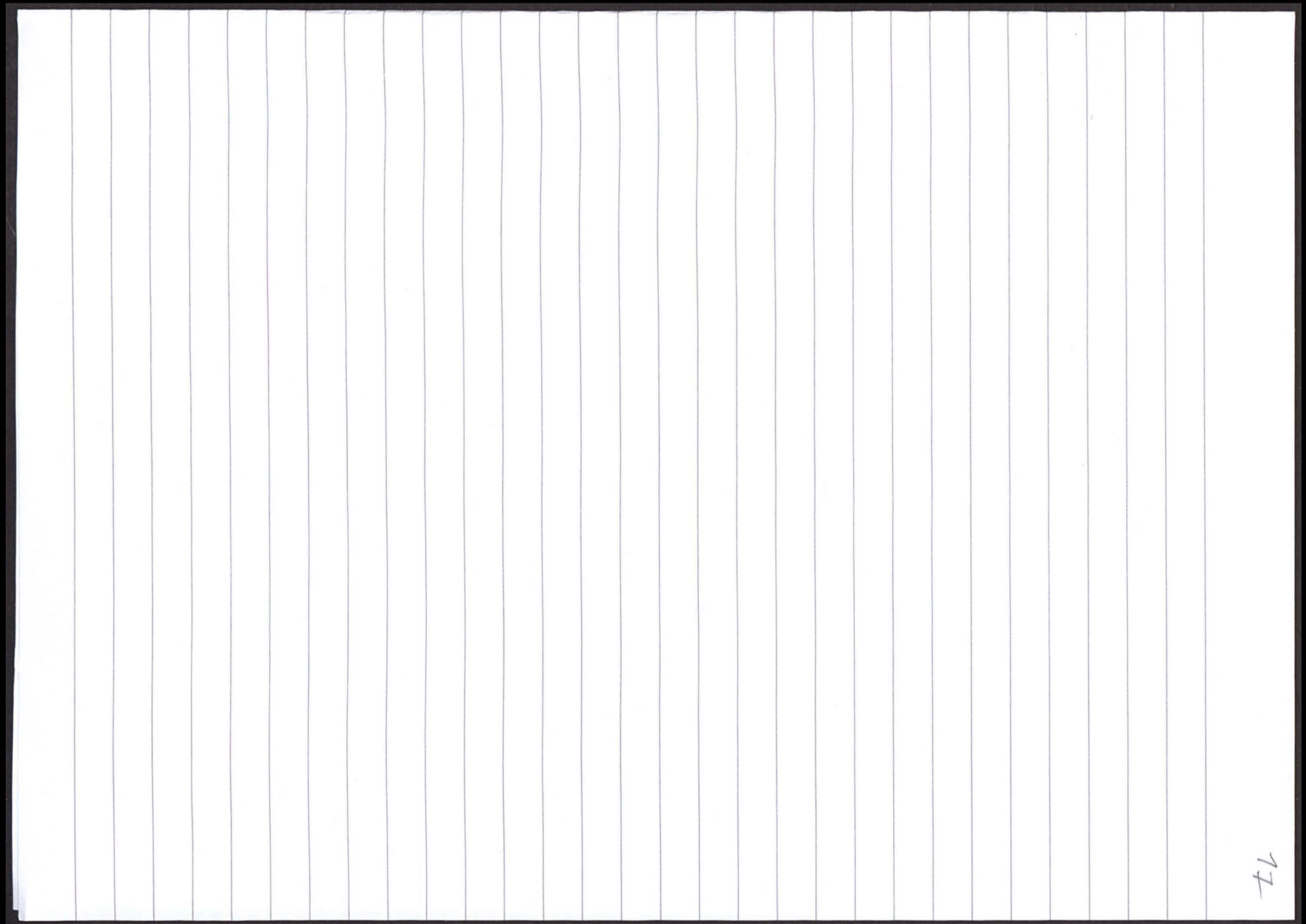
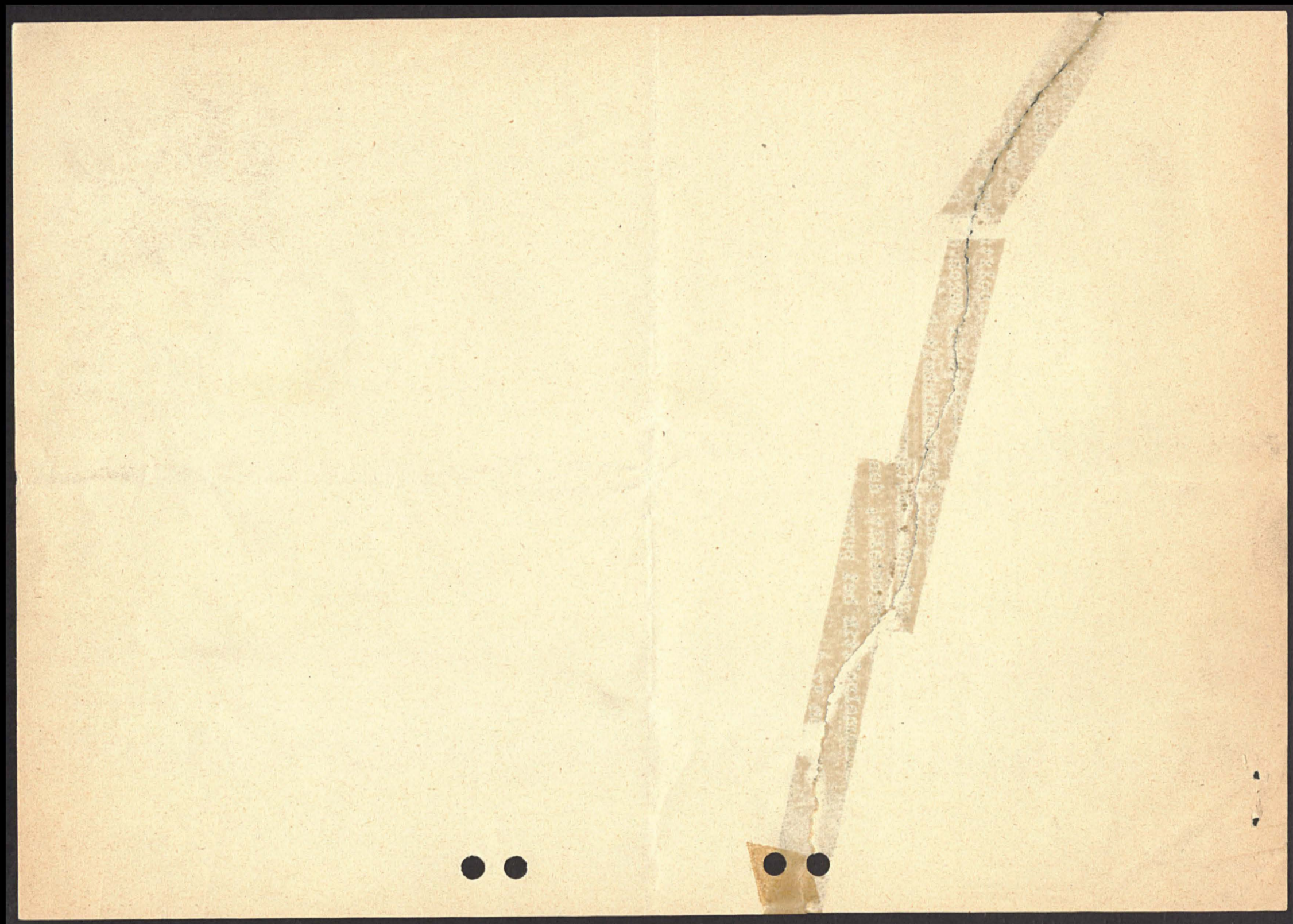
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

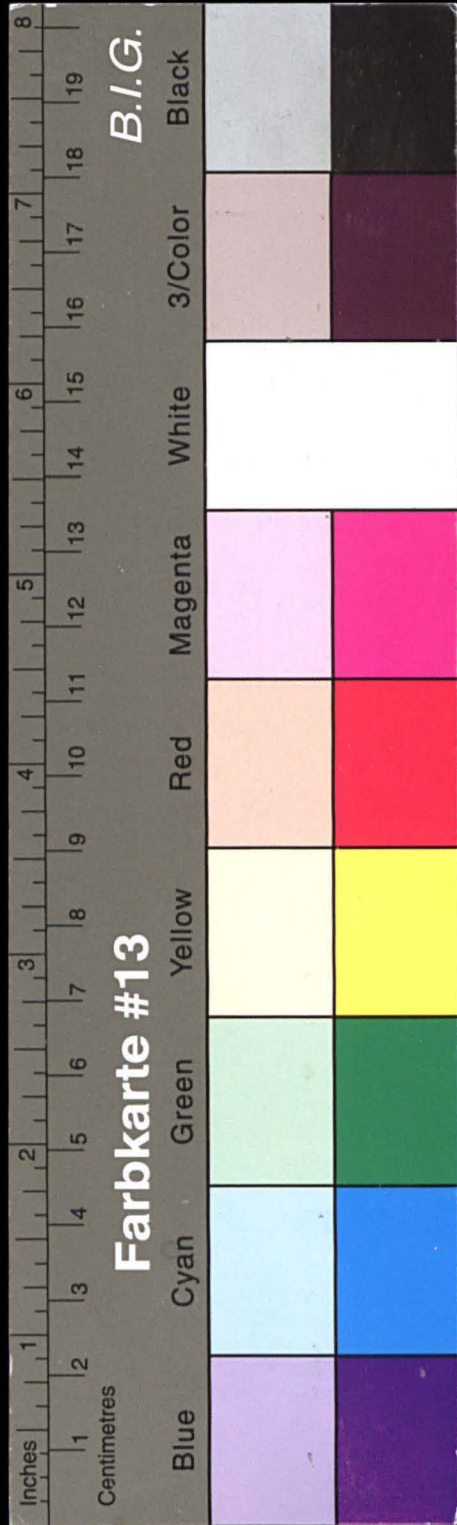




Kreisarchiv Stormarn E103

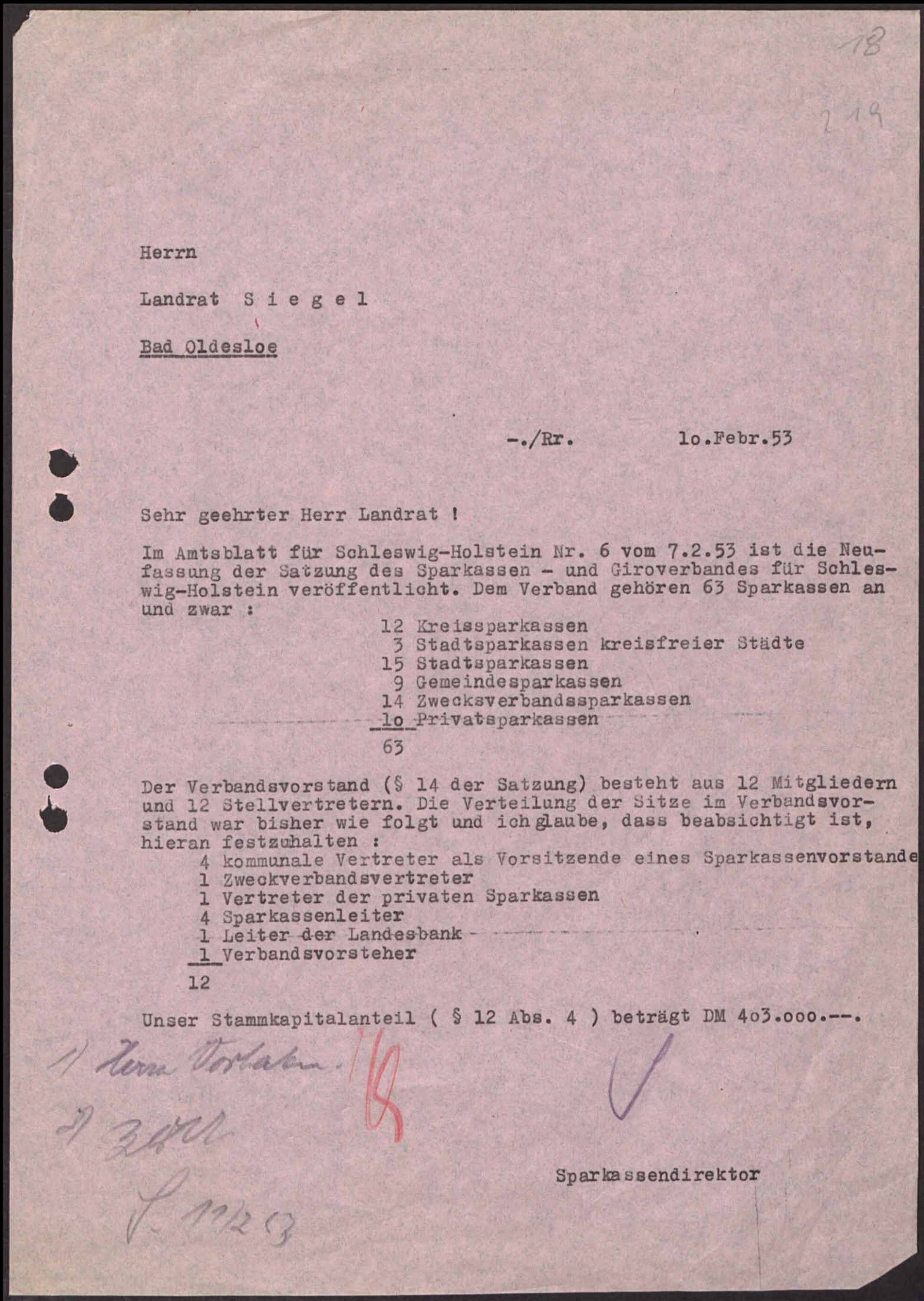
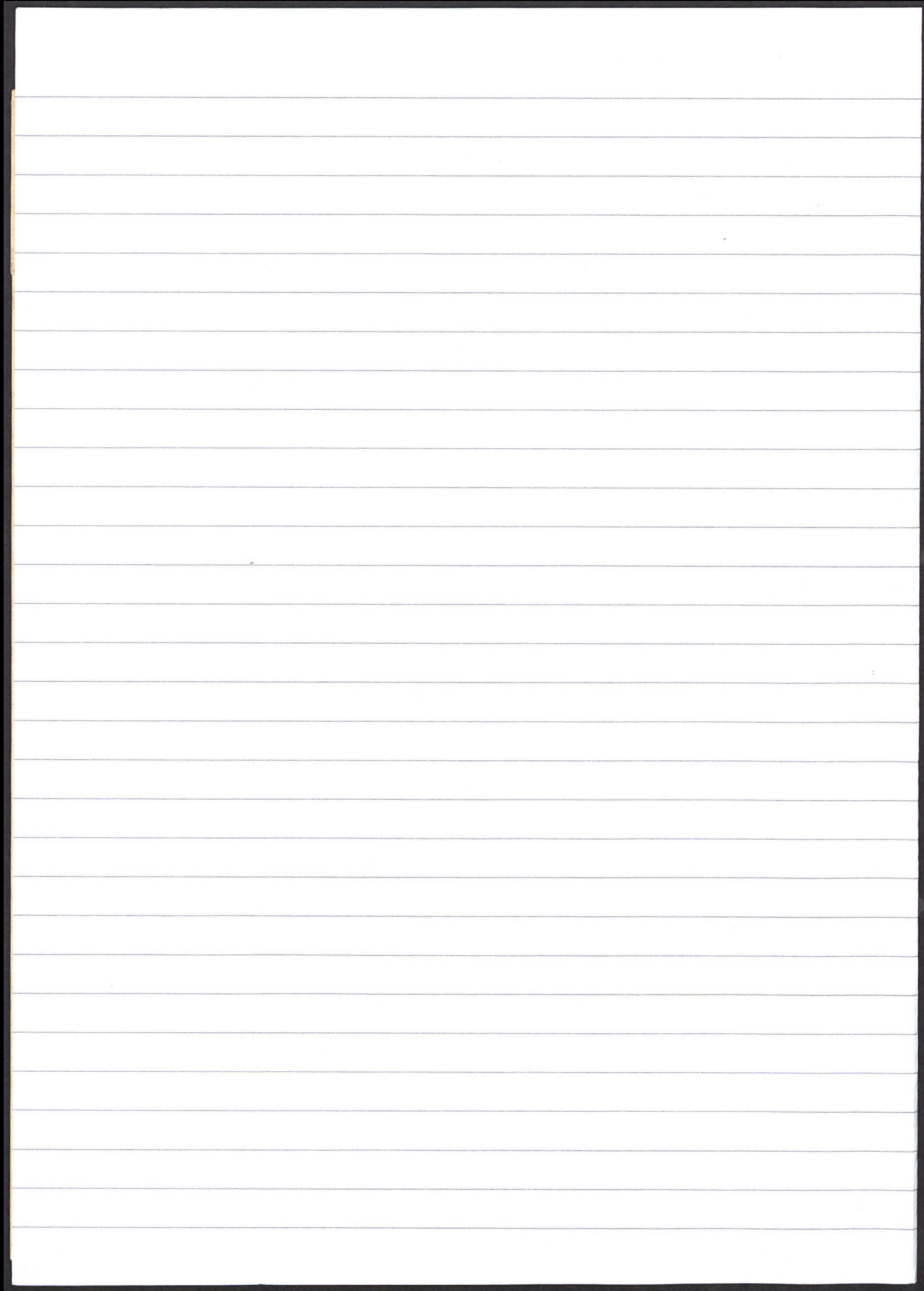
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

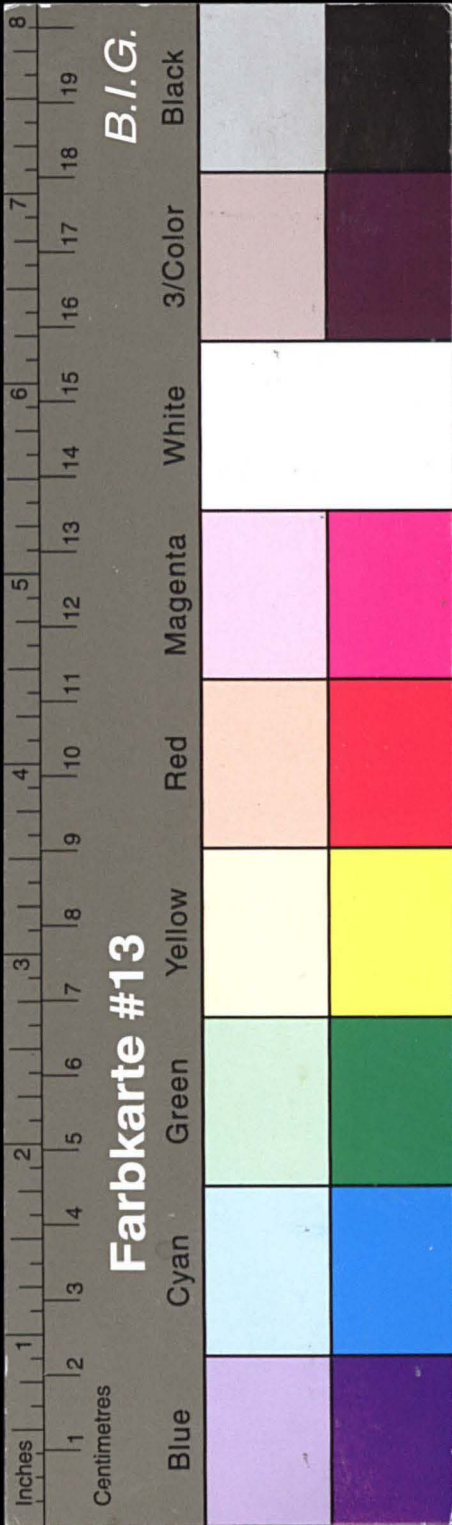




Kreisarchiv Stormarn E103

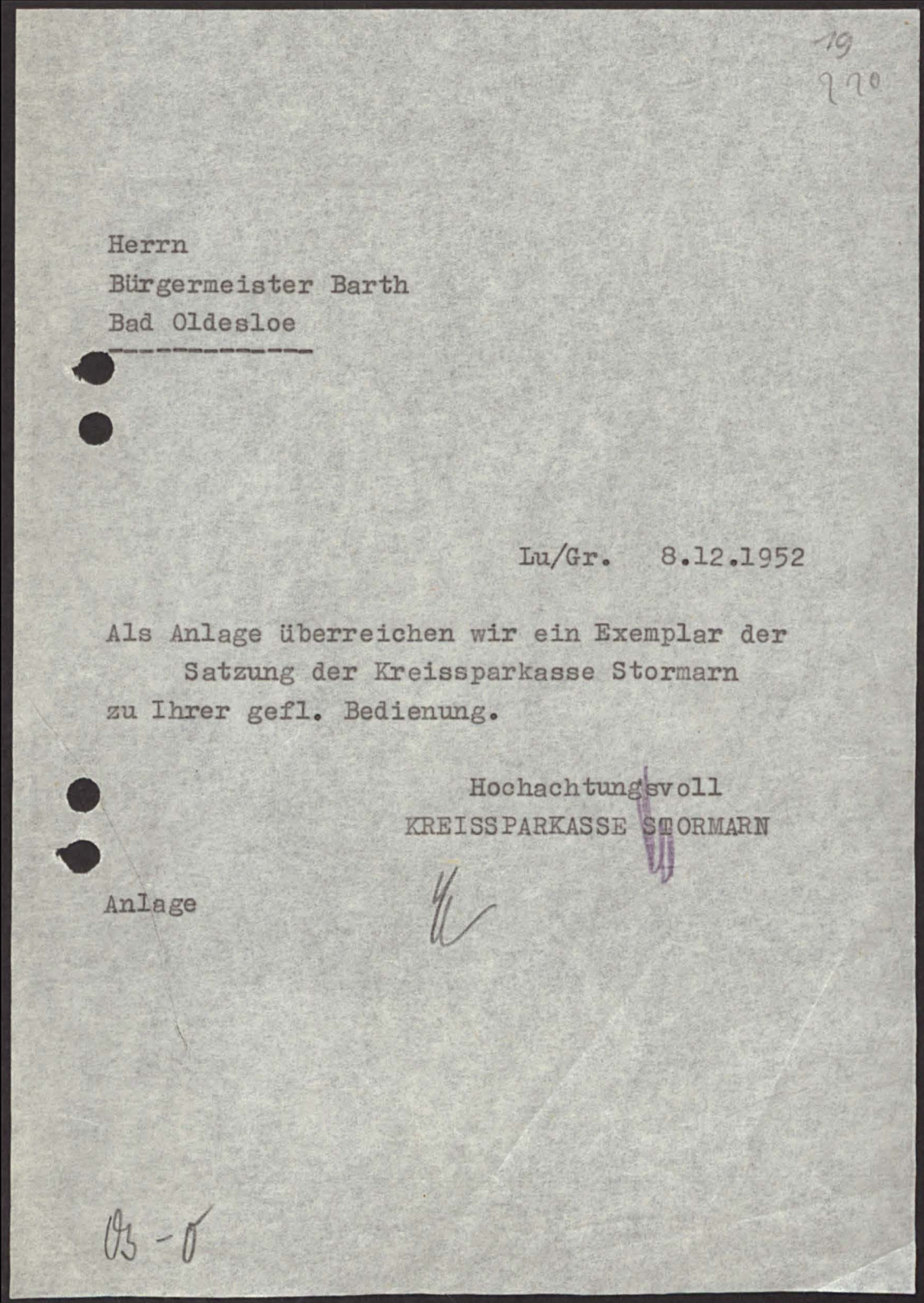
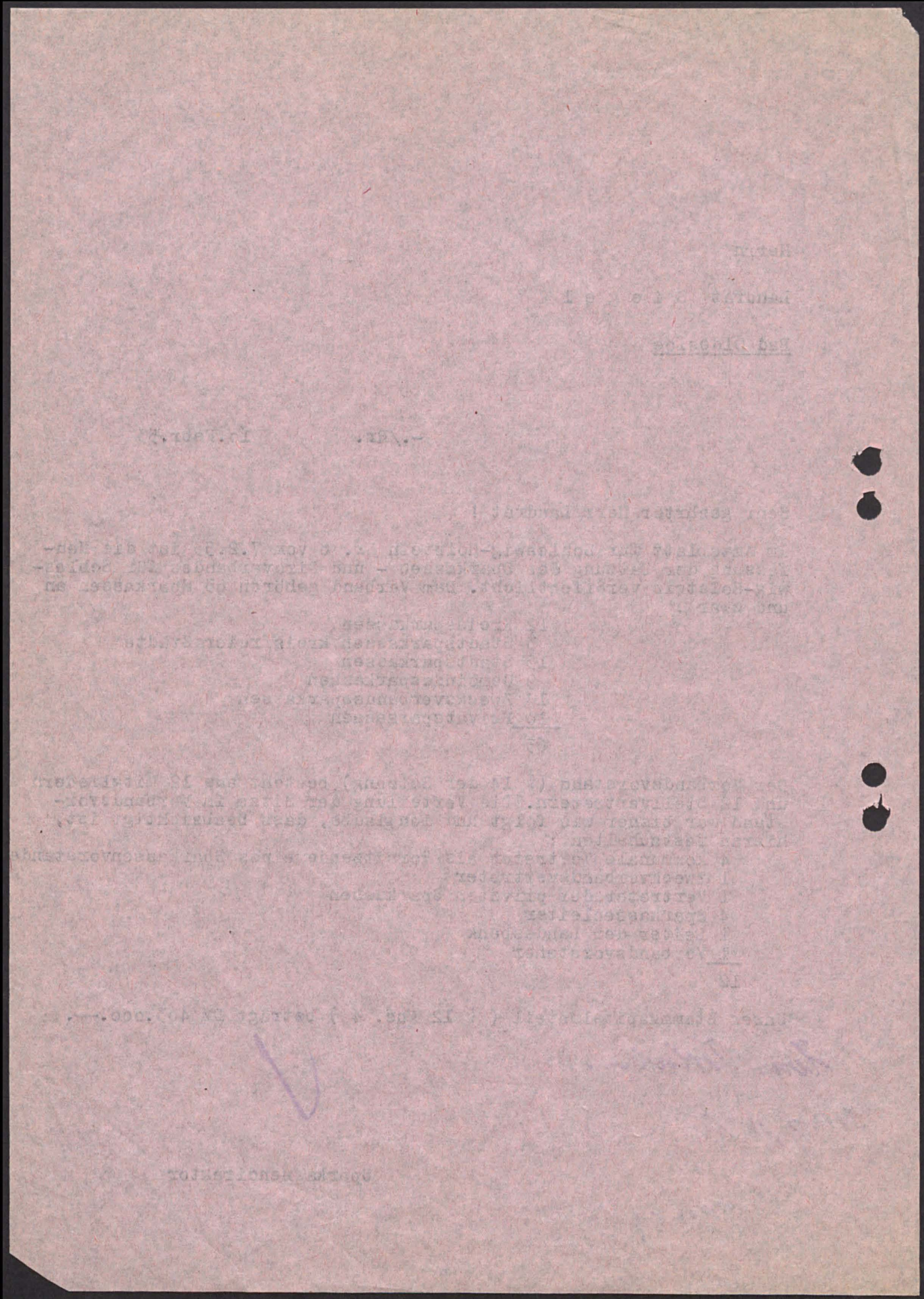
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

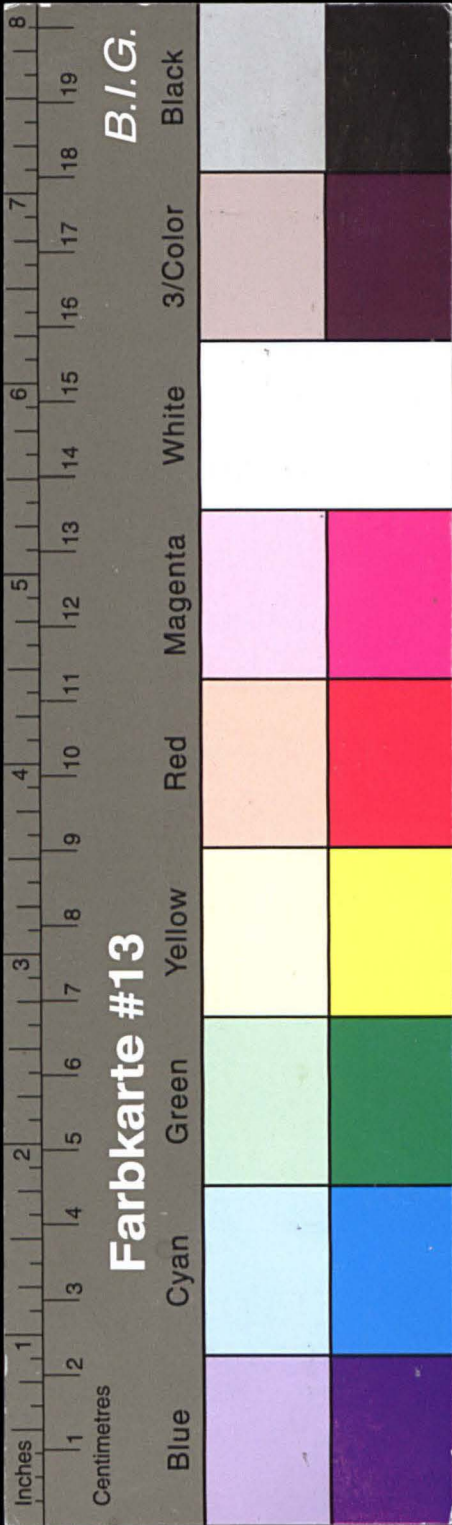




Kreisarchiv Stormarn E103

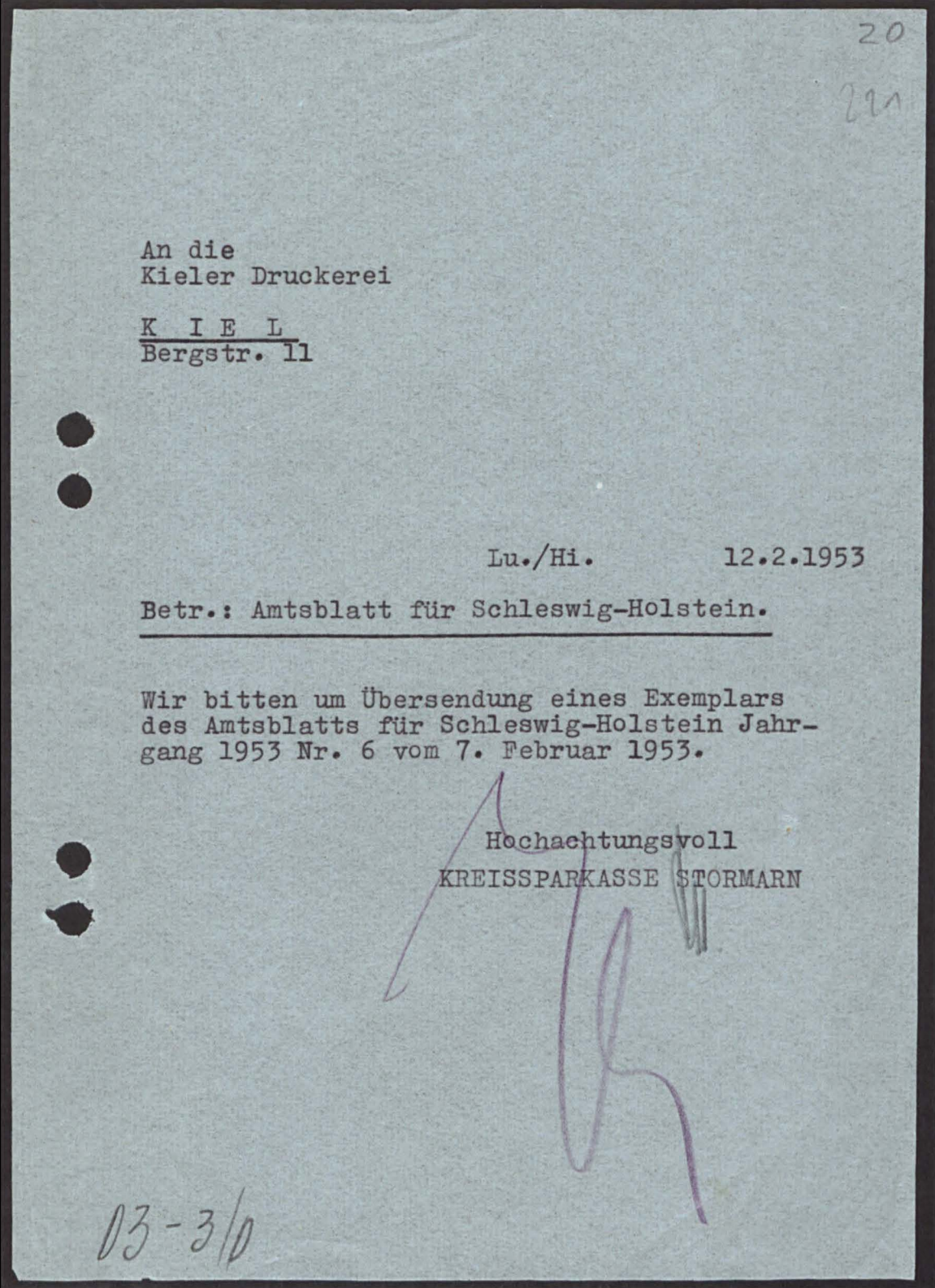
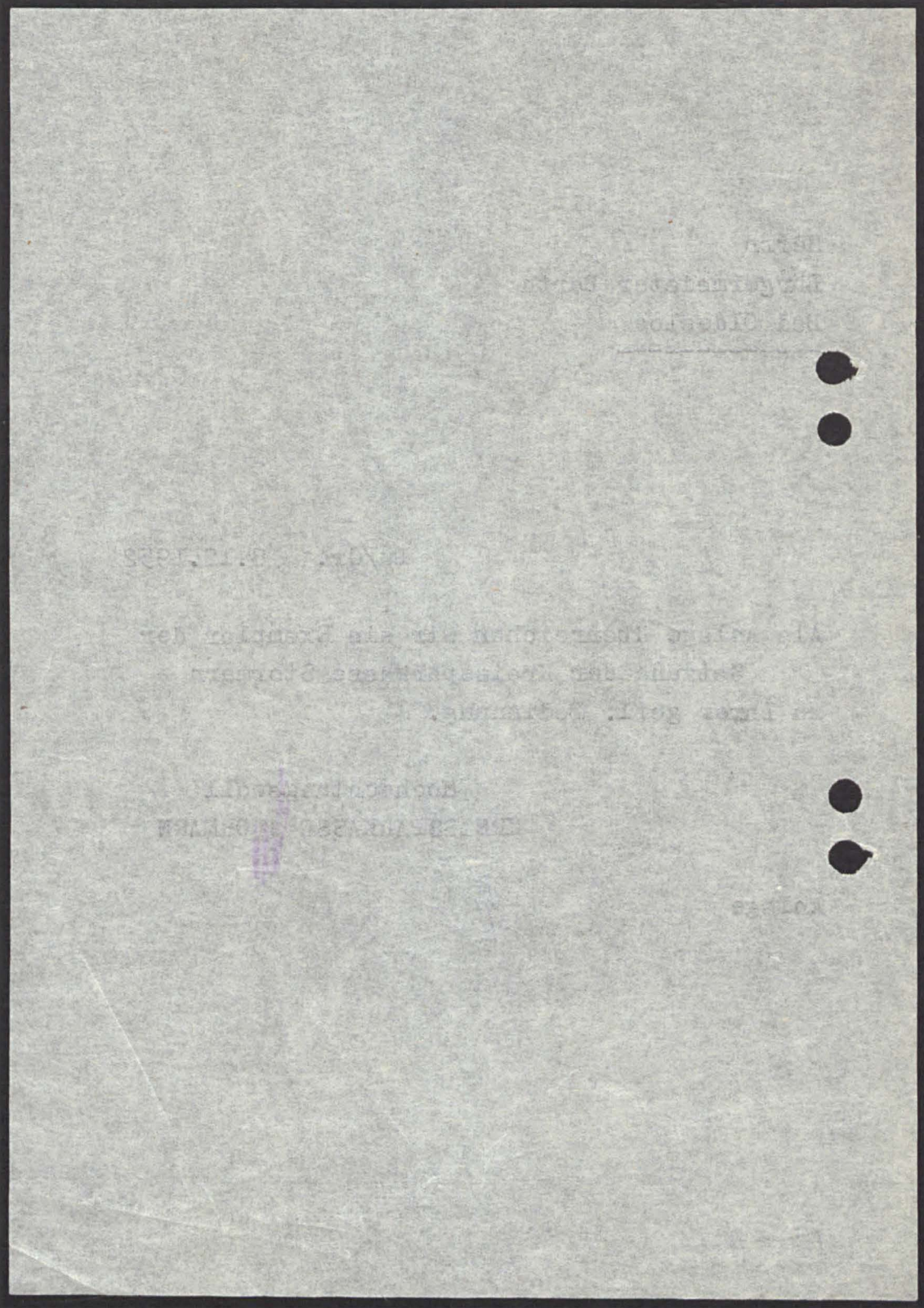
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

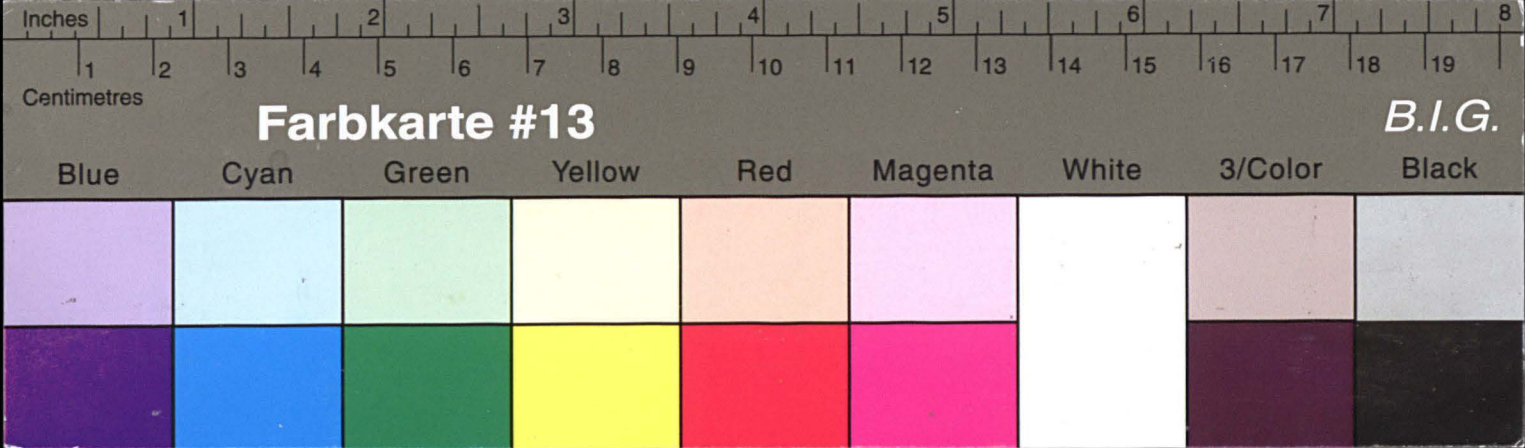




Kreisarchiv Stormarn E103

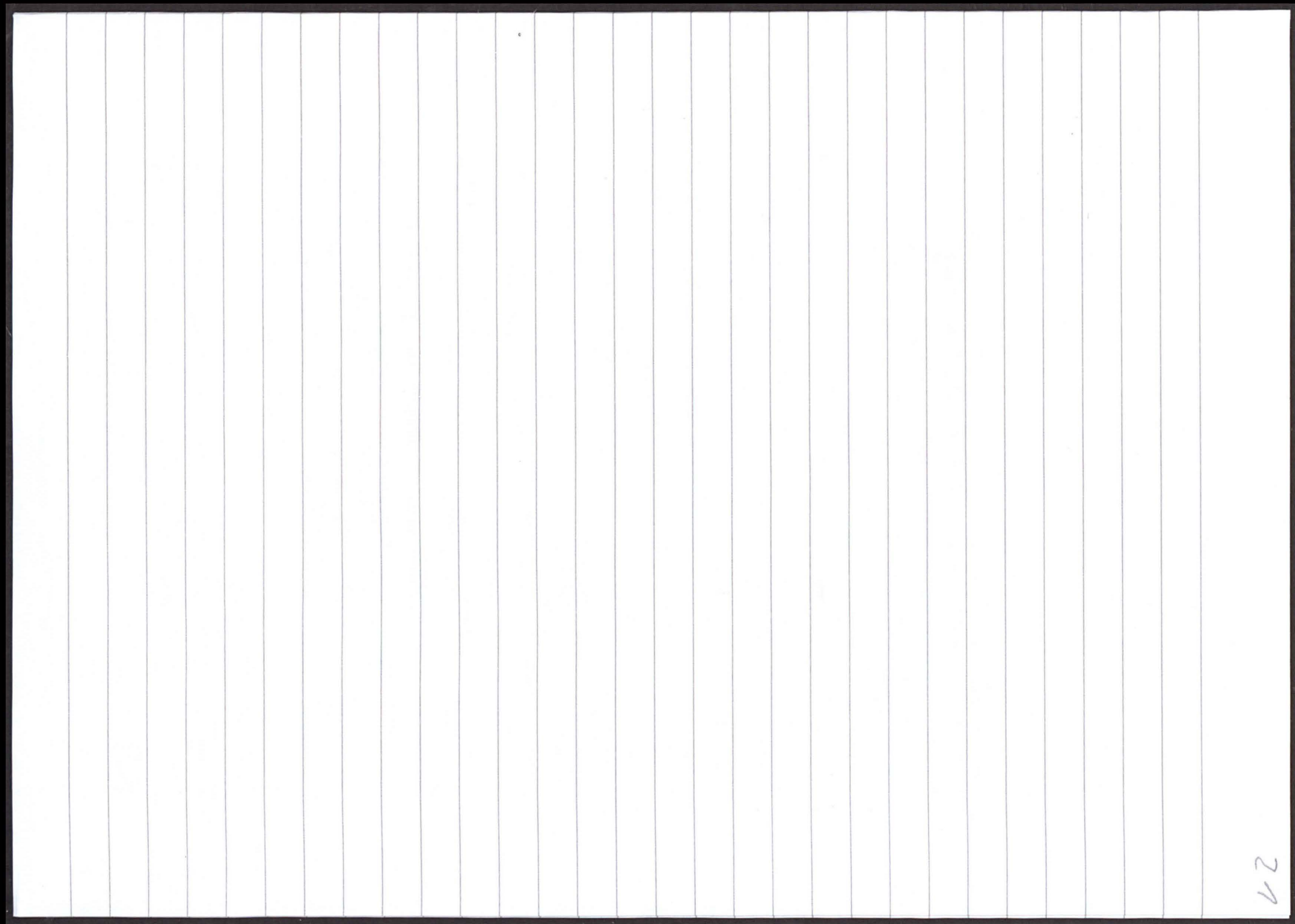
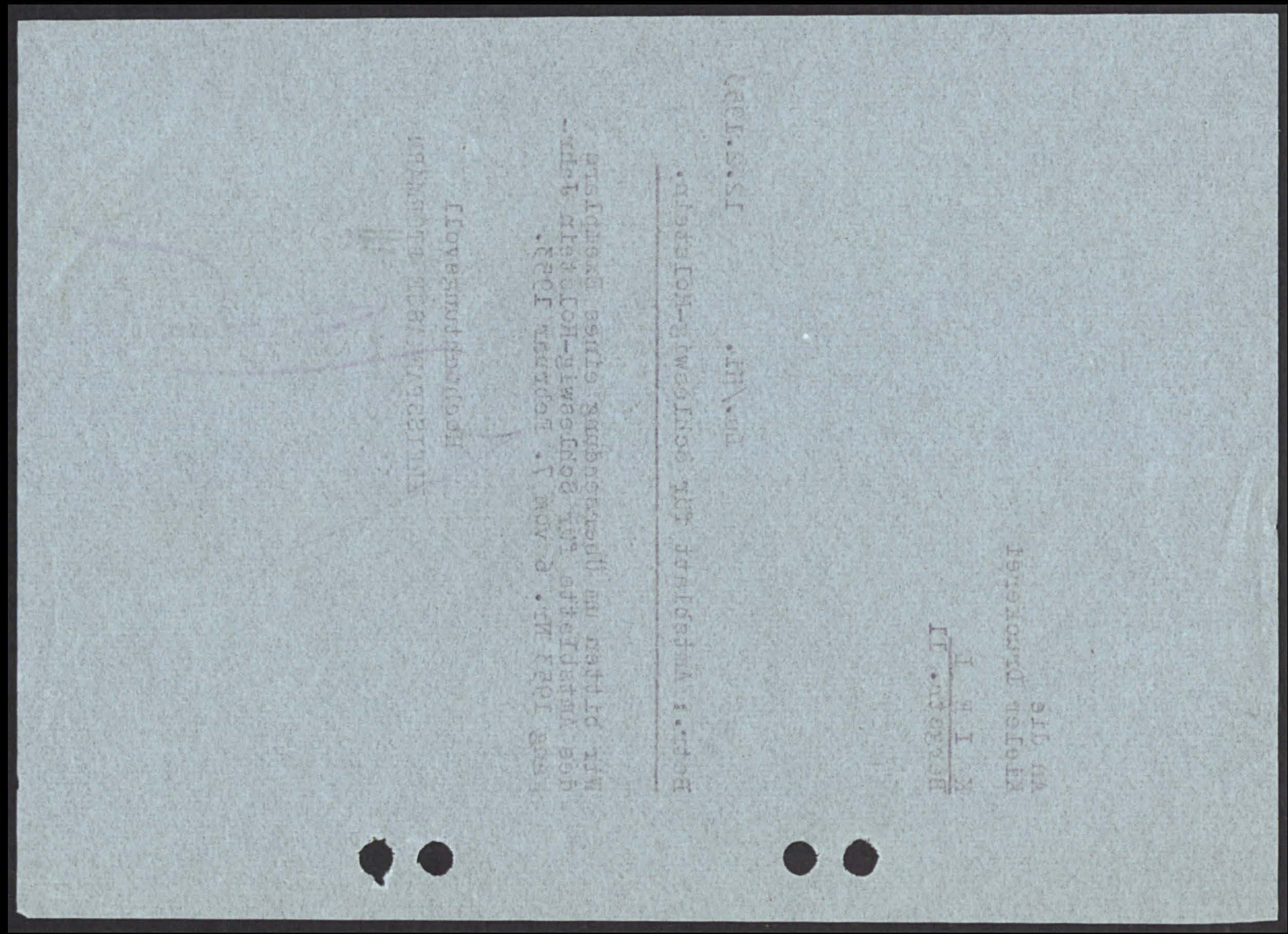
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

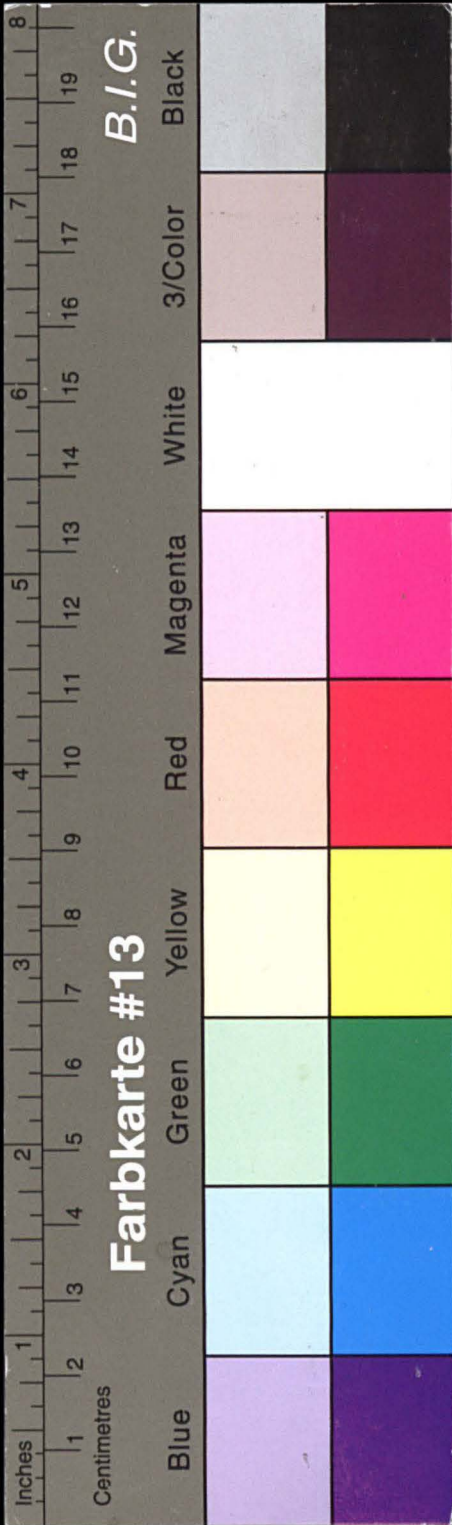




Kreisarchiv Stormarn E103

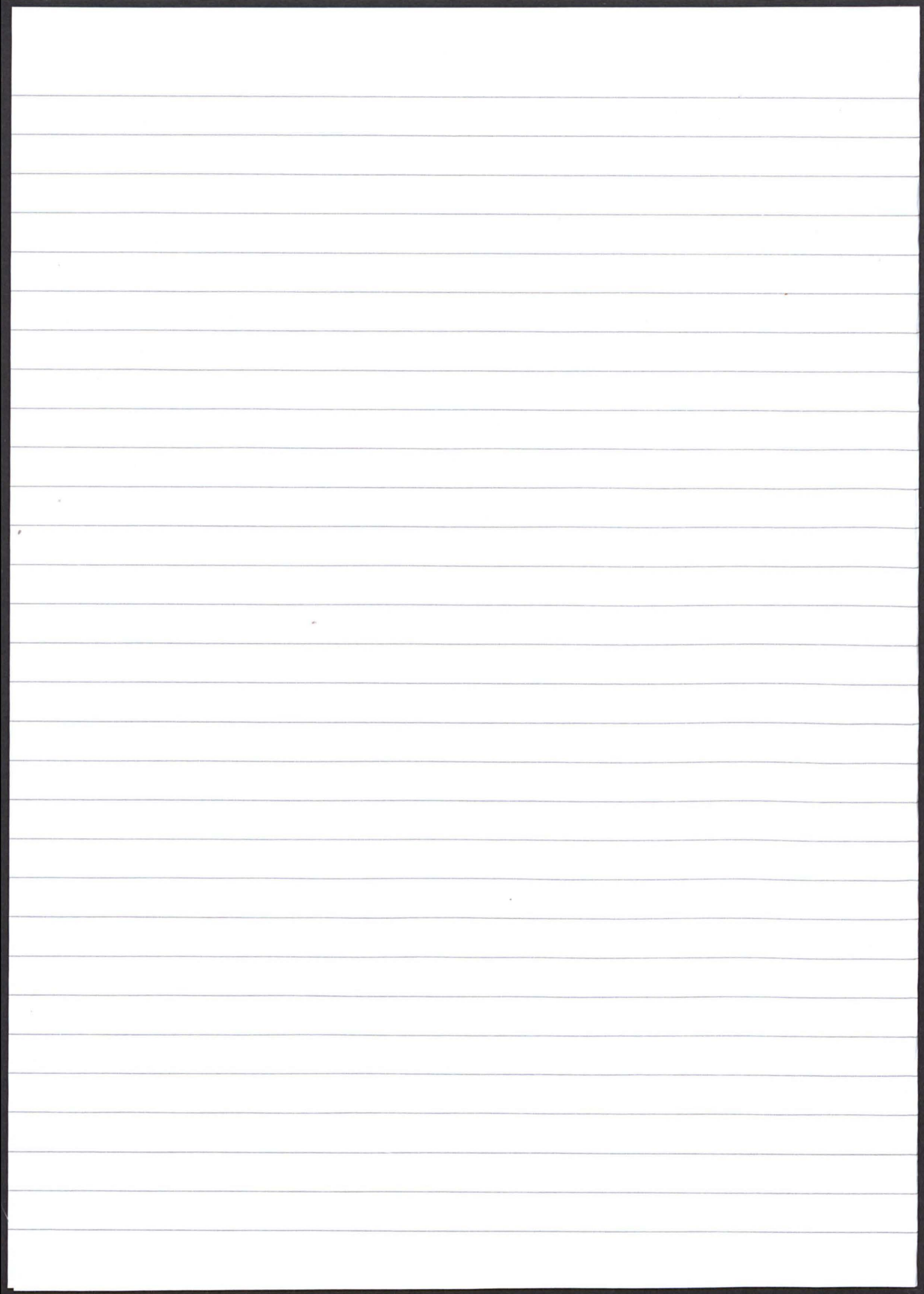
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Unsere Meinung

Streit um Ladenschloß

Die Frage, ob die Geschäfte am Samstagmittag offenhalten sollen oder nicht, hat zu erregten Auseinandersetzungen geführt. Die Debatte darüber dauern schon seit Jahren, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Statt dessen wurden sehr unterschiedliche städtische Regelungen getroffen mit der Folge, daß der Verbraucher auf Reisen sich überhaupt nicht mehr auskennt, wann und wo er zum Wochenende einkaufen kann.

Natürlich ist ein solcher Zustand auf die Dauer völlig untragbar. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürft hätte, so haben ihn die Vorgänge in München geliefert, wo eine randolierende Menschenmenge auf ein großes Kaufhaus einströmte und mit den Wertschätzern der Polizei „berührt“ werden mußte. Welche Gefühle bei diesen Ausschreitungen die Hauptrolle gespielt haben, ob es die bayerische Abneigung gegen das gesetzlich im Recht befindliche Unternehmen war, der Konkurrenz der kleinen Geschäfte oder auch ein guter Schuß politischer Unruhe, ist gleichgültig. Auf jeden Fall aber kann das Votum über den Ladenschloß nicht der Straße überlassen.

Anstatt nun aus dem beschämenden Münchner Vorfall die Lehre zu ziehen, haben unsere Bundesländer die längst fällige Entscheidung wieder einmal vertagt. Der Entwurf des Bundesarbeitsministers, der die Öffnung der Geschäfte am Samstagmittag vorsieht und dafür den Angestellten einen freien Samstagmittag einräumt, bleibt in der Schublade der ungeliebten Gesetze liegen. Dabei ist durchaus klar, daß zum Thema selbst auch nicht ein einziges neues Argument angeführt werden konnte.

Eine übereinstimmende Meinung ist nach Lage der Dinge nicht zu erzielen. Der Verbraucher will am Samstagmittag einkaufen. Die Verkäuferinnen verstehen das nicht. Die Geschäfte am Samstagmittag werden geschlossen. Dann hat der Verbraucher die Wahl zwischen dem Kaufmann und dem Laden. Der Kaufmann hat die Wahl zwischen dem Kaufmann und dem Laden. Der Laden hat die Wahl zwischen dem Kaufmann und dem Laden.

Die Auffassung des Einzelhändlers ist nicht einheitlich. Für den Ladenschloß am Samstagmittag sprechen in erster Linie soziale Gesichtspunkte. Die durch das Ladenschloß am Samstagmittag sichergestellt wird, daß der Einzelhändler ein erhaltendes Wochenende und die Gleichstellung mit den übrigen Beschäftigten. Immerhin hat sich in den rheinischen Großstädten der geschäftsfreie Samstagmittag durchgesetzt.

Was nun wichtiger ist, der Wille der Verbraucher, das soziale Anliegen, hat sich wieder in der Vergangenheit klären lassen nach vier Wochen. In Zukunft möglich sein. Deshalb muß das Bundesparlament, das die Entscheidung über das Ladenschloß am Samstagmittag in die Hände der Bundesländer legt, sich mit der Entscheidung befassen. Das bisher nicht geschehen ist und die heutige Rechtsunsicherheit weiter bestehen bleibt, ist höchst unzufrieden.

Oh, sonniges Spanien! Unter der Überschrift „Jede Art von Nacktkultur am Strand, in Clubs und Badeanstalten wird verboten“ ist in der öffentlichen das Madrider Abendblatt „Informaciones“ eine lange amtliche Mitteilung, der wir wörtlich die folgenden Stellen entnehmen:

Untersagt sind:
1. Der Gebrauch unziemlicher Badebekleidungen, die Brust und Rücken nicht in ausreichender Weise bedecken. Die Badebekleidung hat bei Frauen durch einen Ueberrock, bei Männern durch eine Sporthose ergänzt zu sein.
2. Der Aufenthalt am Strand, in Clubs, Bars, Restaurants, Tanzlokalen und ähnlichen Gaststätten in Badebekleidung. Ebenso ist auf Ausflügen, am Bord von Wasserfahrzeugen wie ganz allgemein außerhalb des Wassers das Verwenden von Badezeug verboten. Da dieser im im Badezeug verboten. Da dieser im im Badezeug verboten. Da dieser im im Badezeug verboten.

Die vorstehenden Normen, die besonders am Strand, an Flüssen, in Badeanstalten und an ähnlichen Erholungsorten zu beachten sind, werden ergänzt durch die Errichtung von Sonnenbädern, die gegen jeden Einblick von außen abgesichert sein müssen. Einzig unter der Voraussetzung einer Trennung nach Geschlecht und zum mindesten bekleidet mit Badeanzügen ist in solchen Bädern das Sonnenbaden zu erlauben, wobei zu beachten ist, daß die Bädern beim Betreten und Verlassen diesen Sonnenbädern, ebenso wie beim Betreten und Verlassen des Wassers, sich ausschließlich eines Badeanzuges bedienen, der den Körper vollständig verhüllt.“

Die Jugoslawin hat gleiche Rechte und Pflichten Volljährig ab 18 stehen ihr alle Berufe offen — Militärische Ausbildung

Von unserem Mitarbeiter Max von Nerzjak

ZAGREB, 25. Juni. Die jugoslawische Frau ist nach Verfassung und Gesetz dem Mann völlig gleichberechtigt im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Die Frau muß bei gleicher Arbeitsleistung und Arbeitszeit den gleichen Lohn erhalten wie der Mann, alle sozialen Rechte und Pflichten gelten gleichmäßig für Mann und Frau. Vor dem Gesetz ist die Frau auch in Familien- und Vermögensangelegenheiten dem Mann völlig gleichgestellt, alle öffentlichen und politischen Dienste und Wahlen stehen ihr offen, sogar auch in der Armee. Männer und Frauen erlangen in Jugoslawien schon mit dem 18. Lebensjahr ihre Volljährigkeit und haben mit allen gesellschaftlichen und politischen Rechten.

Deshalb sind in Jugoslawien Frauen Abgeordnete im Nationalen Volkskongress, Diplomaten und Direktoren großer staatlicher Industriebetriebe und landwirtschaftlichen Betriebe, Ingenieure, Offiziere der Marine und der Luftwaffe, Arbeiter, aber auch Schwerarbeiter. Es gibt Männer in Jugoslawien, die heute noch nicht mit allen gesellschaftlichen und politischen Rechten ausgestattet sind. Denn sie genießen nicht alle Rechte, die dem Mann nicht zu kommen. Diese sind mit dem Mann nicht zu kommen. Diese sind mit dem Mann nicht zu kommen. Diese sind mit dem Mann nicht zu kommen.

Ein Sonderkapitel sind die leichtverderblichen Waren, zumal im Sommer. Nur die wenigsten Haushalte haben Kühlschränke und wollen deshalb den Sommerbedarf nicht schon am Samstagmittag einkaufen. Nach andere Erwägungen kommen die Hausfrauen nahelegen, auf den Einkaufsmöglichkeit am Samstagmittag zu bestehen.

Die Auffassung des Einzelhändlers ist nicht einheitlich. Für den Ladenschloß am Samstagmittag sprechen in erster Linie soziale Gesichtspunkte. Die durch das Ladenschloß am Samstagmittag sichergestellt wird, daß der Einzelhändler ein erhaltendes Wochenende und die Gleichstellung mit den übrigen Beschäftigten. Immerhin hat sich in den rheinischen Großstädten der geschäftsfreie Samstagmittag durchgesetzt.

Was nun wichtiger ist, der Wille der Verbraucher, das soziale Anliegen, hat sich wieder in der Vergangenheit klären lassen nach vier Wochen. In Zukunft möglich sein. Deshalb muß das Bundesparlament, das die Entscheidung über das Ladenschloß am Samstagmittag in die Hände der Bundesländer legt, sich mit der Entscheidung befassen. Das bisher nicht geschehen ist und die heutige Rechtsunsicherheit weiter bestehen bleibt, ist höchst unzufrieden.

Oh, sonniges Spanien! Unter der Überschrift „Jede Art von Nacktkultur am Strand, in Clubs und Badeanstalten wird verboten“ ist in der öffentlichen das Madrider Abendblatt „Informaciones“ eine lange amtliche Mitteilung, der wir wörtlich die folgenden Stellen entnehmen:

Untersagt sind:
1. Der Gebrauch unziemlicher Badebekleidungen, die Brust und Rücken nicht in ausreichender Weise bedecken. Die Badebekleidung hat bei Frauen durch einen Ueberrock, bei Männern durch eine Sporthose ergänzt zu sein.
2. Der Aufenthalt am Strand, in Clubs, Bars, Restaurants, Tanzlokalen und ähnlichen Gaststätten in Badebekleidung. Ebenso ist auf Ausflügen, am Bord von Wasserfahrzeugen wie ganz allgemein außerhalb des Wassers das Verwenden von Badezeug verboten. Da dieser im im Badezeug verboten. Da dieser im im Badezeug verboten. Da dieser im im Badezeug verboten.

Die vorstehenden Normen, die besonders am Strand, an Flüssen, in Badeanstalten und an ähnlichen Erholungsorten zu beachten sind, werden ergänzt durch die Errichtung von Sonnenbädern, die gegen jeden Einblick von außen abgesichert sein müssen. Einzig unter der Voraussetzung einer Trennung nach Geschlecht und zum mindesten bekleidet mit Badeanzügen ist in solchen Bädern das Sonnenbaden zu erlauben, wobei zu beachten ist, daß die Bädern beim Betreten und Verlassen diesen Sonnenbädern, ebenso wie beim Betreten und Verlassen des Wassers, sich ausschließlich eines Badeanzuges bedienen, der den Körper vollständig verhüllt.“

ment für die Erhaltung des Kindes zu fordern. Eine vorbehaltlose Frau, die zwar den Namen des Ehegatten an, kann aber auch ihren Mädchennamen als Zusatz zum Familiennamen des Gatten weiterführen. Heute gibt es in Jugoslawien zum ersten Male seit Kriegsende eine ziemlich hohe Zahl von Arbeitslosen, hauptsächlich Frauen.

Unterschiede auf dem Lande. Die Entlassung tief Entlassung der staatlich kontrollierten Presse hervor und wurde von den höchsten Staatsstellen als unsozial und unsozialistisch gebrandmarkt. Dennoch konnte das Anwachsen der Zahl arbeitsloser Frauen nicht verhindert werden. Als Folge meldete sich ein Überangebot von Hausgehilfen und Putzfrauen, die in den Jahren der forcierten Industrialisierung vom Arbeitsmarkt fast völlig verschwunden waren. Aber auch das fähig zu keinem Abkommen der Zahl arbeitsloser Frauen, denn nur wenige Familien in Jugoslawien können sich eine Hausgehilfin leisten.

Auf dem Lande und zwar nicht nur in den von Mohammedanern bewohnten Gegenden, spielt die Frau noch vor zehn oder fünfzehn Jahren im gesellschaftlichen Leben eine völlig untergeordnete Rolle. Sie durfte nur verschleierte in der Öffentlichkeit erscheinen, hatte kein Verfügungsrecht über ihr eigenes Vermögen, und sogar ihre Zeugenaussage vor Gericht wurde nicht als vollwertig betrachtet. Ihren würdevollen Lebensstil, den sie durch ihre Arbeit und ihren eigenen Verdienst aufbauen konnten, selbstverständliche Voraussetzung für die Frau, die heute nicht von heute auf morgen verschwinden.

Kardinal Frings ruft zum Gebet für Berliner Opfer auf. KÖLN, 25. Juni. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, hat am Sonntag, dem 24. Juni, in der Kathedrale von Köln ein Gebet für die Opfer des Krieges gehalten. Er hat die Gläubigen aufgefordert, für die Opfer des Krieges zu beten. Er hat die Gläubigen aufgefordert, für die Opfer des Krieges zu beten. Er hat die Gläubigen aufgefordert, für die Opfer des Krieges zu beten.

Chefarzt muß wegen fahrlässiger Tötung in Trunkenheit 15 Monate ins Gefängnis Angeklagter will von Autounfall nichts bemerkt haben. BIELEFELD, 25. Juni. Zu 15 Monaten Gefängnis verurteilte die Große Strafkammer des Landgerichts Bielefeld einen Chefarzt der chirurgischen Abteilung eines Dortmunder Krankenhauses wegen fahrlässiger Tötung. Der Führerschein wird ihm für drei Jahre entzogen.

„Bloß nach Helmstedt, hab ik jedacht ...“ Jeden Tag kommen bis zu 100 jugendliche Flüchtlinge im Jugendlager Sandbostel an. Von unserem Korrespondenten Seif Schmidt. SANDPOSTEL, 25. Juni. Fünf Minuten lang hielt der 14-jährige Bruno aus einem Dorf im Ostharz das Kreuzverhör an, in das ihn Fürsorger Wilhelm Müller nahm. Dann kollektierte die Hände der Brüder und Bruno galt „Ja, ich bin aus der Ostzone ausgereist, weil ich in eine Erziehungsanstalt sollte.“ Und 13-jähriger Freund Dietrich erzählt plastisch, wie die zwei vor drei Wochen über Voposperen und Tüddesiretten hinweg im Harz die Zonengrenze fanden. Er ist dabei den 74 Jahre alten Dieter Rad in Richtung Gräze gefahren, dann gab es einen „Platten“, das Rad wurde von einer Tante untergestellt. „Die hat nur so geglaubt, daß wir über die Grenze wollten.“ Die letzten vier Kilometer wurden zu Fuß zurückgelegt. Eine Stunde waren die Jungen auf einer Brücke, bis die Vopostreife unsichtbar wurde, dann ging es im Sprunglauf über die Brücke, die 500-m-Sperrezone und der 10-Meter-Streifen wurden „gerollt“, und keuchend über unsenken kamen die Jungen im Westen an. Dieter zum erstenmal in seinem Leben, Bruno, mit 14 Jahren ein „Wandern“ zwischen Ost und West“, wie ihn Fürsorger Müller nennt, zum viertenmal.

Die Tränen versiegen schnell. Jetzt sitzen die zwei Jungen im „Haus Schlesien“ des Jugendlagers Sandbostel und warten die Einschleusungsmaschine ab. Dieter hat sich hinter die Sandbostel, in einer gutverlassenen Gegend zwischen Hamburg und Bremen als Flüchtling Ostjüngling, ist die letzte Station, die sie im Westland Fuß fassen können. Das war bei Westwalla Dieter, der bisher in der Sowjetzone mehr schlecht als recht bei Verwandten lebte und sich von Bruno leicht zur Flucht überreden ließ, während Dieter nach und nach, mit wichtiger Mission, weil sie fast wie Erwachsene behandelt werden, nehmen sie zwei Decken in den Rucksack und belegen je ein Feldbett in der Baracke.

Die Populärität im „Haus Schlesien“ schloß ihn aber ein Diaköchoch ab, wodurch das „Wandern“ so treffend auf den Leib geschnitten ist wie die männliche Weste, die er selbstbewußt über dem Pullover trägt. Rolf Mertens ist über dem Pullover trägt. Rolf Mertens ist über dem Pullover trägt. Rolf Mertens ist über dem Pullover trägt.

Bund gibt Schuldverschreibungen an Träger der Sozialversicherung. Ein Ber. BONN, 25. Juni. An Stelle von Bargeld, darf der Bund den Trägern der Sozialversicherung zur Deckung ihrer Verbindlichkeiten im Rahmen der Gesamtanleihe von 300 Mill. DM ausstellen. Dies beschloß der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen der Regierungsparteien und gegen die Stimmen der SPD, FDP und KPD. Damit ist die erste Ausgabe der Bundesanleihe in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesanleihe wird in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesanleihe wird in der Bundesrepublik Deutschland.

Otto Burmeister: Große Linie

Selbst im Kreise großer Mimen ist der ausdrucksvolle Künstlerkopf jenes massigen Mannes mit der silbergrauen Löwenmähne nicht zu übersehen. Der Leiter der Ruhrspiele, Otto Burmeister, dessen Wesen den Landschaftscharakter seiner Hamburger Heimat so einprägsam ausdrückt, zählt zu den Typen jenes Kulturreiches im Ruhrrevier, das in diesen Werten seinen T. Geburtstag feiert.

Der heute 50-jährige hat reiche und bittere Erfahrungen mit Menschen hinter sich. Schon früh erkannte er den politischen Charakter der Kunst. Er hat die Kunst als eine Art Kampf gesehen. Er hat die Kunst als eine Art Kampf gesehen. Er hat die Kunst als eine Art Kampf gesehen.

Im Gebiet der früheren Rheinprovinz, also in der Regierungsbezirk Aachen, Düsseldorf, Köln, Koblenz und Trier stiegen die Sparzahlen von 286,5 Mill. DM am 21. Juni 1948, dem Tage der für die Geldspare so katastrophalen und ungetreuen Währungsreform, bis zum 31. Dezember 1952 auf 576,5 Mill. DM, also um 146 v. H. Die Gesamteinlagen (Sparguthaben, Giro- und sonstige Einlagen) haben im Gebiet der Rheinprovinz die 2-Mrd.-Summe inzwischen bereits beträchtlich überschritten. Am 18. April 1953 betrugen sie 2221,2 Mill. DM und sind inzwischen weiter gestiegen.

Die Gesamteinlagen der rheinischen Sparkassen von Ende 1936 gegenüber Ende 1932 das erste und erfreuliche Ergebnis einer Steigerung von 217,6 auf 246,7 Mill. DM. Trotz der ungerechten und unverhältnismäßigen Belastung durch die Verpflichtung, unverzinsliche Mindestreserven auch für die Spargelder bei der Landeszentralbank zu halten und trotz der Belastung mit Ausgleichsleistungen zugunsten von Bund und Ländern mit einem Guthaben von 1,5 Milliarden Mark, haben die rheinischen Sparkassen bereits wieder Ende 1952 2010,6 Mill. DM langfristig ausgeben, größtenteils zur Förderung des sozialen Wohnungsbau.

Ueberragende Bedeutung. Im gesamten Bundesgebiet verwalten die etwa 900 öffentlichen Sparkassen hiervon in Nordrhein 103 und in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 27 Sparkassen — mit über 94 Mrd. DM Gesamteinlagen über ein Drittel der Gesamteinlagen aller öffentlichen Sparkassen. Ende 1952, rund 70 v. H. aller Sparanlagen werden bei den öffentlichen Sparkassen unterhalten.

Die inzwischen weiter erheblich angestiegene Summe der öffentlichen Sparkassen der öffentlichen Sparkassen des Bundesgebietes Ende 1952 die stolze Summe von 4,85 Mrd. DM. Die Giroverbindlichkeiten der öffentlichen Sparkassen machten sogar weitere 4813,3 Mill. DM aus. Eine 80 v. H. der Sparkassenhypotheken kommen dem sozialen Wohnungsbau zugute.

Die wenigen Hinweise zeigen die überragende Bedeutung der öffentlichen Sparkassen im Kreise der deutschen Kreditinstitute. Die Sparkassen sind inzwischen längst über die Aufgaben der früheren Sparkassen hinausgewachsen, die im wesentlichen nur die Verwaltung der kommunalen Selbstverwaltung, Dossab ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Kinderschulen längst entwachsen. So sind die Sparkassen echte, unentbehrliche Institute und Instrumente der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Wandlung der Begriffe. Leider geht es mit dem Begriff „Selbstverwaltung“ oft so ähnlich wie mit dem wesenverwandten Wort „Demokratie“. Beide erleiden das gleiche Schicksal, indem der Inhaber einer ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Funktion von Rechts wegen die „Demokratie“ oder „Selbstverwaltung“ mit Zahlen und Klauen nach „oben“ verteidigt und abschützt, aber wenigstens den biblischen Balken im eigenen Auge sieht. Die „Selbstverwaltung“ wird in diesem Fall Landesherrschaft, fleißig sich werden, wie es im Beispiel der Jugend, aus dem ein Beispiel selbstverwaltender Kommunalverwaltung gleichzusetzen. Aber gerechtfertigt ist das nicht.

Sparkasse braucht echte Selbstverwaltung

Etwa 900 öffentliche Institute verwalten über 9 Milliarden DM — Starke Stützen der Kommunen

VON FINANZMINISTER a. D. DR. HEINRICH WEITZ

Die 100-jährigen Geburtstagsfeiern unserer rheinischen Sparkassen mehrten sich. Ein Jahrhundert scheint insofern ein bescheidenes Alter für eine Sparkasse zu sein, als die älteste deutsche Sparkasse in Salem (Baden) über 200 Jahre auf dem Rücken hat. Aber diese Kasse war ebenso wenig die „Zunimung“ der staatlichen Aufsichtstellen gewährt, Spargelder der Bürger anzunehmen und zu verwalten.

Wenige Zahlen mögen das „Auf“ und das — nur durch die beiden Weltkriege verschuldet — „Nieder“ und das Gott sei Dank wieder „Auf“ der Sparkassen demonstrieren: Die Sparguthaben auf den Kopf der Bevölkerung betrugen im Reichsbudget, Bundesgebiet: 1914 314 Mark; 1927 74 RM; 1937 243 R-Mark. 1949 waren es nur noch 45 DM, aber 1952 schon wieder 100 DM.

Einlagen klettern in die Höhe

Im Gebiet der früheren Rheinprovinz, also in der Regierungsbezirk Aachen, Düsseldorf, Köln, Koblenz und Trier stiegen die Sparzahlen von 286,5 Mill. DM am 21. Juni 1948, dem Tage der für die Geldspare so katastrophalen und ungetreuen Währungsreform, bis zum 31. Dezember 1952 auf 576,5 Mill. DM, also um 146 v. H. Die Gesamteinlagen (Sparguthaben, Giro- und sonstige Einlagen) haben im Gebiet der Rheinprovinz die 2-Mrd.-Summe inzwischen bereits beträchtlich überschritten. Am 18. April 1953 betrugen sie 2221,2 Mill. DM und sind inzwischen weiter gestiegen.

Die Gesamteinlagen der rheinischen Sparkassen von Ende 1936 gegenüber Ende 1932 das erste und erfreuliche Ergebnis einer Steigerung von 217,6 auf 246,7 Mill. DM. Trotz der ungerechten und unverhältnismäßigen Belastung durch die Verpflichtung, unverzinsliche Mindestreserven auch für die Spargelder bei der Landeszentralbank zu halten und trotz der Belastung mit Ausgleichsleistungen zugunsten von Bund und Ländern mit einem Guthaben von 1,5 Milliarden Mark, haben die rheinischen Sparkassen bereits wieder Ende 1952 2010,6 Mill. DM langfristig ausgeben, größtenteils zur Förderung des sozialen Wohnungsbau.

Ueberragende Bedeutung. Im gesamten Bundesgebiet verwalten die etwa 900 öffentlichen Sparkassen hiervon in Nordrhein 103 und in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 27 Sparkassen — mit über 94 Mrd. DM Gesamteinlagen über ein Drittel der Gesamteinlagen aller öffentlichen Sparkassen. Ende 1952, rund 70 v. H. aller Sparanlagen werden bei den öffentlichen Sparkassen unterhalten.

Die inzwischen weiter erheblich angestiegene Summe der öffentlichen Sparkassen der öffentlichen Sparkassen des Bundesgebietes Ende 1952 die stolze Summe von 4,85 Mrd. DM. Die Giroverbindlichkeiten der öffentlichen Sparkassen machten sogar weitere 4813,3 Mill. DM aus. Eine 80 v. H. der Sparkassenhypotheken kommen dem sozialen Wohnungsbau zugute.

Die wenigen Hinweise zeigen die überragende Bedeutung der öffentlichen Sparkassen im Kreise der deutschen Kreditinstitute. Die Sparkassen sind inzwischen längst über die Aufgaben der früheren Sparkassen hinausgewachsen, die im wesentlichen nur die Verwaltung der kommunalen Selbstverwaltung, Dossab ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Kinderschulen längst entwachsen. So sind die Sparkassen echte, unentbehrliche Institute und Instrumente der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Sparkasse braucht echte Selbstverwaltung

Etwa 900 öffentliche Institute verwalten über 9 Milliarden DM — Starke Stützen der Kommunen

VON FINANZMINISTER a. D. DR. HEINRICH WEITZ

Die 100-jährigen Geburtstagsfeiern unserer rheinischen Sparkassen mehrten sich. Ein Jahrhundert scheint insofern ein bescheidenes Alter für eine Sparkasse zu sein, als die älteste deutsche Sparkasse in Salem (Baden) über 200 Jahre auf dem Rücken hat. Aber diese Kasse war ebenso wenig die „Zunimung“ der staatlichen Aufsichtstellen gewährt, Spargelder der Bürger anzunehmen und zu verwalten.

Wenige Zahlen mögen das „Auf“ und das — nur durch die beiden Weltkriege verschuldet — „Nieder“ und das Gott sei Dank wieder „Auf“ der Sparkassen demonstrieren: Die Sparguthaben auf den Kopf der Bevölkerung betrugen im Reichsbudget, Bundesgebiet: 1914 314 Mark; 1927 74 RM; 1937 243 R-Mark. 1949 waren es nur noch 45 DM, aber 1952 schon wieder 100 DM.

Einlagen klettern in die Höhe

Im Gebiet der früheren Rheinprovinz, also in der Regierungsbezirk Aachen, Düsseldorf, Köln, Koblenz und Trier stiegen die Sparzahlen von 286,5 Mill. DM am 21. Juni 1948, dem Tage der für die Geldspare so katastrophalen und ungetreuen Währungsreform, bis zum 31. Dezember 1952 auf 576,5 Mill. DM, also um 146 v. H. Die Gesamteinlagen (Sparguthaben, Giro- und sonstige Einlagen) haben im Gebiet der Rheinprovinz die 2-Mrd.-Summe inzwischen bereits beträchtlich überschritten. Am 18. April 1953 betrugen sie 2221,2 Mill. DM und sind inzwischen weiter gestiegen.

Die Gesamteinlagen der rheinischen Sparkassen von Ende 1936 gegenüber Ende 1932 das erste und erfreuliche Ergebnis einer Steigerung von 217,6 auf 246,7 Mill. DM. Trotz der ungerechten und unverhältnismäßigen Belastung durch die Verpflichtung, unverzinsliche Mindestreserven auch für die Spargelder bei der Landeszentralbank zu halten und trotz der Belastung mit Ausgleichsleistungen zugunsten von Bund und Ländern mit einem Guthaben von 1,5 Milliarden Mark, haben die rheinischen Sparkassen bereits wieder Ende 1952 2010,6 Mill. DM langfristig ausgeben, größtenteils zur Förderung des sozialen Wohnungsbau.

Ueberragende Bedeutung. Im gesamten Bundesgebiet verwalten die etwa 900 öffentlichen Sparkassen hiervon in Nordrhein 103 und in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 27 Sparkassen — mit über 94 Mrd. DM Gesamteinlagen über ein Drittel der Gesamteinlagen aller öffentlichen Sparkassen. Ende 1952, rund 70 v. H. aller Sparanlagen werden bei den öffentlichen Sparkassen unterhalten.

Die inzwischen weiter erheblich angestiegene Summe der öffentlichen Sparkassen der öffentlichen Sparkassen des Bundesgebietes Ende 1952 die stolze Summe von 4,85 Mrd. DM. Die Giroverbindlichkeiten der öffentlichen Sparkassen machten sogar weitere 4813,3 Mill. DM aus. Eine 80 v. H. der Sparkassenhypotheken kommen dem sozialen Wohnungsbau zugute.

Die wenigen Hinweise zeigen die überragende Bedeutung der öffentlichen Sparkassen im Kreise der deutschen Kreditinstitute. Die Sparkassen sind inzwischen längst über die Aufgaben der früheren Sparkassen hinausgewachsen, die im wesentlichen nur die Verwaltung der kommunalen Selbstverwaltung, Dossab ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Kinderschulen längst entwachsen. So sind die Sparkassen echte, unentbehrliche Institute und Instrumente der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Eingemündigter von 1929 in Städte eingegliederten Gemeinden nicht so bedrohlich bestehen würden, wenn man ihnen die wirtschaftliche Selbstverwaltung eingeräumt hätte, so sollten viele Selbstverwaltungskörperschaften auch ihren Sparkassen etwas mehr Selbstverwaltung zugestehen. Auch hier gilt das berühmte Steinsche Wort: „Zutun verleiht den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reife.“

Wie gesagt, wollen unsere Sparkassen eine starke, unlösliche Verbindung mit ihren Gewährträgern erhalten wissen, denn sonst wären die Sparkassen nicht mehr, was sie sind. Der Haftungspflicht der Sparkassen gegenüber den Gewährträgern, die die Sparkassen in der Verwaltung und Vertretung auf seine Sparkasse entsprechen, wie es auch in der geltenden und in der Aussicht genommenen Satzung für Sparkassen vorgesehen ist:

Neue Muttersatzung. In dem Entwurf der Satzung der Sparkassen, der im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet worden ist — die Muttersatzung der Sparkassenklassen geheißen —, werden Geschäftsführung und Vertretung der Sparkasse von dem bisherigen ehrenamtlichen Vorstand als zwangsläufige Aufgabe des Vorstandes übertragen. Die Sparkassen werden auf einen hauptamtlichen Vorstand (Sparkassenrat) übertragen, der die Sparkassen auf einen hauptamtlichen Vorstand (Sparkassenrat) übertragen, der die Sparkassen auf einen hauptamtlichen Vorstand (Sparkassenrat) übertragen.

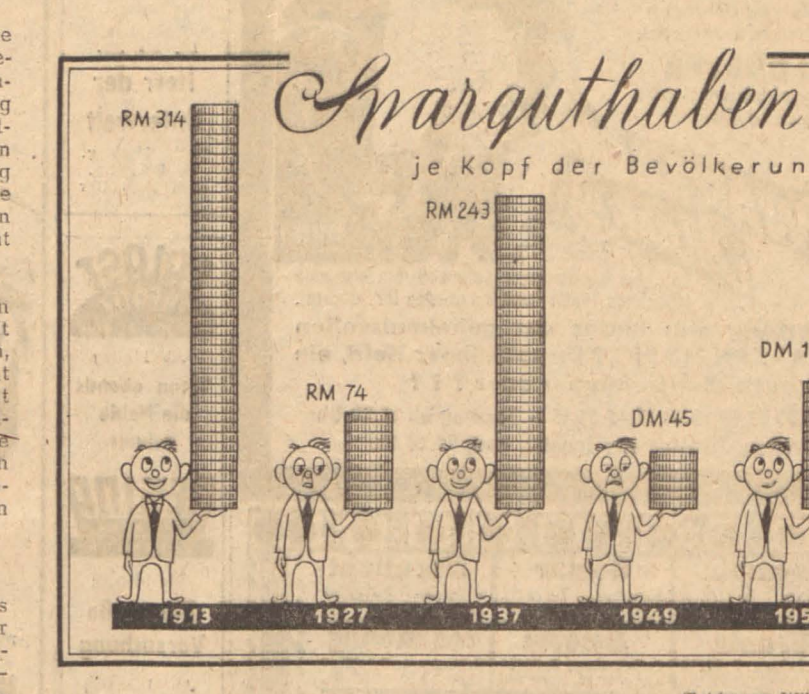
Sicherheit für Kunden. Selbstverwaltungskörperschaften haben — als ihre Gewährträger — eingeschränkt für die Verbindlichkeiten ihrer Sparkassen, die die Sparkassen in der Verwaltung und Vertretung auf seine Sparkasse entsprechen, wie es auch in der geltenden und in der Aussicht genommenen Satzung für Sparkassen vorgesehen ist:

Ueberragende Bedeutung. Im gesamten Bundesgebiet verwalten die etwa 900 öffentlichen Sparkassen hiervon in Nordrhein 103 und in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 27 Sparkassen — mit über 94 Mrd. DM Gesamteinlagen über ein Drittel der Gesamteinlagen aller öffentlichen Sparkassen. Ende 1952, rund 70 v. H. aller Sparanlagen werden bei den öffentlichen Sparkassen unterhalten.

Die inzwischen weiter erheblich angestiegene Summe der öffentlichen Sparkassen der öffentlichen Sparkassen des Bundesgebietes Ende 1952 die stolze Summe von 4,85 Mrd. DM. Die Giroverbindlichkeiten der öffentlichen Sparkassen machten sogar weitere 4813,3 Mill. DM aus. Eine 80 v. H. der Sparkassenhypotheken kommen dem sozialen Wohnungsbau zugute.

Die wenigen Hinweise zeigen die überragende Bedeutung der öffentlichen Sparkassen im Kreise der deutschen Kreditinstitute. Die Sparkassen sind inzwischen längst über die Aufgaben der früheren Sparkassen hinausgewachsen, die im wesentlichen nur die Verwaltung der kommunalen Selbstverwaltung, Dossab ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Kinderschulen längst entwachsen. So sind die Sparkassen echte, unentbehrliche Institute und Instrumente der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.



(Zeichnung: Wilm Vobacke)

stimmungen und der vom Verwaltungsrat zu erlassenden Geschäftsanteile. Die Sparkassen werden auf einen hauptamtlichen Vorstand (Sparkassenrat) übertragen, der die Sparkassen auf einen hauptamtlichen Vorstand (Sparkassenrat) übertragen, der die Sparkassen auf einen hauptamtlichen Vorstand (Sparkassenrat) übertragen.

Sicherheit für Kunden. Selbstverwaltungskörperschaften haben — als ihre Gewährträger — eingeschränkt für die Verbindlichkeiten ihrer Sparkassen, die die Sparkassen in der Verwaltung und Vertretung auf seine Sparkasse entsprechen, wie es auch in der geltenden und in der Aussicht genommenen Satzung für Sparkassen vorgesehen ist:

Ueberragende Bedeutung. Im gesamten Bundesgebiet verwalten die etwa 900 öffentlichen Sparkassen hiervon in Nordrhein 103 und in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 27 Sparkassen — mit über 94 Mrd. DM Gesamteinlagen über ein Drittel der Gesamteinlagen aller öffentlichen Sparkassen. Ende 1952, rund 70 v. H. aller Sparanlagen werden bei den öffentlichen Sparkassen unterhalten.

Die inzwischen weiter erheblich angestiegene Summe der öffentlichen Sparkassen der öffentlichen Sparkassen des Bundesgebietes Ende 1952 die stolze Summe von 4,85 Mrd. DM. Die Giroverbindlichkeiten der öffentlichen Sparkassen machten sogar weitere 4813,3 Mill. DM aus. Eine 80 v. H. der Sparkassenhypotheken kommen dem sozialen Wohnungsbau zugute.

Die wenigen Hinweise zeigen die überragende Bedeutung der öffentlichen Sparkassen im Kreise der deutschen Kreditinstitute. Die Sparkassen sind inzwischen längst über die Aufgaben der früheren Sparkassen hinausgewachsen, die im wesentlichen nur die Verwaltung der kommunalen Selbstverwaltung, Dossab ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Kinderschulen längst entwachsen. So sind die Sparkassen echte, unentbehrliche Institute und Instrumente der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist auch die Frage berechtigt, ob umgekehrt die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Pflichten erfüllen, die sich den Eltern gegenüber erwachsen, gut gehalten. Die Kinder, die in den Sparkassen sind zwar eigene, rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts, aber weit trotzdem der öffentlichen Verwaltung unterstellt.

Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) - Projektnummer 415708552

Farbkarte #13

B.I.G. Black 3/Color White Magneta Red Yellow Green Cyan Blue

Centimetres

Erscheint täglich
(außer sonntags)

Wahlgesetz verabschiedet

Mit großer Mehrheit - 5-Prozent-Klausel für Bundesgebiet beschlossen

Kette der Morde, die sich über zehn Jahre erstreckt, aufgedeckt worden. Ein Mitbewohner des Schreckenshauses in Berlin, Wolfgang L., hat die Verbrechen aufgedeckt und hatte in einer zugemauerten Speiskammer die bereits in Verwertung übergegangenen Frauenkleider gefunden. Er wurde von der Polizei unter dem Fußboden und im Garten entdeckt. (ap)

Abott und Costello

Pat u. Palachon schlagen sich durch

PRIMAX-Wandklappbett PRIMAX-WERKE

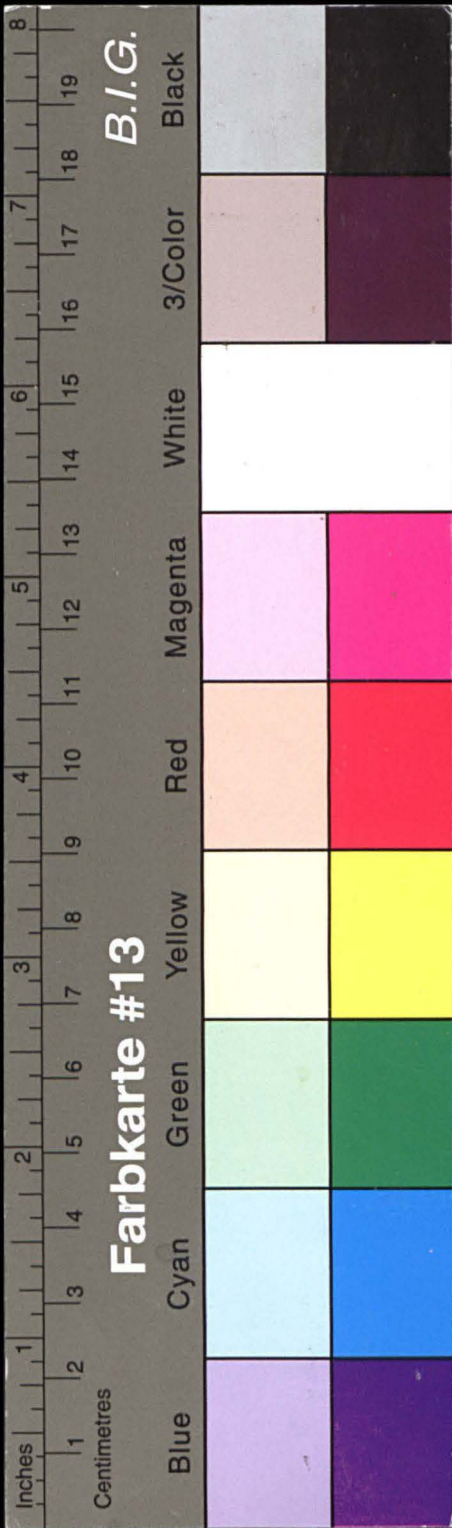
5 Mark wöchentlich - Angebot unverbindlich

Seitrop
Horster Straße 297

A color calibration chart (Farbkarte #13) is positioned at the top of the page. It features a ruler with markings in both inches (0 to 6) and centimeters (0 to 15). Below the ruler is a series of color patches arranged in two rows. The patches are labeled as follows:

Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta	White	3/Color	Black
Patch 1	Patch 2	Patch 3	Patch 4	Patch 5	Patch 6	Patch 7	Patch 8	Patch 9
Patch 10	Patch 11	Patch 12	Patch 13	Patch 14	Patch 15	Patch 16	Patch 17	Patch 18

The chart is used to ensure color accuracy in the printed output.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Die ALLGEMEINE

Freitag, 26. Juni 1953

Stärkte Selbstverwaltung

Milliarden DM – Starke Stützen der Kommunen

von a. D. DR. HEINRICH WEITZ

ber von 1929 in Städte
emeinden nicht so be-
würden, wenn man ih-
liche Selbstverwaltung
so sollten viele Selbst-
schaften auch ihren
mehr Selbstverwaltung
hier gilt das berühmte
Zutrauen veredelt den
Vormundschaft hemmt

llen unsere Sparkassen
sbare Verbindung mit
änden erhalten wissen,
n die Sparkassen nicht
nd. Der Haftungspflicht
s muß der Einfluß sei-
nd Vertretung auf seine
ehen, wie es auch in
nd der in Aussicht ge-
nsatzung für Sparkassen

Mustersatzung

Vorschlag A des Entwurfs
uen Mustersatzung, der
den kommunalen Spit-
arbeitet worden ist –
st nur für kleine Spar-
–, werden Geschäfts-
vertretung der Sparkasse
en ehrenamtlichen Vor-
släufige Folge des Um-
gen Sparkassengeschäfte
mtlichen Vorstand (Spar-
nd Stellvertreter) über-
ese Vorstandsmitglieder
schlag des Verwaltungs-
hrträger bestellt und als
angestellt; entlassen und

ngsrat selbst, dem erheb-
chte zustehen als einem
Aufsichtsrat, soll sich
er des Gewährträgers und
lediglich aus Mitgliedern
die die kommunale Ver-
haft auf die Dauer ihrer
hlt. Zur Bewilligung von
Maßgabe der Satzungsbe-

stimmungen und der vom Verwaltungs-
rat zu erlassenden Geschäftsanweisung
ist von diesen ein Kreditausschuß zu bil-
den. Das sind so weite Rechte und Siche-
rungen der Kommunalverwaltungen und
ihrer -vertretungen, daß wirklich niemand
von ihnen auch nur ein Zäcklein aus der
Krone krumm gebogen wird, wenn sie
die Sparkassen durch Vorstand und Ver-
waltungsrat sich selbst verwalten, d. h.
in vernünftigen Grenzen ihr Eigenleben
führen lassen. Deshalb können insbeson-
dere die dem Vorstand nachgeordneten
Dienstkräfte der Sparkassen nicht mehr
Beamte und Angestellte des Gewährträ-
gers sein, sondern nur Angestellte und
Arbeiter der Sparkasse selbst. Nach Maß-
gabe eines Stellenplans und des Voran-
schlages der Handlungskosten, die
vom Verwaltungsrat zu beschließen sind,
sollen diese Dienstkräfte nach den für

den Gewährträger allgemein geltenden
Bestimmungen auf Vorschlag des Vor-
standes vom Verwaltungsrat angestellt
und entlassen werden.

Diese sehr begrenzte eigene Personal-
hoheit der Sparkassen ist ein zwingen-
der Ausfluß des richtig verstandenen
Selbstverwaltungsgedankens. Nur diese
Regelung einer Aussonderung des Spar-
kassenpersonals aus der Personalverwal-
tung des kommunalen Gewährträgers ent-
spricht auch den zeitgemäßen praktischen
Notwendigkeiten. Die heutigen Aufgaben
der Sparkassen erfordern „bankmäßig“
ausgebildete Fachkräfte, die von Verwal-
tungsangestellten oder Beamten einer
Kommunalverwaltung ebensowenig ge-
meistert werden können, wie umgekehrt
im Regelfalle ein guter Sparkassenmann
noch lange kein guter Verwaltungsbeam-
ter sein wird.

Sparkuthaben

je Kopf der Bevölkerung

Jahr	Sparkuthaben je Kopf der Bevölkerung
1913	RM 314
1927	RM 74
1937	RM 243
1949	DM 45
1952	DM 100

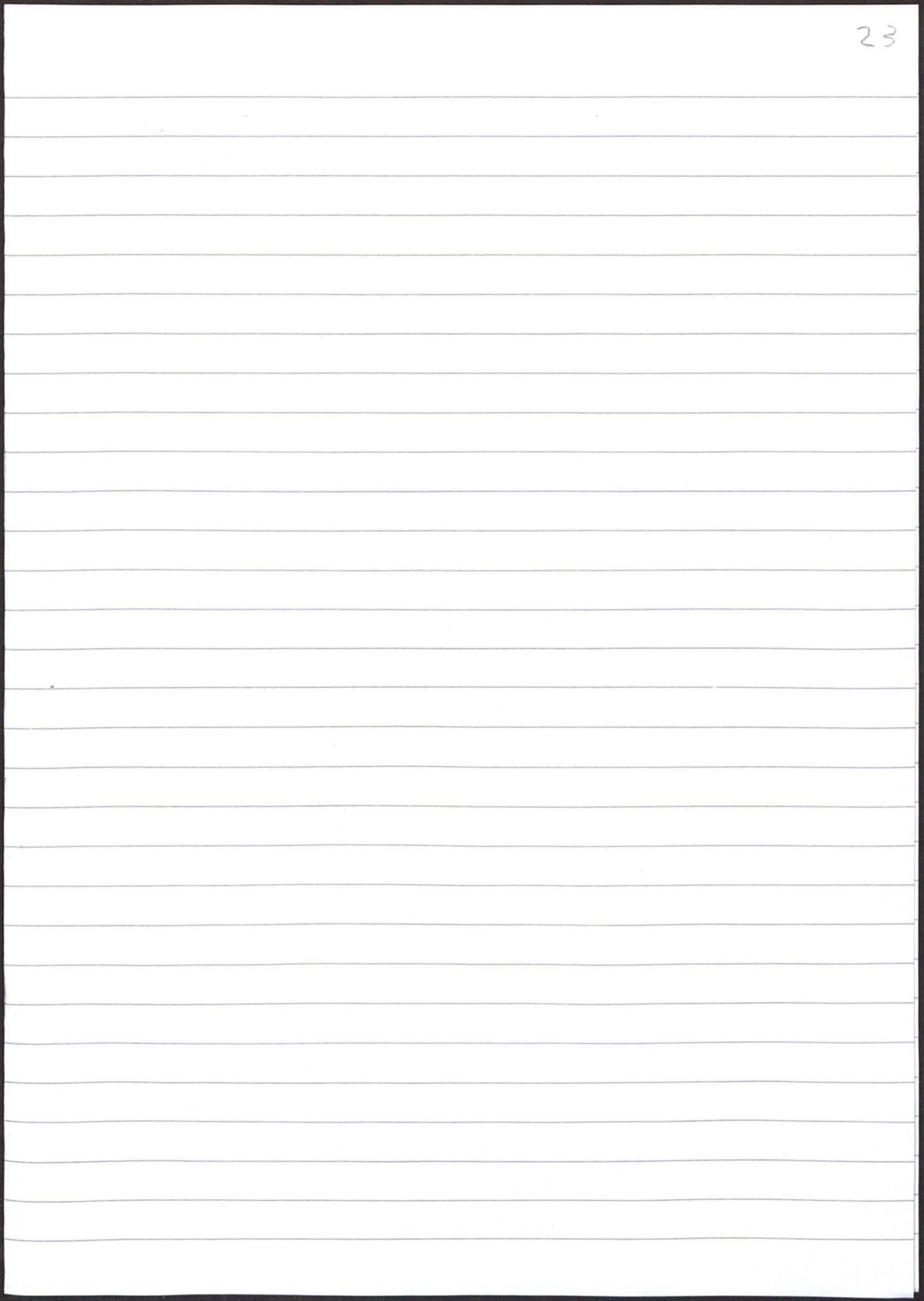
(Zeichnung: Wilm Vobrücke)

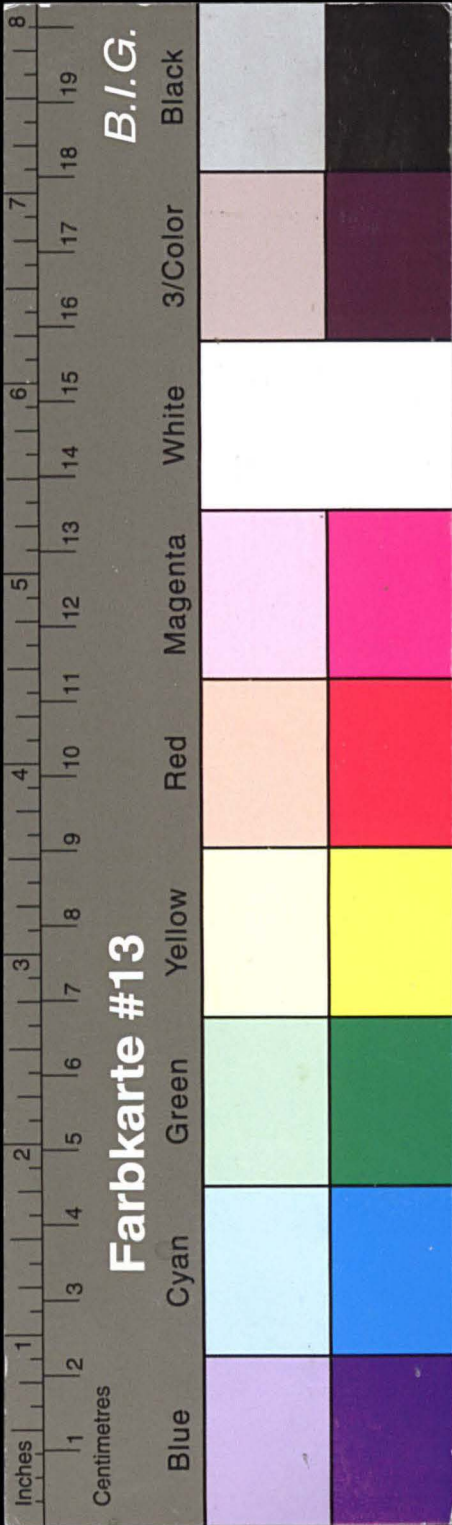
Bankenaufsicht reformbedürftig

re Charakter der Spar-
er aber auch eine an-
ng der staatlichen Ban-

solte, um es nochmals zu betonen, regel-
mäßig der Zweckverband den Vorzug
vor der „Eingemeindung“ haben.

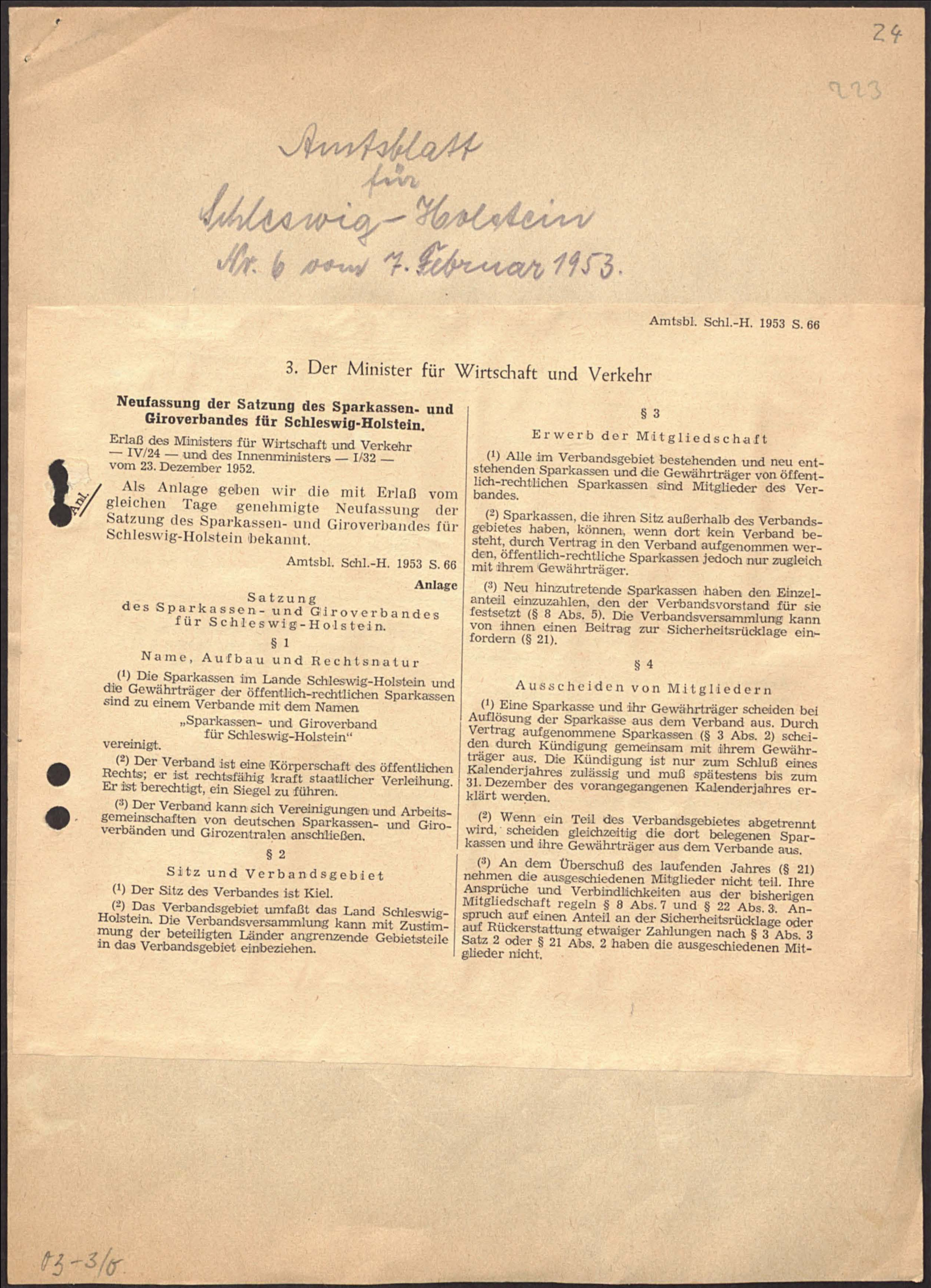
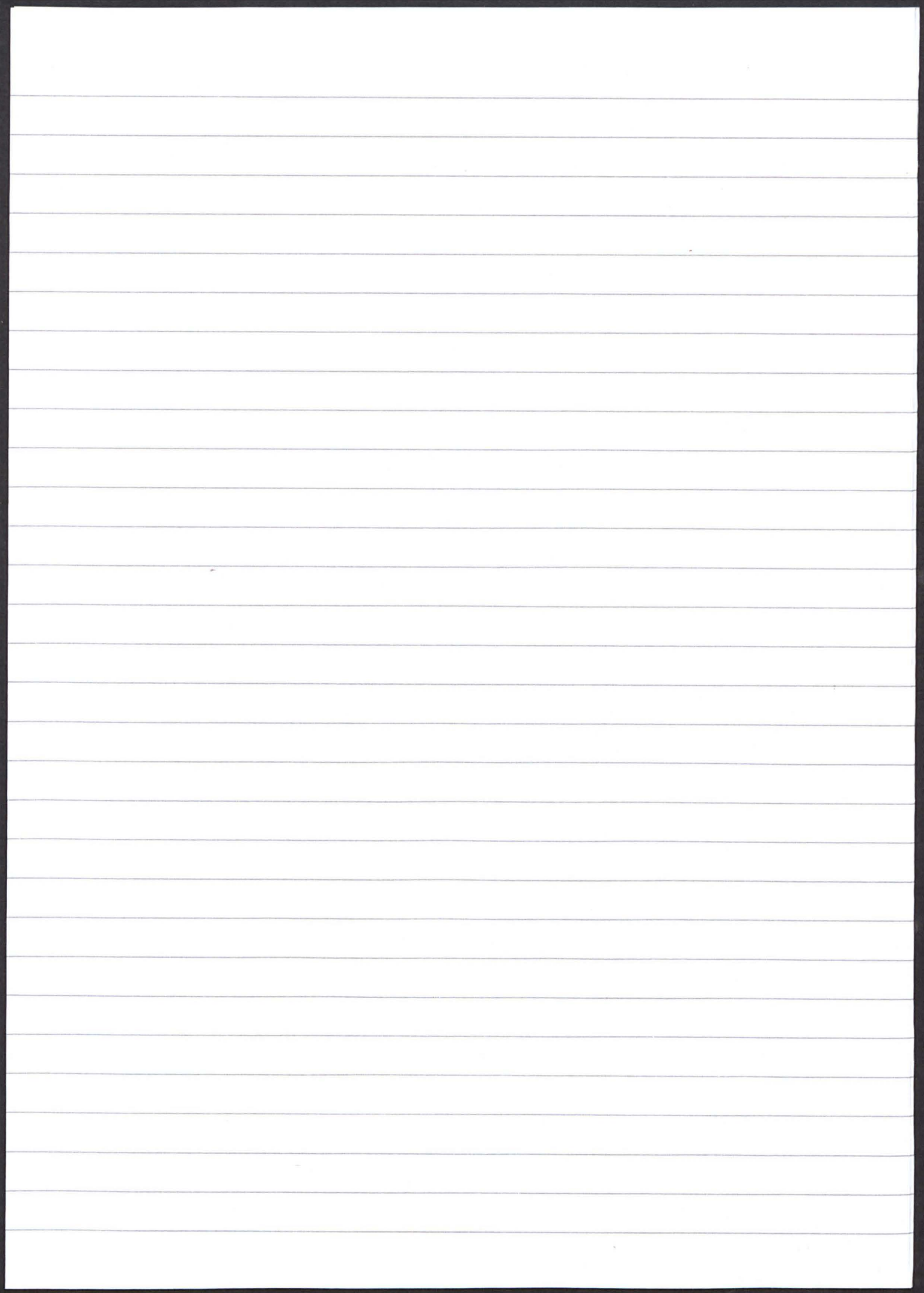
durch ein im Entwurf vorliegendes Lan-
desgesetz für eine Erneuerung der spar-
kassengesetzlichen Bestimmungen in den
neue Länder und in den Ländern, die

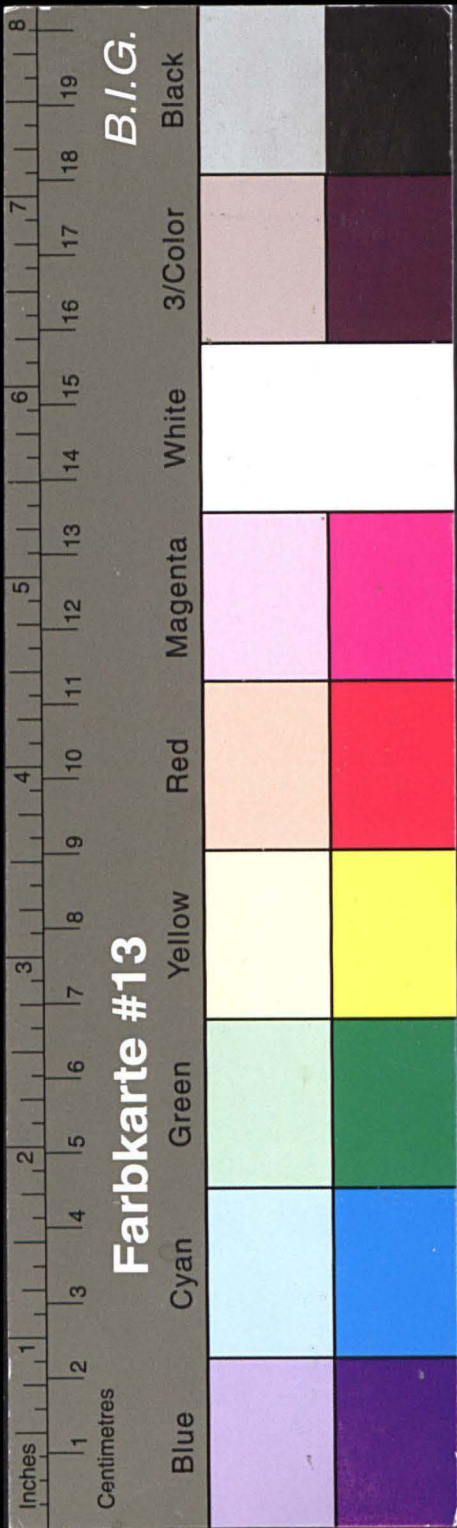




Kreisarchiv Stormarn E103

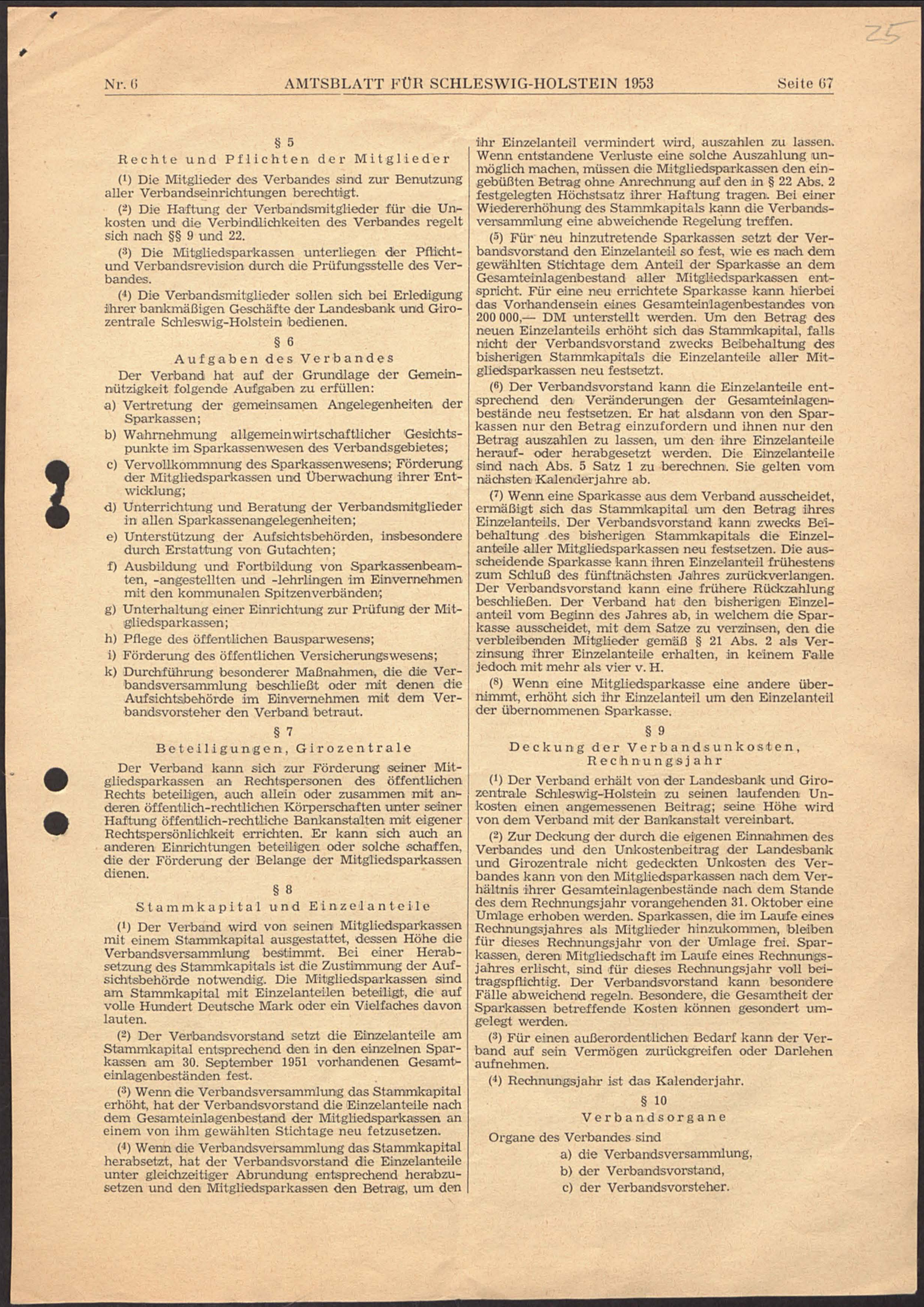
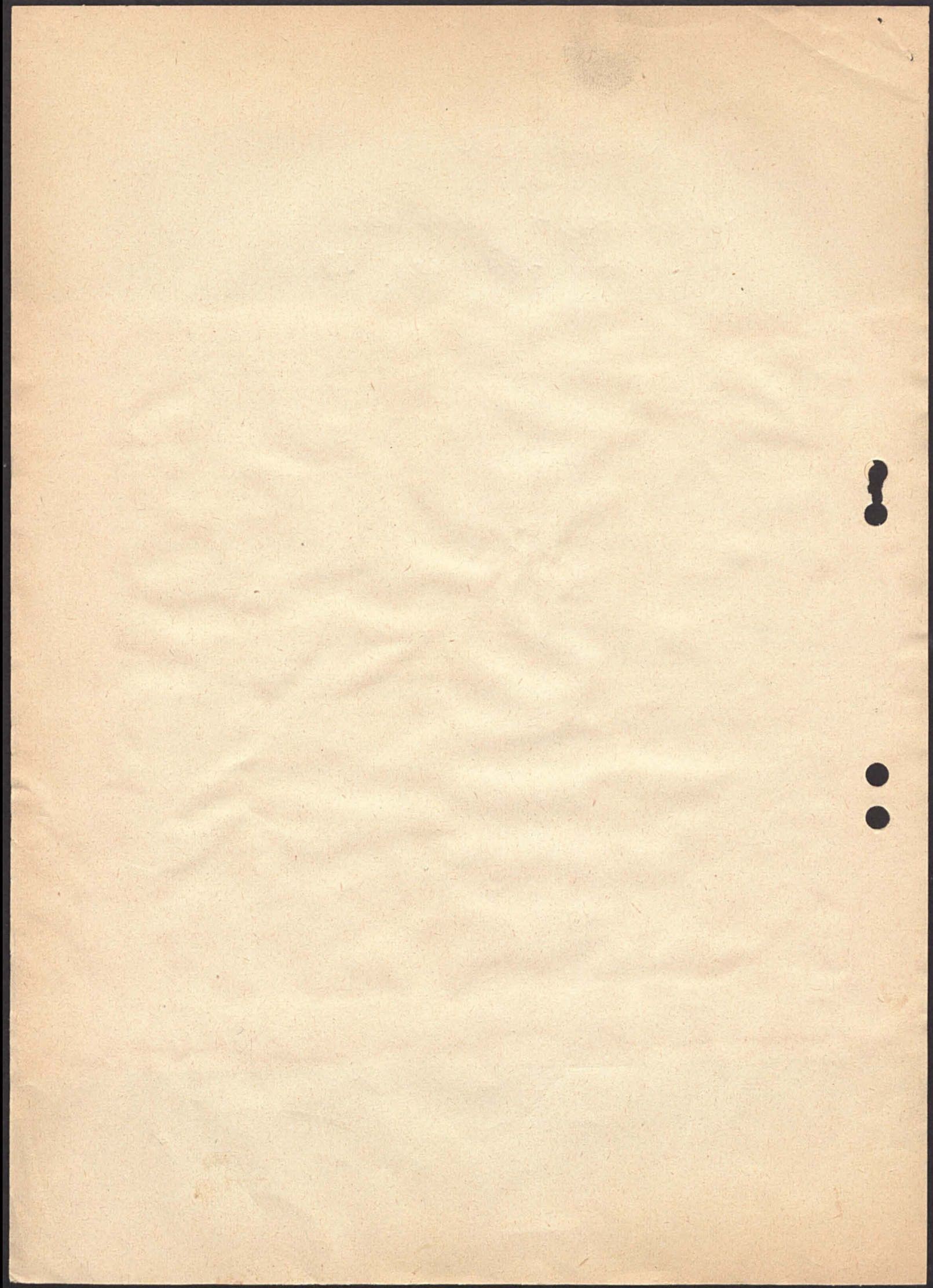
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

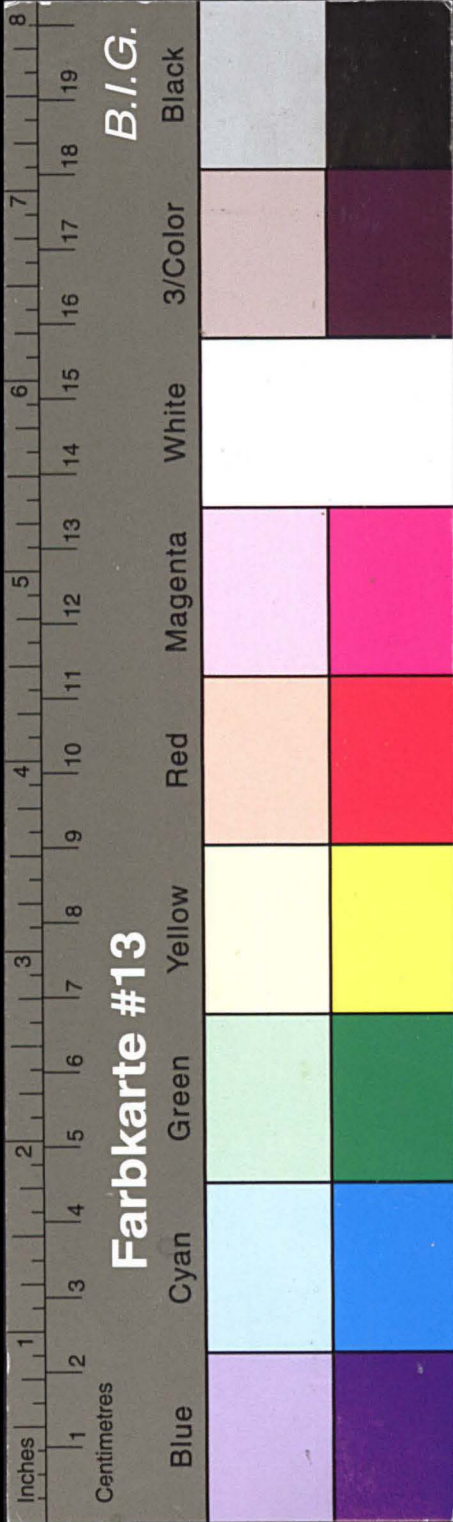




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

§ 11

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder (Abs. 2) sowie dem Verbandsvorsteher und dem dienstältesten Vorstandsmitglied der vom Verband allein oder in Gemeinschaft unterhaltenen Bankanstalt.

(2) Die einzelnen Verbandsmitglieder werden vertreten:

- a) durch den Vorsitzenden des Sparkassenvorstandes,
- b) durch den Leiter der Sparkasse.

(3) Der Vorsitzende des Sparkassenvorstandes kann sich durch den stellvertretenden Vorsitzenden, der Sparkassenleiter durch den stellvertretenden Sparkassenleiter und das dienstälteste Vorstandsmitglied der Bankanstalt durch ein anderes Vorstandsmitglied der Bankanstalt vertreten lassen.

(4) Der Vorsitzende der Vertretungskörperschaft des Gewährträgers einer Sparkasse ist berechtigt, an der Verbandsversammlung teilzunehmen. Der Vertretungskörperschaft steht es frei, einen anderen Teilnehmer aus ihrer Mitte zu wählen. Das gleiche Recht, aus ihren Reihen ein weiteres Mitglied als Gast in die Verbandsversammlung zu entsenden, steht auch den entsprechenden Organen der Zweckverbände und der Mitgliedsparkassen auf privatrechtlicher Grundlage zu. Die Teilnehmer sind gemäß § 12 Abs. 2 einzuladen.

(5) Alle Teilnehmer an der Verbandsversammlung müssen die Voraussetzungen zur Wählbarkeit als Mitglied eines Sparkassenvorstandes nach Maßgabe von § 4 Abs. 4 bis 7 der Sparkassenmustersatzung erfüllen.

(6) Die Leitung der Verbandsversammlung obliegt dem Verbandsvorsteher oder bei dessen Behinderung seinem Stellvertreter.

§ 12

Tagungen der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird auf Beschluß des Verbandsvorstandes vom Verbandsvorsteher mindestens einmal im Jahr einberufen. Sie ist außerdem einzuberufen, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder unter Angabe des Zwecks dies beantragt.

(2) Die Einladung muß die Tagesordnung enthalten und soll drei Wochen vor der Tagung an die Mitglieder abgesandt werden. Die geschäftlichen Angelegenheiten werden in nichtöffentlicher Tagung erledigt.

(3) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder vertreten ist. Bei Beschlußfähigkeit der Verbandsversammlung kann binnen vier Wochen zur Erledigung der gleichen Tagesordnung eine neue Tagung einberufen werden. Diese Tagung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Hierauf ist in der Einladung zu der zweiten Tagung ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Jeder Vertreter (§ 11 Abs. 2) führt eine Stimme, ferner auf je 250 000 DM des Stammkapitalanteils der Sparkasse, von der oder von deren Gewährträger er entsandt ist, eine Zusatzstimme.

(5) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse gemäß § 13 Abs. 1 Buchst. f und g bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

(6) Geheime Abstimmung kann beschlossen werden. Wahlen können durch Zuruf erfolgen, wenn keiner der anwesenden Stimmberechtigten widerspricht.

(7) Die Beschlüsse sind durch den Vorsitzenden und ein von der Verbandsversammlung zu bestimmendes Mitglied zu unterzeichnen.

(8) Der Tagungsort der Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorstand, in dringenden Fällen durch den Verbandsvorsteher, bestimmt.

§ 13

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Der Beschlußfassung der Verbandsversammlung sind vorbehalten:

- a) die Wahl der nach § 14 zu wählenden Mitglieder des Verbandsvorstandes und deren Stellvertreter;
- b) die Wahl des Verbandsvorstehers auf Vorschlag des Verbandsvorstandes;
- c) die Abnahme der Haushaltsrechnung, die Erteilung der Entlastung und die Verwendung für Überschüsse, soweit sie nicht schon satzungsmäßig gebunden ist;
- d) die Festsetzung, Erhöhung und Herabsetzung des Stammkapitals sowie die Festsetzung und Einforderung der einzelnen Anteile am Stammkapital und der zur Sicherheitsrücklage zu leistenden Beiträge in den Fällen des § 3 Abs. 3 Satz 2 sowie die Aufbringung von Fehlbeträgen nach § 22 Abs. 2;
- e) die Eingehung und Aufgabe einer Beteiligung nach § 7;
- f) die Änderung der Satzung;
- g) die Auflösung des Verbandes.

(2) Die Verbandsversammlung ist über alle wichtigen Angelegenheiten der Geschäftsführung zu unterrichten.

§ 14

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorstand besteht aus:

- a) dem Verbandsvorsteher als Vorsitzendem;
- b) zehn von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der in § 11 Abs. 2 genannten Vertreter der Verbandsmitglieder zu wählenden Mitgliedern. Von diesen müssen sechs Vorsitzende eines Sparkassenvorstandes und vier im Amt befindliche Sparkassenleiter sein;
- c) dem dienstältesten Vorstandsmitglied der vom Verband allein oder in Gemeinschaft unterhaltenen Bankanstalt, der sich durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen kann.

(2) Die Vorstandsmitglieder zu Abs. 1 Buchst. b werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitglieder versehen ihr Amt ehrenamtlich. Für jedes Mitglied zu Abs. 1 Buchst. b wird ein Stellvertreter, ebenfalls auf die Dauer von vier Jahren, gewählt, der das Mitglied bei seiner Behinderung oder beim Ausscheiden bis zur Wahl eines Ersatzmannes vertritt.

Im Verbandsvorstand sollen eine Sparkasse und deren Gewährträger nicht gleichzeitig vertreten sein.

(3) Die Mitgliedschaft erlischt, wenn bei einem Vorstandsmitglied die Voraussetzungen für seine Zugehörigkeit zum Verbandsvorstand entfallen oder wenn das von ihm vertretene Verbandsmitglied aus dem Verband ausscheidet. In Zweifelsfällen entscheidet endgültig die Verbandsversammlung. Sie kann Vorstandsmitglieder aus wichtigem Grund vorzeitig abberufen.

(4) Wenn ein gemäß Abs. 1 Buchst. b oder Abs. 2 Satz 4 gewähltes Mitglied vorzeitig ausscheidet, kann die Verbandsversammlung den Verbandsvorstand für den Rest der Wahlzeit unter Beachtung des Abs. 2 ergänzen.

(5) Wenn bei Ablauf der Amtszeit die neuen Mitglieder noch nicht bestellt sind, führen die bisherigen Mitglieder ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter.

§ 15

Sitzungen des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorsteher beruft den Verbandsvorstand nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Halbjahr, sowie dann, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder die Beschlußfassung über einen bestimmten Verhandlungsgegenstand beantragen.

§ 17

Ausschüsse

(1) Der Verbandsvorstand kann zur Vorbereitung von Angelegenheiten, die seiner Beschlußfassung unterliegen, aus dem Kreis seiner Mitglieder Ausschüsse bilden, ihnen widerruflich bestimmte Aufgaben übertragen und ihr Verfahren durch eine Geschäftsordnung regeln. Er kann ferner zu seiner Unterstützung beratende Ausschüsse bilden, zu denen auch dem Vorstände und der Verbandsversammlung nicht angehörende Mitglieder berufen werden können.

(2) Der Verbandsvorsteher kann den Vorsitz in den Ausschüssen jederzeit selbst übernehmen.

§ 18

Verbandsvorsteher

(1) Der Verbandsvorsteher führt den Verband, leitet den Geschäftsbetrieb und entscheidet in allen nicht ausdrücklich der Verbandsversammlung oder dem Verbandsvorstande vorbehaltenen Angelegenheiten. Er ist berechtigt, an allen Vorstands- und Kreditausschusssitzungen der Mitgliedsparkassen teilzunehmen; auf Verlangen haben diese Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzungen mitzuteilen. Der Verbandsvorsteher kann zu den Sitzungen den Leiter der Prüfungsstelle und andere geeignete Beamte und Angestellte des Verbandes hinzuziehen oder sich durch sie vertreten lassen. Er und sein Vertreter sind berechtigt, in den Sitzungen das Wort zu ergreifen und Anträge zu stellen.

(2) Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von sechs Jahren auf Vorschlag des Verbandsvorstandes von der Verbandsversammlung gewählt. Er ist Dienstvorgesetzter aller Beamten und Angestellten des Verbandes.

(3) Bei Verhinderung wird der Verbandsvorsteher durch seinen gemäß § 16 Abs. 1 Buchst. b gewählten Stellvertreter vertreten.

§ 19

Vertretungs- und Zeichnungsbefugnis

(1) Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich und zeichnet die vom Verbandsvorstande ausgehenden Urkunden. Erklärungen, durch welche in Angelegenheiten, die der Beschlußfassung der Verbandsversammlung oder des Verbandsvorstandes vorbehalten sind (§§ 13 bzw. 16), Verpflichtungen für den Verband übernommen werden, müssen von einem weiteren Vorstandsmitglied mitgezeichnet werden.

(2) Für laufende Angelegenheiten kann der Verbandsvorstand ein besonderes Zeichnungsrecht erteilen.

§ 20

Haushaltsplan und Rechnungslegung

(1) Spätestens sechs Wochen vor Beginn des Rechnungsjahres legt der Verbandsvorsteher dem Verbandsvorstand einen Haushaltsplan und eine Berechnung für die etwa in dem kommenden Rechnungsjahre zu erhebende Umlage vor. Nach Verabschiedung durch den Vorstand ist der Haushaltsplan der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzureichen.

(2) Nach Abschluß des Rechnungsjahres stellt der Verbandsvorsteher unverzüglich die vorgeschriebene Haushaltsrechnung und einen Jahresbericht über die Tätigkeit und Entwicklung des Verbandes auf und läßt sie nach den bestehenden Vorschriften prüfen. Den Prüfungsbericht und den Jahresbericht legt er dem Verbandsvorstande vor. Haushaltsrechnung, Jahresbericht und Prüfungsbericht sind zusammen mit der Stellungnahme des Verbandsvorstandes (§ 16 g) der Aufsichtsbehörde binnen sechs Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres zur Genehmigung einzureichen.

(3) Der Jahresbericht ist den Mitgliedern des Verbandes zuzuleiten.

(4) Die Wirtschaftsführung des Verbandes unterliegt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen der Prü-

(2) Die Einladung muß die Tagesordnung enthalten und soll so rechtzeitig abgesandt werden, daß sie den Mitgliedern mindestens eine Woche vor der Sitzung zugegangen ist. Die Frist kann in dringenden Fällen abgekürzt werden.

(3) Der Verbandsvorstand ist beschlußfähig, wenn der Verbandsvorsteher oder sein Stellvertreter und mindestens fünf Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei Beschlußfähigkeit des Verbandsvorstandes kann binnen zweier Wochen zur Erledigung der gleichen Tagesordnung eine neue Sitzung einberufen werden; diese Sitzung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Hierauf ist bei der Einladung zur zweiten Sitzung ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmengleichheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Verbandsvorstehers. Beschlüsse nach § 16 Abs. 1 Buchst. i und k bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher Vorstandsmitglieder. Die Vorstandsmitglieder haben ihre Stimme in eigener Verantwortung abzugeben; sie sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Die Beschlüsse des Vorstandes sind von dem Verbandsvorsteher und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterschreiben.

(6) Der Verbandsvorsteher kann in geeigneten Fällen den Verbandsvorstand im Wege der schriftlichen Umfrage abstimmen lassen. Solche Beschlüsse sind nur gültig, wenn kein Mitglied der schriftlichen Abstimmung widerspricht sowie drei Viertel der Mitglieder ihnen zustimmen.

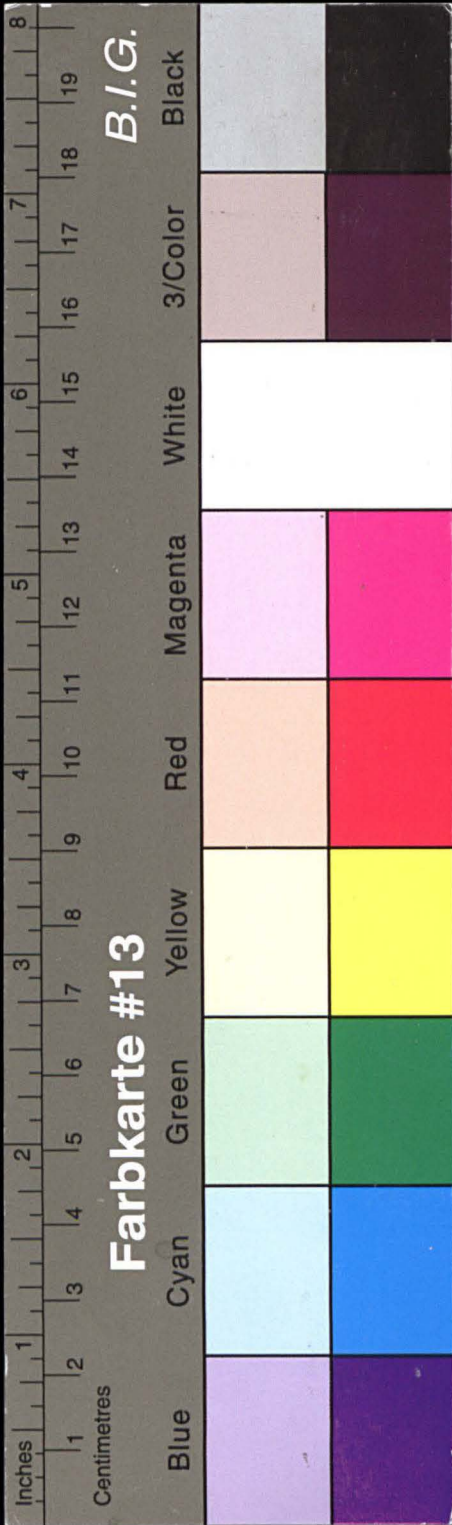
§ 16

Zuständigkeit des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorstand bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor. Der Beschlußfassung des Verbandsvorstandes unterliegen folgende Angelegenheiten:

- a) Vorschlag für die Wahl des Verbandsvorstehers;
- b) Wahl des Stellvertreters des Verbandsvorstehers aus der Mitte des Vorstandes;
- c) Berufung von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der vom Verband errichteten Bankanstalt und die Organe der sonstigen Einrichtungen, an denen der Verband beteiligt ist, sowie die Benennung von Mitgliedern für solche Organe;
- d) der Stellenplan;
- e) die Anstellung der leitenden Beamten und Angestellten innerhalb des Stellenplans;
- f) die Festsetzung und Einforderung der Einzelanteile am Stammkapital, die Herabsetzung und Auszahlung der Einzelanteile gemäß § 8;
- g) die Festsetzung der Umlageberechnung, die Aufstellung des Haushaltsplans, die Stellungnahme zur Haushaltsrechnung und zum Prüfungsbericht sowie die Verwendung der Einnahmen nach § 21;
- h) Bestimmung des Abschlußprüfers für die Jahresrechnung;
- i) der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung usw. von Grundstücken;
- k) die Aufnahme von Darlehen;
- l) Erlaß einer Prüfungsordnung gemäß § 6 Buchst. g;
- m) Erlaß einer Ordnung für die Zahlung von Tagelohn und Reisekosten;
- n) Regelung der Zeichnungsbefugnis;
- o) die Durchführung der Liquidation im Falle der Auflösung des Verbandes (§ 23);
- p) sonstige Angelegenheiten, die vom Verbandsvorsteher zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

(2) Der Verbandsvorstand ist verpflichtet, der Verbandsversammlung über sämtliche gefaßten Beschlüsse auf Verlangen Rechenschaft zu geben.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

fung durch die Landesrechnungskammer Schleswig-Holstein.

§ 21

Gewinnausschüttung, Sicherheitsrücklage

(1) Von den dem Verbande aus seinen Beteiligungen bei der Bankanstalt und bei sonstigen Rechtspersonen des öffentlichen Rechts jährlich zufließenden Einnahmen wird eine Sicherheitsrücklage gebildet; bis sie zehn vom Hundert des Stammkapitals erreicht hat, ist ihr mindestens ein Zehntel des jeweiligen Jahresertrages zuzuführen.

(2) Aus dem verbleibenden Betrage werden etwaige von den Mitgliedern gemäß § 22 Abs. 2 aufgebrachte Beträge zurückerstattet und alsdann die Einzelanteile der Mitgliedsparkassen verzinst.

§ 22

Haftung

(1) Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haftet den Gläubigern allein der Verband.

(2) Der Verband kann einen nach Heranziehung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Fehlbetrag von den Mitgliedsparkassen nach dem Verhältnis ihrer Einzelanteile einfordern. Soweit diese Einforderung unter Berücksichtigung früherer Einforderungen und etwaiger nach § 8 Abs. 4 anzurechnender Beträge, aber abzüglich etwaiger nach § 21 Abs. 2 zurückerstatteter Beträge die Höhe ihres Einzelanteils übersteigt, haften an Stelle der Sparkassen ihre Gewährträger. Bei Privatsparkassen, die keinen Gewährträger haben, beschränkt sich die Haftung auf ihren Einzelanteil gemäß § 8. Für uneinbringliche Beträge haften die übrigen Mitglieder in der gleichen Weise.

(3) Ausgeschiedene Mitglieder können zur Deckung eines Fehlbetrages nach Abs. 2, der im laufenden Jahre

oder innerhalb der fünf folgenden Jahre entsteht, insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für diesen Fehlbetrag in der Zeit vor ihrem Ausscheiden oder im Jahre ihres Ausscheidens liegt; ob und insoweit dies der Fall ist, entscheidet im Streitfall auf Antrag des Verbandes endgültig die Aufsichtsbehörde. Die ausgeschiedenen Mitglieder haften nur in dem Verhältnis ihres damaligen Einzelanteils zu dem im Jahre ihres Ausscheidens zuletzt vorhandenen Stammkapital.

§ 23

Auflösung des Verbandes

(1) Die Auflösung des Verbandes bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

(2) Im Falle der Liquidation werden aus dem verbleibenden Vermögen etwaige nach § 22 Abs. 2 aufgebrachte Beträge zurückerstattet, alsdann den Mitgliedsparkassen der Betrag ihrer Einzelanteile ausgezahlt. Der Rest ist zum Nutzen des Sparkassenwesens zu verwenden; über die Art der Verwendung beschließt der Verbandsvorstand unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

§ 24

Staatsaufsicht

Der Verband untersteht der Staatsaufsicht.

§ 25

Inkrafttreten und Änderung der Satzung

(1) Die Bestimmungen dieser Satzung treten an die Stelle der bisherigen Satzung, und zwar mit Wirkung vom Tage der Veröffentlichung.

(2) Änderungen der Satzung bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

(3) Diese Satzung und ihre Änderung sind im Amtsblatt für Schleswig-Holstein bekanntzumachen.

4. Der Justizminister

Errichtung einer Zweigstelle des Amtsgerichts Uetersen in Wedel.

Allgemeine Verfügung des Justizministers
— VIII/33/3211 — 2 — vom 19. Januar 1953.

Auf Grund des § 3 der Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20. März 1935 (RGBl. I S. 403) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes für

die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) ordne ich an:

Mit Wirkung vom 1. Februar 1953 wird eine Zweigstelle des Amtsgerichts Uetersen in der Stadt Wedel errichtet.

Der Bezirk der Zweigstelle umfaßt die Stadtgemeinde Wedel und die Gemeinden Hettingen und Holm.

Amtsbl. Schl.-H. 1953 S. 70

Teil C Stellenausschreibungen

Beim Kreisbauamt des Kreises Steinburg ist die Stelle eines

Kreisplaners

zum 1. April 1953 zu besetzen. Die Vergütung regelt sich nach Verg.Gr. IV TO. A. Vorbedingung sind eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Fachrichtung Architektur) und der Nachweis der praktischen Erfahrung in der Aufstellung von Wirtschafts- und Raumordnungsplänen. Kenntnisse der besonderen Verhältnisse im Lande Schleswig-Holstein sind erwünscht.

Bewerber, welche diese Vorbedingungen erfüllen, werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen an den Kreisausschuß des Kreises Steinburg bis zum 20. Februar 1953 unter Beifügung der üblichen Unterlagen einzureichen.

Persönliche Vorstellung nur auf Anforderung.

Itzehoe, den 26. Januar 1953

Kreis Steinburg

Der Kreisausschuß

V e r m e r k

Betrifft: Satzung unserer Sparkasse.

Herr Verbandsoberevisor S. o h a e h t rief mich an und bat um Übersendung eines vollständigen Exemplars der Satzung unserer Sparkasse. Es ist ein Vorgang von Herrn Direktor P e t e r s e n von der Kreissparkasse Eckernförde abgegeben worden, der sich mit einer zweckmäßigen Fassung der Satzungsbestimmungen bei Kreis- und Stadtparkassen befaßt. (Verwaltungskostenvorschl. usw.).

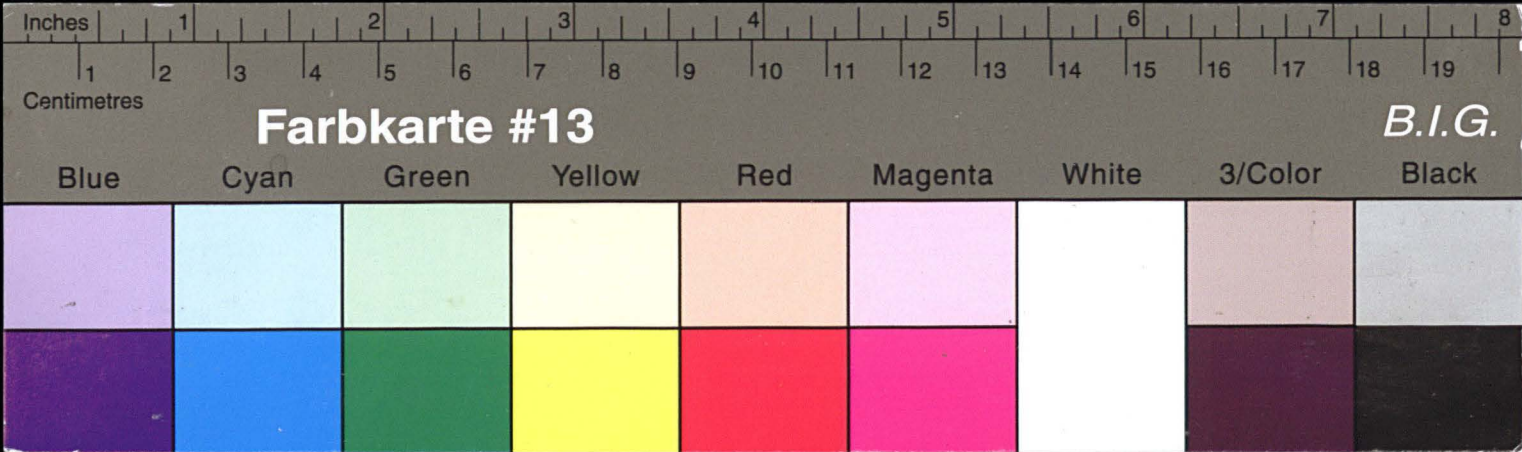
Herrn L u c h t

mit der Bitte, ein entsprechend vollständiges Exemplar dem Sparkassenverband zur Verfügung zu stellen.

Bad Oldesloe, den 18. Mai 1953

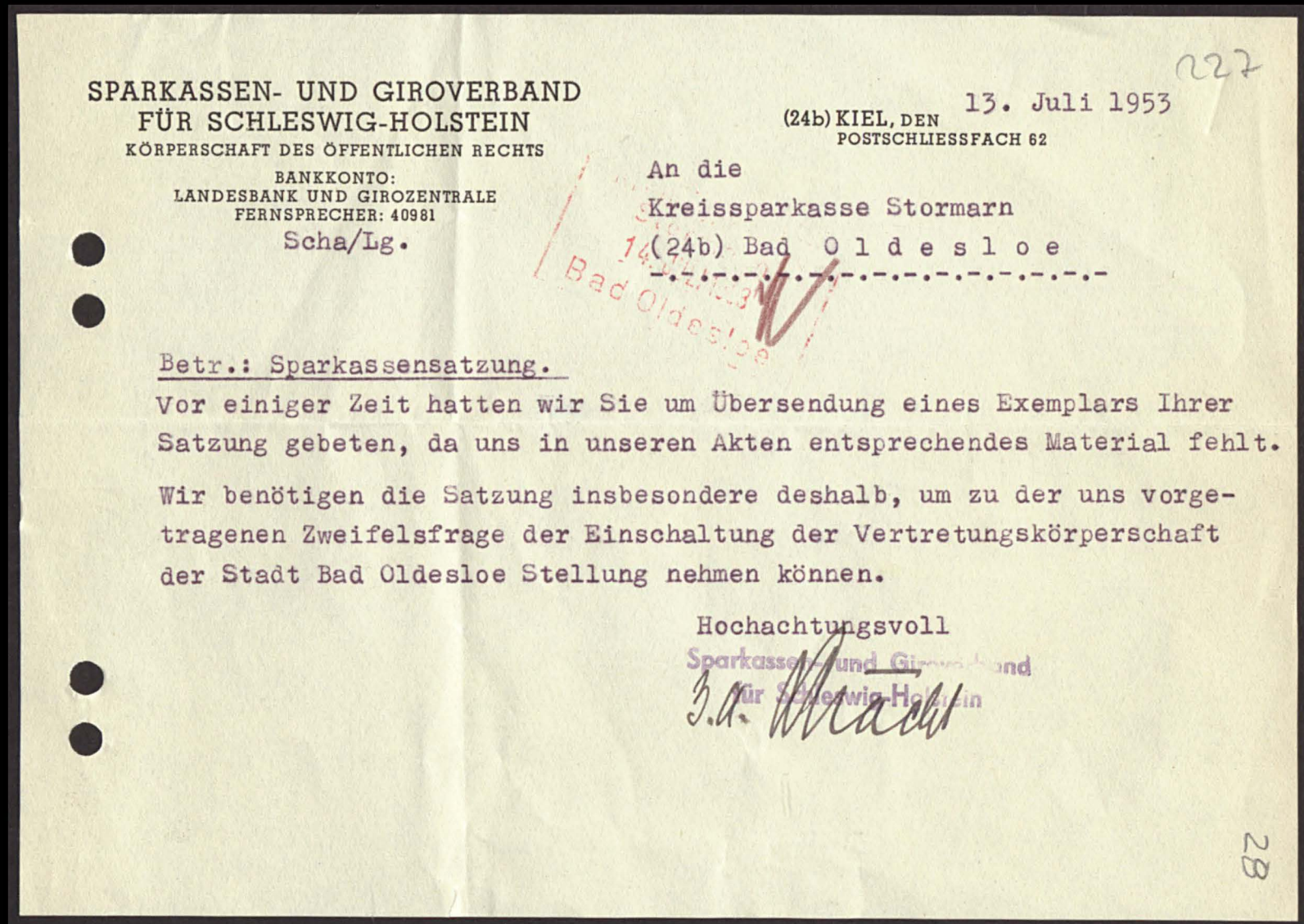
Vor./We.

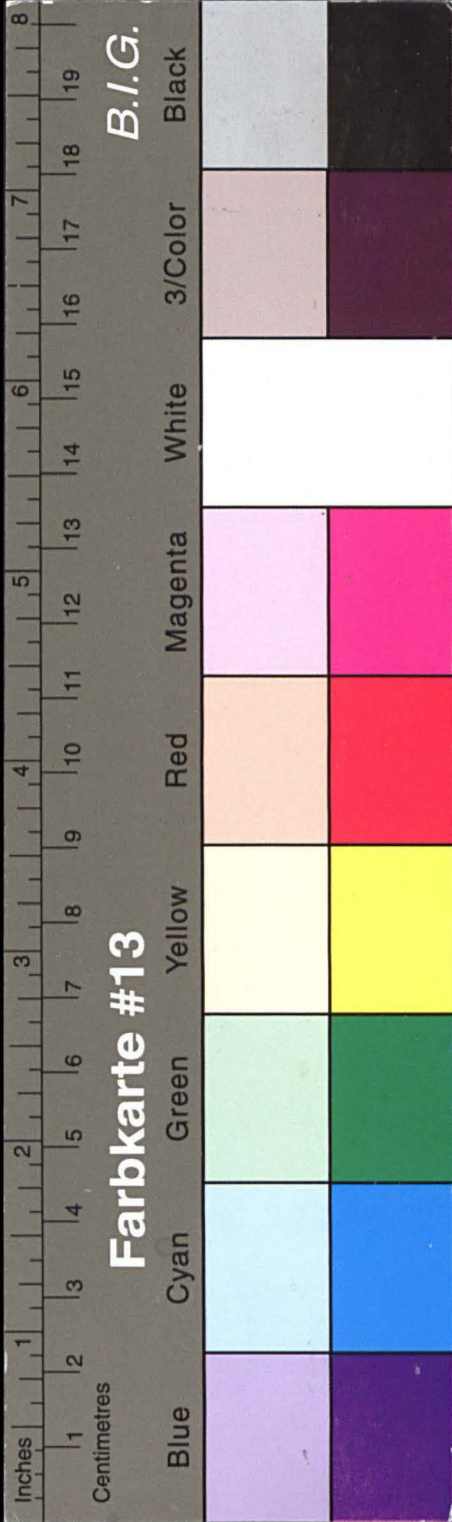
L. Wi. Lander
n. d. Bitte i. - pp. Kreisverwaltung
2. 11. 53
2. 11. 53



Kreisarchiv Stormarn E103

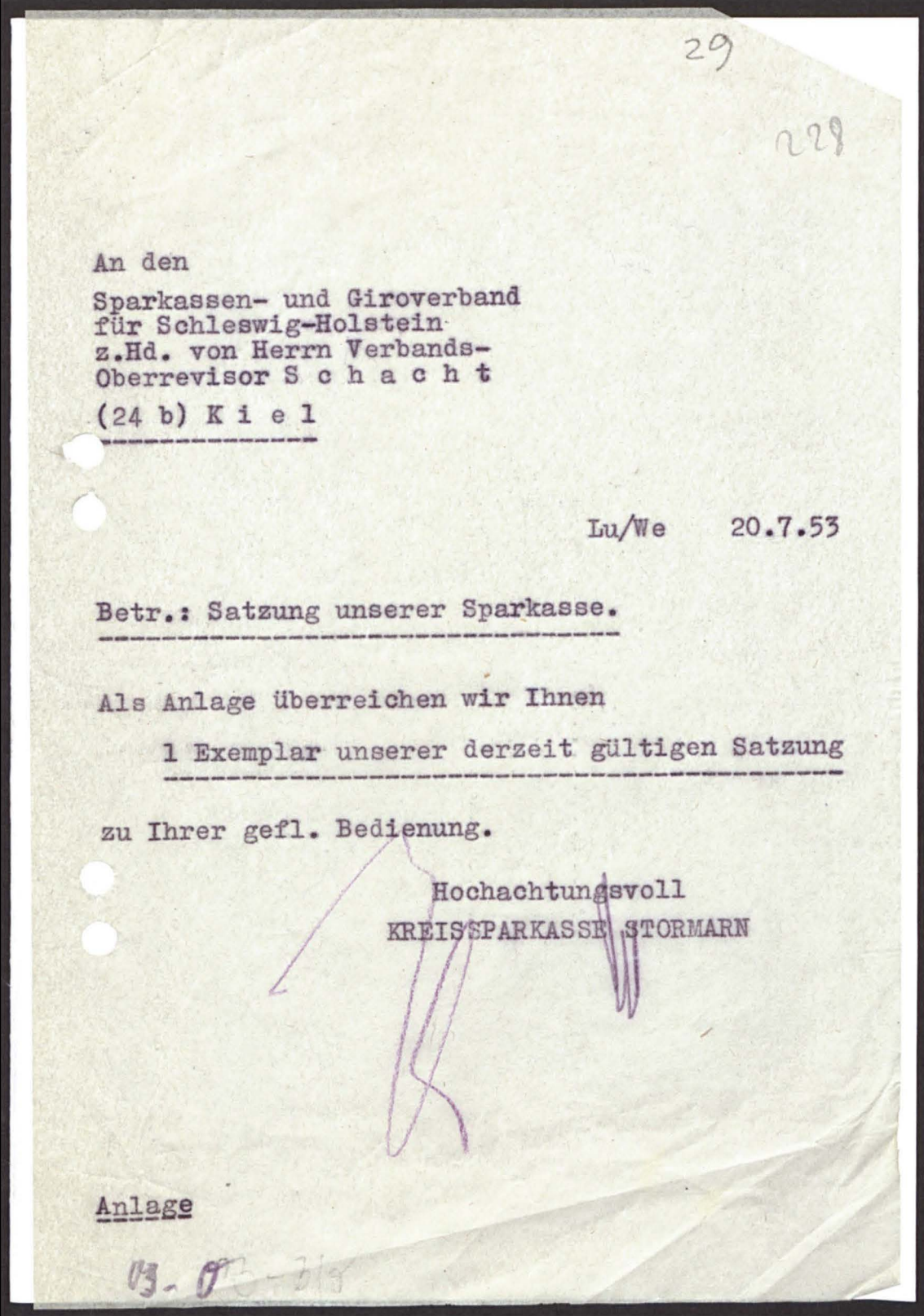
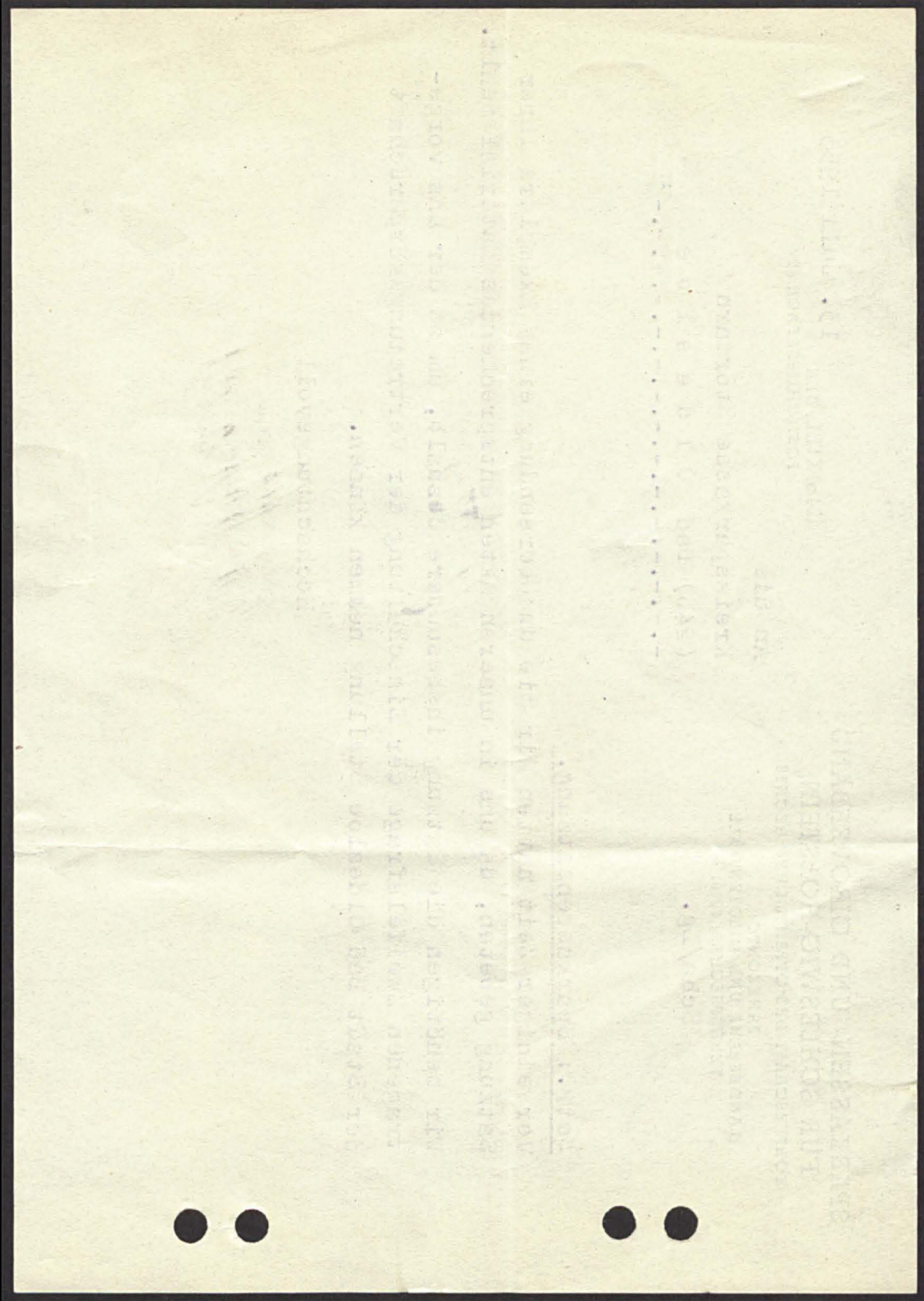
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

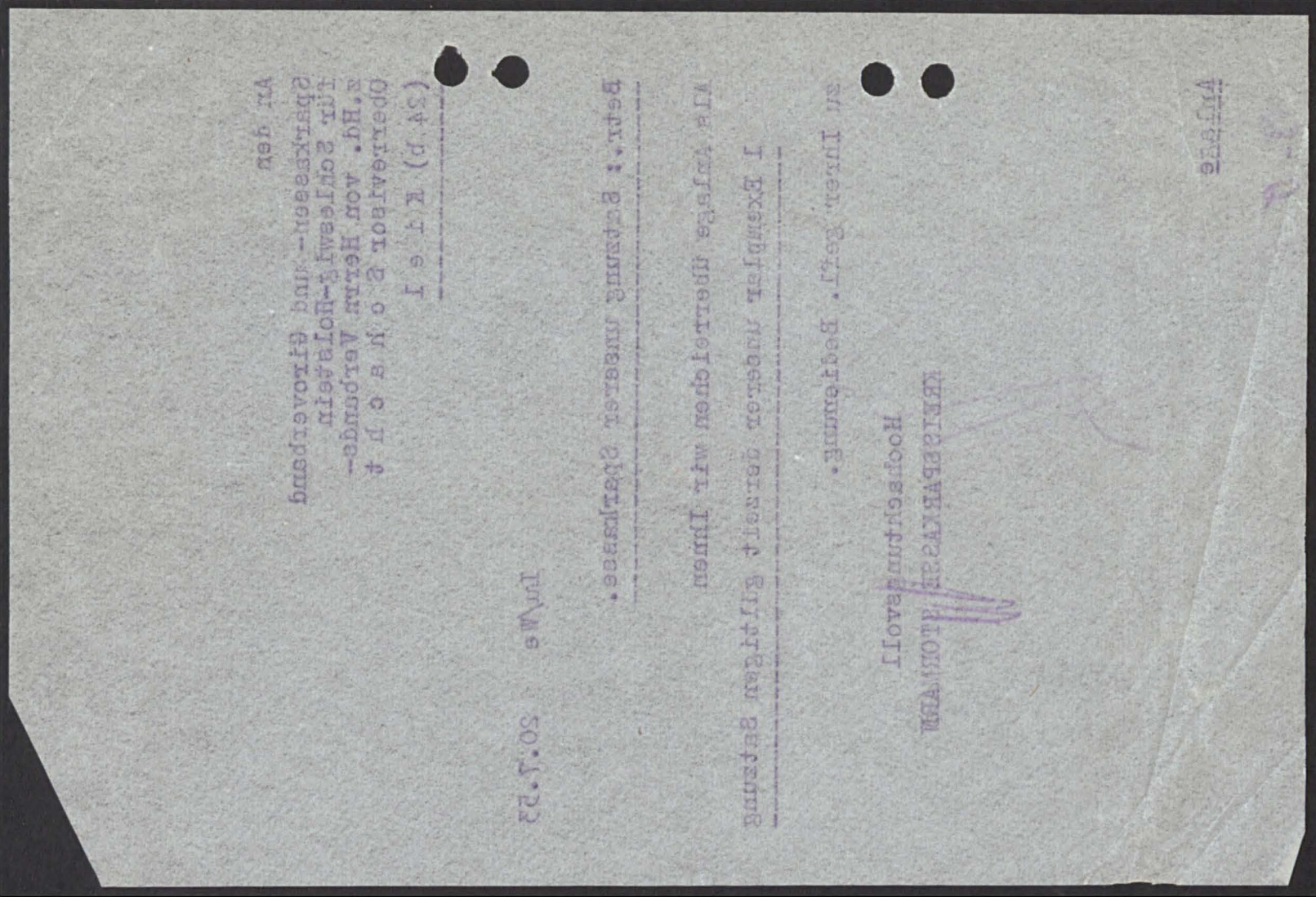
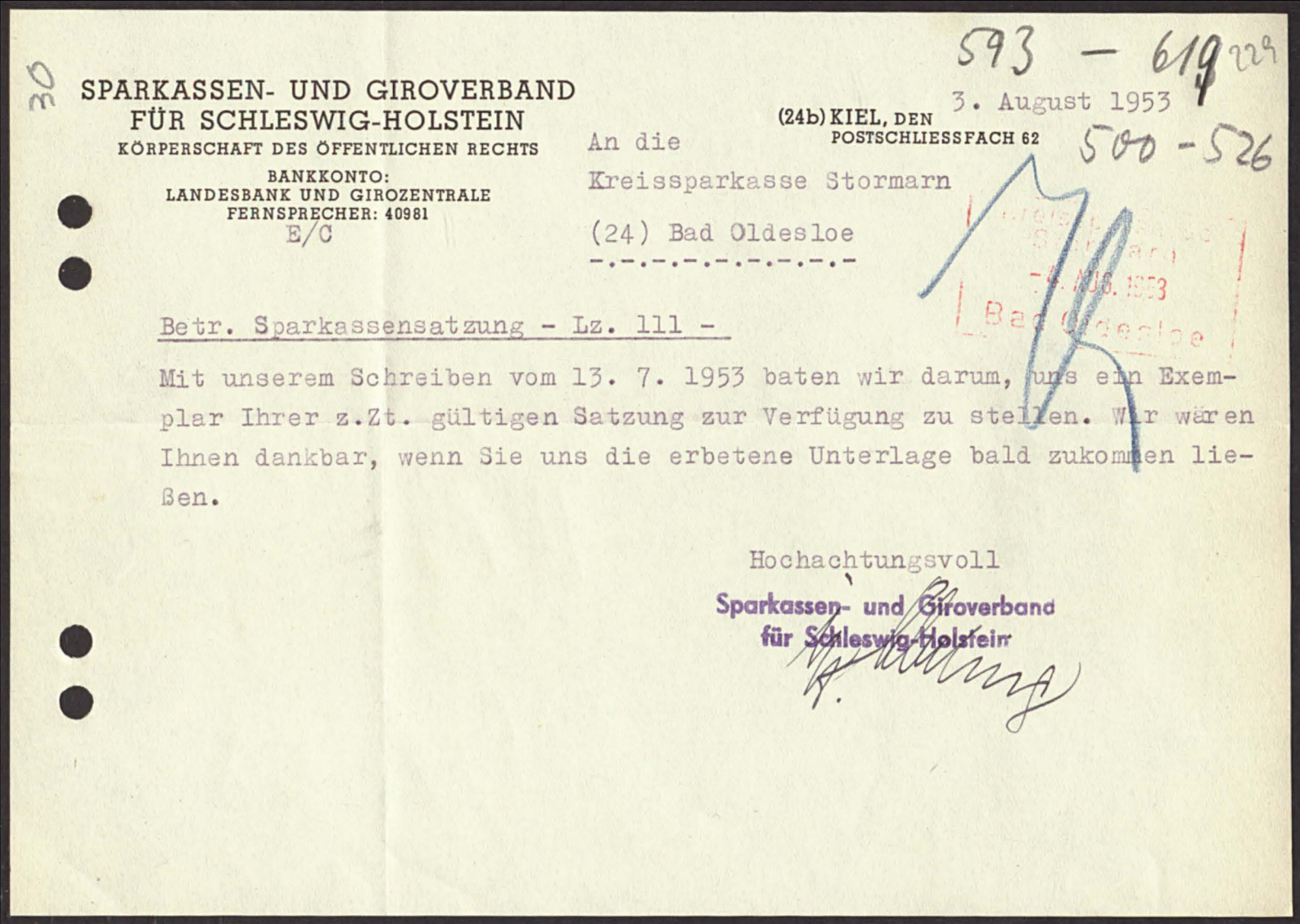


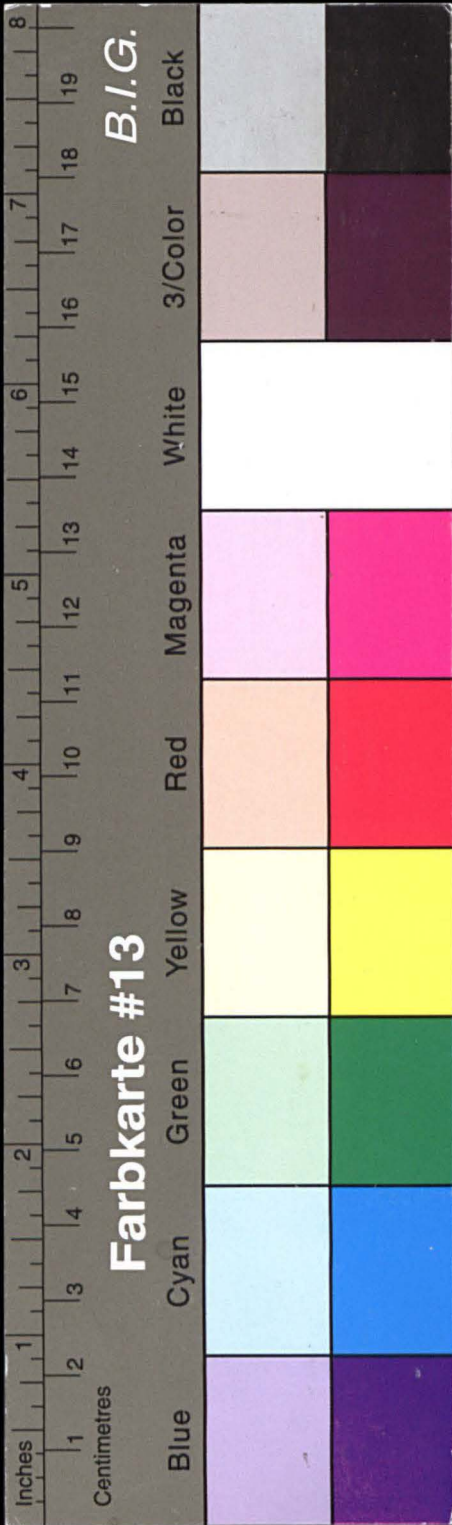


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

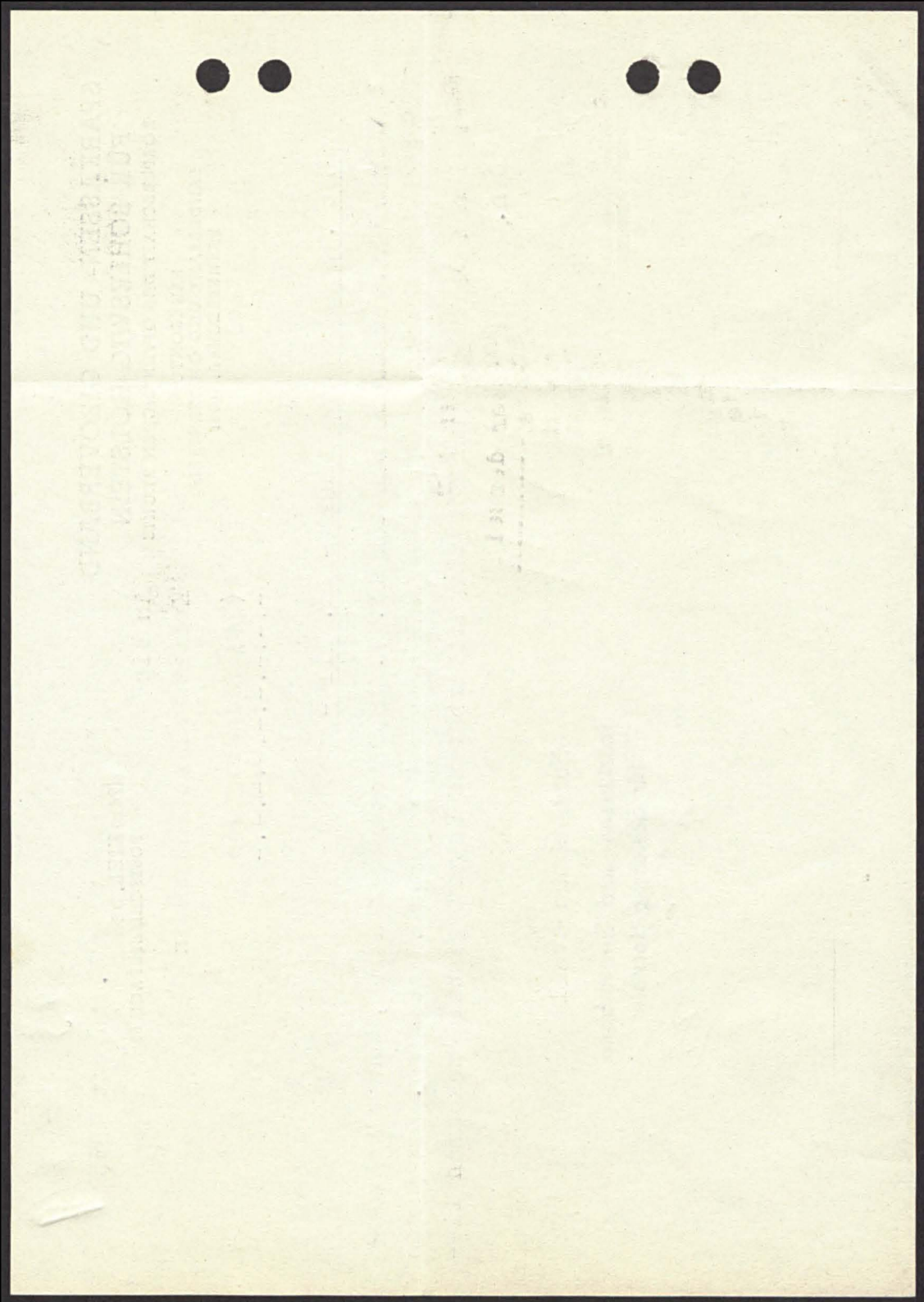






Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



31
230

An den
Sparkassen- und Giroverband
für Schleswig-Holstein

(24 b) K i e l

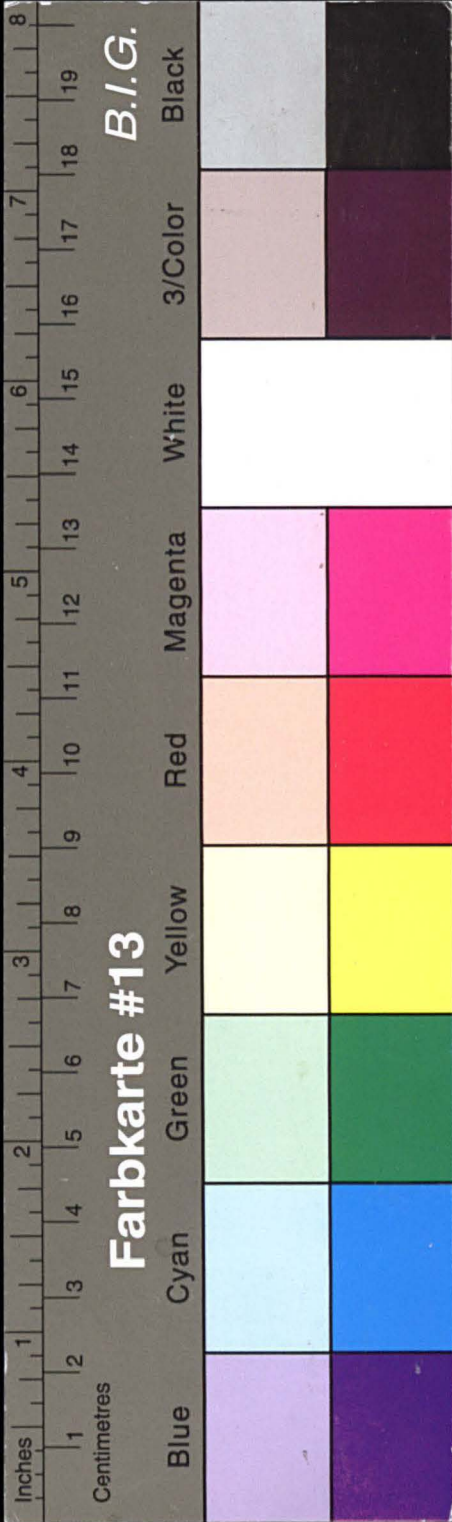
E/C 3.8.53 Vor./We. 6.8.53

Betrifft: Sparkassensatzung - Lz. 111 -.

Wir bestätigen den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 3. August ds. Jrs. und teilen Ihnen mit, daß wir das gewünschte Satzungs exemplar Ihnen mit Schreiben vom 20. Juli ds. Jrs. übersandt haben. Das Schreiben war gerichtet an den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein, z.Hd. von Herrn Verbandsoberrvisor S c h a c h t , so daß wir annehmen, daß die Satzung bei den Urlaubssachen von Herrn Schacht liegt. Wir stellen anheim, die Angelegenheit zu überprüfen. Sollten Sie zu dem Ergebnis kommen, daß die Satzung bei Ihnen nicht eingegangen ist, erbitten wir Ihre Nachricht, um Ihnen alsdann ein weiteres Exemplar übersenden zu können.

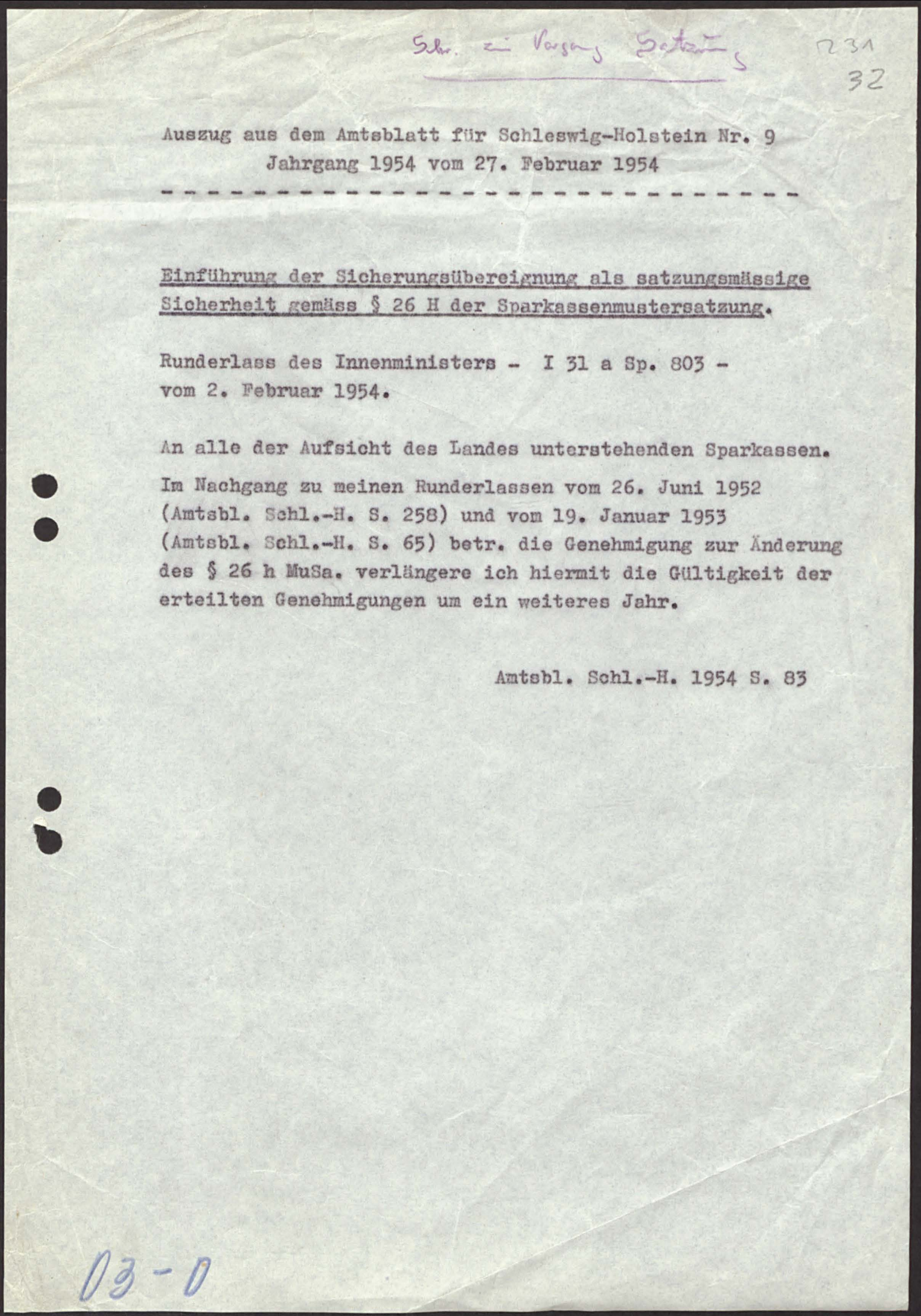
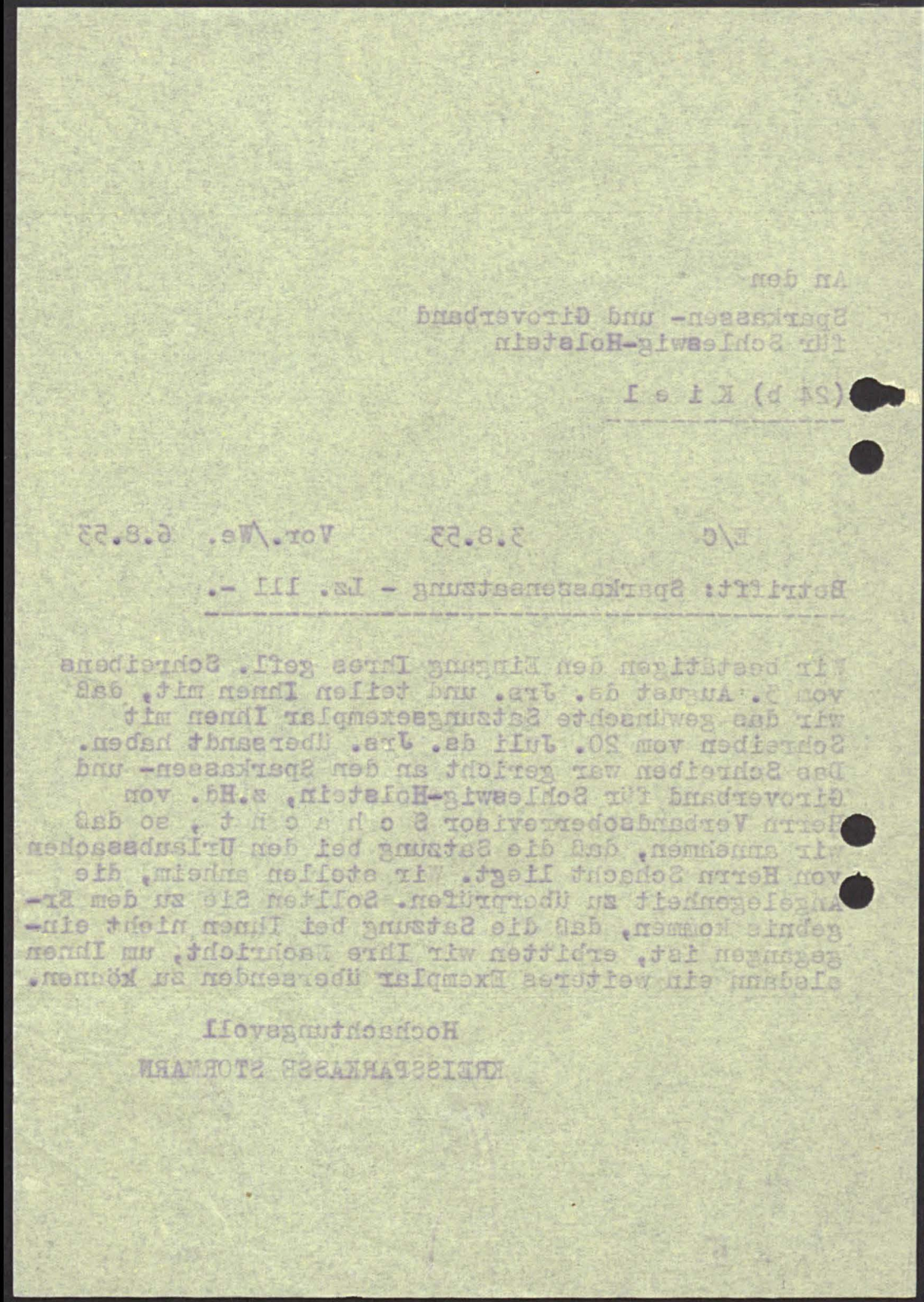
Hochachtungsvoll
KREISSPARKASSE STORMARN

193-0



Kreisarchiv Stormarn E103

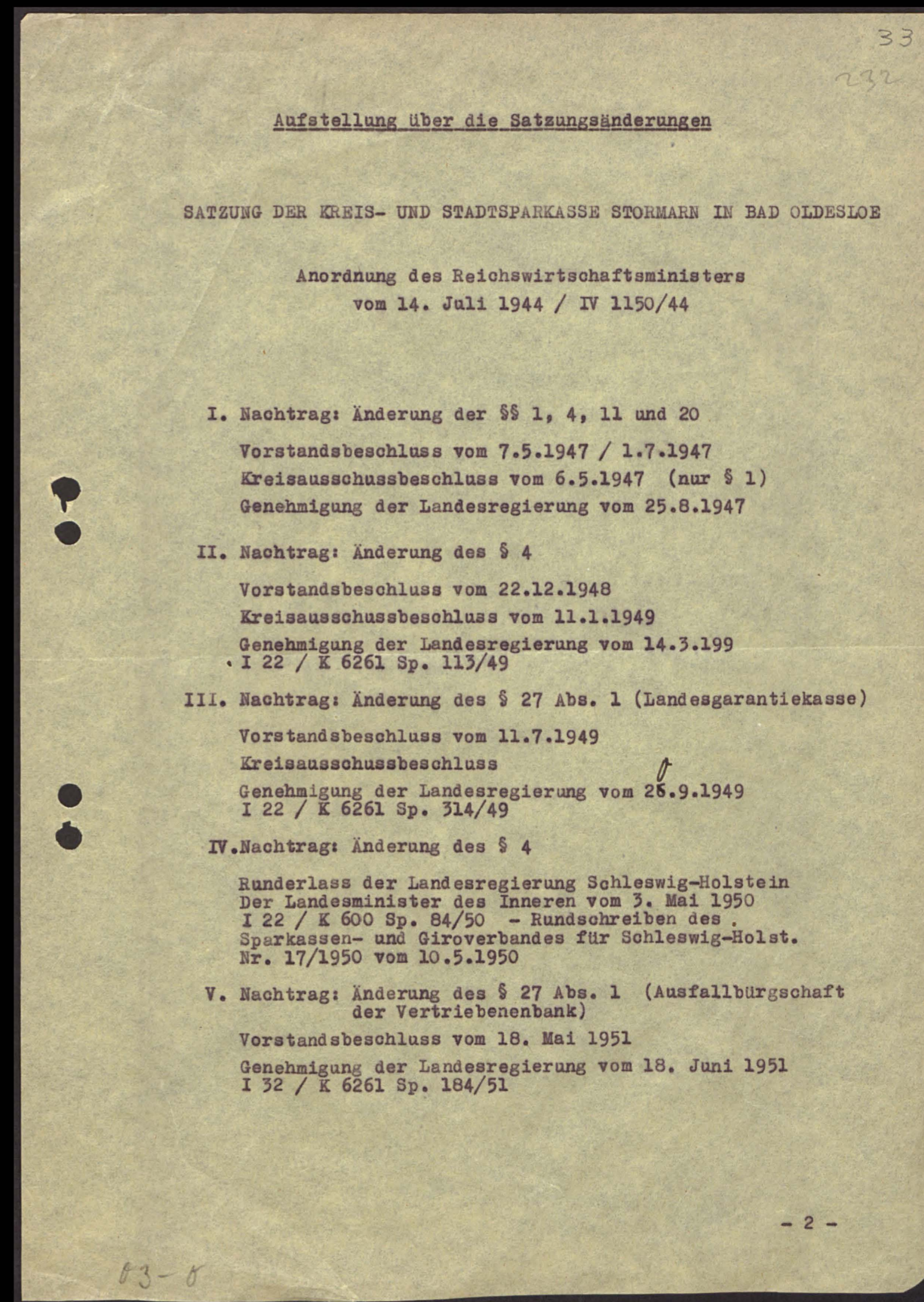
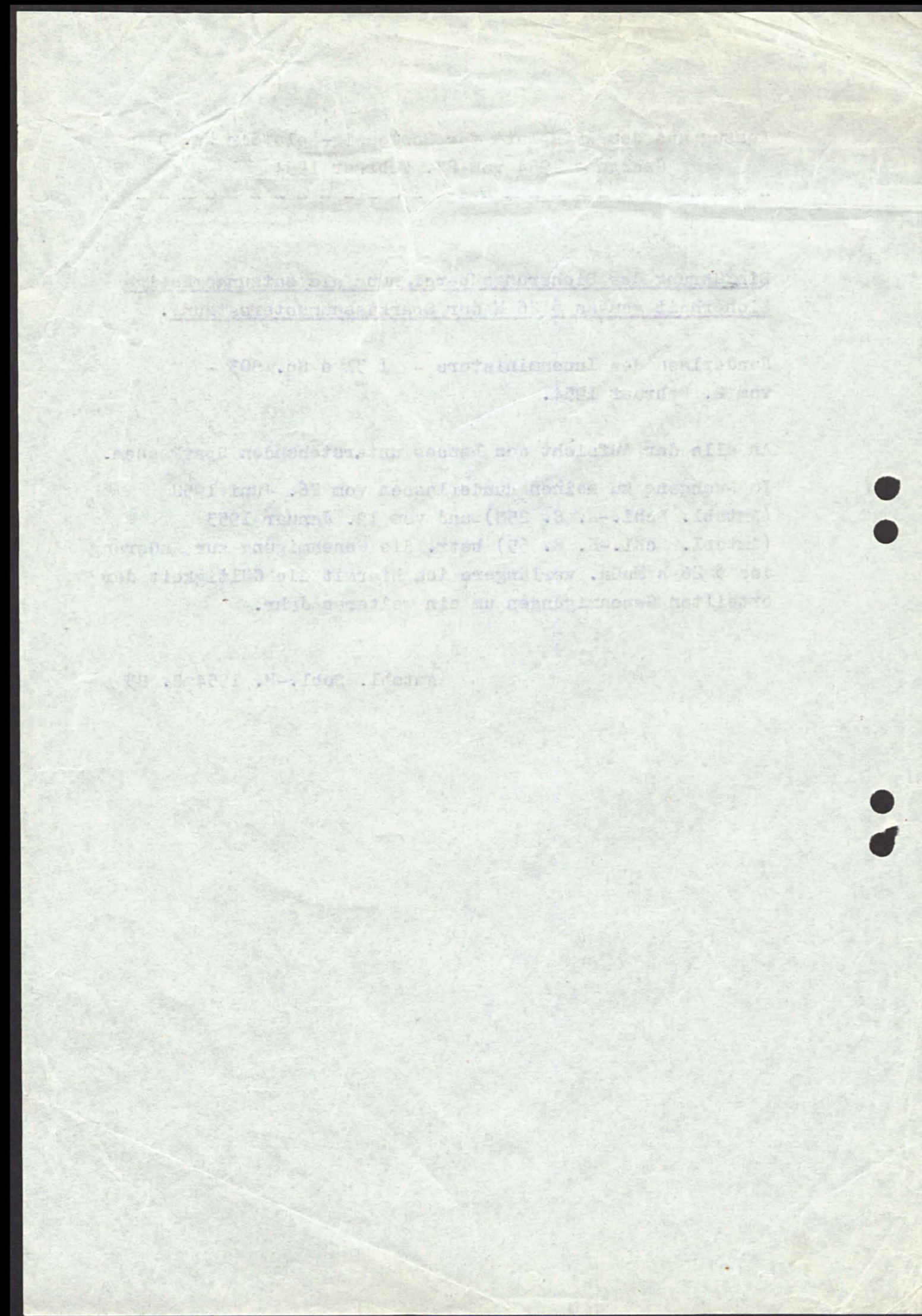
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

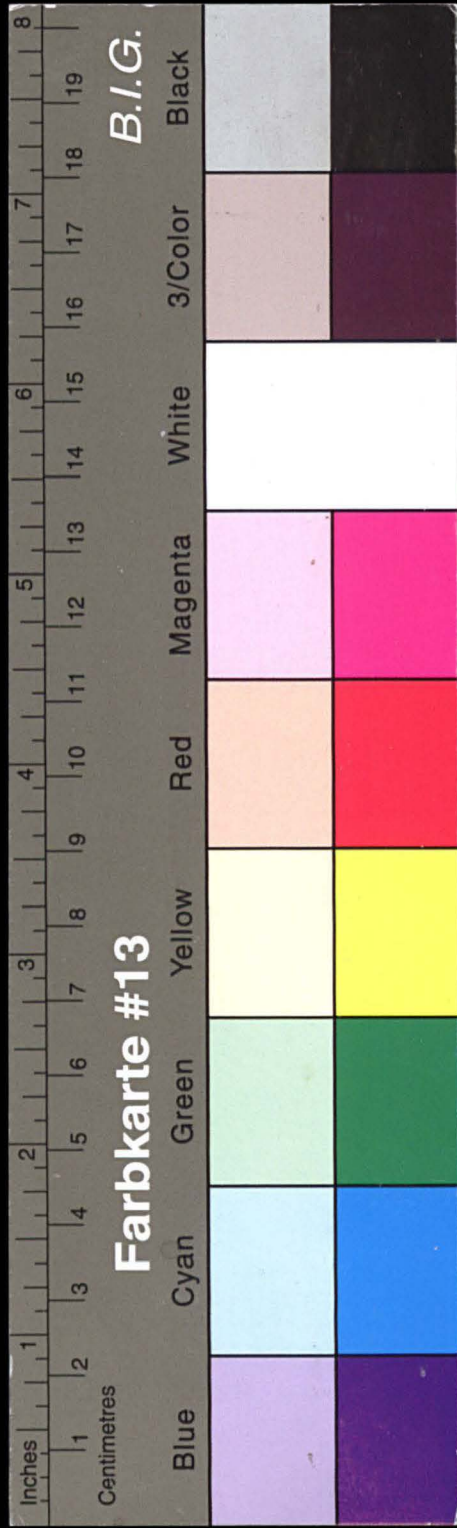




Kreisarchiv Stormarn E103

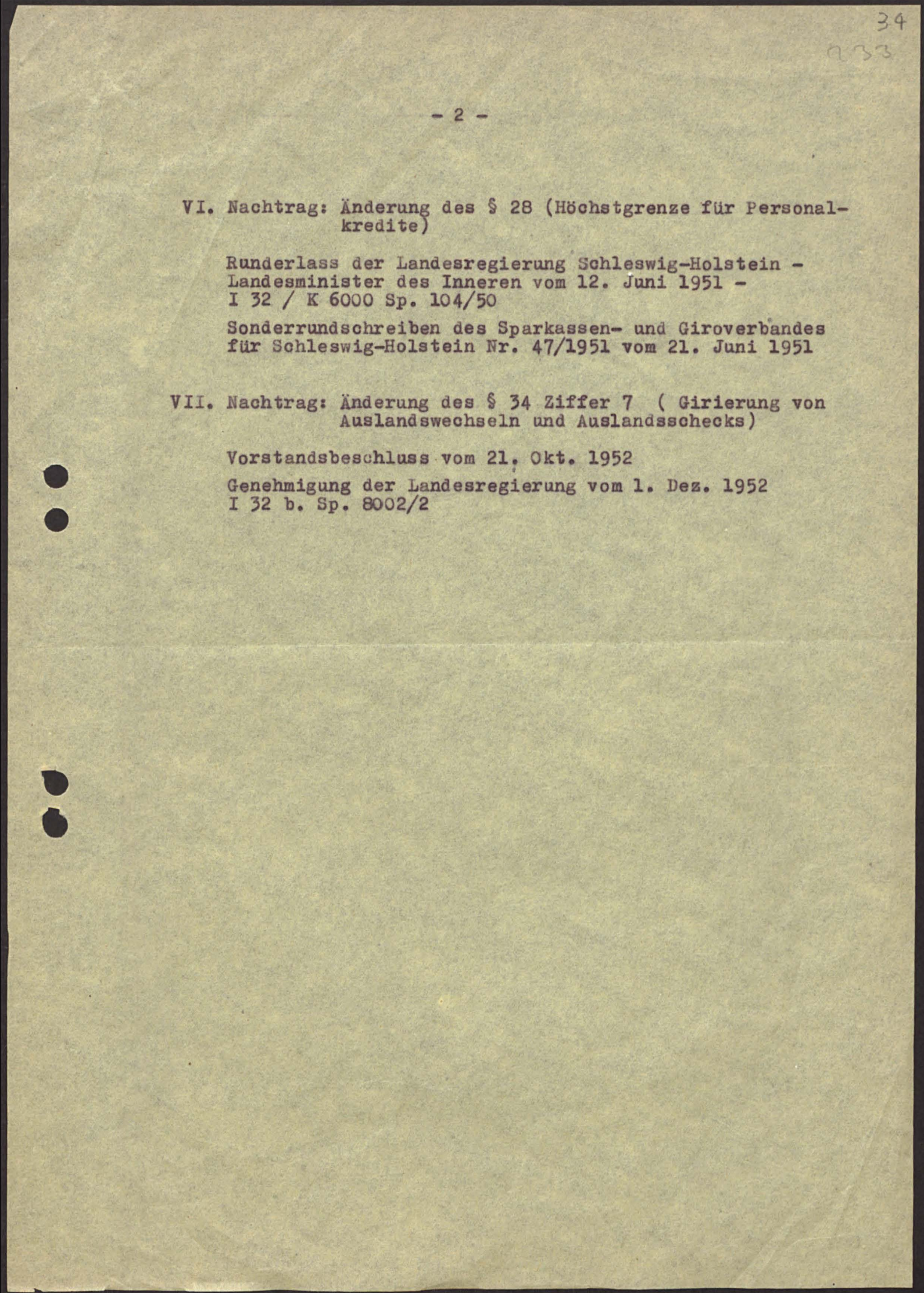
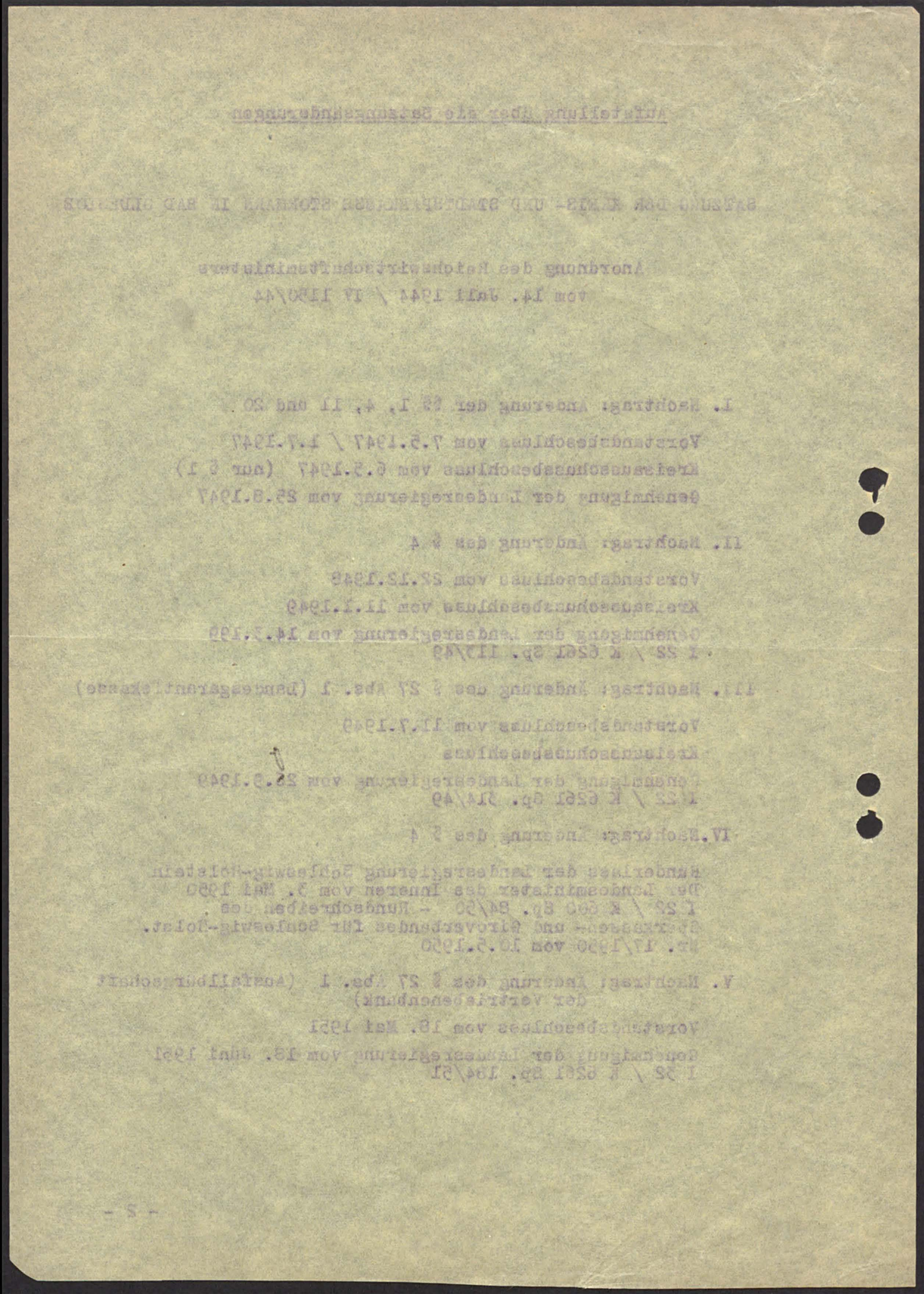
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

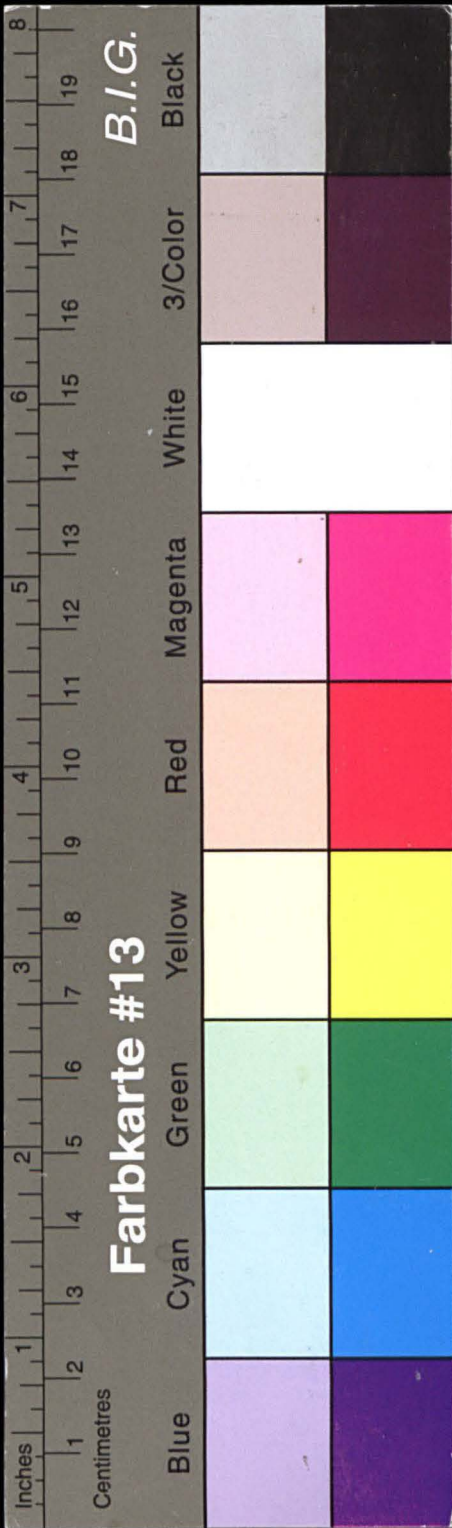




Kreisarchiv Stormarn E103

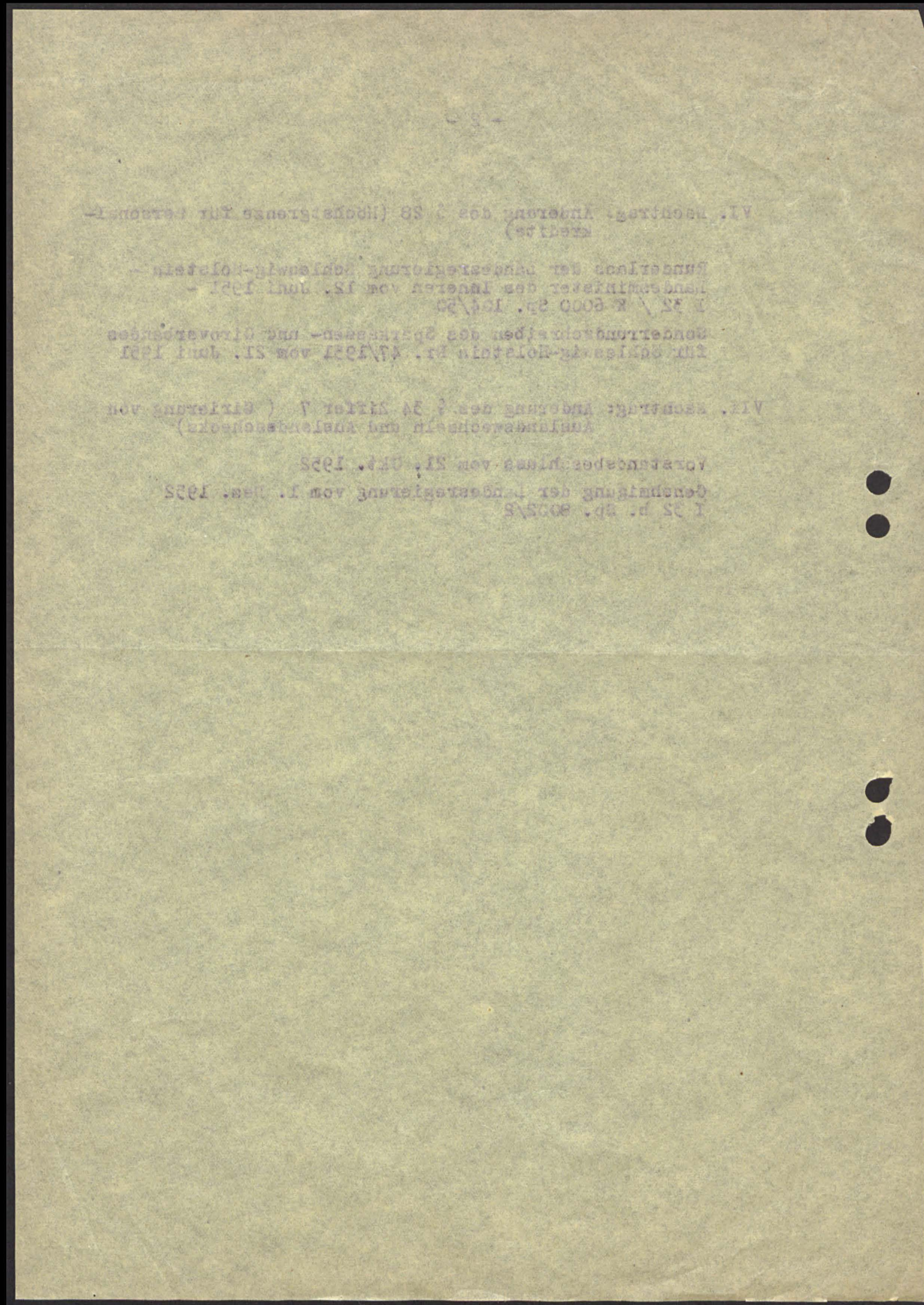
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552




35 237

Ausgabe A

Kreissparkasse
Stormarn
10. DEZ. 1956
Bad Oldesloe

AMTSBLATT

FÜR



SCHLESWIG HOLSTEIN

JAHRGANG 1956

KIEL, 3. DEZEMBER

NUMMER 49

INHALT

Teil A. Personalnachrichten (S. 479)

Teil B. Anordnungen, Erlasse und Bekanntmachungen

Landesregierung

1. Der Innenminister

a) Zuständigkeit zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 des Wehrpflichtgesetzes (S. 481)

b) Änderung der Dienstanweisung für die Ausgabe von Personalausweisen (S. 481)

c) Veränderung von Standesamtsbezirken im Kreise Plön (S. 481)

d) Sammlungswesen; hier: Öffentliche Sammlungen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen, Werderstraße 2 (S. 481)

e) Steuerkraftzahlen für die Grundsteuern im Finanzausgleich 1957 (S. 482)

f) Meldung des Gewerbesteuer-Istaufkommens im Kalenderjahr 1956 für den Finanzausgleich 1957 (S. 483)

g) Einführung der Sicherungsübereignung als satzungsmäßige Sicherheit nach § 26 h der Sparkassenmustersatzung (S. 483)

h) Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten (S. 483)

i) Form der Todesbescheinigungen (S. 484)

2. Der Finanzminister

Ausschreibung der Lohnsteuerkarten für das Kalenderjahr 1957 (S. 487)

3. Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

a) Erhebung von Ausgleichsabgaben von landwirtschaftlichen Betrieben (S. 487)

b) Erlaubnis zur Nutzung eines Muschelkulturbezirks im Wattenmeer (S. 487)

4. Der Kultusminister

Ordnung der Reifeprüfung an den Gymnasien in Schleswig-Holstein (S. 488)

5. Der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene

a) Zinszuschüsse aus Bundeshaushaltsmitteln zur Verbilligung der nachstelligen Finanzierung gewerblicher Räume des Mittelstandes bei Baumaßnahmen des sozialen Wohnungsbaues; hier: Richtlinien des Bundes für die Gewährung von Zinszuschüssen (S. 501)

b) Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten; hier: Bauartanerkennungen (S. 504)

c) Erklärung der Gemeinde Bordesholm zum Aufbaugelände (AAz. S. 261)

Teil C. Stellenausschreibungen (S. 507)

Beilage: Amtlicher Anzeiger Nr. 49 (AAz.)

Teil A

Personalnachrichten

1. Personalveränderungen

Landesregierung.

Im Bereich des Innenministers:

Ernannt:

Regierungsdirektor Dr. Geib zum Ministerialrat;

Regierungs- und Medizinalrat Dr. Jaspersen zum

Oberregierungs- und -medizinalrat;

Polizeivertragsarzt Dr. med. Doerr zum Regie-

rungsmedizinalrat.

Entlassen auf eigenen Antrag:

Regierungsrat Dr. Laux zum Zwecke des Über-

tritts als Landrat des Kreises Plön.

— Landeskrankenhaus Schleswig —

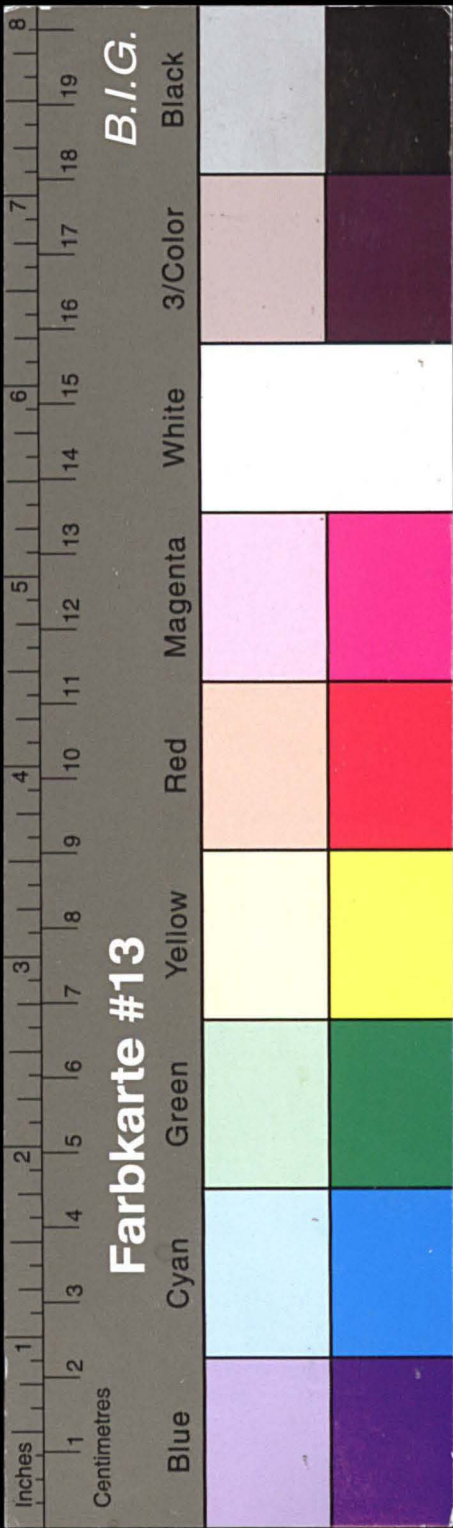
Ernannt:

Obermedizinalrat z. Wv. Dr. Ludwig zum Medi-

zinalrat.

03-0

479



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Im Bereich des Finanzministers:
— Landesamt für Verteidigungslasten —
Ernannt:
Ministerialrat a. D. Wedler zum Regierungsbaurat.
— Oberfinanzdirektion Kiel —
Ernannt:
Regierungsrat z. Wv. Dr. Hansen zum Regierungsrat;
Regierungsbauassessor Sehr zum Regierungsbaurat unter gleichzeitiger Versetzung zum Landesbauamt Schleswig.
— Finanzamt Heide —
Versetzt:
Regierungsrat Knaack an die Oberfinanzdirektion, Steuerfahndungsstelle Lübeck.
— Finanzamt Kiel-Süd —
In den Ruhestand getreten:
Regierungsrat (Oberregierungsrat a. D.) Voß.

— Finanzamt Lübeck —
Ernannt:
Bürgermeister z. Wv. Haufe zum Regierungsrat.
Im Bereich des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Ernannt:
Regierungsbaurat Höhne vom Marschenbauamt Heide zum Vorstand des Wasserwirtschaftsamtes Lübeck;
Oberlandwirtschaftsrat z. Wv. Dr. Diehl zum Regierungslandwirtschaftsrat im Pflanzenschutzamt (Bezirksstelle für Pflanzenschutz Lübeck).
Im Bereich des Ministers für Wirtschaft und Verkehr:
Ernannt:
Landesrat z. Wv. Klob zum Ministerialrat.

2. Ehrung von Dienstjubilaren

Der Herr Ministerpräsident hat aus Anlaß des 40jährigen Dienstjubiläums nachstehend aufgeführten Jubilaren im Namen des Landes Schleswig-Holstein Dank und Anerkennung für die dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste ausgesprochen:

Im Bereich des Ministerpräsidenten:
— Landeskanzlei —
Angestellter Otto Draheim.

Im Bereich des Innenministers:
Polizeirat Bartsch, Inspekteur der Schutzpolizei Ost;
Polizeiobermeister Richard Diesing, Polizeiinspektion Itzehoe;
Polizeiobermeister August Isenbügel, Polizeiinspektion Schleswig;
Polizeimeister Friedrich Kersten, Polizeiinspektion Plön;
Polizeiobermeister Benno Stelzer, Polizeiinspektion Bad Oldesloe;
Polizeiobermeister Oswald Zorn, Polizeidirektion Kiel.

Im Bereich des Finanzministers:
Regierungsdirektor Dr. Kurt Stamm;
Steuerinspektor (Regierungsamtmann a. D.) Kurt Finger, Finanzamt Elmshorn;
Obersteuereinspektor Rudolf Goroncy, Finanzamt Elmshorn;
Obersteuereinspektor Wilhelm Jansch, Finanzamt Eckernförde;
Steuerssekretär Gustav Nikoley, Finanzamt Neumünster;
Steueramtmann Adolf Sellhorn, Finanzamt Kiel-Süd;
Obersteuereinspektor Hinrich Wüpper, Finanzamt Kiel-Süd.

Im Bereich des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Vermessungsoberinspektor Walter Krause, Kulturamt Flensburg.

Im Bereich des Kultusministers:
Lehrer Benno Borm, Kiel, Volksschule;
Studienrat (Min. Rat a. D.) Walter Brendel, Internatsschule Schloss Plön;

Mittelschullehrerin Marie Bruhn, Neustadt/H., Mittelschule;
Rektor Karl Drenckhahn, Volksschule Satrup;
Lehrer Otto Grigoleit, Volksschule Vogelsang;
Hauptlehrer Ernst Groschke, Volksschule Bokelholm;
Lehrer Georg Haeske, Volksschule Blumenthal;
Lehrerin Helene Hafke, Volksschule Helse;
Lehrerin Dora Hass, Heide, Volksschule IV;
Hauptlehrer Bernhard Hinrichs, Volksschule Schinkel;
Hauptlehrer Wilhelm Ivers, Volksschule Dellstedt;
Gartenoberinspektor Hermann Jacobsen, Botanisches Institut der Universität Kiel;
Lehrer Wilhelm Kauffmann, Schleswig, Asmus-Jacob-Carstens-Schule;
Oberstudiendirektor Franz Kienast, Elmshorn, Elsa-Brandström-Schule;
Lehrer Hans Kuhrdts, Volksschule Gronenberg;
Lehrer Curt Lorentz, Volksschule Gettorf;
Lehrer Hermann Lüth, Lübeck, Marli-Volksschule;
Lehrer Hermann Matzen, Heide, Volksschule II;
Lehrerin Katharina Petersen, Volksschule Preetz;
Mittelschullehrer Max Petersen, Flensburg, Knaben-Mittelschule;
Lehrer Fritz Reinke, Volksschule Malente;
Lehrer Anton Senfleben, Neumünster, Volksschule;
Lehrer Rudolf Siebert, Mölln, Volksschule;
Rektorin Helene Struve, Husum, Mädchenbürgerschule;
Oberstudiendirektor Karl Vanselow, Itzehoe, Auguste-Viktoria-Schule;
Rektor Erwin Wendicke, Mölln, Volksschule;
Lehrerin Margarete Wolff, Volksschule Schuby.

Im Bereich des Justizministers:
Amtsgerichtsrat Hans Franke, Amtsgericht Flensburg;
Justizoberwachmeister Johann Studt, Amtsgericht Gettorf;
Justizoberinspektor Paul Zubeck, Amtsgericht Kiel.
Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 479

Teil B Anordnungen, Erlasse und Bekanntmachungen Landesregierung

1. Der Innenminister

Zuständigkeit zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 des Wehrpflichtgesetzes.

Erlaß des Innenministers vom 28. November 1956 — I 21 a / 2448 / 1 —.

An die Herren Landräte, Bürgermeister und Amtmänner

Auf Grund des § 73 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 177) bestimme ich als Verwaltungsbehörde zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 des Wehrpflichtgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 651), soweit es sich um das Nichtbefolgen der Aufforderung nach § 15 Abs. 2 dieses Gesetzes handelt, die Gemeinden, Ämter und Kreise, denen nach § 2 des Gesetzes zur Durchführung des § 15 des Wehrpflichtgesetzes vom 8. Oktober 1956 (GVBl. Schl.-H. S. 153) die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne der Erfassungsvorschriften zur Erfüllung nach Weisung übertragen worden sind.

Soweit entsprechend § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Durchführung des § 15 des Wehrpflichtgesetzes die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne der Erfassungsvorschriften durch Verordnung noch auf weitere Erfassungsbehörden übertragen werden, gelten auch diese als Verwaltungsbehörden im Sinne des § 73 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 481

Änderung der Dienstanweisung für die Ausgabe von Personalausweisen.

Runderlaß des Innenministers vom 27. November 1956 — I 23 — M 3003 —.

Bezug: Mein Runderlaß vom 9. Mai 1956 (Amtsbl. Schl.-H. S. 198).

An die Ordnungsbehörden des Landes

Die Dienstanweisung für die Ausgabe von Personalausweisen wird wie folgt geändert:

Ziff. 10 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Bei Deutschen im Sinne des Grundgesetzes (Artikel 116 Abs. 1 GG) ist in der Spalte „Staatsangehörigkeit“ bei männlichen Personen die Bezeichnung „Deutscher“, bei weiblichen Personen die Bezeichnung „Deutsche“ einzutragen.

Ziff. 33 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Text wird Abs. 1.

Als Abs. 2 wird angefügt:

(2) Eine vom Ausweisinhaber an einem anderen Ort bezogene weitere Wohnung wird nur dann eingetragen, wenn es sich um die Hauptwohnung handelt.

Ziff. 37 erhält folgende Fassung:

37. Verlängerung der Gültigkeitsdauer.

Die Verlängerung ist innerhalb der Gesamtgültigkeitsdauer von zehn Jahren auch zulässig, wenn der Antrag erst nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Ausweises gestellt wird. Das Datum, unter dem tatsächlich die Verlängerung erfolgt, ist nicht ausschlaggebend. Die Frist, bis zu der der Ausweis verlängert wird, darf demnach nicht über eine Gesamtgültigkeitsdauer des Ausweises von zehn Jahren hinausgehen.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 481

Veränderung von Standesamtsbezirken im Kreise Plön.

Bekanntmachung des Innenministers vom 26. November 1956 — I 23 c Stand 7001 —.

Auf Grund des § 52 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1957 im Kreise Plön folgende Standesamtsbezirksveränderung durchgeführt:

Dem Standesamtsbezirk Plön-Land werden die Gemeinden Lebrade und Rathjensdorf eingegliedert. Diese Gemeinden gehörten dem Standesamtsbezirk Lebrade an, der hiermit aufgelöst wird.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 481

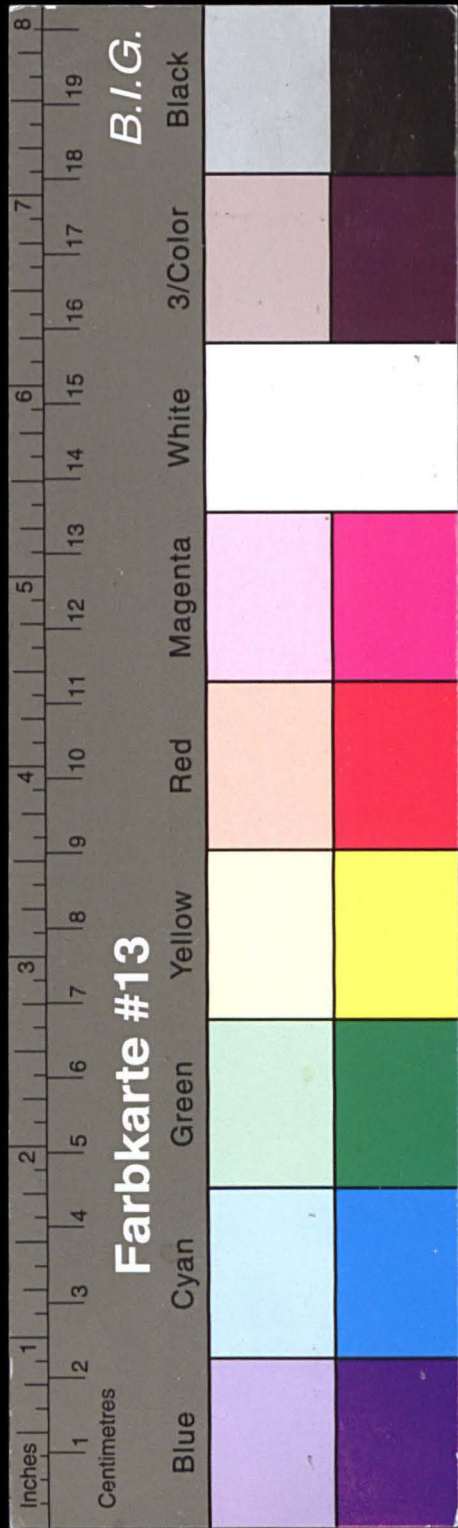
Sammlungswesen; hier: Öffentliche Sammlungen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen, Werderstraße 2.

Erlaß des Innenministers vom 15. November 1956 — I 23 — a 8020 — 306/57 —.

An alle Ordnungsbehörden und Polizeidienststellen des Landes

Ich habe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen, Werderstraße 2, unter dem 15. November 1956 folgende Sammlungsgenehmigung erteilt:

Auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz) vom 5. November 1934 in der Fassung vom 23. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 654) in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung des Sammlungsgesetzes vom 14. Dezember 1934 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 18. Januar 1951 (GVBl. Schl.-H. S. 17) erteile ich der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen, Werderstraße 2, die jederzeit widerrufliche Genehmigung, in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1957



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

im Lande Schleswig-Holstein öffentliche Geldsammlungen durchzuführen.

Ich mache die Genehmigung von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig:

- Als Sammlungsmaßnahmen sind zulässig:
 - Sammlung von Geldspenden durch Versenden von Werbeschreiben,
 - Sammlung von Geldspenden bei Werbefilmvorführungen,
 - Geldsammlung durch Aufstellen von Sammel-schiffchen an geeignet erscheinenden Plätzen,
 - Werbung von Mitgliedern.
- Die Tage, an denen im Rahmen von Werbefilmvorführungen Geldsammlungen durchgeführt werden sollen, sind den zuständigen Kreisordnungsbehörden (Landräte und Oberbürgermeister) und den jeweiligen örtlichen Ordnungsbehörden (Bürgermeister, Amtmänner bzw. Kirchspielsvorsteher) bis spätestens eine Woche vor Beginn der geplanten Veranstaltung schriftlich anzuzeigen.
- Als Sammler dürfen nur Personen tätig sein, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- Zur Annahme der Spenden haben die Sammler sicher verschließbare Sammelbüchsen, deren Beschaffenheit Veruntreuungen ausschließt, bei sich zu führen. An den Büchsen muß der Name des Veranstalters und ein Hinweis auf den Sammlungszweck sichtbar angebracht sein.
- Die aufgestellten Sammel-schiffchen müssen so beschaffen sein, daß Veruntreuungen ausgeschlossen sind. Im übrigen gilt das zu 4. Gesagte.
- Die Unkosten der Sammlung sind auf ein Mindestmaß zu beschränken; sie dürfen 10 % des Sammlungsaufkommens nicht überschreiten.
- Der Reinertrag der Sammlungen darf nur für Zwecke des Seerettungsdienstes der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger verwendet werden.
- Über den Gesamtbetrag der durch diesen Bescheid genehmigten Sammlungen, die daraus entstandenen Unkosten — persönliche und sächliche — und die Verwendung des Reinertrages ist dem Herrn Senator für Inneres, Bremen, bis spätestens zum 28. Februar 1958 eine genaue, im einzelnen aufgegliederte Abrechnung einzureichen. Dem Herrn Senator für Inneres ist weiter eine Ausfertigung eines Geschäftsberichts für das Jahr 1957 zuzuleiten.
- Die Sammlungsabrechnung unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen.

Auf die Strafvorschriften der §§ 13 und 14 des Sammlungsgesetzes weise ich hin.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 481

Steuerkraftzahlen für die Grundsteuern im Finanzausgleich 1957.

Runderlaß des Innenministers vom 17. November 1956 — I 32 b — 3192 —.

An die Kreise und Gemeinden

I.

Die Steuerkraftzahlen für die Grundsteuer A und B werden auf Grund der Steuermeßbeträge errechnet, die von den Finanzämtern beim Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse am 15. November 1956 festgestellt werden. Gemäß § 9 Abs. 4 Ziff. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 25. Mai 1955 (GVBl. Schl.-H. S. 113), können von dieser Summe diejenigen Meßbeträge abgesetzt werden, für die wegen Ertragslosigkeit auf Antrag die Grundsteuer erlassen werden mußte sowie unter besonderen Voraussetzungen die Abgänge an Meßbeträgen durch rückwirkende Anschreibungen. Auf die angezogenen Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes wird hingewiesen.

II.

Diejenigen Gemeinden, welche auf Antrag Grundsteuererlasse gemäß § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes aussprechen mußten, werden aufgefordert, bis zum 10. Dezember 1956 dem Kreis in doppelter Ausfertigung die Summe der Meßbeträge anzugeben, die im Grundsteuermeßbetragsverzeichnis noch enthalten sind, für die aber die Grundsteuer erlassen ist. Auf Abschnitt II Abs. 1 und 2 meines Runderlasses vom 2. November 1953 (Amtsbl. Schl.-H. S. 520) nehme ich Bezug.

Ich bitte die Kreise, mir das zweite Stück der Ausfertigung bis spätestens 20. Dezember 1956 zu übersenden und weise im übrigen auf meinen obigen Runderlaß hin.

Die kreisfreien Städte, die auf Antrag Grundsteuererlasse gemäß § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes aussprechen mußten, bitte ich, mir eine entsprechende Meldung ebenfalls bis zum 20. Dezember 1956 zu übersenden und, wie im Vorjahre — die Unterlagen über die Zusammensetzung der gemeldeten Summe so vorzubereiten, daß sie bei der nächsten Prüfung durch den Landesrechnungshof in die Prüfung einbezogen werden können.

III.

Die im Anschreibungszeitraum 1956 (16. November 1955 bis 15. November 1956) von den Finanzämtern vorgenommenen Anschreibungen werden bei den Steuerkraftzahlen für den Finanzausgleich 1957 zusätzlich berücksichtigt, soweit sie rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1954 haben. Die Bestimmungen des Abschnitts III meines Runderlasses vom 2. November 1953 gelten für 1957 entsprechend. Die Anträge auf Absetzung von Meßbeträgen bitte ich bis zum 10. Dezember 1956 in doppelter Ausfertigung dem Kreis — bei den kreisfreien Städten unmittelbar mir — zu übersenden. Es ist dabei das im Runderlaß vom 2. November 1953 veröffentlichte Muster unter Abänderung der entsprechenden Jahreszahlen zu verwenden.

Ich bitte die Kreise, mir ein Stück der Meldungen der Gemeinden gesammelt bis spätestens 20. Dezember 1956 vorzulegen.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 482

Meldung des Gewerbesteuer-Istaufkommens im Kalenderjahr 1956 für den Finanzausgleich 1957.

Runderlaß des Innenministers vom 17. November 1956 — I 32 b — 3196 —.

An alle Gemeinden

Zur Feststellung der Steuerkraftzahl der Gemeinden für den Finanzausgleich 1957 ist das Gewerbesteuer-Istaufkommen unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerausgleichsbeträge, wie in den Vorjahren, zu ermitteln.

Das Aufkommen der Lohnsummensteuer bleibt bei der Ermittlung der Gewerbesteuerkraftzahl außer Ansatz, es muß jedoch nachrichtlich mitgeteilt werden.

Ich bitte alle Gemeinden, das Istaufkommen der Gewerbesteuer, der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuerausgleichsbeträge im Kalenderjahr 1956 (1. Januar bis 31. Dezember 1956) festzustellen und nach folgendem Muster

- dem Statistischen Landesamt in Kiel
Wismarer Straße 2—4
unmittelbar und
- dem Gemeindeprüfungsamt des Kreises ebenfalls unmittelbar

bis zum 6. Januar 1957 zu melden.

Ich bitte dringend, diese Frist genau einzuhalten, da hiervon die rechtzeitige Bekanntgabe der Steuerkraftmeßzahlen und der Schlüsselzuweisungen abhängt. Die Gemeindeprüfungsämter werden im Laufe des Monats Januar die Meldungen der Gemeinden nachprüfen.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 483

Anlage

Gemeinde/Stadt _____, den _____
Kreis _____
Amt _____

Terminsache

An den
Herrn Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
— Statistisches Landesamt —
z. H. Herrn Regierungsrat Sachse
in Kiel
Wismarer Straße 2—4

Betrifft: Meldung des Gewerbesteuer-Istaufkommens im Kalenderjahr 1956 für Zwecke des Finanzausgleichs 1957.

Bezug: Runderlaß des Innenministers vom 17. November 1956 (Amtsbl. Schl.-H. S. 483).

A.

- Ist-Aufkommen an Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1956 DM
 - Ist-Aufkommen an Lohnsummensteuer in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1956 DM
- zusammen: DM

B.

- Hebesatz der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital für das Rechnungsjahr 1956 *) v.H.
- Hebesatz der Lohnsummensteuer für das Rechnungsjahr 1956 *) v.H.

C.

- Ist-Einnahmen an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen von Betriebsgemeinden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1956 DM
 - Ist-Ausgabe an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen an Wohngemeinden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1956 DM
- Mithin Nettoeinnahmen / Nettoausgaben an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen (C1—C2 oder umgekehrt) DM

Die Übereinstimmung vorstehender Angaben mit den Kassenbüchern der Gemeinde wird hiermit bescheinigt.

(Siegel) _____

(Unterschrift) _____

Anmerkung: Es sind überall die Beträge anzugeben, die nach dem 1. Januar und bis zum 31. Dezember 1956 in den Kassenbüchern nachgewiesen sind. Ausschlaggebend ist nur der Zeitpunkt des Eingangs und nicht der Zeitraum, für den die Beträge bestimmt sind. Alle Beträge sind auf volle DM abzurunden.

*) Änderungen des Hebesatzes der Gewerbesteuer, die im Laufe des Rechnungsjahres vorgenommen werden, wirken gemäß § 2 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen (Reichsgesetzbl. I 1936 S. 961) auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück.

Einführung der Sicherungsübereignung als satzungsmäßige Sicherheit nach § 26 h der Sparkassenmustersatzung.

Runderlaß des Innenministers vom 26. November 1956 — I 31 Sp. 803 —.

An alle der Aufsicht des Landes unterstehenden Sparkassen

Sämtliche auf Grund meines Runderlasses vom 2. März 1951 — Amtsbl. Schl.-H. S. 135 — erteilten Genehmigungen zur Änderung des § 26 h MuSa verlängere ich hiermit bis zum 31. Dezember 1957.

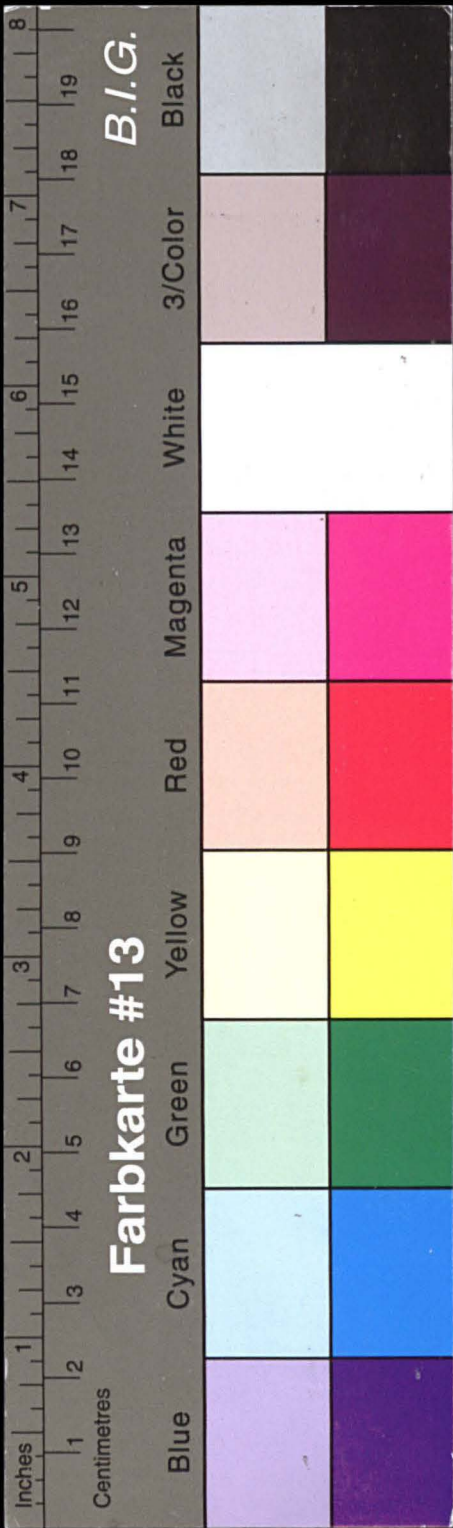
Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 483

Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung, bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten.

Erlaß des Innenministers vom 7. November 1956 — I 35—42—10—20 —.

An alle Kreise, kreisfreien Städte, Ämter u. Gemeinden

(1) Nachstehend veröffentliche ich eine Verwaltungsvereinbarung der Länder der Bundesrepublik



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Deutschland über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerschutzgeräten:

„1. Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte:

Anträge auf Prüfung und Zulassung sind an die Amtliche Prüfstelle für Handfeuerlöscher an der Landesfeuerweherschule Nordrhein-Westfalen in Warendorf zu richten. Die Landesfeuerweherschule legt den Antrag mit ihrem Gutachten und dem Vorschlag für besondere Bedingungen dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vor, das über den Antrag gemäß der Polizeiverordnung über Feuerlöschmittel und tragbare oder ohne eigenen Kraftantrieb fahrbare Feuerlöschgeräte vom 1. August 1956 (GVBl. NRW. S. 201) entscheidet. Diese Zulassungen haben für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

2. Atemschutzgeräte:

Anträge auf Prüfung von Atemschutzgeräten zum Gebrauch im Feuerlöschdienst sind an die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Essen-Kray zu richten. Diese prüft das Gerät in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Essen und legt den Antrag mit ihrem Prüfungsvermerk dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die Feststellungen dieses Ministeriums haben für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

3. Feuerlöschschläuche:

Anträge auf Prüfung von Feuerlöschschläuchen auf ihre Übereinstimmung mit den feuerschutztechnischen Normen sind an die Zentralprüfstelle für Feuerlöschschläuche beider Niedersächsischen Landesfeuerweherschule in Celle zu richten. Die Zentralprüfstelle legt den Antrag mit ihrem Prüfungsergebnis dem Innenministerium des Landes Niedersachsen vor. Die Feststellungen dieses Ministeriums haben für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

4. Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen:

Anträge auf Prüfung von Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen auf ihre Übereinstimmung mit den feuerschutztechnischen Normen sind an die Zentralprüfstelle für Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen bei der feuerschutztechnischen Prüf- und Ver-

suchsstelle der bayerischen Landesfeuerweherschule in Regensburg zu richten. Die Zentralprüfstelle legt den Antrag mit ihrem Prüfungsergebnis dem Bayerischen Staatsministerium des Innern vor. Die Feststellungen dieses Ministeriums haben für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

5. Grundlage für die Prüfung und Anerkennung für die unter 1 bis 4 genannten Geräte sind die DINormen des Feuerlöschwesens. Soweit die Normen für die Durchführung der Prüfung und Anerkennung der Geräte nicht ausreichen, sind die Richtlinien für die Prüfungen gemeinsam mit dem Fachnormenausschuß Feuerlöschwesen festzulegen.

6. Die nach Ziff. 1, 2, 3 und 4 zuständigen Innenministerien teilen die von ihnen getroffenen Entscheidungen den Innenministerien der übrigen Länder des Bundesgebietes mit.

7. Die Kosten jeder Prüfstelle trägt das Land, in dem die Prüfstelle ihren Sitz hat. Ihm fließen auch die Gebühren für die Prüfung, Zulassung und Anerkennung der Feuerschutzgeräte zu.“

(2) Alle von den Prüfstellen zugelassenen, bzw. anerkannten Feuerschutzgeräte werden jeweils im Amtsblatt für Schleswig-Holstein — Amtlicher Anzeiger — bekanntgegeben werden.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 483

Form der Todesbescheinigungen.

Bekanntmachung des Innenministers — Landesamt für Gesundheitswesen — vom 12. November 1956 — 62 A — 620 B —.

Die bisherigen Todesbescheinigungen erhalten ab 1. Januar 1957 die in der Anlage angegebene Form und Größe. Sie werden wie früher von dem Arzt ausgefüllt, der die Leichenschau ausgeführt hat, und vom Meldepflichtigen dem Standesamt übergeben. Dieses sendet die Todesbescheinigungen nach entsprechenden Eintragungen mit einem vom Statistischen Landesamt ausgegebenen Laufzettel an das zuständige Gesundheitsamt weiter. Die Gesundheitsämter haben die Formblätter monatlich bis zum 5. des folgenden Monats an das Statistische Landesamt weiterzuleiten, das die Bescheinigungen nach Bearbeitung dem zuständigen Gesundheitsamt zur Aufbewahrung zurücksendet. Nachmeldungen von Todesfällen sind bis zum 10. des dem Tode folgenden Monats dem Statistischen Landesamt zuzuschicken.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 484

Anlage

Wichtig!

Bei Anmeldung des Sterbefalles möglichst Geburts- und Heiratsurkunde (Familienstammbuch) sowie Kennkarte des Verstorbenen zum Standesamt mitbringen!

Vom Standesamt auszufüllen!

Sterberegister-Nr.:

Vormerk-Register-Nr.:

Standesamt:

TODESBESCHEINIGUNG

(auch für Totgeborene)

I. Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen) Vornamen (Rufname unterstreichen)

Geschlecht, geboren am in Ort (Kreis, Land)

Wohnung Ort (Kreis, Land) Straße und Hausnummer

Ort des Todes

Zeitpunkt des Todes 19 Jahr Monat Tag Stunde — Uhrzeit 0-24 Uhr

Bei Frauen: Zahl der geborenen Kinder (einschl. Totgeborenen)

darunter in der letzten Ehe

Bei innerhalb der ersten 24 Stunden gestorbenen Kindern Lebensdauer in Stunden.....

II. Todesart: ¹⁾

natürlicher Tod unnatürlicher Tod

nicht aufgeklärte Todesart.....

III. Todesursache: ¹⁾

Der Tod trat ein unter:

Herzstillstand Koma

Kreislaufversagen Marasmus

Atemlähmung Verblutung

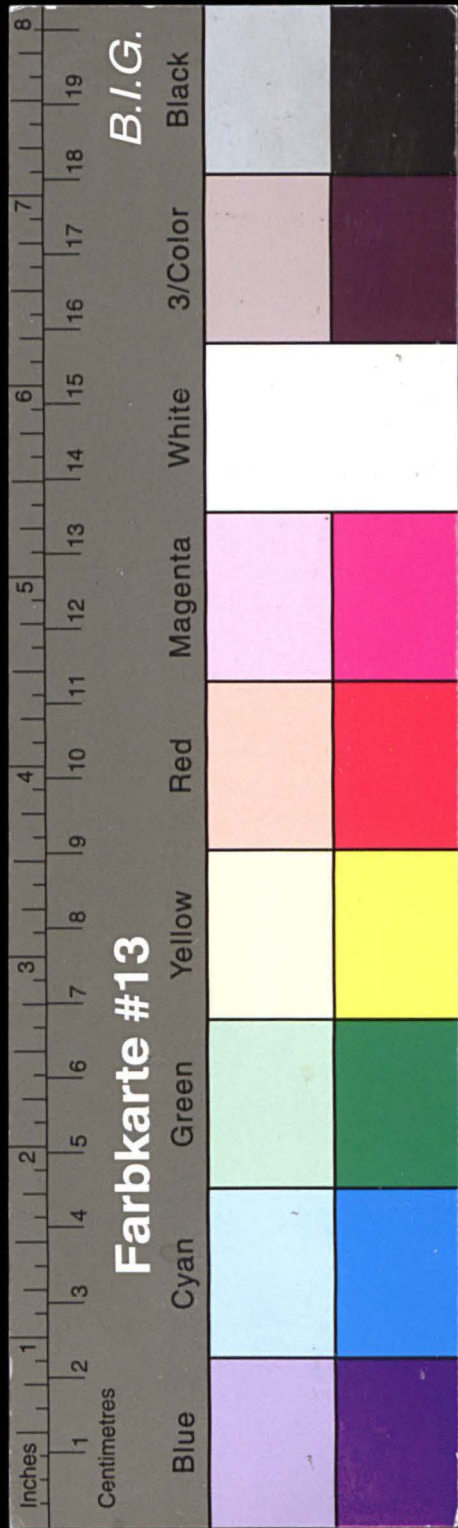
Zeitdauer zwischen Krankheitsbeginn und Tod

1. Welches Leiden hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?

2. Welche Krankheiten oder äußeren Ursachen sind dem Leiden ursächlich vorausgegangen?

3. Andere wesentliche Krankheitszustände, die z. Z. des Todes bestanden haben:

¹⁾ Zutreffendes im entsprechenden Kästchen ankreuzen! bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

in Wyk auf Föhr die Erlaubnis, in dem in der Verordnung über Muschelkulturbezirke vom 22. September 1956 (GVOBl. Schl.-H. S. 151) näher bezeichneten Teile des Wattenmeeres Muschelkulturbänke anzulegen und zu nutzen.

Die Erlaubnis wird an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die Erlaubnis gilt nur bis zum 31. März 1960.
2. In dem Muschelkulturbezirk müssen bis zum 30. Juni 1957 Muschelkulturbänke angelegt sein.
3. Die Verwendung ausländischer Charterschiffe für die Muschelfischerei einschließlich der Kulturarbeiten ist ausgeschlossen.

4. Die geschützten Muschelbänke sind durch Fische-reitonnen in der vom Wasser- und Schiffsamtsamt Tönning vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen.

5. Diese Erlaubnis ist jederzeit widerruflich.

Der Widerruf kann insbesondere ausgesprochen werden, wenn das Fischereiamt des Landes Schleswig-Holstein feststellt, daß keine ordnungsgemäße Muschelkultur betrieben worden ist, oder wenn gegen die unter Ziff. 2 bis 4 genannten Bedingungen verstoßen wird.

Im Falle des Widerrufs können Schadenersatzansprüche nicht gestellt werden.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 487

4. Der Kultusminister

Ordnung der Reifeprüfung an den Gymnasien in Schleswig-Holstein.

Erlaß des Kultusministers vom 27. November 1956
— V4 — Az. 4a 02 —.

Die nachstehende Ordnung der Reifeprüfung an den Gymnasien in Schleswig-Holstein gebe ich bekannt. Sie tritt mit dem 10. Dezember 1956 in Kraft. Mit dem gleichen Tage hebe ich die bisherigen Bestimmungen auf.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 488

Ordnung der Reifeprüfung an den Gymnasien in Schleswig-Holstein. Übersicht

I. Aufgabe und Verfahren der Reifeprüfung

- § 1 Aufgabe
- § 2 Gliederung
- § 3 Durchführung
- § 4 Prüfungsausschüsse

II. Die Vorprüfung

- § 5 Vorprüfung

III. Die Abschlußprüfung in den Leibesübungen

- § 6 Prüfungsverfahren in den Leibesübungen

IV. Die Hauptprüfung

A. Die Vorbereitung der Hauptprüfung

- § 7 Vorbereitung
- § 8 Meldung
- § 9 Jahresarbeit
- § 10 Beratung über die Zulassung (Zulassungskonferenz)
- § 11 Entscheidung über die Zulassung

B. Die schriftliche Hauptprüfung

- § 12 Prüfungsfächer
- § 13 Aufgaben
- § 14 Themenstellung
- § 15 Bearbeitung
- § 16 Beurteilung

C. Die mündliche Hauptprüfung

- § 17 Umfang
- § 18 Vorberatung (Reifeprüfungskonferenz)
- § 19 Vorbereitung
- § 20 Durchführung
- § 21 Feststellung der Urteile

V. Das Ergebnis der Reifeprüfung

- § 22 Beratung
- § 23 Übersicht
- § 24 Reifezeugnis
- § 25 Wiederholung der Prüfung

VI. Die Fremdenreifeprüfung

- § 26 Fremdenreifeprüfung
- § 27 Gebühren

VII. Verschiedenes

- § 28 Terminkalender für die Reifeprüfung
- § 29 Inkrafttreten der Reifeprüfungsordnung

I. Aufgabe und Verfahren der Reifeprüfung

§ 1 Aufgabe

Die Reifeprüfung soll als organischer Abschluß der erzieherischen und unterrichtlichen Arbeit des Gymnasiums zeigen, ob der Schüler das in den Lehrplanrichtlinien gesetzte Ziel erreicht hat.

Wer die Prüfung besteht, erhält das Zeugnis der Reife und erlangt damit die Befähigung zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule.

§ 2 Gliederung

Die Reifeprüfung gliedert sich in zwei Abschnitte, die Vorprüfung und die Hauptprüfung, zu der die Prüfung in den Leibesübungen gehört.

§ 3 Durchführung

(1) Das Recht, die Reifeprüfung durchzuführen, haben alle öffentlichen Gymnasien, die mit der Oberprima abschließen, und die anerkannten privaten höheren Schulen.

(2) Innerhalb des geschlossenen Lehrgangs einer Schule findet die Reifeprüfung nur einmal jährlich statt, und zwar die Vorprüfung in den letzten vier Wochen der Unterprima, die Hauptprüfung im letzten Vierteljahr vor Abschluß der Oberprima.

§ 4 Prüfungsausschüsse

(1) Der Prüfungsausschuß für die Vorprüfung besteht aus dem Direktor der Schule, der als Beauftragter des Kultusministers den Vorsitz führt, und den Lehrern, die in der Unterprima Unterricht erteilen. Alle Mitglieder des Prüfungsausschusses sind stimmberechtigt.

(2) Der Prüfungsausschuß für die Hauptprüfung besteht aus dem Beauftragten des Kultusministers als Vorsitzendem (Prüfungsleiter), dem Direktor der Schule, den Lehrern, die in der Oberprima Unterricht erteilen,

und den Lehrern, welche in Unterprima die mit deren Abschluß beendeten Fächer unterrichtet haben. Alle Mitglieder des Prüfungsausschusses sind stimmberechtigt.

Beauftragter des Kultusministers ist in der Regel der für die inneren Angelegenheiten der Schule zuständige Referent des Ministeriums oder an seiner Stelle der Direktor der Schule.

(3) Bei nichtstaatlichen Schulen kann ein Vertreter des Schulträgers der Prüfung beiwohnen.

(4) Über die Leistungen in der mündlichen Prüfung und über das Gesamturteil für die einzelnen Prüfungsfächer (siehe §§ 21 und 22, Ziff. 2) entscheidet der Prüfungsausschuß auf Vorschlag des Fachlehrers mit einfacher Mehrheit der Stimmberechtigten. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Prüfungsleiter.

Die Zuerkennung oder die Ablehnung der Reife (siehe § 22, 5) erfordert Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten. Findet sich weder für die Zuerkennung noch für die Ablehnung eine Zweidrittelmehrheit, entscheidet der Prüfungsleiter. Stimmenthaltung ist nicht statthalt.

Gegen die Entscheidungen des Prüfungsausschusses steht dem Prüfungsleiter das Recht des Einspruchs mit aufschiebender Wirkung zu. Über den Einspruch entscheidet der Kultusminister. Hat ein Referent des Kultusministeriums die Prüfung geleitet, ist er von der Mitwirkung bei der Entscheidung über seinen Einspruch ausgeschlossen.

(5) Alle Verhandlungen, welche die Prüfung betreffen, unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

II. Die Vorprüfung

§ 5 Vorprüfung

(1) Prüfungsgegenstände sind:

- a) im Altsprachlichen Gymnasium: Mathematik
- b) im Neusprachlichen Gymnasium: Mathematik
- c) im Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium: Englisch

(2) Alle Schüler der Unterprima nehmen an der Vorprüfung ohne besondere Meldung teil. Spätestens drei Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung ist die Vorzensur für das Prüfungsfach festzustellen. Dabei sind vorwiegend die Leistungen im letzten Halbjahr zu berücksichtigen.

(3) Die Aufgabenvorschläge werden bis zum 1. Februar dem Kultusministerium, Abteilung für höhere Schulen, eingereicht. Für die Vorschläge, für die Anfertigung und Beurteilung der Arbeiten sowie für das Verfahren bei der mündlichen Prüfung gelten sinngemäß die Bestimmungen der Hauptprüfung. Den Termin für die schriftliche Arbeit setzt der Direktor der Schule fest.

(4) Auf Grund der Ergebnisse der Prüfungsarbeiten und der bisherigen Beurteilung der Schüler in diesem Fach bestimmt die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz des Direktors, welche Schüler mündlich geprüft werden. Eine mündliche Prüfung soll im allgemeinen nur in Zweifelsfällen stattfinden.

(5) Folgende Unterlagen sind dem Kultusministerium, Abteilung für höhere Schulen, zur Bestätigung bis zum 5. März zu übersenden:

1. die Texte der Aufgaben für die schriftliche Prüfung,
2. die schriftlichen Arbeiten mit den Entwürfen,
3. eine Übersicht über die Vorzensuren in dem Prüfungsfach und die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeit,
4. die Niederschrift über die Klassenkonferenz (Abs. 4).

Nachdem die Unterlagen bei der Schule wieder eingegangen sind, bestimmt der Direktor den Zeitpunkt der mündlichen Prüfung.

(6) Die aus Vorzensur und Prüfungsleistungen gewonnene Note gilt bei der Versetzung als Fachzensur. Diese Zensur sowie die Versetzungszensuren der in Unterprima beendeten Fächer gelten als Endzensuren für das Reifezeugnis.

(7) Ein besonderes Urteil über die Vorprüfung („bestanden“ oder „nicht bestanden“) wird nicht ausgesprochen. Wird der Schüler nicht versetzt, muß er im nächsten Jahr an der Vorprüfung auch dann teilnehmen, wenn die Prüfungsleistungen ausreichend oder besser waren.

III. Die Abschlußprüfungen in den Leibesübungen

§ 6 Prüfungsverfahren in den Leibesübungen

(1) In ihrem Rahmen und mit ihren Mitteln stellt die Prüfung in den Leibesübungen die körperliche Leistungsfähigkeit der Prüflinge, ihre Gewandtheit, Kraft und Schnelligkeit und Ausdauer, aber auch ihren Mut, ihre Entschluß- und Willenskraft, ihre Geistesgegenwart und Selbständigkeit fest und hilft so die Person des Schülers beurteilen. Sie wertet bei den Mädchen nicht nur die turnerisch-sportlichen Leistungen, sondern — im Sinne einer rhythmisch-gymnastischen Bewegungserziehung — Bewegungssinn, Bewegungsfähigkeit und das Vermögen zu musisch-gymnastischer Gestaltung. Dem befähigten Schüler soll die Prüfung ermöglichen, seine Begabung und sein Können zu zeigen, dem schwächeren Gelegenheit geben, die durch besonderes Bemühen erzielten Leistungen zur Geltung zu bringen. Sie ist deshalb für alle Schüler verbindlich mit Ausnahme derjenigen, die durch ein amtsärztliches Zeugnis von der Teilnahme an den Leibesübungen befreit sind.

(2) Die Prüfung der Schüler umfaßt Leichtathletik, Turnen, Spiel und Schwimmen, das letzte, sofern es im Unterricht der Oberstufe planmäßig betrieben worden ist; die Prüfung der Schülerinnen Leichtathletik, Grundformen des Turnens, Spiel, Gymnastik, Tanz (entwickelt aus Volkstanzmotiven), u. U. Schwimmen (w. o.).

(3) Die Prüfung in der Leichtathletik und im Spiel wird im Herbst (September), eine Prüfung im Schwimmen im allgemeinen in den Sommermonaten abgelegt. Die Prüfung in den übrigen Übungen findet zwischen der schriftlichen und der mündlichen Reifeprüfung statt.

(4) Bei der Prüfung in der Leichtathletik haben die Jungen ihre Leistungen in folgenden Übungen zu zeigen:

1. im 100-m-Lauf, 2. im Weitsprung, 3. im Kugelstoßen, 4. im 1000-m-Lauf, 5. in einer weiteren Sprungübung nach eigener Wahl, 6. in einer weiteren Wurfübung (kein Stoß) nach eigener Wahl.

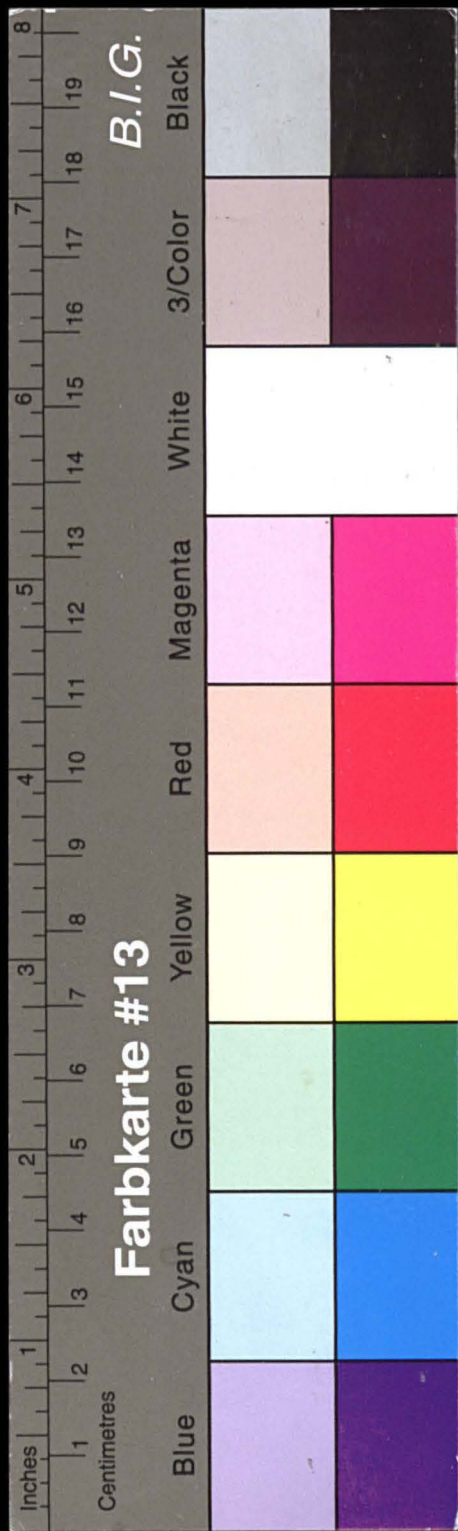
Die Mädchen haben ihr Können zu zeigen:

1. im 75-m-Lauf, 2. im Weitsprung, 3. im Hochsprung, 4. im Schlagballweitwurf, 5. in einer weiteren Wurfübung nach eigener Wahl.

Ein Anhalt für die Beurteilung sind die Maßstäbe der Bundesjugendspiele.

Für das Spiel der Jungen können Handball, Basketball oder Fußball gewählt werden, für das der Mädchen Korbball, Handball, Flugball, Schlagball oder Faustball.

Bei einer Prüfung im Schwimmen dürfen nur Übungen gefordert werden, die aus planmäßigem Schwimmunterricht erwachsen sind, Streckentauchen nur dann, wenn ein Schwimmbecken mit alleseitig bis an den Boden reichenden Wänden und sichtigem Wasser benutzt werden kann, Schwimmen nach Zeit nur bei entsprechendem Ausbildungsstand. Als Anhalt für die Beurteilung können die Forderungen für die Schwimm-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

scheine der Deutschen Lebensrettungs - Gesellschaft dienen.

(5) Die Übungen zur Prüfung in Leichtathletik, Spiel und Schwimmen werden, soweit sie nicht in Abs. 4 vorgeschrieben sind, auf Vorschlag des Fachlehrers vom Direktor bestimmt.

Für die Prüfung im Winterhalbjahr werden zugleich mit den Aufgaben die schriftlichen Prüfungsarbeiten (vgl. § 14, 3) drei Vorschläge von mittlerem Schwierigkeitsgrad eingereicht. Der Referent des Kultusministeriums entscheidet, welcher Vorschlag der Prüfung zugrundegelegt werden soll. Hat er gegen die gestellten Aufgaben Bedenken, so verfährt er wie bei den schriftlichen Prüfungsarbeiten.

Die Prüfungsvorschläge müssen enthalten:

- für Jungen
je eine Pflichtübung am Reck, am Barren, am Sprunggerät und im Bodenturnen,
- für Mädchen
 - zwei Pflichtübungen am Gerät (z.B. Schaukelringe, Reck, Barren, Schwebebalken, Pferd, Kasten, auch untereinander kombiniert)
 - eine gymnastische Gestaltung } hierzu braucht nur ein Vorschlag einge-reicht zu werden
 - einen Tanz, entwickelt aus Volkstanzmotiven

Die Prüfungsaufgaben werden in der Prüfung für Jungen verbindlich ergänzt durch eine Kürübung an einem Gerät und eine Kürübung im Bodenturnen. Kürübungen für Mädchen sind freigestellt.

Die Prüfungsaufgaben sind den Prüflingen vierzehn Tage vorher durch Anschlag bekanntzugeben.

(6) Die Ordnung der Übungen und die Reihenfolge der Prüflinge sowie die Prüfungszeit setzt der Prüfungsleiter fest. Er bestimmt auch, ob und in welchem Umfang in Zweifelsfällen einzelnen oder allen Schülern in selbstgewählten Übungen Gelegenheit gegeben werden soll, ihr volles Können zu zeigen oder geringere Leistungen auszugleichen.

(7) Die Ergebnisse der Prüfungen in den Leibesübungen sind am Schluß jeder Prüfung festzustellen (vgl. § 21). Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse, die für die Gesamtübersicht in einer Note zusammenzufassen sind, und des Vorzeugnisses sowie unter Bewertung der Leistungen in weiteren an der Schule gepflegten Zweigen der Leibesübungen (z.B. Rudern und Wintersport) ist das Gesamturteil in den Leibesübungen vom Prüfungsausschuß festzusetzen. Dabei soll, sofern keine Prüfung im Schwimmen stattgefunden hat, der Besitz der Scheine der DLRG gebührend angerechnet werden.

Bei allen Übungen sind technische Ausführung, Körperbeherrschung und -haltung und Veranlagung mitzuberteilen. Besondere Leistungen als Vorturner, Spielführer, Schiedsrichter u. a. sind anzurechnen.

Schüler, die durch den Amtsarzt von den Prüfungen in den Leibesübungen befreit waren, erhalten im Reifezeugnis bei Leibesübungen den Vermerk: „Auf Grund amtsärztlichen Zeugnisses befreit.“

IV. Die Hauptprüfung

A. Die Vorbereitung der Hauptprüfung

§ 7

Vorbereitung

Der Prüfungsausschuß wird seine Aufgaben am besten erfüllen, wenn die Fachlehrer durch gegenseitigen Klassenbesuch die Leistungen ihrer Schüler auch in anderen Unterrichtsfächern kennengelernt haben. Der Direktor wird sich durch häufige Besuche der Primen einen Überblick über die Leistungen der Schüler in möglichst sämtlichen Fächern verschaffen müssen. Auch der für die Schule zuständige Referent des Kultusministeriums soll die Oberprimen schon während ihrer Arbeit im Unterricht kennenzulernen suchen.

§ 8

Meldung

(1) Die Meldung zur Hauptprüfung ist an den Kultusminister zu richten und bei dem Direktor bis zum 15. November einzureichen.

(2) 1. Der Meldung fügt jeder Schüler einen Lebenslauf, der den Bildungsgang einschließt, und ein Lichtbild bei. In dem Bildungsgang hebt er die Gebiete und Stoffe hervor, mit denen er sich besonders beschäftigt hat.

2. Die Schüler des Neusprachlichen Gymnasiums geben an, ob sie die dritte schriftliche Arbeit in der zweiten oder der dritten Fremdsprache schreiben wollen.

3. Die Schüler des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums nennen für die schriftliche Prüfung das naturwissenschaftliche Fach, für das sie sich unter Mitwirkung ihrer Fachlehrer entschieden haben. Es ist darauf hinzuwirken, daß sich die Prüflinge möglichst gleichmäßig auf die drei Naturwissenschaften verteilen. Schüler, die am sozialkundlichen Unterricht teilnehmen, können anstelle der Naturwissenschaften Sozialkunde als schriftliches Prüfungsfach wählen.

4. Wer in seinem Reifezeugnis keinen Vermerk über das Religionsbekenntnis wünscht, sagt dies in der Meldung.

§ 9

Jahresarbeit

(1) Jeder Schüler kann in einer größeren Hausarbeit (Jahresarbeit) zeigen, ob er fähig ist, bestimmte Arbeitsmethoden auch auf selbstgewählte Stoffe erfolgreich anzuwenden. Der Schüler kann die Aufgabe aus allen auf der Schule gepflegten Gebieten der Wissenschaft und der Kunst frei wählen; er soll sich vor Beginn der Arbeit mit dem Fachlehrer besprechen und darf sie bereits ein Jahr vor dem Ableberungstermin anfangen. Der Direktor genehmigt das Thema im Einvernehmen mit dem Fachlehrer.

(2) Die Jahresarbeiten sind spätestens bis zum 1. November dem Direktor einzureichen. Sie müssen mit Seitenzahlen versehen sein, möglichst eine Inhaltsübersicht und stets ein genaues Verzeichnis der benutzten Quellen enthalten. Am Schluß der Arbeit hat der Schüler die Versicherung abzugeben, daß er sie selbständig angefertigt und andere als die genannten Hilfsmittel nicht verwendet hat.

(3) Die Jahresarbeit wird von dem zuständigen Fachlehrer begutachtet, der Direktor zieht einen zweiten Lehrer der Schule, unter Umständen einen außenstehenden Fachmann, als Mitberichterstatte heran.

(4) Sämtliche Mitglieder des Prüfungsausschusses haben von den Jahresarbeiten Kenntnis zu nehmen und sind verpflichtet, falls ihr Urteil abweicht, dieses schriftlich beizufügen.

(5) Die Jahresarbeit wird gemäß § 16 bewertet. Diese Arbeit kann kein Ersatz für eine schriftliche Prüfungsarbeit (siehe § 12, 1—3) sein; sie soll aber bei der Gesamtwertung (vgl. § 10, 4) und in der mündlichen berücksichtigt werden (vgl. § 20, 1).

§ 10

Beratung über die Zulassung

(1) Die Zulassungskferenz besteht aus der Klassenkonferenz der Oberprima und den Lehrern, welche in Unterprima die in der Oberprima nicht weiter geführten Fächer unterrichtet haben.

(2) Der Klassenlehrer entwirft unter Mitwirkung der beteiligten Fachlehrer der Zulassungskferenz ein Gutachten über jeden Schüler, der sich zur Reifeprüfung gemeldet hat. Die Konferenz beschließt die endgültige Fassung.

Dieses Gutachten bildet die Grundlage für die Gesamtbeurteilung des Schülers. Deshalb soll es die Entwicklung seiner Geistesgaben und Charaktereigenschaften erkennen lassen, über seine Fähigkeit zu selbständiger geistiger Arbeit Aufschluß geben und darüber hinaus alles anführen, was für sein Gesamtbild von Bedeutung ist und seine Eigenart erkennen läßt. Ausbildung der Sinne, Beobachtungsfähigkeit, Verstandesklarheit, Urteilskraft, Erfindungsgabe, Phantasie, Darstellungsvermögen sind dabei ebenso in Betracht zu ziehen wie Sonderbegabung und Sonderbetätigung auf den verschiedenen Lebensgebieten innerhalb und außerhalb der Schule, Teilnahme und Erfolg in den Arbeitsgemeinschaften, bemerkenswerte Leistungen in den Leibesübungen, Betätigung im Gemeinschaftsleben der Schule, Mitarbeit in Jugendverbänden und dergleichen. Das Gutachten hat ferner darüber zu berichten, wieweit häusliche Verhältnisse, die wirtschaftliche Lage oder der Gesundheitszustand usw. den Schüler gehemmt oder gefördert haben.

ständiger geistiger Arbeit Aufschluß geben und darüber hinaus alles anführen, was für sein Gesamtbild von Bedeutung ist und seine Eigenart erkennen läßt. Ausbildung der Sinne, Beobachtungsfähigkeit, Verstandesklarheit, Urteilskraft, Erfindungsgabe, Phantasie, Darstellungsvermögen sind dabei ebenso in Betracht zu ziehen wie Sonderbegabung und Sonderbetätigung auf den verschiedenen Lebensgebieten innerhalb und außerhalb der Schule, Teilnahme und Erfolg in den Arbeitsgemeinschaften, bemerkenswerte Leistungen in den Leibesübungen, Betätigung im Gemeinschaftsleben der Schule, Mitarbeit in Jugendverbänden und dergleichen. Das Gutachten hat ferner darüber zu berichten, wieweit häusliche Verhältnisse, die wirtschaftliche Lage oder der Gesundheitszustand usw. den Schüler gehemmt oder gefördert haben.

(3) In der Zulassungskferenz legen die zuständigen Fachlehrer die Urteile über die Klassenleistungen fest (das Vorzeugnis). Dieses Vorzeugnis soll enthalten:

- die Zensuren in den Pflicht- und Wahlfächern und in den Arbeitsgemeinschaften der Oberprima (Vorzensuren),
- die Endzensuren der am Schluß der Unterprima beendeten Fächer,
- die Zensuren der am Schluß der Obersekunda beendeten Fächer.

Dabei sind die Jahresleistungen des Prüflings in der Oberprima besonders zu berücksichtigen. Soweit die Vorschläge für die Vorzensuren von den Zeugnissen in Prima auffallend abweichen, ist dies in der Konferenz eingehend zu erörtern, in der Niederschrift zu begründen und in der Zensurenliste besonders zu kennzeichnen.

(4) Die Zulassungskferenz entscheidet auch darüber, ob die von dem Schüler eingereichte Jahresarbeit als besondere Prüfungsleistung anzuerkennen ist.

(5) Nach Würdigung aller Gesichtspunkte, die sich aus dem Lebenslauf, dem Gutachten, den Zeugnissen während der Prima, dem Vorzeugnis und der Jahresarbeit ergeben, beschließt die Zulassungskferenz, ob der Schüler zur Hauptprüfung vorgeschlagen werden soll. Für die Entscheidung des einzelnen Lehrers darf nicht allein die Rücksicht auf das von ihm vertretene Fach, sondern muß die Gesamtheit aller Unterlagen maßgebend sein. Bei nicht ausreichenden Leistungen im Deutschen ist die Zulassung im allgemeinen ausgeschlossen; sie darf nur in besonderen Fällen vorgeschlagen werden und auch dann nur, wenn mindestens Zweidrittel der Mitglieder der Konferenz für die Zulassung stimmen.

Die Vorschläge für die Zulassung oder Zurückweisung sind in der Niederschrift zu begründen.

§ 11

Entscheidung über die Zulassung

(1) Bis zum 12. Dezember reicht der Direktor dem Kultusministerium, Abteilung für höhere Schulen, ein Verzeichnis aller Oberprimaner ein.

In diesem Verzeichnis sind neben dem vollständigen Namen jedes Schülers anzugeben: Tag und Ort der Geburt, Religionsbekenntnis, Beruf und Wohnort des Vaters, Dauer des Aufenthalts auf der Schule, Dauer des Besuches der Unterprima und Oberprima (bei solchen Schülern, die erst in die Prima eingetreten sind, entsprechende Angaben auch über die Schule, der sie früher angehört haben) und der in Aussicht genommene Beruf.

Wenn die Prüfung wiederholt oder die auf einer anderen Schule verbrachte Zeit angerechnet wird, ist dies zu vermerken, ggf. mit Angabe des Erlasses.

(2) Dem Verzeichnis sind beizufügen:

- die Niederschrift über die Zulassungskferenz
- eine Übersicht über
 - die Versetzungszensuren nach Unterprima
 - die Zensuren in Unter- und Oberprima
 - die Vorzensuren

3. die Übersicht über die Vorzeugnisse und Prüfungsleistungen in der Vorprüfung.

Es sind einzutragen:

- Die Vorzensuren,
das Ergebnis der schriftlichen Arbeit und ggf. der mündlichen Leistung in der Vorprüfung,
das Ergebnis der Vorprüfung sowie die Endzensuren der aufgegebenen Fächer,
- die Meldungen der Schüler,
- die Lebensläufe der Schüler,
- die von der Zulassungskferenz beschlossenen Gutachten,
- die eingereichten Jahresarbeiten und die dazu erstatteten Gutachten.

(3) Wenn keine Oberprimaner für die Prüfung in Betracht kommen, ist Fehlanzeige zu erstatten.

(4) Das Kultusministerium entscheidet über die Zulassung und teilt seine Entscheidung vor den Weihnachtsferien dem Direktor mit. Danach gibt der Direktor den Oberprimanern bekannt, wer zugelassen ist.

Ein Zurückziehen der Meldung ist nur bis zum Beginn der schriftlichen Prüfung möglich (vgl. § 25, 1).

B. Die schriftliche Hauptprüfung

§ 12

Prüfungsfächer

Mit Rücksicht auf die in der Vorprüfung bereits angefertigte Arbeit wird die Anzahl der schriftlichen Arbeiten in der Hauptprüfung auf drei festgesetzt.

1. Altsprachliches Gymnasium:

Ein deutscher Aufsatz und je eine Übersetzung aus dem Lateinischen und dem Griechischen ins Deutsche;

2. Neusprachliches Gymnasium:

Ein deutscher Aufsatz, eine Nacherzählung mit Stellungnahme im Englischen und eine Arbeit in der zweiten oder dritten Fremdsprache nach Wahl des Schülers (im Französischen als zweiter Fremdsprache eine Nacherzählung mit Stellungnahme, im Französischen als dritter Fremdsprache eine Nacherzählung ohne Stellungnahme, im Lateinischen eine Übersetzung aus dem Lateinischen ins Deutsche);

3. Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium:

Ein deutscher Aufsatz, eine Arbeit in der Mathematik und eine Arbeit in den Naturwissenschaften (siehe §§ 8, 3 und 13, 5).

Schüler, die am sozialkundlichen Unterricht teilnehmen, schreiben außer dem deutschen Aufsatz und einer Arbeit in Mathematik eine Arbeit in einer Naturwissenschaft (siehe §§ 8, 3 und 13, 5) oder in Sozialkunde.

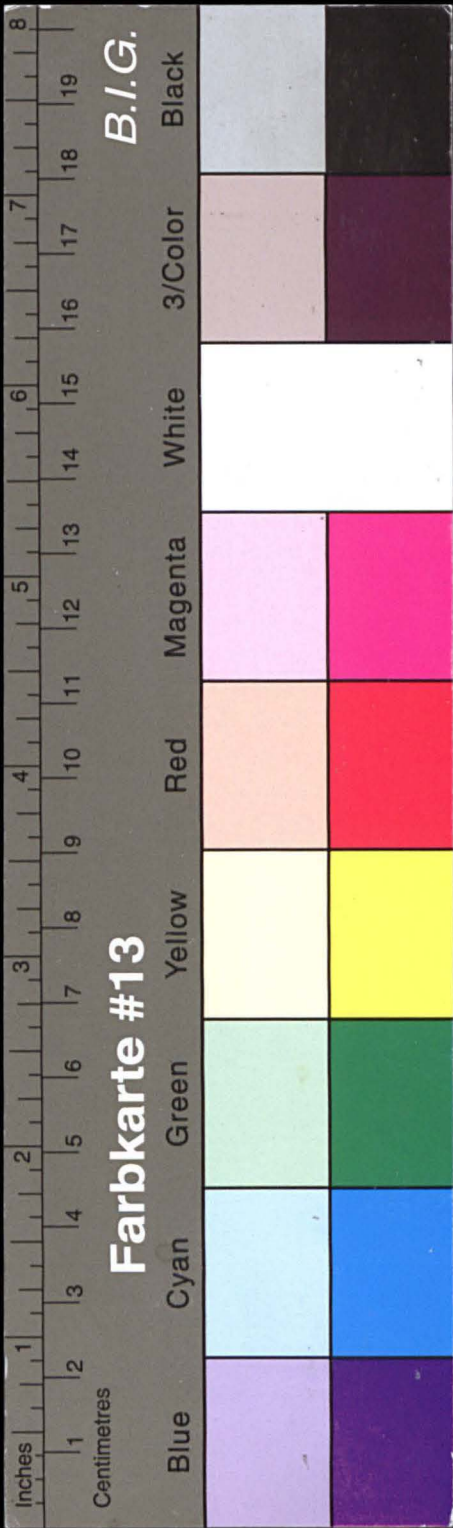
§ 13

Aufgaben

Die Aufgaben sollen so gestellt werden, daß zu ihrer Lösung nicht so sehr der Besitz von Einzelkenntnissen als die Fähigkeit zu selbständiger geistiger Arbeit gehört. Keine Aufgabe darf daher von den Schülern bereits gelösten Aufgaben so nahe stehen oder im Unterricht so vorbereitet sein, daß ihre Bearbeitung keine selbständige Leistung mehr ist.

1. Deutsch

Für den deutschen Aufsatz werden den Prüflingen drei Themen aus verschiedenen Gebieten zur Wahl gestellt. Die Bearbeitung muß mehr erfordern als die bloße Wiedergabe geläufiger Zusammenhänge. Über die Sachfragen hinaus sollen die Aufgaben Anlaß geben, ein Problem zu durchdenken und persönlich entscheidend zu ihm Stellung zu nehmen, ohne der Gefahr ziellosen Umherschweifens zu verfallen. Sie dürfen aber keine größere Erfahrung und kein reiferes Urteil voraussetzen, als nach dem Alter der Schüler erwartet werden kann.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

2. Neuere Sprachen

a) Englisch

Hauptprüfung (Oberprima des Neusprachlichen Gymnasiums, erste Fremdsprache nach neunjährigem Unterricht). Der Prüfling soll fähig sein, einen längeren gehaltvollen Text (etwa 1200 Wörter), dessen Schwierigkeitsgrad einem neunjährigen Englischunterricht angemessen ist und der zweimal in der fremden Sprache fließend vorgelesen wird, so aufzunehmen, daß er das Wesentliche erkennen und es in klarer Gedankenführung auf englisch wiedergeben kann. Diese Wiedergabe muß stilistisch gewandt und frei von groben grammatischen Verstößen sein. In einer persönlichen Stellungnahme zum Text (Comment) soll sich der Prüfling weiterhin auf englisch zu einem Problem äußern, das dem Text zugrundeliegt oder mit ihm in Zusammenhang steht.

Vorprüfung (Unterprima des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums, erste Fremdsprache nach achtjährigem Unterricht). Der Prüfling soll fähig sein, einen mittelschweren Text (etwa 900 Wörter) so aufzunehmen, daß er das Wesentliche stilistisch gewandt und frei von groben grammatischen Verstößen auf englisch wiedergeben kann. Außerdem soll er zu dem Text persönlich Stellung nehmen (Comment) und seine Gedanken in klarer Form äußern.

b) Französisch (Oberprima des Neusprachlichen Gymnasiums, zweite Fremdsprache nach siebenjährigem Unterricht).

Der Prüfling soll beweisen, daß er fähig ist, die wesentlichen Gedanken eines mittelschweren und zweimal in der fremden Sprache fließend vorgelesenen Textes (etwa 700 Wörter) wiederzugeben. Seine Darstellung soll Vertrautheit mit stilistischen Formen der französischen Sprache, hinreichenden Wortschatz und Kenntnis der wichtigsten grammatischen und syntaktischen Regeln erkennen lassen. In einer persönlichen Stellungnahme zum Text (Commentaire) soll der Prüfling außerdem nachweisen (s. § 12, 2), daß er imstande ist, einen selbständigen Gedankengang in der französischen Sprache richtig auszudrücken.

Französisch (Oberprima des Neusprachlichen Gymnasiums, dritte Fremdsprache nach fünfjährigem Unterricht).

Abs. 1 gilt entsprechend für Französisch als dritte Fremdsprache (etwa 700 Wörter). Dabei sind die Anforderungen im Rahmen der Lehrplanrichtlinien abzustufen; eine persönliche Stellungnahme (Commentaire) ist nicht erforderlich.

3. Alte Sprachen

Latein und Griechisch (Oberprima des Altsprachlichen Gymnasiums).

Ein im Unterricht noch nicht behandelte Originaltext von angemessener Schwierigkeit und Länge (etwa 250 Wörter im Lateinischen, 280 im Griechischen) ist zu übersetzen. Der Text soll den im Klassenunterricht behandelten Prosaschriftstellern entnommen werden, sprachlich und inhaltlich geeignet und in sich geschlossen sein. Kürzungen, Wortumstellungen und Wort austausch sind im allgemeinen nicht statthaft. Falls sie sich nicht vermeiden lassen, ist auf dem gesonderten Blatt (vgl. § 14, 2 a) anzugeben, wie und warum der Text geändert worden ist. Wenn es für das Verständnis des Textes unerlässlich ist, können auf dem Textblatt zur Herstellung des Sinnzusammenhanges kurze einleitende Bemerkungen, die aber den Inhalt des Textes nicht vorwegnehmen dürfen, gegeben werden (vgl. § 20 mdl. Prüfung). Anzuführen sind Fragen, die neben der sprachlichen auch die inhaltliche Erklärung bestimmter Stellen verlangen oder die Aufgabe stellen, den Text in größere Zusammenhänge ein-

zuordnen oder in Beziehung zur Gegenwart zu setzen.

Bei der Beurteilung ist die Übersetzung zunächst ohne die zusätzlichen Fragen zu werten. Der Hauptwert ist auf eine dem Stilcharakter des Schriftstellers möglichst nahekommende Wiedergabe in guter deutscher Sprache zu legen. Die so erreichte Zensur kann der Schüler durch angemessene Beantwortung der zusätzlichen Fragen verbessern.

Latein (Oberprima des Neusprachlichen Gymnasiums, zweite Fremdsprache).

Abs. 1 gilt entsprechend. Nach Umfang (etwa 220 Wörter) und Schwierigkeitsgrad sowie in der Wahl der Schriftsteller und der Art der Fragen sind aber die Anforderungen entsprechend den Lehrplanrichtlinien abzustufen.

Latein (Oberprima des Neusprachlichen Gymnasiums, dritte Fremdsprache).

Nach Umfang (etwa 200 Wörter) und Schwierigkeitsgrad sind die Anforderungen gegenüber Abs. 1 abzustufen. Zusätzliche Fragen sind nicht zu stellen.

4. Mathematik

Hauptprüfung (Oberprima des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums nach neunjährigem Unterricht).

Die mathematischen Aufgaben sollen für den Prüfling neu und so ausgewählt sein, daß die Beherrschung der entsprechenden Rechenverfahren bei Verwendung von Tafelwerken, Rechenschleiber und Formelsammlung ersichtlich wird, daß selbständiger Ansatz verbürgt ist und die richtige Lösung erwartet werden kann.

Die Behandlung einer Aufgabe darf sich nicht auf die rechnerische Lösung beschränken. Durch eine textliche Darstellung soll eine zusammenhängende Begründung des Gedankenganges und des Lösungsweges gegeben werden. Sie soll sprachlich einwandfrei und sachlich klar, so knapp wie möglich und so ausführlich wie notwendig gehalten sein und die Rechnung in sich enthalten. Auf deutliche und saubere Zeichnung ist Wert zu legen.

Für die Schüler, die am sozialkundlichen Unterricht teilnehmen, sind die Anforderungen in der Mathematik entsprechend der geringeren Stundenzahl abzustufen.

Vorprüfung (Unterprima des Altsprachlichen und Neusprachlichen Gymnasiums nach achtjährigem Unterricht).

Die Aufgabe entspricht der Hauptprüfung dabei sind die Anforderungen im Rahmen der Lehrplanrichtlinien abzustufen.

5. Naturwissenschaften (Oberprima des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums).

In den Naturwissenschaften ist nach Möglichkeit je ein experimentelles Thema in jedem der drei Fächer vorzuschlagen. Wo die örtlichen Verhältnisse das noch verbieten, ist dies kurz zu begründen. Das Experiment — und in Physik und Chemie die Rechnung — können auch in der schriftlichen Reifeprüfung im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Beide zeigen eindeutig, wie weit der Schüler in die Denk- und Arbeitsweise des betreffenden naturwissenschaftlichen Faches eingedrungen ist (vgl. § 8, 3 und § 12, 3).

a) Physik

Ein physikalischer Sachverhalt ist selbständig und klar darzustellen. Der Lehrer kann die Aufgabe so fassen, daß im Unterricht erarbeitete Erkenntnisse unter einem neuen Gesichtspunkt zusammengefaßt oder mit einer rechnerischen Aufgabe verknüpft werden. In Betracht kommen ferner Aufgaben, die verlangen, daß ein vorher noch nicht besprochenes Experiment beschrieben

und gedeutet wird oder auch vom Schüler gefundene Meßreihen ausgewertet werden. Das Experiment kann entweder vom Lehrer selbst vor Beginn der Ausarbeitung oder wie in Schülerübungen vom Schüler durchgeführt werden. Auch dem Schüler vorgelegte Meßreihen, geeignete Abbildungen von experimentellen Anordnungen oder technischen Vorrichtungen, Diagramme u. ä. können die Grundlage der Arbeit bilden. In jedem Falle sind mathematische Ableitungen, die sich nicht auf die Besonderheit der Aufgabe beschränken, zu vermeiden.

b) Chemie

Der Prüfling soll nachweisen, daß er eine Aufgabe aus der Chemie selbständig bearbeiten kann. Aufgaben, die nur eine Darstellung chemischer Sonderkenntnisse oder technologischer Einzelheiten zum Ziele haben, sind zu vermeiden. Durch Anknüpfen an die Ergebnisse praktischer Übungen kann der Nachweis des erreichten Könnens erleichtert werden. (Das im vorhergehenden Absatz Gesagte gilt sinngemäß.)

c) Biologie

Der Prüfling soll nachweisen, daß er auf Grund des im Unterricht und in den Übungen gewonnenen Verständnisses selbständig biologisch arbeiten kann. Die Prüfungsarbeit muß in jedem Fall über das bloße Beschreiben und Berichten hinausführen. Wie in den übrigen naturwissenschaftlichen Fächern kann auch in der Biologie die Durchführung eines praktischen Versuches mit anschließender Darstellung und Auswertung als Prüfungsarbeit aufgegeben werden.

6. Sozialkunde (Oberprima des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums).

Dem Prüfling werden drei Aufgaben zur Wahl gestellt. Zu fordern ist die Darlegung einer sozialkundlichen Erscheinung oder eines Problems der sozialen Umschichtung unserer Zeit. Die Aufgabe soll sich anschließen an das im Unterricht gewonnene Verständnis für Fragen der Kinderpsychologie, der sozialen Gesetzgebung oder der Sozialgeschichte und Gegenwartskunde. Besondere persönliche Kenntnisse sozialer Einrichtungen oder kinderpsychologische Beobachtungen, die die Schüler selbst gemacht haben, sind in der Themenstellung nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

§ 14

Themenstellung

(1) Für die Prüfungsarbeiten sind folgende Vorschläge einzureichen:

- a) für den deutschen Aufsatz fünf Themen aus verschiedenen Gebieten,
- b) für die Mathematik fünf Aufgaben aus verschiedenen Gebieten,
- c) für die sozialkundliche Arbeit drei Aufgaben aus verschiedenen Gebieten,
- d) für die übrigen Prüfungsfächer je drei Aufgaben.

Diese Themen sind von den jeweiligen Fachlehrern zu stellen, möglichst in Schreibmaschinenschrift auszufertigen und zu unterschreiben.

Bei allen Aufgaben sind die erläuternden Bemerkungen hinzuzufügen, die den Prüflingen für die Bearbeitung gegeben, und die Hilfsmittel zu verzeichnen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden sollen oder die sie mitbringen dürfen (vgl. § 15, 5).

(2) Den Aufgabenvorschlägen sind auf gesondertem Blatt folgende Angaben hinzuzufügen:

- a) in den fremden Sprachen die Fundstellen der Aufgabenvorschläge mit genauer Quellenangabe,
- b) im Deutschen, in der Sozialkunde und in den fremden Sprachen die in den schriftlichen Arbeiten der Primen behandelten Aufgaben und die in diesen

Klassen gelesene Lektüre unter Angabe der Bücher und Kapitel.

Auf den Aufgabenvorschlägen selbst ist jede Angabe über die Fundstelle und jede Überschrift, die den Inhalt des Textes vorwegnimmt, zu unterlassen.

(3) Der Direktor versteht die Aufgabenvorschläge mit einem Vermerk über sein Einverständnis und sendet sie unmittelbar an den Referenten des Kultusministeriums ein. Den Vorschlägen muß für jedes Fach und für jede Klasse ein nicht verschlossener Umschlag beigelegt werden, dessen Aufschrift die Bezeichnung von Fach, Klasse und Schule enthält.

Der Termin für die Vorlage der schriftlichen Aufgabenvorschläge für die Hauptprüfung ist der 12. Dezember, für die Vorprüfung der 1. Februar.

(4) Aus den übersandten Vorschlägen wählt der Referent aus:

- a) für Deutsch: drei Themen zur Wahl des Schülers,
- b) für Mathematik: drei Aufgaben zur Bearbeitung,
- c) für Sozialkunde: zwei Themen zur Wahl des Schülers,
- d) in den übrigen Prüfungsfächern: je ein Thema.

Er sendet die Aufgaben, für jedes Prüfungsfach in versiegelt Umschlag, an den Direktor der Schule.

Hat der Referent gegen die vorgeschlagenen Aufgaben Bedenken, ersucht er rechtzeitig, unter kurzer Darlegung seiner Wünsche, neue Aufgaben einzureichen, oder stellt sie selbst.

(5) Der die Aufgaben enthaltende Briefumschlag darf erst unmittelbar vor Beginn der betreffenden Arbeit im Prüfungszimmer geöffnet werden; die Aufgaben sind den Prüflingen sofort zur Bearbeitung bekanntzugeben. Wenn der Referent in der Fremdsprache ein neues Thema stellt, erhält die Schule rechtzeitig Mitteilung. In diesem Fall übergibt der Direktor die Aufgabe dem Fachlehrer bereits eine Stunde vor Prüfungsbeginn.

(6) Es ist die Pflicht des Prüfungsausschusses, besonders der Lehrer, die die Aufgaben stellen, und des Schulleiters, dafür zu sorgen, daß die Aufgaben für die schriftliche Prüfung erst bei Beginn der einzelnen Arbeit bekannt werden. Es ist selbstverständlich, daß jede Andeutung peinlich vermieden wird, daß insbesondere in den Fremdsprachen vorher keine Wörter gegeben werden, aus denen die Schüler Rückschlüsse ziehen können.

§ 15

Bearbeitung

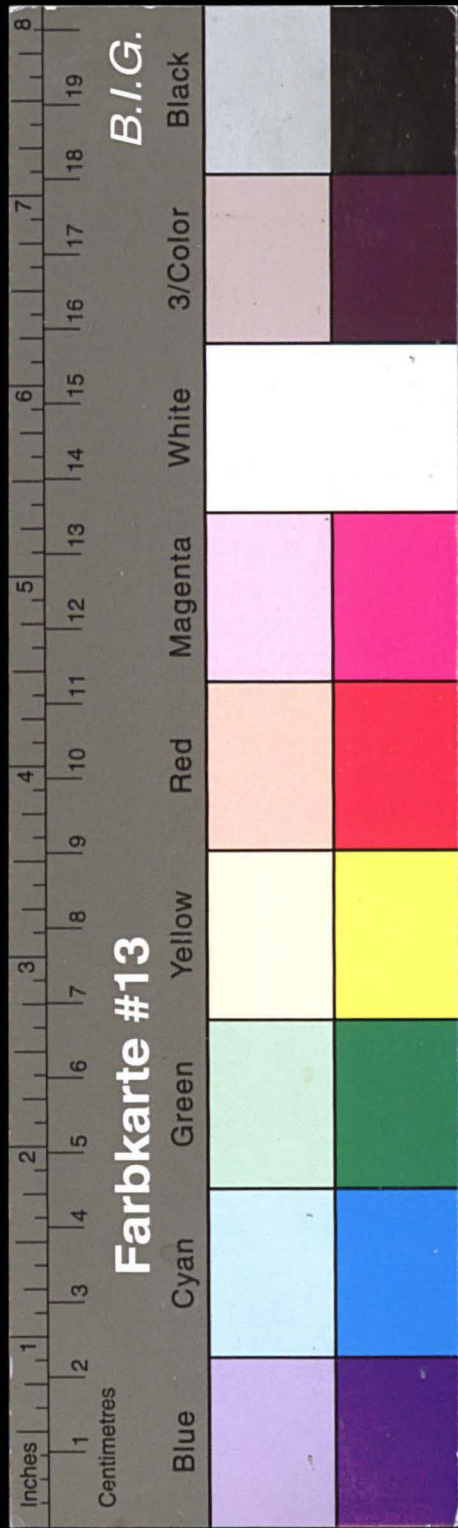
(1) Der Termin der schriftlichen Arbeiten liegt in der ersten Januarhälfte und wird den Schulen rechtzeitig bekanntgegeben.

(2) Die Prüflinge bearbeiten ihre Aufgaben in einem geeigneten Raum der Schule unter der ständigen, durch den Direktor zu regelnden Aufsicht von Lehrern, die dem Prüfungsausschuß angehören sollen.

(3) Die Arbeitszeit beträgt:

- | | |
|---------------------------------------|------------|
| a) für den deutschen Aufsatz | 5½ Stunden |
| b) für die Mathematik | 5 Stunden |
| c) für die neuen Sprachen, | |
| erste und zweite Fremdsprache | 5 Stunden |
| dritte Fremdsprache | 4 Stunden |
| d) für die alten Sprachen, | |
| erste und zweite Fremdsprache | 4 Stunden |
| dritte Fremdsprache | 3 Stunden |
| e) für die Naturwissenschaften | 4 Stunden |
| bei Wahl eines experimentellen Themas | |
| auf Antrag des Fachlehrers | 5 Stunden |
| f) für die Sozialkunde | 5 Stunden |

Die Arbeitszeit ist vom Abschluß der Niederschrift der Aufgaben oder der zu übersetzenden Texte bzw. vom Abschluß des Vorlesens des Textes für die Nacherzählung an zu rechnen und darf nicht durch eine Pause unterbrochen werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(4) Die Texte für die Aufgaben und für die Übersetzungen können den Schülern als Maschinendrucke oder als Hektogramme gegeben werden, wenn der Fachlehrer sie selbst herstellt. Sonst sind sie zu diktieren. Die Vorlagen diktierter Texte dürfen die Prüflinge einsehen. Die Textstelle darf nicht erkennbar sein. Beim Vorlesen des Textes für die neusprachliche Arbeit muß ein zweiter Lehrer anwesend sein. Im Protokoll ist zu vermerken, wie lange das Vorlesen des Textes gedauert hat. Die den Schülern zu gebenden Wörter sind an die Tafel zu schreiben, bevor mit dem Vorlesen des Textes begonnen wird.

(5) Bei den Arbeiten ist den Prüflingen die Benutzung derselben Hilfsmittel wie bei den entsprechenden Arbeiten in der Prima zu gestatten. Andere Hilfsmittel als die vom Fachlehrer angegebenen (vgl. § 14, 1) und Mappen dürfen in das Arbeitszimmer nicht mitgebracht werden. Die Arbeiten sind in Kladde und in Reinschrift auf Bogen im Format DIN A 4 anzufertigen, die vor der Aushändigung mit dem Schulstempel und nachher mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen sind.

(6) Sollte es sich herausstellen, daß für die Bearbeitung einer Aufgabe noch andere als die bereits angegebenen Hilfsmittel unerlässlich sind, ist darüber eine Bemerkung in die Niederschrift aufzunehmen (vgl. § 15, 1) und die gegebene Hilfe am Rande der Aufgabe nachzutragen. Diese Angaben besagen zugleich, daß andere als die verzeichneten Hilfen nicht gegeben wurden.

(7) Die Prüflinge können ihren schriftlichen Arbeiten Erläuterungen beifügen, die über den Arbeitsvorgang oder besondere Schwierigkeiten näheren Aufschluß geben. Wenn es einem Prüfling nicht gelungen ist, die Lösung einer Aufgabe zu finden oder eine einzelne Schwierigkeit zu überwinden, so kann er schriftlich auseinandersetzen, wieweit er gekommen und woran er gescheitert ist. Er kann auch Zweifel an der Richtigkeit seiner Lösung äußern.

(8) Wer seine Arbeit beendet hat, gibt sie dem aufsichtsführenden Lehrer und verläßt das Zimmer. Nachdem die erste Arbeit abgeliefert worden ist, darf kein Prüfling den Raum vor Abgabe seiner Arbeit verlassen.

Wer nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit mit seiner Arbeit nicht fertig ist, hat sie unvollendet abzugeben. In jedem Falle sind außer der Reinschrift sämtliche vorhandenen Entwürfe und Aufzeichnungen abzugeben.

(9) Wenn sich ein Schüler bei der schriftlichen Prüfung der Benutzung unerlaubter Hilfsmittel, einer sonstigen Täuschung oder eines Täuschungsversuchs schuldig macht, hat der Direktor ihn sofort von der weiteren Prüfung auszuschließen. Wird das Vergehen erst nach Beendigung der Prüfung entdeckt, darf das Prüfungszeugnis nicht ausgehändigt werden. Prüflinge, die ausgeschlossen werden, sind denen gleichzustellen, die die Prüfung nicht bestanden haben (vgl. § 25).

Wer sich einer Täuschung oder eines Täuschungsversuchs auch bei der Wiederholungsprüfung schuldig macht, wird von der Reifeprüfung endgültig ausgeschlossen.

Nach denselben Gesichtspunkten ist bei Schülern zu verfahren, die anderen bei der Benutzung unerlaubter Hilfsmittel, bei einer sonstigen Täuschung oder einem Täuschungsversuch behilflich gewesen sind.

(10) Der Direktor ist verpflichtet, vor Beginn der ersten schriftlichen Prüfungsarbeit auf die schweren Folgen einer Täuschung oder eines Täuschungsversuchs ausdrücklich hinzuweisen.

(11) Über den Verlauf der schriftlichen Prüfung ist eine Niederschrift aufzunehmen. In ihr ist anzugeben, wann jede einzelne schriftliche Arbeit begonnen worden ist, welche Lehrer jeweils die Aufsicht geführt haben, wann und wielange die einzelnen Schüler das Arbeitszimmer verlassen haben und wann jeder seine Arbeit gegeben hat. Außerdem ist alles zu verzeichnen, was für die Beurteilung der Arbeiten irgendwie von Bedeutung sein kann.

Am Anfang der Niederschrift ist zu vermerken, daß der Direktor die Prüflinge zu selbständiger Arbeit ermahnt und sie auf die Folgen der Benutzung unerlaubter Hilfsmittel, der Täuschung, des Täuschungsversuchs und der Beihilfe dazu aufmerksam gemacht hat.

Am Schlusse der Niederschrift hat der Direktor zu bezeugen, daß während der schriftlichen Prüfung nichts wahrgenommen wurde, was auf Täuschung oder Täuschungsversuch schließen läßt, andernfalls über die getroffenen Maßnahmen zu berichten.

§ 16

Beurteilung

(1) Jede Arbeit wird zunächst vom Fachlehrer durchgesehen und beurteilt. Die Fehler werden am Rande, nicht durch Änderungen im Text berichtet und nach Art und Schwere bezeichnet. Über die Arbeit als Ganzes ist ein Gutachten zu erstatten, daß die Vorzüge und Schwächen der Leistung wertet und in eines der sechs Urteile ausläuft: „Sehr gut“, „Gut“, „Befriedigend“, „Ausreichend“, „Mangelhaft“, „Ungenügend“. Das Urteil über die Prüfungsarbeit darf durch die Vorzeugnisse nicht beeinflusst werden. Auch die Niederschrift der fremdsprachlichen Texte ist nicht zu werten. Ein zweiter Fachlehrer der Schule, der vom Direktor bestimmt wird, sieht die Arbeiten durch. Er vermerkt unter dem Gutachten des Fachlehrers, ob er ihm zustimmt, oder begründet seine abweichende Beurteilung. Die Zensur der Arbeit und das Vorzeugnis werden am Kopf der Arbeit vermerkt. Beizufügen sind eine Zusammenstellung, die nach der Güte der Arbeiten, und eine, die nach der alphabetischen Reihenfolge der Schülernamen geordnet ist. Das Urteil des Zweitkorrektors ist in diese Liste aufzunehmen.

Wenn die Arbeiten von beiden Fachlehrern beurteilt sind, werden sie bei den Mitgliedern des Prüfungsausschusses in Umlauf gesetzt.

Wenn ein Lehrer mit der Beurteilung einer Arbeit nicht einverstanden ist, hat er seine abweichende Meinung schriftlich zu vermerken und zu begründen.

(2) Falls der erste und der zweite Korrektor in der Beurteilung voneinander abweichen, ist eine Stellungnahme des Direktors erwünscht.

Der Prüfungsleiter ist befugt, nach Aussprache mit dem Prüfungsausschuß Urteile über die Prüfungsarbeiten abzuändern. Macht er von diesem Recht Gebrauch, ist es in der Niederschrift zu vermerken.

C. Die mündliche Hauptprüfung

§ 17

Umfang

(1) Die mündliche Hauptprüfung erstreckt sich grundsätzlich nur auf sechs Unterrichtsfächer. Sie umfaßt nicht die am Ende der Unterprima beendeten Fächer.

(2) Die Prüfungsfächer gliedern sich in Pflicht- und Wahlprüfungsfächer.

(3) Pflichtprüfungsfächer sind:

a) im Altsprachlichen Gymnasium

1. Deutsch
2. Geschichte und Gegenwartskunde
3. Latein
4. Griechisch
5. Englisch oder eins der Fächer unter (4) nach Wahl des Schülers

b) im Neusprachlichen Gymnasium

1. Deutsch
2. Geschichte und Gegenwartskunde
3. Erste Fremdsprache
4. Zweite Fremdsprache

5. Dritte Fremdsprache oder, falls nicht die Arbeit in der dritten Fremdsprache geschrieben ist, eines der Fächer unter (4) nach Wahl des Schülers.

„(2) Von den Fahrbahnen ist der Schnee in der Zeit von 8 bis 20 Uhr zu entfernen, sofern er über 10 cm hoch liegt. Bei Glatteis ist in der Zeit von 8 bis 20 Uhr auf den Bürgersteigen zu streuen. Das Streuen ist erforderlichenfalls zu wiederholen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Moorsee, den 18. September 1956

Der Amtmann des Amtes Moorsee

als Ordnungsbehörde

Amtsbl. Schl.-H./AAz. 1956 S. 262

Ortssatzung

über den Anbau an Straßen und die Verteilung der Straßenbau- und Unterhaltungskosten in der Stadt Bad Schwartau.

Auf Grund der §§ 4, 27 und 28 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vom 24. Januar 1950 (GVBl. Schl.-H. S. 25) und der §§ 12 und 15 des Gesetzes betreffend die Anlage und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften vom 2. Juli 1875 (GS. S. 561) in der Fassung des Artikels I des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (GS. S. 23) wird auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Juli 1956 folgende Ortssatzung erlassen:

I. Ortsstatutarische Baubeschränkung

§ 1

Anbauverbot

(1) An Straßen und Straßenteilen, die noch nicht nach den baupolizeilichen Vorschriften für den öffentlichen Verkehr fertiggestellt und für den Anbau freigegeben sind, dürfen Wohngebäude, welche nach diesen Straßen einen Ausgang haben, nicht errichtet werden.

(2) Der Errichtung von Gebäuden stehen gleich:

- a) An-, Um- und Erweiterungsbauten,
 - b) der Wiederaufbau eines zerstörten oder abgerissenen Gebäudes,
 - c) die Umwandlung eines unbewohnbaren Gebäudes in ein bewohnbares.
- (3) Eine Gebäudeerrichtung liegt nicht vor, wenn es sich um die Errichtung von mit dem Grund und Boden nicht festverbundenen Bauwerken oder einfachen Gartenlauben handelt, die nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind.

(4) Zu den unfertigen Straßen gehören die geplanten, d. h., die im Aufbauplan oder Teilbebauungsplan ausgewiesenen Straßen und die in der Entstehung begriffenen Straßen. Zu den letzteren gehören auch alle Straßen außerhalb des bebauten Stadtteiles, auf denen sich im Falle der Bebauung infolge ihrer den bereits bebauten Ortsteilen benachbarten Lage ein ortsstrassenmäßiger Verkehr entwickeln würde.

(5) Als Straßenteile gelten Straßenabschnitte, die infolge ihrer besonderen örtlichen Lage selbständigen Charakter aufweisen und nach einer Seite hin mit dem ausgebauten Straßennetz in Verbindung stehen.

§ 2

Ausnahmen von Bauverbot

(1) Die Stadt kann auf Antrag Befreiung von dem allgemeinen Anbauverbot gewähren, wenn das Bauvorhaben im Rahmen des Aufbauplanes liegt und der Bauherr bereit ist, für die Erschließung des Geländes die anteiligen Kosten für sich und seine Rechtsnachfolger in Bezug auf das Grundstück zu übernehmen und hierfür Vorschüsse leistet oder Sicherheiten bietet.

(2) Der mit der Stadt abzuschließende Vertrag hat folgende Mindestbedingungen zu enthalten:

a) Das zur Straße erforderliche Gelände vor dem Grundstück ist freizulegen und an die Stadt unent-

geltlich, kostenlos und lastenfrei abzutreten und aufzulassen.

b) Die entstehenden anteiligen Straßenherstellungskosten sind zu erstatten. Der durch Schätzung vorerst festzulegende anteilige Betrag ist auf Verlangen vorzuleisten. Vorschüsse sollen nur für den entsprechenden Ausbau und bei Beginn der Veranstaltung (Maßnahmen) gefordert werden. Soweit Stundung der Beträge bewilligt wird, ist ausreichend Sicherheit zu bieten.

(3) Die Vorauszahlungen sind einer zweckgebundenen Rücklage (Straßenbaurücklage) zuzuführen.

(4) Durch die Befreiung vom Anbauverbot entsteht kein Rechtsanspruch auf Art und Zeitpunkt der Straßenherstellung noch auf Erteilung der Bauerlaubnis. Ansprüche irgendwelcher Art, insbesondere Schadenersatzansprüche, können aus der Befreiung nicht hergeleitet werden.

(5) Von dem Bauverbot kann im Rahmen des § 12 Abs. 4 und 5 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 Dispens erteilt werden, falls ein Bedürfnis für Klein- und Mittelwohnungen vorhanden ist und falls kein überwiegendes berechtigtes Gemeindeinteresse entgegensteht.

II. Anlegung neuer Straßen durch Unternehmer

§ 3

Genehmigungspflicht

(1) Die Anlegung neuer im Aufbauplan vorgesehener Straßen durch Unternehmer oder Grundeigentümer bedarf der Genehmigung der Stadt. Für die Anlegung solcher Straßen gelten die nachfolgenden Bestimmungen, soweit nicht ein privatrechtlicher Vertrag abgeschlossen wird.

(2) Die Genehmigung der Stadt kann versagt oder an Bedingungen geknüpft werden. Die Stadt kann im öffentlichen Interesse die Ausführung des Straßenbauvorhabens übernehmen, wenn der Unternehmer die Stadt von den anteiligen Kosten befreit.

§ 4

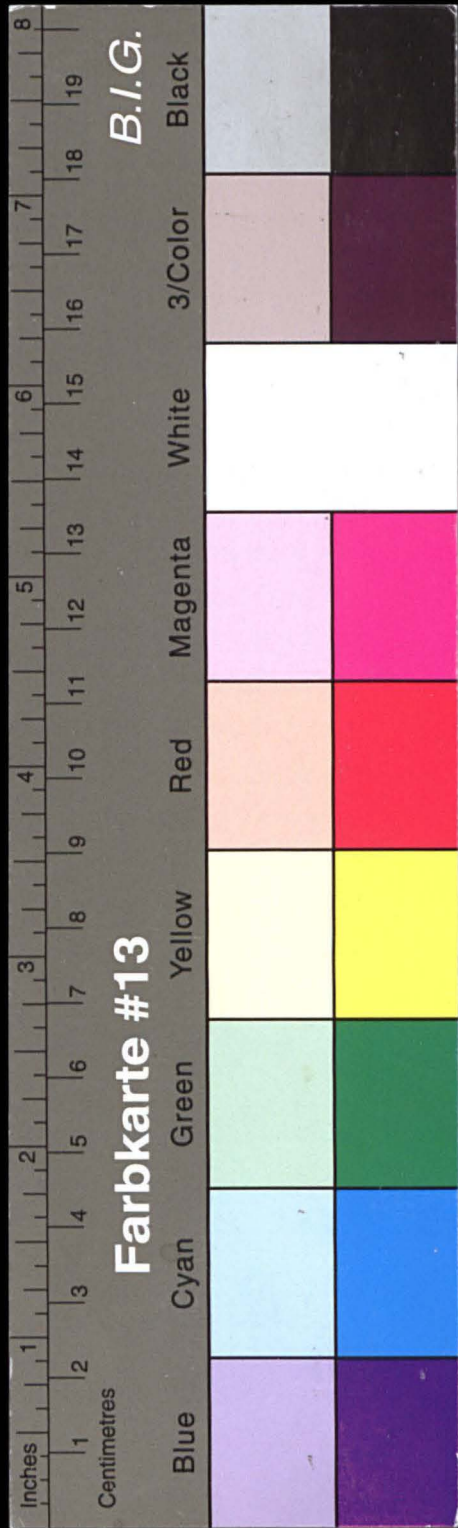
Auflagen und Verpflichtungen des Unternehmers

(1) Dem Antrag ist ein Lage- und Höhenplan des Straßenbauvorhabens beizufügen, aus dem sich insbesondere auch die Anschlußstraßen ergeben und aus dem die Planung oder die Lage der bereits vorhandenen oder nach dem Aufbauplan noch zu erstellenden Kanalisationsanlagen (Ent- und Bewässerung) und Beleuchtungseinrichtungen zu ersehen sind.

(2) Der Unternehmer ist verpflichtet, die Freilegung, erste Einrichtung, Entwässerung und Beleuchtungsvorrichtung in der von der Stadt zu bestimmenden Frist fertigzustellen und die Anlage für die ersten fünf Jahre nach der Fertigstellung zu unterhalten.

(3) Vor Beginn des Straßenbaues ist das gesamte Straßengelände unentgeltlich, kostenlos, frei von baulichen Anlagen und lastenfrei an die Stadt abzugeben und aufzulassen.

(4) Der Unternehmer hat auf Verlangen für die Kosten der Erschließung ausreichende Sicherheit zu leisten. Kommt der Unternehmer seinen Verpflichtungen nicht nach, wird insbesondere die Straße nicht fristgemäß fertiggestellt, so ist die Stadt berechtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu lösen und die weitere Durchführung des Projektes auf Kosten des Unternehmers durchzuführen. Wird das Bauvorhaben von der Stadt auf eigene Kosten zu Ende geführt, so hat der Unternehmer der Stadt die Anliegerbeiträge zu ersetzen, die infolge der fortgeschrittenen Bebauung nicht mehr von den Anliegern erhoben werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

§ 5

Anliegerbeitragspflicht

(1) Die Stadt erhebt bei dem Anbau an den nachbezeichneten Straßen zur Deckung ihrer Herstellungskosten und der Kosten ihrer Unterhaltung für die ersten fünf Jahre nach der Fertigstellung Beiträge von den angrenzenden Grundstücken (Anliegerbeiträge).

(2) Anliegerbeitragspflichtig sind folgende zur Bebauung bestimmte Straßen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Ortsstatuts

- a) neu angelegt oder verlängert werden,
- b) in der Anlegung begriffen sind,
- c) bereits fertiggestellt, aber bisher unbebaut sind.

(3) Die Anlegung oder Verlängerung einer Straße beginnt

- a) mit der Festlegung der Fluchtlinie oder
- b) mit der Genehmigung des Aufbauplanes (Teilbauplanungsplan) oder
- c) in sonstiger Weise, wenn und sobald die Stadt den Willen zur Anlegung gefaßt hat und dieser Wille in erkennbarer Weise für die Beteiligten hervorgetreten ist.

(4) Die Fertigstellung einer Straße ist vollendet, wenn die Straße den bei ihrer Anlegung vorgesehenen Zustand erhalten hat und die Straße in das Ortsverzeichnis der fertigen Straßen eingetragen worden ist.

§ 6

Voraussetzung der Anliegerbeitragspflicht

(1) Die Anliegerbeitragspflicht wird durch die Errichtung eines Gebäudes ausgelöst und entsteht im Zeitpunkt der Fertigstellung der Straße. Als Gebäudeerrichtung gilt der Zeitpunkt des Beginns der Bauarbeiten.

(2) Die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 und 3 finden entsprechende Anwendung. Hierbei ist die Bebauung einer bisher unbebauten Fläche wesentliches, wenn auch nicht ausschließliches Kennzeichen für den Gebäudebegriff.

(3) Anbauten erzeugen eine Beitragspflicht, wenn sie nach der Art ihrer Herstellung und Bestimmung einem selbständigen Gebäude gleichzuachten sind. Dabei ist es unerheblich, ob eine oder mehrere Wände des Hauptgebäudes als Wand des Anbaues benutzt wird. (s. § 7 Abs. 4). Bei einem Erweiterungsbau kommt es auf die Ausdehnung der Erweiterung im Verhältnis zu dem alten Bau an. Bei einem Umbau löst die bloße Vergrößerung des umbauten Raumes eine Beitragslast nicht aus.

§ 7

Bemessungsgrundlagen und Umlenumsmaßstäbe

(1) Die beitragspflichtigen Kosten werden auf die Anlieger (Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Nießbraucher) nach dem Verhältnis der Frontmeter ihrer Grundstücke zu der Gesamtfrontlänge der Straße umgelegt.

(2) Von den Kosten der gesamten Anlage ist von den Anliegern je die Hälfte aufzubringen, bei Straßen von mehr als 26 Meter Breite, aber nicht mehr als 13 Meter. Darüber hinausgehende Kosten werden von der Stadt getragen.

(3) Die Anliegergrundstücke werden mit der gesamten Straßenfrontlänge in Ansatz gebracht, auch wenn sie nicht vollständig mit Gebäuden besetzt sind. Mehrere demselben Eigentümer gehörende zusammenhängende Grundstücke gelten als eine Einheit, wenn sie zu einem wirtschaftlichen Ganzen verbunden sind und entsprechend genutzt werden.

(4) Wird die Straßengrenze eines Grundstückes, dessen Eigentümer der Anliegerbeitragspflicht unterliegt,

später dadurch verlängert, daß mit dem Grundstück weitere Grundflächen rechtlich und wirtschaftlich vereinigt werden, für welche die Anliegerbeiträge noch nicht entrichtet wurden, so werden dem Eigentümer die auf die Verlängerung der Straßenfront entfallenden Beiträge nachträglich auferlegt.

(5) Soweit die Beitragspflichtigen Straßen von öffentlichen Wasserläufen, Plätzen, Wegen oder sonstigen öffentlichen Anlagen — mit Ausnahme von einmündenden Querstraßen — begrenzt werden, dürfen die auf diese entfallenden Anteile nicht auf die übrigen Anlieger umgelegt werden. Eckgrundstücke werden für beide Straßen nur in Höhe von 50 % des jeweiligen Anliegerbeitrages herangezogen. Durchgangsstraßen sollen in der Kostenumlegung nicht von den Kosten einer normalen Wohn- und Geschäftsstraße abweichen.

§ 8

Umfang der Beitragslast

(1) Durch die Straßenanliegerbeiträge können die gesamten Aufwendungen für nachstehende Veranstaltungen (Maßnahmen) gedeckt werden:

- a) Freilegung,
- b) erste Einrichtung des Fahrdammes,
- c) erste Einrichtung des Bürgersteiges,
- d) Straßenentwässerung,
- e) Straßenbeleuchtung.

(2) Bei der Berechnung der durch Beiträge zu deckenden Kosten sind die tatsächlich entstandenen Aufwendungen für die Gesamtanlage der jeweils neuen Anlage oder verlängerten Straßenzüge zugrunde zu legen.

(3) Der Stadt steht es frei, die einzelnen zur Straßenherstellung gehörenden Einrichtungen auf einmal oder getrennt zu verschiedenen Zeiten auszuführen. Im letzteren Falle ist die Stadt berechtigt, die Kosten für jede Teileinrichtung nach Abs. 1 getrennt zu erheben.

(4) Die Kosten können auch jeweils nach Fertigstellung selbständiger Straßenabschnitte erhoben werden. Ein selbständiger Straßenabschnitt ist dann gegeben, wenn er durch ein äußeres Merkmal (Querstraße, Brücke oder sonstige Anlage) erkennbar abgegrenzt wird, so daß es eine selbständige Straße sein könnte. Als selbständiger Straßenabschnitt können Längsabschnitte einer Straße nur dann angesehen werden, wenn sie selbständige Straßenteile darstellen.

§ 9

Kosten der Freilegung

(1) Zu den Kosten der Freilegung gehören alle Kosten, die durch den Erwerb des für die Straße erforderlichen Geländes und durch Beseitigung aller darauf befindlichen Hindernisse entstehen, insbesondere auch die Kosten für etwa herzustellende Schutz- und Ersatzanlagen, die auf den anliegenden Grundstücken infolge einer Veränderung der Straßenhöhe erforderlich werden sollten, sowie alle den Anliegern und anderen Berechtigten aus Anlage des Straßenbaues zu zahlenden Entschädigungen.

(2) Wird Straßengelände unentgeltlich oder zu einem verhältnismäßig niedrigen Preis abgetreten, so wird der Wert nach dem Durchschnittspreis, der für andere zum Ausbau der Straße erworbenen Grundflächen gezahlt werden muß, festgesetzt. Der festgesetzte Wert wird den Freilegungskosten hinzugerechnet und dem Anlieger, der das Gelände jeweils zur Verfügung gestellt hat oder dessen Rechtsnachfolger, auf den Anliegerbeitrag angerechnet.

(3) Wird gemeindeeigenes Gelände zu Straßenbauzwecken besonders bereitgestellt, so ist der Wert dieses Geländes gleichfalls zu den umlagefähigen Freilegungskosten hinzuzurechnen.

§ 10

Kosten der ersten Einrichtung

(1) Zu den Kosten der ersten Einrichtung der Straße gehören die Kosten der ersten Herstellung des Straßenkörpers und seine Befestigung einschließlich der

c) im Mathematisch - Naturwissenschaftlichen Gymnasium:

1. Deutsch
 2. Geschichte und Gegenwartskunde
 3. Mathematik
 4. Physik
 5. Chemie oder Biologie nach Wahl des Schülers, wenn er die Arbeit in Physik geschrieben hat; sonst das Fach, in dem er die naturwissenschaftliche Arbeit geschrieben hat.
- Für die Schüler, die am sozialkundlich-naturwissenschaftlichen Unterricht teilnehmen:

1. Deutsch
2. Geschichte und Gegenwartskunde
3. Sozialkunde
4. Mathematik
5. eine der drei Naturwissenschaften nach Wahl des Schülers, wenn nicht eine bestimmte Naturwissenschaft bereits durch die schriftliche Arbeit festgelegt ist.

(4) Als sechstes Fach muß eines der folgenden Fächer gewählt werden (soweit nicht bereits als fünftes Fach gewählt):

Religion, Philosophie, Erdkunde, Kunsterziehung, Musik oder eine Arbeitsgemeinschaft (siehe aber § 17, 5).

Die Schüler des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums können außerdem wählen

Biologie bzw. Chemie

oder, wenn sie am sozialkundlich-naturwissenschaftlichen Unterricht teilgenommen haben,

eine der beiden nicht als Pflichtfach gewählten Naturwissenschaften.

(5) Arbeitsgemeinschaften, die nur ein Pflichtfach ergänzen, stellen kein freies sechstes Wahlprüflich dar. Der Schüler darf jedoch den Wunsch äußern, in einem Pflichtprüflich, dem er durch Teilnahme an einer solchen Arbeitsgemeinschaft sein Interesse zugewandt hat, besondere Kenntnisse aufweisen zu dürfen.

(6) Der Schüler muß die von ihm gewählten Prüfungsfächer zur Reifeprüfungskonferenz anmelden.

§ 18

Vorberatung (Reifeprüfungskonferenz)

(1) Haben alle zum Prüfungsausschuß gehörenden Lehrer von den schriftlichen Prüfungsarbeiten Kenntnis genommen, treten sie zur Reifeprüfungskonferenz zusammen. In dieser Konferenz werden die Urteile über die schriftlichen Prüfungsarbeiten zusammengestellt; sodann wird auf Grund der Vorzensuren (vgl. § 10) und der Urteile über die schriftlichen Arbeiten sowie unter Berücksichtigung der vom Schüler gewählten Wahlprüfungsfächer (s. § 17, 4—6) nach eingehender Beratung beschlossen, welche Fächer für die mündliche Prüfung der einzelnen Schüler vorgeschlagen werden sollen. Die Fächer sind in der Niederschrift über die Prüfungsvorschläge schriftlich zu vermerken und in der Übersicht über die während der Reifeprüfung erzielten Leistungen kenntlich zu machen.

Als Auszeichnung kann in besonderen Fällen Befreiung von der mündlichen Prüfung vorgeschlagen werden.

Auf Grund des Vorzeugnisses und des Ergebnisses der schriftlichen Prüfung kann ein Prüfling durch die Reifeprüfungskonferenz von der mündlichen Prüfung zurückgewiesen werden, insbesondere wenn die drei schriftlichen Arbeiten der Hauptprüfung nicht ausreichen.

Der Beschluß der Konferenz bedarf der Bestätigung durch den Referenten des Kultusministeriums. Den Prüflingen ist der Entscheid so frühzeitig wie möglich mitzuteilen.

(2) Der Direktor stellt die Niederschrift über die Vorberatung dem Referenten des Kultusministeriums bis zum 1. Februar zu. Beizufügen sind:

- a) die Texte der Aufgaben für die schriftliche Prüfung,

- b) die schriftlichen Arbeiten mit den Entwürfen,
- c) die Niederschrift über die schriftliche Prüfung (s. § 23, 5),
- d) die Übersicht mit den Vorzensuren und den Ergebnissen der schriftlichen Prüfungsarbeiten.

§ 19

Vorbereitung

(1) Den Zeitpunkt der mündlichen Prüfung bestimmt der Referent des Kultusministeriums. Er teilt den Schulen den Prüfungstermin so früh wie möglich mit. Wird der Vorsitz dem Direktor der Schule übertragen, hat dieser alle in der Reifeprüfungsordnung festgelegten Rechte und Pflichten des Prüfungsleiters.

(2) Die für die Prüfung notwendigen Hilfsmittel (Texte, Tabellen, Rechenschieber, Karten, Wandtafeln) müssen im Prüfungsraum in ausreichender Anzahl vorhanden sein.

(3) Während der mündlichen Prüfung sind zur Einsichtnahme bereitzuhalten:

- a) die Zeugnisübersichten der Schüler für Obersekunda, Unterprima und Oberprima (bei Schülern, die die Prima zum Teil in einer anderen Schule durchgemacht haben, auch deren Abgangszeugnisse),
- b) die in Prima angefertigten schriftlichen Arbeiten und die im Kunstunterricht hergestellten Arbeiten.

§ 20

Durchführung

(1) Der mündlichen Prüfung sollen mindestens am ersten Tage alle Mitglieder des Kollegiums beiwohnen, um zu sehen, welchen Stand die Bildungsarbeit ihrer Schule erreicht hat.

Der Unterricht in den Klassen Sexta bis Unterprima fällt deshalb am ersten Prüfungstage aus. An den folgenden wird er in der Regel durchgeführt. Findet er aus zwingenden Gründen nicht statt, haben ebenfalls alle Lehrer an der mündlichen Prüfung teilzunehmen, sonst nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses.

(2) Um die Besonderheit des Tages im Leben der Schule zu betonen, wird die Prüfung in Gegenwart des Lehrkörpers und der Prüflinge feierlich eröffnet. Darauf bespricht der Vorsitzende mit dem Prüfungsausschuß in einer Konferenz die Ergebnisse der schriftlichen Arbeiten. Macht er von seinem Recht Gebrauch, nach Anhörung des Prüfungsausschusses die Urteile in Prüfungsarbeiten abzuändern (§ 16 Abs. 2), wird dies in der Niederschrift vermerkt. Der Vorsitzende entscheidet sodann endgültig, welchen der für die Befreiung von der mündlichen Prüfung vorgeschlagenen Schülern diese Auszeichnung zuteil werden soll. Er entscheidet ferner, welche Schüler außer den nach § 18, Abs. 1 zurückgewiesenen nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen werden können. Für alle nicht zur mündlichen Prüfung zugelassenen Schüler sind die Schlußzensuren in den einzelnen Fächern festzustellen (s. § 22, Abs. 7).

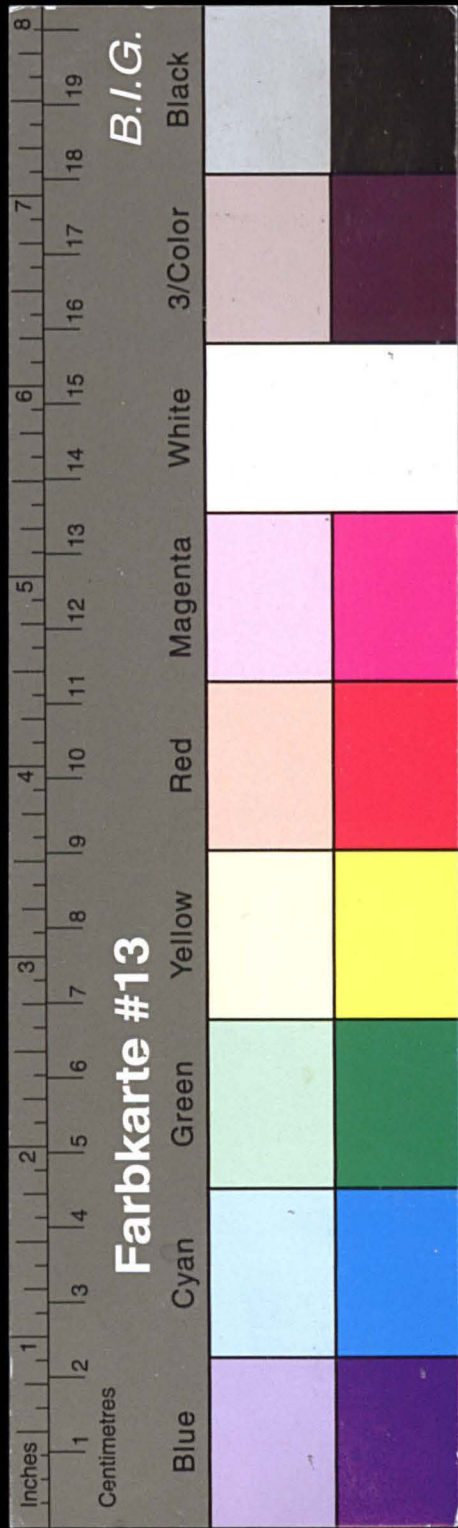
Der Prüfungsleiter bestimmt, in welchen der sechs Prüfungsfächer der Schüler geprüft werden soll, und setzt die Reihenfolge fest. Eine mindestens mit „gut“ beurteilte Jahresarbeit kann bei der Festsetzung der Zahl der mündlichen Prüfungen berücksichtigt werden.

(3) Bei mehrtägiger Dauer der mündlichen Prüfung muß die Prüfung des einzelnen Schülers an ein und demselben Tage durchgeführt werden.

(4) Die Schüler dürfen keine Bücher und Aufzeichnungen zur Prüfung mitbringen.

(5) Die Vorbereitung der Prüflinge kann in einem dem Prüfungsraum benachbarten Zimmer bzw. einem Fachraum erfolgen. Die Aufsicht übernehmen zwei vom Direktor bestimmte Mitglieder des Kollegiums. Andere Lehrer und Schüler dürfen den Vorbereitungsraum nicht betreten. Dies gilt unter Umständen nicht bei der Vorbereitung auf experimentelle Arbeiten.

(6) Der Fachlehrer, im Falle seiner Verhinderung der vom Prüfungsleiter bestellte Vertreter, führt die münd-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

liche Prüfung durch. Der Prüfungsleiter hat das Recht, selbst Aufgaben und Fragen zu stellen.

(7) Die Prüfung ist möglichst frei zu gestalten und so durchzuführen, daß der Schüler seine Leistungsfähigkeit zeigen kann. In der mündlichen Prüfung können Rundgespräch oder Gruppenprüfung der Einzelprüfung vorangehen oder sie abschließen.

Dem Schüler ist zunächst eine größere Aufgabe zu stellen, die er selbständig zu lösen und — wo es angebracht ist — im freien Vortrag zu behandeln hat. Auszuwählen ist die Aufgabe aus den Arbeitsgebieten der Prima, aber in der Weise, daß der Prüfling seine Auffassungsgabe, seine Urteilskraft, seinen Überblick über das betreffende Fachgebiet und sein Darstellungsvermögen zeigen kann. Die bloß gedächtnismäßige Wiedergabe auswendig gelernter Stoffe ist abzulehnen. Besonders geeignet sind Aufgaben, die den Prüfling veranlassen, sich mit einem Text, einer Quelle, einem Gegenstand der bildenden Kunst auseinanderzusetzen, oder die ihn zwingen, einer Denkreihe nachzugehen, einen Versuch auszuführen, eigene Beobachtungen zu machen oder auch Vorstellungen und Beobachtungen durch Zeichnungen, insbesondere an der Wandtafel, auszudrücken. Zur Vorbereitung ist dem Prüfling ausreichend Zeit zu gewähren; er darf sich als Grundlage für seine Ausführungen auch einige Aufzeichnungen machen (vgl. § 19, 2).

Wenn der Prüfling seiner Aufgabe nicht gewachsen ist oder wenn die Prüfung weiter ausgedehnt oder vertieft werden soll, hat der Fachlehrer in einem Wechselgespräch Kenntnisse und Erkenntnisse des Prüflings festzustellen. Er kann auch eine neue Aufgabe stellen. Zusammenhanglose Einzelfragen entsprechen jedoch nicht dem Sinn der Reifeprüfung.

(8) Im übrigen gelten für die einzelnen Prüfungsfächer folgende Bestimmungen:

a) Religion:

Prüfungsgebiete sind die in der Prima behandelten Fragen der biblischen Botschaft, der Kirchengeschichte, der Glaubenslehre und christlichen Lebensgestaltung. Die Prüfung hat auf der Grundlage erworbener Kenntnisse den Grad ihrer geistigen Durchdringung und die Fähigkeit einer sachgemäßen Darstellung zu beurteilen.

b) Philosophie:

Die Prüfung erfolgt in einem Gespräch zwischen Lehrer und Prüfling, in der Regel in Anlehnung an einen Text. Dessen Sachgebiet soll dem Interesse und dem Verständnis des Prüflings entsprechen. Bei der Erörterung soll deutlich werden, daß er einen philosophischen Gedankengang mitzuvollziehen, unter Umständen ihn kritisch zu beurteilen und gegebenenfalls persönlich auf ihn zu antworten vermag.

c) Deutsch:

Grundlage der Prüfung bildet im allgemeinen ein unbekannter dichterischer Text oder ein Abschnitt gedanklich anspruchsvoller Sachprosa. Gegebenenfalls wird der Prüfling einen Teil des vorgelegten Textes vortragen (vorlesen), um den Umfang seiner Gestaltungskraft zu zeigen. In zusammenhängender, freier Rede hat er dann nachzuweisen, daß er diesen in seinem Gehalt durchdrungen und in seiner künstlerischen Eigenart erfaßt hat.

Die Darlegung sprach-, literatur- und geistesgeschichtlicher Zusammenhänge oder die Erörterung der Wesensart eines Dichters soll das Maß seines Verstehens, nicht nur das seines Wissens oder Gedächtnisses erkennen lassen.

Zusätzliche Äußerungen über Theateraufführungen, Filme und wertvolle Vorträge können das Bild des Schülers abrunden.

d) Geschichte:

Der Prüfling soll zeigen, daß er Verständnis für Zusammenhänge vergangenen und gegenwärtigen Geschehens auf der Grundlage des dafür notwendigen

Sachwissens hat. Er muß in der Lage sein, ein seiner Altersstufe entsprechendes Urteil abzugeben über die verschiedenen Deutungen und Wertungen noch fortwirkender Ereignisse, Persönlichkeiten, Bewegungen und Ideen. Die Aufgabe ist im allgemeinen so zu stellen, daß der Prüfling entweder ein Ereignis (oder einen Abschnitt) der Geschichte unter einer bestimmten Fragestellung zu betrachten oder eine Entwicklung überschauend darzustellen hat. Wünschenswert ist auch die Besprechung von Quellentexten o.ä.

e) Erdkunde:

Der Prüfling soll am Beispiel charakteristischer Landschaften sein Verständnis dafür nachweisen, daß die heutigen Formen der Erdoberfläche das Ergebnis des Wirkens der Naturkräfte und des Zusammenwirkens von Natur und Mensch sind. Er soll am Beispiel wichtiger Lebensräume zeigen, daß er die natürlichen Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Lebens erkennen kann und daß er versteht, in welchem Maße geographische Gegebenheiten das Verhältnis von Völkern und Staaten zueinander bestimmen. Die Grundlagen der allgemeinen Erdkunde müssen ihm geläufig sein. Außerdem muß er Probleme aufzeigen können, die sich aus der Wirtschaftsordnung der Völker als Ergebnis der industriellen Entwicklung ergeben und sich in den verschiedenen Wirtschaftsformen der Gegenwart widerspiegeln, und persönlich zu diesen politisch meinungsbildenden Gegenwartsfragen Stellung nehmen können. Wesentlich ist, daß der Prüfling bei der Lösung seiner Aufgabe geographische Hilfsmittel, wie Karten, Skizzen, Diagramme, Bilder und statistische Angaben, auswerten und die gewonnenen Ergebnisse zueinander in Beziehung setzen kann.

f) Gegenwartskunde:

Die Prüfung soll zeigen, daß der Prüfling die wichtigsten Formen und Ordnungen unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens kennt und imstande ist, politische Fragen und Ereignisse der Gegenwart ihrer Bedeutung nach zu würdigen.

g) Sozialkunde:

Der Prüfling soll vertraut sein mit den Fragen, die sich aus den sozialen Lebensbereichen (Person, Familie und Volk, Arbeit und Wirtschaft) ergeben. Kenntnisse aus der sozialen Gesetzgebung und der Psychologie bilden die sachliche Grundlage.

h) In den neueren Fremdsprachen:

wird ein Text von angemessener Schwere zugrundegelegt. Der Prüfling soll durch freien Vortrag oder im Wechselgespräch (beides in der Fremdsprache) nachweisen, daß er ihn verstanden hat und sich mit den darin aufgeworfenen Problemen auseinandersetzen kann. Möglichst im Anschluß an den Text soll der Schüler sein Verständnis für Fragen kultureller, geschichtlicher und politischer Art zeigen. Dabei darf er jedoch auf keinen Fall bloß eingelernten Wissensstoff wiedergeben. Einen kurzen Abschnitt soll er in gutes Deutsch übersetzen.

Aus dem Text oder den Formulierungen des Prüflings werden sich grammatische Fragen ergeben. Bei ihrer Behandlung ist das Abfragen oder Aufgabelassen auswendig gelernter Regeln usw. unter allen Umständen zu vermeiden. Die Prüfung soll vielmehr ermitteln, wie weit der Schüler in das Verständnis lebendiger Sprachzusammenhänge, vor allem syntaktischer und stilistischer Art, eingedrungen ist. Ein gestalteter Vortrag künstlerisch wertvoller Texte ist erwünscht.

i) In den alten Sprachen:

hat die Prüfung ebenfalls von einem unbekannten Text (Prosa oder gebundene Rede) von angemessener Schwere und inhaltlicher Eignung auszugehen. Sie umfaßt Lesen, Übersetzen, Interpretation und Behandlung von Stilfragen. Bei der Übersetzung ist

der Hauptwert auf das Verständnis des Textsinnes zu legen. Für die Einordnung in größere Zusammenhänge o.ä. gelten die Anforderungen der schriftlichen Prüfung (§ 13, 3). Danach ist, möglichst im Anschluß an den Text, dem Prüfling eine Aufgabe zu stellen, die es ihm ermöglicht, seine Vertrautheit mit den Bildungswerten zu erweisen, die der antiken Kultur entstammen, Einzelkenntnisse biographischer oder altertumskundlicher Art dürfen nicht verlangt werden.

k) Die mündliche Prüfung in Mathematik:

darf nicht auf eine Wiederholung der schriftlichen Prüfung hinauslaufen. In ihrer Andersartigkeit soll sie vielmehr zeigen, wie weit der Schüler in das Verständnis mathematischer Zusammenhänge und Schlußweisen eingedrungen ist. Bei Lehrsätzen und Formeln sollen daher vor allem die zu ihnen führenden Gedankengänge erkannt werden. An einfachen Beispielen kann der Schüler ferner zeigen, wie weit er zur Lösung von Aufgaben von grundsätzlicher Bedeutung fähig ist. An ihnen ist auch das durch den Unterricht entwickelte Raumvorstellungsvermögen zu prüfen. Auf Fragen aus der Geschichte der Mathematik, die ihren Beitrag zur menschlichen Kultur erhellen, ist einzugehen.

l) In allen Zweigen der Naturwissenschaften soll der Prüfling zeigen, in welchem Maße er Einsicht in das Wesen naturwissenschaftlicher Vorgänge, Probleme und Zusammenhänge gewonnen hat. Unzulässig ist, an Stelle des Nachweises verstandesmäßig erworbener Erkenntnisse nur Gedächtniswissen wiedergeben zu lassen. In die Prüfung kann auch die Entwicklung wichtiger naturwissenschaftlicher Prinzipien (z. B. Energieprinzip, Impulssatz) und Theorien (z. B. Wellentheorie, Korpuskulartheorie, Theorie der Felder) sowie eine Besprechung ihrer kulturellen Bedeutung einbezogen werden. Erwünscht ist, daß in den naturwissenschaftlichen Räumen geprüft wird, daß alle für Übungszwecke gebräuchlichen Hilfsmittel benutzt werden und in der Prüfung auch vom Experiment ausgegangen wird.

Die Prüfung in der Physik soll erkennen lassen, wie weit der Prüfling wichtige im Unterricht behandelte Gesetze verstanden, sich mit den in ihnen vorkommenden Begriffen vertraut gemacht hat und mit ihrer Hilfe physikalische Erscheinungen erklären kann. Lange mathematische Ableitungen sollen vermieden werden.

Der Schüler soll sich auch über die Bedeutung der Physik für die Technik und für das durch die Naturwissenschaften mitgeprägte Weltbild unserer Zeit äußern können, soweit dies seine Reife und der Stand seiner Kenntnisse und Erkenntnisse zulassen.

In der Chemie soll der Prüfling Vertrautheit mit den wichtigsten chemischen Stoffen und Verständnis für das Wesen und die Gesetzmäßigkeit chemischer Vorgänge sowie für die Untersuchungsmethoden zeigen. Er soll über die Beziehungen der Chemie zu den anderen Naturwissenschaften und zu Wirtschaft und Technik Auskunft geben können.

Ausgangspunkt der mündlichen Prüfung in der Biologie sollen Versuch, Beobachtung an geeigneten Objekten oder wissenschaftliches Quellenmaterial sein. Der Prüfling soll die Hauptvertreter der heimatischen Tier- und Pflanzenwelt kennen.

Die Prüfung soll erweisen, ob der Schüler Verständnis für die Lebenserscheinungen und ihre Gesetzmäßigkeiten, für die Eigengesetzlichkeit des Lebens und für die Wechselbeziehungen zwischen Organismus und Umwelt besitzt und inwieweit dies durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen zu belegen. Er soll zeigen, daß er aus seinen Erkenntnissen entsprechende Schlüsse für seine Lebensführung zu ziehen vermag. Die Prüfung kann sich

ferner darauf erstrecken, festzustellen, ob Arbeiten und Denken in diesem Fach den Schüler zur Beschäftigung mit den Fragen nach der Stellung des Menschen in der Natur, nach den Grenzen der Erkenntnis und nach dem Sinn und Wesen des Lebens geführt haben.

m) Musik:

Dem Schüler sollen außer den kleinen Formen des Volksliedes auch größere vokale, instrumentale und gemischte Formen bekannt sein (Kunstlied, Motette, Kantate, Requiem). In der Prüfung soll er ihm unbekannte kleinere Instrumentalstücke, die der Lehrer gegebenenfalls mehrmals vorspielt, interpretieren und einordnen können.

Prüfungsthemen (z. B. Operngeschichte in prägnanten Beispielen; Suite-Sonate, ein Vergleich zweier Epochen; die Tonsprache des Impressionismus; das Prinzip der Zwölfentechnik) werden sich stets aus der Arbeitsgemeinschaft der Oberprima ergeben.

Der Schüler soll Gelegenheit erhalten, im Privatunterricht erarbeitete Werke vorzutragen. Anschließend ist aber festzustellen, wie weit er sich mit dem in der Schule erworbenen Rüstzeug zu dem betreffenden Werk äußern kann.

n) Kunsterziehung:

Die Prüfungsaufgabe wird im allgemeinen den im Unterricht behandelten Arbeitsbereichen der Prima entnommen und kann eine praktische oder eine mündliche sein. Beide können auch miteinander verbunden werden. Die praktische besteht in der Durchführung einer Übung aus den Gebieten des bildnerischen (bzw. werklichen) Gestaltens, die mündliche in der Regel in einer Betrachtung und Interpretation eines oder mehrerer Werke der bildenden Kunst oder einer Stellungnahme zu Fragen der Umweltgestaltung.

Bei der Lösung der praktischen Aufgabe soll der Prüfling gemäß seiner Altersstufe eigene Gestaltung und Auffassung, bei der Betrachtung die Fähigkeit zu sachlicher Beobachtung, zur Einführung in vorliegende formale und gehaltliche Gegebenheiten, die seinem Erfahrungskreis entsprechen, und zum selbständigen Urteil beweisen. Daten, Lebensbeschreibungen, Kunsttheorie sind dabei auf das Notwendigste zu beschränken.

(9) Bei Täuschungen oder Täuschungsversuchen gelten sinngemäß die Bestimmungen des § 15 Abs. 9.

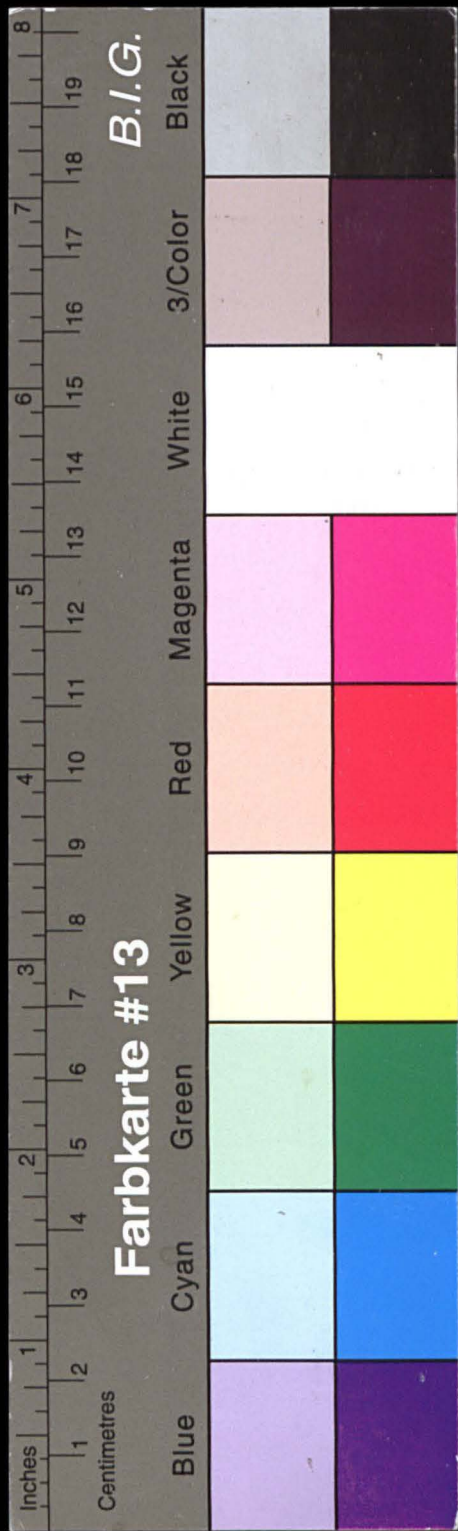
§ 21

Feststellung der Urteile

Im Verlaufe der mündlichen Prüfung stellt der Prüfungsausschuß auf Vorschlag der Fachlehrer die Urteile über die mündlichen Prüfungsleistungen der Schüler in den einzelnen Fächern fest (s. § 4, 4). Auch dabei sind ausschließlich die in § 16, 1 bezeichneten Urteile anzuwenden.

Über den Verlauf der mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen. In ihr sind die wesentlichen Punkte der Aussprache zu vermerken, die der Prüfungsleiter zu Beginn der mündlichen Prüfung mit dem Prüfungsausschuß abhält (§ 20, 2). Weiter sind in ihr die gestellten Aufgaben (§ 20, 7) und die Art ihrer Lösung sowie der Verlauf der Aussprache zwischen Lehrer und Prüfling so ausführlich aufzuzeichnen, daß daraus die Begründung für die Bewertung der Leistungen in der mündlichen Prüfung ersichtlich wird. Die Fachniederschriften werden vom Prüfenden und vom Verfasser der Niederschrift unterzeichnet.

Die Gesamtübersicht über die Zensuren (Vorzensuren und Zensuren der schriftlichen und mündlichen Prüfungsleistungen) wird doppelt ausgefertigt. Ein Stück geht zu den Akten des Kultusministeriums, ein zweites bleibt bei den Prüfungsakten.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

V. Das Ergebnis der Reifeprüfung

§ 22

Beratung

(1) Nach Beendigung der mündlichen Prüfung berät der Prüfungsausschuß über das Ergebnis der gesamten Prüfung. Diese Beratung findet erst statt, wenn die Prüfung der für einen Tag vorgesehenen Gruppe beendet ist.

(2) Vor der Entscheidung darüber, ob die Prüfung bestanden ist, wird das Urteil über jedes Fach, in dem der Schüler geprüft worden ist, in eines der sechs Prädikate zusammengefaßt (s. § 16, 1).

(3) Zugrunde zu legen sind bei dieser Feststellung des Gesamturteils die Klassenleistungen (Vorzeugnis § 11, 2), die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung (§ 16) und die Leistungen in der mündlichen Prüfung (§ 21). Das Gesamturteil darf nicht errechnet, sondern muß in freier Würdigung der verschiedenen Gesichtspunkte, je nach der Lage des besonderen Falles, gefunden werden. Ergeben sich in einem Fach große Abweichungen zwischen dem Vorzeugnis und der Beurteilung in der mündlichen Prüfung, so ist die mündliche Prüfung entscheidend. Für die Gesamtbeurteilung der Leibesübungen sind die in § 6, 7 festgelegten Gesichtspunkte maßgebend.

(4) Die Prüfung ist als bestanden zu erachten, wenn das Gesamturteil in allen wissenschaftlichen Fächern mindestens ausreichend lautet. Dabei sind die am Schluß der Unterprima aufgegebenen Fächer mit zur Bewertung heranzuziehen. Eine Abweichung hiervon mit Rücksicht auf den vom Prüfling gewählten Beruf ist unzulässig. Ob und inwieweit im Hinblick auf die Gesamtreife und die Persönlichkeit des Prüflings über unzureichende wissenschaftliche Leistungen bei Ausgleich in anderen Fächern hinweggesehen werden kann, muß entsprechend den Versetzungsbestimmungen für die Oberstufe im Einzelfall entschieden werden. Erhält der Prüfling jedoch im Deutschen nicht mindestens die Endzensur „ausreichend“, kann er die Prüfung nicht bestehen.

(5) Über die Zuerkennung der Reife beschließt der Prüfungsausschuß (s. § 4, 4). Bei einem Einspruch des Prüfungsleiters sind die Prüfungsakten dem Kultusministerium einzureichen.

(6) Tritt der Prüfling nach Beginn der schriftlichen Prüfung zurück, ohne durch Krankheit oder andere nicht mit der Prüfung zusammenhängende Umstände genügend entschuldigt zu sein, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(7) Für die Schüler, die die Reifeprüfung nicht bestehen, ist in den Prüfungsverhandlungen ein Schlußzeugnis in allen Fächern festzulegen.

(8) Nachdem die Beratung abgeschlossen und die allgemeine Niederschrift von allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet ist, teilt der Prüfungsleiter den Prüflingen das Ergebnis mit. Vor Abschluß der Beratungen darf den Prüflingen weder das Gesamtergebnis noch ein Teilergebnis der Prüfung mitgeteilt werden.

§ 23

Übersicht

Über sämtliche Vorgänge der Vor- und der Hauptprüfung sind folgende Niederschriften anzufertigen:

1. Niederschrift über die schriftliche und mündliche Vorprüfung in Anlehnung an die Form der Niederschrift über die Hauptprüfung,
2. Niederschrift über die im Anschluß an die Prüfung in den Leibesübungen stattfindenden Beratungen (§ 6),
3. Niederschrift über die nach § 10 abzuhaltende Zulassungskonferenz in der in § 10, 3 angegebenen Form. Als Beilagen gehören dazu die Meldungen zur Prüfung (§ 8, 2) und das dem Kultusministerium, Abteilung für höhere Schulen, eingereichte Verzeichnis der Oberprimaner (§ 11, 1 und 2),

4. Niederschrift über die schriftliche Hauptprüfung (§ 15, 11),

5. Niederschrift über die Vorbereitung der mündlichen Hauptprüfung entsprechend § 18, 1 (2. Prüfungskonferenz),

6. Niederschrift über die mündliche Hauptprüfung,

7. Niederschrift über die Schlußberatung (§ 22); als Beilage gehört dazu die Zusammenstellung der Urteile über die verschiedenen Prüfungsleistungen (§ 21).

§ 24

Reifezeugnis

(1) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält das Zeugnis der Reife nach dem Muster (Anlage A und B).

(2) In das Zeugnis sind zunächst die nach § 22, 2 festgestellten Gesamturteile aufzunehmen. Die Leistungsnoten der bei Eintritt in die letzte oder vorletzte Klasse abgeschlossenen Fächer werden durch eine entsprechende Fußnote gekennzeichnet. Im Lateinischen ist je nach Lage des Falles zu vermerken „Großes Lateinum“, „Kleines Lateinum“.*)

Außerdem können im Zeugnis besondere Fähigkeiten und Leistungen vermerkt werden, die der Schüler im gesamten Unterricht oder in der Prüfung aufzuweisen hatte. Es steht frei, seine allgemeine geistige Reife anzuerkennen oder wertvolle Veranlagungen, wie logisches Urteil, künstlerische Begabung und künstlerisches Urteil, Beobachtungsgabe, Ausdrucksfähigkeit, Umfang und Stärke des Gedächtnisses oder auch Beteiligung am Unterricht, Arbeitsweise, körperliche Leistungsfähigkeit, Handgeschick und dergl., zu nennen. Auch Neigung für einzelne Gebiete und hervorragende Erfolge in einem einzelnen Fach oder einer ganzen Fächergruppe können besonders festgehalten werden. Die Beurteilung einer Jahresarbeit ist einzutragen, wenn sie als besondere Prüfungsleistung anerkannt worden ist (siehe § 10, 4).

Schließlich ist die Feststellung aufzunehmen, daß der Prüfling die Reifeprüfung bestanden hat.

*) Die Reifeprüflinge erwerben:

- a) auf dem **Altsprachlichen Gymnasium**: das Große Lateinum, auch bei nicht ausreichenden Leistungen;
- b) auf dem **Neusprachlichen Gymnasium**:
 1. wenn sie am Lateinunterricht von IV—OI einschließlich teilgenommen haben, das Große Lateinum, auch bei nicht ausreichenden Leistungen;
 2. wenn sie am Lateinunterricht von OIII—OI einschließlich teilgenommen haben, das Große Lateinum, aber nur bei ausreichenden Leistungen; sonst das Kleine Lateinum;
- c) auf dem **Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium**:
 1. wenn sie am Lateinunterricht von IV bis zum planmäßigen Abschluß des Unterrichts in UI teilgenommen haben, das Große Lateinum, aber nur bei ausreichenden Leistungen, sonst das Kleine Lateinum;
 2. wenn sie am Lateinunterricht von OIII bis OII einschließlich teilgenommen haben, das Kleine Lateinum, aber nur bei ausreichenden Leistungen.

(3) Die Entwürfe der Reifezeugnisse und die Niederschriften werden von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses und bei nichtstaatlichen Schulen von dem Vertreter des Schulträgers unterzeichnet und dann dem Prüfungsleiter zur Unterschrift vorgelegt. Die Reifezeugnisse erhalten das Siegel der Schule und des Kultusministers. Sie sind daher auch dann dem Kultusministerium mit den Übersichtslisten einzureichen, wenn der Direktor zum Prüfungsleiter bestellt worden ist.

(4) Die Zeugnisse werden den Schülern im Rahmen einer Schulfeyer ausgehändigt. Den Zeitpunkt der Entlassung bestimmt der Schulleiter.

(5) Die Prüfungsniederschriften sind, wenn nicht der Referent des Kultusministeriums die Prüfung leitet, dem Kultusminister, Abteilung höhere Schulen, einzureichen. Sie verbleiben endgültig bei den Akten der Schule (siehe auch § 21).

(6) Den Schülern, die nach nicht bestandener Reifeprüfung abgehen, wird ein Abgangszeugnis mit den in der Prüfung ermittelten Zensuren ausgestellt.

§ 25

Wiederholung der Prüfung

Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie in der Regel erst nach einem Jahr wiederholen. Mehr als zwei Wiederholungen sind nicht zulässig.

VI. Die Fremdenreifeprüfung

§ 26

Fremdenreifeprüfung

(1) Wer das Reifezeugnis erwerben will, ohne Schüler einer der im § 3 Abs. 1 genannten Schulen zu sein (Schulfremder) kann sich als a. o. Teilnehmer der Reifeprüfung unterziehen, wenn er seinen Wohnsitz in Schleswig-Holstein hat.

Bewerber, die ihren Wohnsitz in einem anderen deutschen Land haben, können zugelassen werden, wenn sie mit Genehmigung des Kultusministers des Landes, in dem sie ihren Wohnsitz haben, um ihre Zulassung nachsuchen.

(2) Schulfremde können die Prüfung nicht früher ablegen, als es ihnen bei normalem Besuch eines Gymnasiums möglich gewesen wäre.

(3) Wer als Nichtschüler die Reifeprüfung ablegen will, muß ein Gesuch um Zulassung an den Kultusminister richten. In diesem Gesuch hat der Bewerber einen lückenlosen Lebenslauf zu geben und seinen Bildungsgang eingehend zu schildern, sein Verhältnis zu den wichtigsten Bildungsgebieten anzugeben und den Umfang seiner Vorbereitung darzulegen mit Angabe des in den einzelnen Prüfungsfächern durchgearbeiteten Lehrstoffes. Die Stoffe der „Lehrplanrichtlinien für die Gymnasien Schleswig-Holsteins“, mit denen er sich besonders beschäftigt hat, sind dabei hervorzuheben.

Weiter muß der Bewerber die Schulart genau bezeichnen, deren Lehrplan für die Auswahl der Prüfungsgegenstände maßgebend sein soll, und sich für ein bestimmtes Fach entscheiden, wenn bei der schriftlichen Prüfung eine Wahl (vgl. § 12) zugelassen ist. Schließlich hat er zu erklären, ob und gegebenenfalls wo er schon früher den Versuch gemacht hat, das Reifezeugnis zu erwerben.

Dem Gesuch sind beizufügen: 1. ein amtlicher Personalausweis mit Lichtbild, 2. ein polizeiliches Führungszeugnis, 3. die letzten Schul- und Privatzeugnisse über den empfangenen Unterricht.

(4) Maßgebend für die Zulassung zur Reifeprüfung als Nichtschüler ist der Nachweis, daß der Bewerber seine Vorbereitung auf die Reifeprüfung tatsächlich so weit abgeschlossen hat, daß ein Bestehen der Prüfung wahrscheinlich ist.

(5) Wer die Reifeprüfung nicht bestanden hat, kann zu einer Wiederholung der Prüfung als Nichtschüler nach einem halben Jahre zugelassen werden, wenn der Prüfungsausschuß keinen anderen Zeitpunkt bestimmt hat.

(6) Wenn die von dem Bewerber verlangten Nachweise als erbracht angesehen werden, überweist ihn das Kultusministerium einem von ihm eingerichteten und unter seiner unmittelbaren Leitung stehenden ständigen Ausschuß für die Reifeprüfung von Nichtschülern.

(7) Für die Prüfung gelten sinngemäß die Paragraphen 12—24 mit folgenden besonderen Bestimmungen:

Wünscht der Prüfling, daß bei der Prüfung Französisch oder Englisch durch eine andere neuere Sprache ersetzt wird, so ist ein entsprechender Antrag an das Kultusministerium zu stellen. Wird dem Antrag stattgegeben, so sind bei der Prüfung in der Ersatzsprache Forderungen zu stellen, wie sie sonst bei der Prüfung in der lehrplanmäßig vorgesehenen Sprache gestellt werden.

Gegenstände der schriftlichen Prüfung sind dieselben wie in der Vor- und der Hauptprüfung an den Gymnasien des Landes (vgl. § 5, 1 und § 12, 1—3).

Die mündliche Prüfung umfaßt bei allen Prüflingen Deutsch, Geschichte einschließlich Gegenwartskunde, Erdkunde, zwei Fremdsprachen, Mathematik, Chemie, Physik, Biologie. In anderen Fächern (z. B. Religion, Philosophie, Kunsterziehung, Musik) darf nur geprüft werden, wenn der Prüfling das bei seiner Meldung ausdrücklich beantragt hat.

Sowohl bei der schriftlichen wie bei der mündlichen Prüfung ist von den in der Meldung der Prüflinge näher bezeichneten Stoffen (vgl. unter 1) auszugehen, so weit sie nach den „Richtlinien für die Lehrpläne der Gymnasien in Schleswig-Holstein“ als eine geeignete Grundlage für die Prüfung angesehen werden können.

Die Anforderungen in den Prüfungsfächern sind denen der einzelnen Schulformen nach den Richtlinien anzugleichen (s. § 20).

Der Maßstab für die Zuerkennung des Reifezeugnisses ist derselbe wie bei der Reifeprüfung an den Gymnasien.

(8) Für die Reifezeugnisse der Nichtschüler sind die Vorschriften in Anlage C maßgebend. Besondere Leistungen sollen auch in diesen Zeugnissen besonders hervorgehoben werden (vgl. § 24, 2).

§ 27

Gebühren

Für die Fremdenreifeprüfung ist eine Gebühr von 50,— DM bei der Meldung zu entrichten.

VII. Verschiedenes

§ 28

Terminkalender

I. Vorprüfung

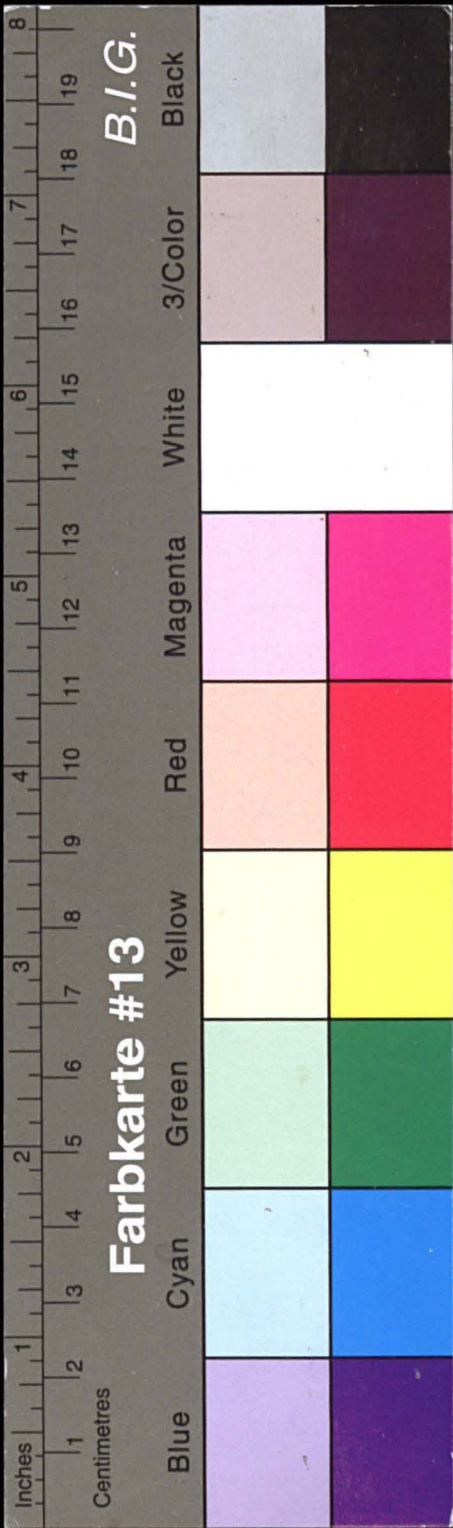
1. 1. Februar:
Einreichen der Aufgabenvorschläge (s. § 5, 3)
2. 5. März:
Einreichen der schriftlichen Arbeiten mit Unterlagen (s. § 5, 5)

II. Hauptprüfung

15. November:
Meldung der Schüler an die Schule (s. § 8)
- Zwischen 1. und 10. Dezember:
Zulassungskonferenz (s. § 10)
12. Dezember:
Einreichen der Meldungen mit Unterlagen (s. § 11)
Einreichen der Aufgabenvorschläge (s. § 14, 1—3)
- Erste Januarhälfte:
Schriftliche Reifeprüfung
- Nach Umlauf der schriftlichen Arbeiten und vor Übersendung der Arbeiten:
Reifeprüfungskonferenz (s. § 18, 1)
1. Februar:
Einreichen d. Prüfungsarbeiten mit Anlagen (s. § 18, 2)
- Im Laufe des Februar oder März:
Mündliche Reifeprüfung

III. Leibesübungen

- Sommer:
Schwimmprüfung (s. § 6, 3)



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

2. September:
Leichtathletik, Spiel (s. § 6, 3)
3. 15. Dezember:
Einreichen der Vorschläge für die Turnprüfung
(s. § 14, 3 und 6, 5)
4. Zwischen schriftlicher und mündlicher Prüfung:
Geräteturnen

§ 29

Inkrafttreten
der Reifeprüfungsordnung
Diese Ordnung tritt am 10. Dezember 1956 in Kraft.

Anlage A
(staatl. Schulen)

Zeugnis der Reife

Herr/Fräulein
geboren am 19. in

wohnhaft in
(Wohnort der Erziehungsberechtigten)

hat unsere Schule vom bis heute
besucht.

Herr/Fräulein
hat die Reifeprüfung bestanden.

Der Prüfungsausschuß hat ihm/ihr auf Grund der
Jahresleistungen und nach dem Ergebnis der Prüfung das

Zeugnis der Reife

zuerkannt und damit die Befähigung zum Studium an
einer Hochschule des Bundesgebietes zugesprochen.
Dieses Zeugnis schließt das Zeugnis des Großen (Klein-
nen) Latinums ein.

, den 19.

(Schulort)

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses:
(Siegel)

Der Leiter der Schule:
(Siegel)

Die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses:

Anmerkung:
Der Prüfung lag die Ordnung vom 19.
(Amtsblatt des 19. Seite)
zugrunde.

Anlage B
(nichtstaatl. Schulen)

Zeugnis der Reife

Herr (Fräulein)
geboren am 19. in

wohnhaft in
(Wohnort der Erziehungsberechtigten)

hat unsere Schule vom bis heute
besucht.

Leistungen

Die Leistungen in den einzelnen Fächern sind wie
folgt beurteilt worden (Stufen: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend):

I. Pflichtfächer

- 10.
- 11.**)
- 12.
- 13.
- 14.
- 15.
- 16.
- 17.
- 18.

II. Wahlfächer oder freie Arbeitsgemeinschaften

- 4.
- 5.
- 6.

Bemerkungen:

*) Leistungsnote beim Eintritt in die letzte Klasse.

**) Leistungsnote beim Eintritt in die vorletzte Klasse.

Herr (Fräulein)

hat die Reifeprüfung bestanden.

Der Prüfungsausschuß hat ihm (ihr) auf Grund der
Jahresleistungen und nach dem Ergebnis der Prüfung das

Zeugnis der Reife

zuerkannt und damit die Befähigung zum Studium an
einer Hochschule des Bundesgebietes zugesprochen.
Dieses Zeugnis schließt das Zeugnis des Großen (Klein-
nen) Latinums ein.

, den 19.

(Schulort)

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses:
(Siegel)

Der Vertreter des Schulträgers:
(Siegel)

Der Leiter der Schule:
(Siegel)

Die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses:

Anmerkung:

Der Prüfung lag die Ordnung vom 19.
(Amtsblatt des 19. Seite)
zugrunde.

Anlage C
(für Fremdenreifeprüfung)

Zeugnis der Reife

Herr/Frau/Fräulein
geb. den zu

wurde durch Verfügung des Herrn Kultusministers des
Landes Schleswig-Holstein zu Kiel vom

zur Prüfung als Nichtschüler(in) zugelassen und dem
unterzeichneten Prüfungsausschuß an der

Schule zu Kiel zur Prüfung nach dem
Lehrplan der Gymnasien für Schleswig-Holstein über-
wiesen.

Prädikate: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend,
mangelhaft, ungenügend.

Deutsch:
Geschichte:
Erdkunde:
Englisch:
Französisch:
Lateinisch:

Mathematik:
Physik:
Chemie:
Biologie:

Er — Sie — hat die Prüfung bestanden.
Der unterzeichnete Prüfungsausschuß hat ihm — ihr —
demnach das

Zeugnis der Reife

zuerkannt und damit die Befähigung zum Studium an
einer Hochschule des Bundesgebietes zugesprochen.

Kiel, den

Der Prüfungsausschuß:

(Siegel
des staatl. Kommissars)

Vorsitzender —
Ministerialrat

(Siegel der Schule)

Oberstudiendirektor
als Anstaltsleiter

Studienrat

Studienrat

Studienrat

Studienrat

Studienrat

Studienrat

Leistungen

Die Leistungen in den einzelnen Fächern sind wie
folgt beurteilt worden: (Stufen: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend)

I. Pflichtfächer

- 10.
- 11.**)
- 12.
- 13.
- 14.
- 15.
- 16.
- 17.
- 18.

II. Wahlfächer oder freie Arbeitsgemeinschaften

- 4.
- 5.
- 6.

Bemerkungen:

*) Leistungsnote beim Eintritt in die letzte Klasse.

**) Leistungsnote beim Eintritt in die vorletzte Klasse.

5. Der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene

Zinszuschüsse aus Bundeshaushaltsmitteln zur Verbilligung der nachstelligen Finanzierung gewerblicher Räume des Mittelstandes bei Baumaßnahmen des sozialen Wohnungsbaues; hier: Richtlinien des Bundes für die Gewährung von Zinszuschüssen.

Erlaß des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene
vom 17. November 1956 — IX/37.21—750/10/56 —.

Von den im Bundeshaushaltsplan 1955 Kapitel 2501
Titel 603 für die Gewährung von Zuschüssen zur
Verbilligung der nachstelligen Finanzierung gewerblicher Räume des Mittelstandes bereitgestellten Mitteln hat der Bundesminister für Wohnungsbau zunächst 2 Millionen DM auf die Länder verteilt. Davon ist für Schleswig-Holstein ein Anteil von 5,13% = 102 600,— DM vorgesehen.

Diese Mittel stehen kassenmäßig bereits für den in den anliegenden Richtlinien des Bundesministers für Wohnungsbau vom 30. November 1955 vorgesehenen Zweck zur Verfügung. Es kann daher ab sofort nach diesen Richtlinien verfahren werden.

Da die Zinszuschüsse nur für die in Verbindung mit Baumaßnahmen des sozialen Wohnungsbaues zu schaffenden gewerblichen u. ä. Räume gewährt werden, bitte ich, die Anträge in Anlehnung an das in den landesrechtlichen Förderungsbestimmungen geregelte Verfahren in den Kreisen von der Kreisverwaltung — Bauamt — in den kreisfreien Städten von der Stadtverwaltung — Bauamt — (in Kiel und Neumünster Abt. Baufinanzierung) zusammen mit dem Antrag auf Gewährung eines Landesdarlehens oder mit dem Antrag auf Übernahme einer Bürgschaft nach den Richtlinien vom 17. Juli 1953 (Amtsbl. Schl.-H. S. 382) für den Wohnungsbau entgegenzunehmen und vorzuprüfen. Die Einschaltung anderer Stellen (Amt für Vertriebene, Wirtschaftsamt usw.) ist zweckmäßig.

Bewilligungsstelle ist die Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen in Schles-

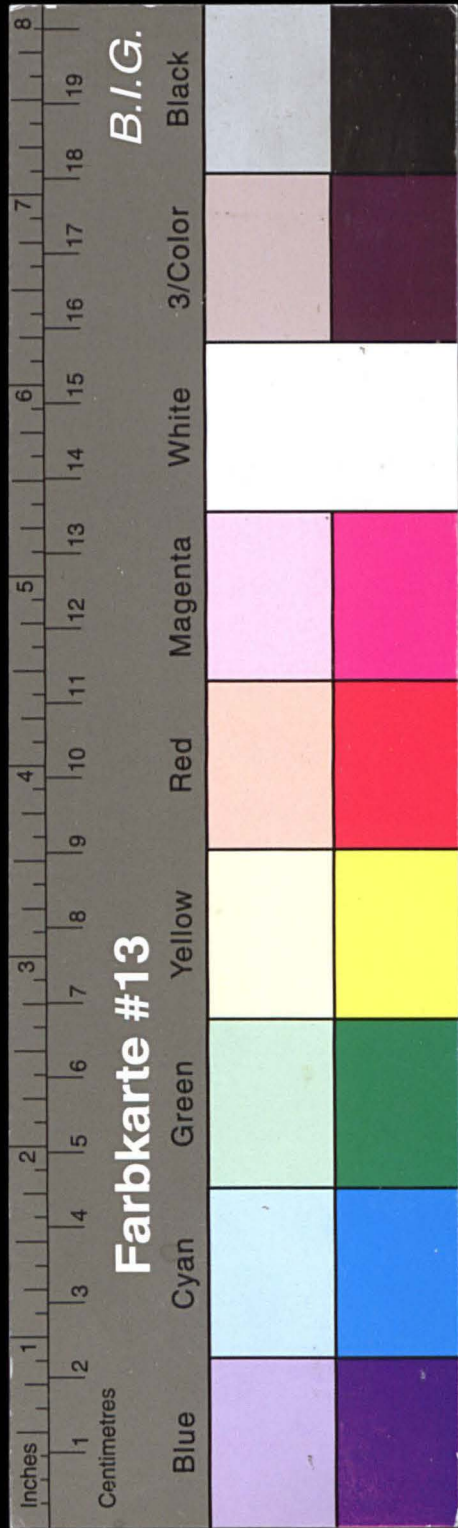
wig-Holstein — Körperschaft des öffentlichen Rechts —, Kiel, Fleethörn 29 bis 31. Ihr ist der vorgeprüfte Antrag auf Gewährung eines Zinszuschusses nach den Bundesrichtlinien vom 30. November 1955 zusammen mit dem entsprechenden Antrag auf Gewährung eines Landesdarlehens nach den Förderungsbestimmungen oder mit dem Antrag auf Übernahme einer Bürgschaft entscheidungsreif vorzulegen.

Dem Antrag auf Gewährung eines Zinszuschusses nach den Bundesrichtlinien vom 30. November 1955 sind folgende Unterlagen (zusätzlich zu den zum Darlehensantrag bzw. zum Antrag auf Übernahme einer Bürgschaft geforderten) beizufügen:

(1) Stellungnahmen der zuständigen Berufsorganisationen (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Ärztekammer usw.) zu folgenden Fragen:

- Ist der Inhaber des künftigen Geschäftsbetriebes zu dessen ordnungsgemäßer Führung in der Lage? (II 1 b der Richtl.).
 - Kann dem Bauherrn nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zugemutet werden, die gesamten Kapitalkosten für die zu errichtenden Gewerberäume zu übernehmen? (II 1 c der Richtl.).
 - Entsprechen die zu schaffenden Gewerberäume nach Größe und Ausstattung denen eines mittelständischen Betriebes? Sollen sie nicht als Filiale oder Zweigbetrieb genutzt werden? (II 2 c der Richtl.).
 - Wird der Betrieb geeignet sein, dem Inhaber eine dauerhafte Existenz zu sichern? (II 2 d der Richtl.).
- (2) Eine Erklärung des Bauherrn, daß für die Finanzierung der Gewerberäume ein Zinszuschuß aus anderen öffentlichen Mitteln nicht in Anspruch genommen wird. (II 1 c der Richtl.).

(3) Eine Erklärung der Kreis- (Stadt-) verwaltung, daß die Belastungen für die Gewerberäume ohne



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

den Zinszuschuß höher sind als die ortsübliche Miete. (II 3 d der Richtl.).

(4) Eine getrennte Wirtschaftlichkeitsberechnung nur für den auf den Gewerberaum entfallenden Teil des Bauvorhabens (Wirtschaftseinheit) gemäß § 3 (5) der Berechnungsverordnung vom 20. November 1950 (Bundesgesetzbl. I S. 753). Aus dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung sollen die anteiligen Werte aus der Wirtschaftseinheit, nämlich

- a) die anteiligen Herstellungskosten,
- b) der Teilfinanzierungsplan,
- c) die anteiligen Aufwendungen und Erträge

für den Gewerberaum ersichtlich sein

Anträgen auf Weiterbewilligung von Zinszuschüssen nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes ist ein Einkommensnachweis beizufügen (III 2 Abs. 3 und 4 der Richtl.).

Der Zinszuschuß nach II 5 der Richtlinien ist für jeweils drei Jahre gleichbleibend nach dem bei der Bewilligung oder Wiederbewilligung bestehenden Darlehen zu berechnen.

Die Bewilligungsstelle erhebt je Bewilligung (Weiterbewilligung) einen einmaligen Bearbeitungs- und Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 1/4% des zinsverbilligten Darlehens, mindestens jedoch 20,— DM im Einzelfall, und behält ihn vom ersten Halbjahreszuschuß ein.

Der Bundesminister für Wohnungsbau hat im Einvernehmen mit den Bundesministern für Wirtschaft und für Finanzen den verbilligungsfähigen Höchstzinssatz nach II 3 b der Richtlinien bis auf weiteres auf einen Nominalzinssatz von 8% mit der Maßgabe festgesetzt, daß die sonstigen Konditionen der nachstelligen Kredite bei Abschluß des Kreditvertrages marktüblich sein müssen. Ebenso wie der Bundesminister für Wohnungsbau und der Bundesrechnungshof haben der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein und der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein das Recht, die Verwendung der Mittel zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Die Zuteilung weiterer Bundesmittel für den in den Richtlinien bestimmten Zweck ist im wesentlichen von der Inanspruchnahme der jetzt bereitgestellten Mittel abhängig. Um die Maßnahme alsbald in Gang zu bringen, erscheint es geboten, Interessenten aus den Kreisen des Mittelstandes beschleunigt zu unterrichten.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 501

Anlage

Richtlinien
für Zuschüsse aus Bundeshaushaltsmitteln zur Verbilligung der nachstelligen Finanzierung gewerblicher Räume des Mittelstandes bei Bau- maßnahmen des sozialen Wohnungsbaues (Rechnungsjahr 1955, Einzelplan 25, Kap. 01, Tit. 603).

I. Verwendungszweck:

Bei Baumaßnahmen des sozialen Wohnungsbaues sind auch gewerblichen oder beruflichen Zwecken dienende Geschäfts- bzw. Praxisräume für selbständige mittelständische Betriebe des Handwerks, des Handels, des sonstigen Gewerbes und für freie Berufe zu errichten, um die Bevölkerung — namentlich in neuen Wohnsied-

lungen — ausreichend zu versorgen und um der volkswirtschaftlichen Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes Rechnung zu tragen.

Inhaber selbständiger mittelständischer Betriebe und Angehörige freier Berufe können dabei in der Weise gefördert werden, daß die Finanzierung ihrer innerhalb eines sozialen Wohnungsbauvorhabens zu errichtenden Geschäfts- bzw. Praxisräume durch Zinszuschüsse aus Bundeshaushaltsmitteln für marktgerecht angebotene, längerfristige nachstellige private Kreditmittel verbilligt wird.

II. Voraussetzungen, Art und Umfang der Förderung

(1) a) Der Inhaber der künftigen Geschäftsräume muß Bauherr der Geschäftsräume und der Wohnungen sein und in den Geschäftsräumen seinen Betrieb errichten. Einem Bauherrn steht gleich, wer

- aa) über ein mit neuerrichteten Wohnungen und Geschäftsräumen bebauten Grundstück oder
- bb) über Eigentumsrechte nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 175) an neuerrichteten Geschäftsräumen und einer neuerrichteten Wohnung innerhalb von sechs Monaten nach Bezugsfertigkeit der Räume einen gerichtlich oder notariell beurkundeten Kaufvertrag abschließt, auf Grund dessen die Übertragung von Eigentum innerhalb einer Frist von längstens drei Jahren verlangt werden kann.

b) Der Inhaber des künftigen Geschäftsbetriebes muß zu dessen ordnungsmäßiger Führung in der Lage sein.

c) Ein Zinszuschuß darf nicht gewährt werden, wenn dem Bauherrn nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zugemutet werden kann, die gesamten Kapitalkosten zu übernehmen, oder wenn ihm bereits aus anderen öffentlichen Mitteln ein Zinszuschuß bewilligt worden ist.

(2) a) Die Geschäftsräume und die Wohnungen sollen auf demselben Baugrundstück errichtet werden; wenn nach der Planung des Bauvorhabens Geschäftsräume und Wohnungen getrennt zu errichten sind, genügt örtlicher Zusammenhang.

b) Das Bauvorhaben muß — abgesehen von den mitzuschaffenden Geschäftsräumen — ein solches des sozialen Wohnungsbaues im Sinne von § 1 des Ersten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1037) sein.

c) Die mit den Wohnungen zu errichtenden Geschäftsräume müssen nach Größe und Ausstattung denen eines mittelständischen Betriebes entsprechen. Filialen oder zweite Geschäftsbetriebe sind von einer Förderung ausgeschlossen.

d) Der Geschäftsbetrieb soll geeignet sein, seinem künftigen Inhaber nach Geschäftszweig, Lage und voraussichtlicher Entwicklung eine dauerhafte wirtschaftliche Existenz zu sichern.

e) Die Gesamtfinanzierung des Bauvorhabens muß gesichert sein.

f) Die bautechnischen Bestimmungen der Richtlinien für den Einsatz der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau müssen in der jeweils geltenden Fassung auch für die Geschäftsräume angewendet werden.

Zu den Voraussetzungen nach den Ziffern 1 b, 1 c 1. Halbsatz, 2 c und 2 d sind die zuständigen Berufsorganisationen (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Ärztekammer usw.) zu hören.

(3) Zinszuschüsse dürfen nur für nachstellige Darlehen gewährt werden, die

- a) von Privaten, Kreditinstituten und sonstigen Kapital-sammelstellen nach dem 1. Dezember 1955 verbindlich zugesagt werden;
- b) den Kreditnehmer unter Berücksichtigung aller Nebenkosten einschließlich eines etwaigen Auszahlungsdisagios ohne den Zuschuß zinsmäßig nicht über die marktübliche Höhe hinaus belasten. Verbilligt werden nur nachstellige Kredite, deren Nominalzinssatz und sonstige Konditionen bei Abschluß des Kreditvertrages marktüblich sind. Der Bundesminister für Wohnungsbau bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Bundesminister der Finanzen den verbilligungsfähigen Höchstzinssatz;
- c) einer erststelligen Hypothek üblicher Höhe folgen,
- d) Zinszuschüsse dürfen ferner nur gewährt werden, wenn und soweit die Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt, daß die Belastung der Geschäftsräume die ortsübliche Miete für vergleichbare Geschäftsräume überschreitet.

(4) Das nachstellige Darlehen darf, soweit es zinsverbilligt wird, zwei Drittel der Gesamtkosten der Geschäftsräume sowie 20 000 DM insgesamt nicht überschreiten.

(5) Der Zins wird jährlich um höchstens 2 v. H. des zuschufähigen Darlehens verbilligt.

III. Verfahren

(1) Der Antrag ist an die vom Lande bestimmte Stelle zu richten. Beizufügen ist eine nach § 4 der Berechnungsverordnung vom 20. November 1950 (Bundesgesetzbl. I S. 753) gegliederte Wirtschaftlichkeitsberechnung über das Gesamtbauvorhaben. Für die Geschäftsräume ist eine gesonderte Wirtschaftlichkeitsberechnung gemäß § 3 Abs. 5 der Berechnungsverordnung aufzustellen, nach der der Zinszuschuß bemessen wird.

(2) Die Bewilligungsstelle erteilt dem Darlehensnehmer auf Antrag für jeweils drei Jahre einen Bewilligungsbescheid über Höhe, Dauer und Bedingungen des Zinszuschusses. Der Zuschuß wird halbjährlich nachträglich an den Darlehensgeber gezahlt.

Wird der Zuschuß wiederholt bewilligt, darf die Gesamtlaufzeit 10 Jahre nicht überschreiten.

Land:

Nachweisung
über die im Quartal des Rechnungsjahres
bewilligten und ausgezahlten Zinszuschüsse
aus Einzelplan 25, Kap. 01, Tit. 603

Schlüsselbetrag: DM (Bundeshaushalt 1955)

Restbetrag¹⁾ zu Beginn des Quartals DM

Bis zum Beginn des Quartals erstmalig bewilligte Zuschüsse (Jahresbetrag) insgesamt DM
Im Quartal erstmals bewilligte Zuschüsse (Jahresbetrag) DM

zusammen: DM

Bis zum Beginn des Quartals ausgezahlt DM
Im Quartal ausgezahlt DM

zusammen: DM

¹⁾ Anm.: Schlüsselbetrag abzüglich der erteilten erstmaligen Bewilligungen.

Bei wiederholter Bewilligung eines Zinszuschusses darf das Jahreseinkommen des Geschäftsinhabers im Sinne des Einkommensteuergesetzes 9000,— DM nicht übersteigen. Zu dem Jahreseinkommen des Geschäftsinhabers ist das einkommensteuerpflichtige Jahreseinkommen seines nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten und seiner Kinder, für die ihm Steuerermäßigung zusteht, hinzuzurechnen.

Der Betrag von 9000,— DM erhöht sich für jede dieser Personen sowie für sonstige zu seinem Haushalt gehörende und von ihm wegen Bedürftigkeit überwiegend unterhaltene Angehörige (§ 10 des Steueranpassungsgesetzes) um 840,— DM.

IV. Abrufverfahren und Verwendungsnachweis

(1) Die Bewirtschaftung der Bundeshaushaltsmittel, die Regelung der Geldversorgung (Betriebsmittel), die Zahlung und die Rechnungslegung obliegt — vorbehaltlich der sich aus der Art der Verteilung ergebenden Besonderheiten — den Ländern gemäß dem Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen betr. Bereitstellung von Bundeshaushaltsmitteln für den sozialen Wohnungsbau vom 13. Juni 1955 (II A/6 — Wo 0170—1/55).

(2) Die Länder teilen dem Bundesminister für Wohnungsbau jeweils spätestens einen Monat nach Abschluß eines Quartals, erstmalig nach dem vierten Quartal des Rechnungsjahres 1955, die Höhe der im abgelaufenen Quartal bewilligten und der in diesem Zeitraum ausgezahlten Zinszuschüsse nach beiliegendem Formblatt I mit.

Zwei Monate nach Abschluß des Rechnungsjahres übersenden die Länder dem Bundesminister für Wohnungsbau Nachweisungen über die Verwendung der Mittel im abgelaufenen Rechnungsjahr nach dem beiliegenden Formblatt II.

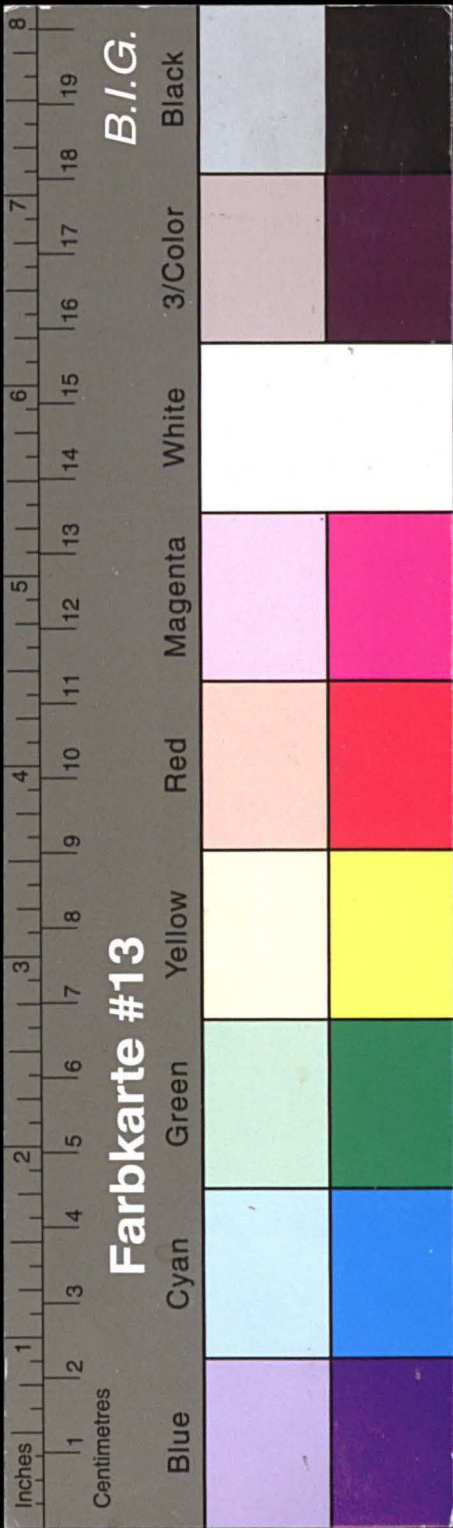
(3) Der Bundesminister für Wohnungsbau ist berechtigt, die Verwendung der Mittel selbst zu prüfen oder durch einen Beauftragten prüfen zu lassen. Die gleichen Rechte stehen dem Bundesrechnungshof zu. Die Länder sind verpflichtet, bei der Weitergabe der Mittel diese Rechte des Bundesministers für Wohnungsbau und des Bundesrechnungshofes auch gegenüber den Darlehensnehmern und den Darlehensgebern auszubedingen.

Bad Godesberg, den 30. November 1955

Dr. Preusker

Formblatt I

47



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Land:

Formblatt II

Nachweisung
über die Verwendung der Mittel aus Einzelplan 25, Kap. 01, Tit. 603
für das Rechnungsjahr 195.....

Schlüsselbetrag: DM (Bundeshaushalt 1955)

Restbetrag¹⁾ zu Beginn des Rechnungsjahres DM

	insgesamt	davon an:			
		Handel	Handwerk	Gewerbe	freie Berufe
1. Anzahl der Zuschüsse					
a) erstmals bewilligte					
b) weiter bewilligte					
c) in den Vorjahren bewilligte (noch abzuwickelnde)					
2. Gesamtbetrag der bewilligten Zuschüsse (Jahresbetrag)					
a) erstmals bewilligte					
b) weiter bewilligte					

	in DM	Rechnungsjahr			
		195....	195....	195....	195....
3. Ausgezahlt im lfd. Rechnungsjahr					
4. Voraussichtlich fällig werdende Zuschußbeträge					
in DM					

1) Anm.: Aus den Haushaltsmitteln des vergangenen Rechnungsjahres nicht in Anspruch genommener Betrag.

	insgesamt	Durchschnitt je Betrieb
5. a) Betrag der erstmals bewilligten Zuschüsse (Jahresbetrag) in DM		
5. b) 2) Gesamtkosten der geförderten Gewerberäume in DM		
5. c) 2) Betrag der bezuschußten nachstelligen Darlehen (vgl. Ziffer 4 der Richtlinien) . . . in DM		

Die Zuschüsse sind gemäß den „Richtlinien“ (GMBL.)

von bewilligt und ausbezahlt worden.

2) Anm.: Nur für erstmalige Bewilligungen (Ziff. 5a).

**Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;
hier: Bauartanerkennungen.**

Erlaß des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene vom 20. November 1956 — IX/22/I Az. II 28 sp. —

Den nachstehend abgedruckten, vom Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten, beschlossenen Bauartanerkennungen vom 4. September 1956 — MVA 258/56 — bzw. — MVA 311/56 — und vom 5. September 1956 — MVA 266/56 — bzw. — MVA

312/56 — hat der Bundesminister für Arbeit mit Erlaß vom 26. September 1956 — IIIc/4868/56 — zugestimmt. Die Bauartanerkennungen sind im Bundesarbeitsblatt — Fachteil Arbeitsschutz — Nr. 10 S. 220 veröffentlicht und damit rechtskräftig geworden. Die Aufsichtsbehörden werden gebeten, die Verwendung dieser Geräte unter Beachtung der angegebenen Bedingungen nicht zu beanstanden.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 504

Anl. 1-4

Anlage 1

Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten
Tgb.Nr. MVA 258/56

Hannover, den 4. September 1956
Leinstraße 29
Fernruf: 1 65 71

An die Herren Arbeitsminister (Senatoren)
der Länder des Bundesgebietes
durch die Hand des Herrn Bundesministers
für Arbeit, Bonn

Betr.: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;
hier: Gasdichte Peil- und Probeentnahmevorrichtung Typ „PROTEGO“ VP/G.

Die Firma Braunschweiger Flammenfilter, Leinemann & Co., Braunschweig, Frankfurter Straße 182, hat beantragt, die gasdichte Peil- und Probeentnahmevorrichtung Typ „PROTEGO“ VP/G als Durchschlagsicherung an Tankanlagen im Sinne des Abschnittes II A Ziff. 2 g und des Abschnittes II A Ziff. 3 e der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten anzuerkennen.

Diesem Antrag wird auf Grund des Prüfberichts der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig vom 3. Juli 1956 — III B/S - 123 — unter folgenden Bedingungen entsprochen:

1. Bauart, Werkstoffe, Abmessungen sowie Anzahl der Schrauben und ihre Sicherung müssen der zu dem Prüfbericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig gehörenden beglaubigten Zeichnung Nr. P-5140 vom 28. Juni 1956 entsprechen. Sämtliche Teile müssen aus fehlerfreiem Werkstoff hergestellt sein; die Schweißungen sind sorgfältig und fehlerfrei auszuführen und dürfen nicht nachbearbeitet werden.
2. Die gasdichte Peil- und Probeentnahmevorrichtung muß auch im übrigen den Angaben der unter 1. angegebenen Zeichnung entsprechen.
3. Jede einzelne Peil- und Probeentnahmevorrichtung ist vom Herstellerwerk einer Stückprüfung zu unterziehen und mit dem Firmenzeichen des Herstellers sowie mit der Typenbezeichnung zu versehen. Mit dieser Kennzeichnung übernimmt der Hersteller die Gewähr, daß das Gerät der anerkannten Ausführung entspricht.
4. Die Peil- und Probeentnahmevorrichtung ist auf dem Peilrohrstutzen fest zu montieren. Die wechselweise Verwendung desselben Gerätes für mehrere Peilstutzen ist nur zulässig, wenn das zugehörige Peilrohr auf Flammendurchschlagsicherheit geprüft und zugelassen ist.

Anlage 2

Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten
Tgb.Nr. MVA 311/56

Hannover, den 4. September 1956
Leinstraße 29

An die Herren Arbeitsminister (Senatoren)
der Länder des Bundesgebietes
durch die Hand des Herrn Bundesministers
für Arbeit, Bonn

Betr.: Kleinzapfstelle Typ „Rolli Y/5“ und „Rolli Y/6“.

Die Firma Armaturenfabrik Ernst Horn, Flensburg, Munketoft 42, hat beantragt, für die vom Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten am 5. Dezember 1955 — MVA 313/55 — vgl. Bundesarbeitsblatt, Fachteil Arbeitsschutz 1956 Nr. 3 — anerkannten Kleinzapfstellen Typ „Rolli Y/5“ und Typ „Rolli Y/6“ Behälter nach Zeichnung W 6194 a vom 7. Juli 1956 verwenden zu dürfen.

Diesem Antrag wird hierdurch auf Grund der Beurteilung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig vom 15. August 1956 — PTB Nr. III B/S 126 — entsprochen.

Anlage 3

Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten
Tgb.Nr. MVA 266/56

Hannover, den 5. September 1956
Leinstraße 29
Fernruf: 1 65 71
(NdS.SozMin.)

An die Herren Arbeitsminister (Senatoren)
der Länder des Bundesgebietes
durch die Hand des Herrn Bundesministers
für Arbeit, Bonn

Betr.: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;
hier Detonationssicherungen.

Die Firma Degendorfer Werft und Eisenbau GmbH, Degendorf, hat beantragt, die Flüssigkeitsverschlüsse

DWE 150
DWE 100
DWE 80
DWE 65
DWE 50

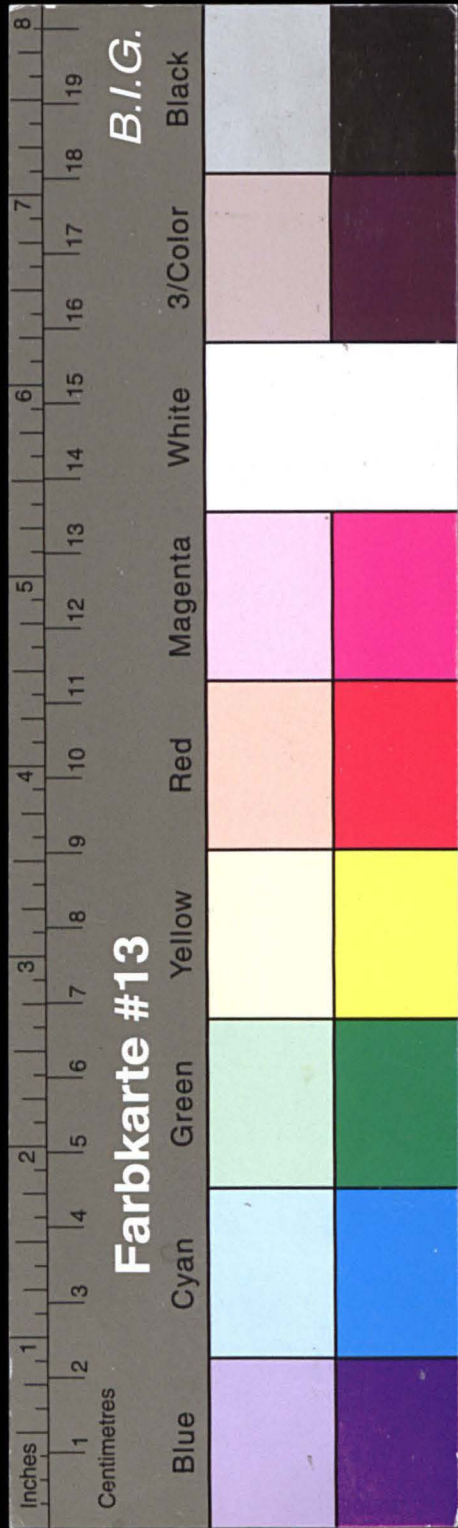
als Detonationssicherungen an Tankanlagen im Sinne des Abschnittes II A Ziff. 2 g und des Abschnittes II A Ziff. 3 e der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten anzuerkennen.

Diesem Antrag wird auf Grund der Prüfberichte der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig — PTB Nr. III B/S 118 bis 122 vom 4. Juli 1956 unter folgenden Bedingungen entsprochen:

1. Bauart, Werkstoffe, Abmessungen und Passungen sowie Anzahl der Schrauben und ihre Sicherung müssen den zu den Prüfberichten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig gehörenden beglaubigten folgenden Zeichnungen entsprechen:
Verschluß DWE 150 Zeichnung M - 13 930
Verschluß DWE 100 Zeichnung M - 13 929
Verschluß DWE 80 Zeichnung M - 13 926
Verschluß DWE 65 Zeichnung M - 13 917
Verschluß DWE 50 Zeichnung M - 13 931.

Sämtliche Teile müssen aus fehlerfreiem Material hergestellt sein.

2. Die Diffusionsverschlüsse müssen auch im übrigen den Angaben der unter 1 genannten Zeichnungen entsprechen.
3. Die Schweißungen sind sorgfältig und fehlerfrei durchzuführen und dürfen nicht nachbearbeitet werden.
4. Jeder einzelne Verschluß ist vom Herstellerwerk einer Stückprüfung zu unterziehen und mit dem Firmenzeichen des Herstellers sowie mit der Typenbezeichnung zu versehen. Mit dieser Kennzeichnung übernimmt der Hersteller die Gewähr, daß der Verschluß der anerkannten Ausführung entspricht.
5. Der Verschluß DWE 150 ist vom Herstellerwerk mit einem Überdruck von 60 kg/cm² zu prüfen. Bei den übrigen obengenannten Verschlüssen beträgt der Prüfdruck 50 kg/cm².
6. An die verschiedenen Typen des Flüssigkeitsverschlusses dürfen jeweils nur Rohre der folgenden Nennweiten angeschlossen werden:
Verschluß DWE 150 Nennweite bis 150 mm
Verschluß DWE 100 Nennweite bis 100 mm
Verschluß DWE 80 Nennweite bis 80 mm
Verschluß DWE 65 Nennweite bis 65 mm
Verschluß DWE 50 Nennweite bis 50 mm.
7. Die Flüssigkeitsverschlüsse sind innerhalb des Tankes lotrecht einzubauen.
8. Das Auslaufrohr ist so weit herabzuführen, daß es ca. 20 mm über dem Tankboden endet.
9. Vor Inbetriebnahme der Anlagen ist der Flüssigkeitsverschluß mit der zu lagernden Flüssigkeit zu füllen. Es ist dafür zu sorgen, daß die Sicherung



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

stets gefüllt bleibt. Hierauf ist besonders bei Neuanlagen und bei Anlagen, die während längerer Zeit außer Betrieb stehen, zu achten. Bei in Betrieb befindlichen Anlagen ist diese Forderung durch das Durchströmen von Kraftstoff erfüllt.

Anlage 4

Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten
Tgb.Nr. MVA 312/56

Hannover, den 5. September 1956
Leinstraße 29
Fernruf: 1 65 71
(Nds.SozMin.)

An die Länder des Bundesgebietes
zuständige Minister (Senatoren)
für die Lagerung und Beförderung
von brennbaren Flüssigkeiten
und den Herrn Senator für Arbeit in Berlin
durch die Hand des Herrn Bundesministers
für Arbeit, Bonn

Betr.: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;
hier: Aufsetztanks bis 1500 l Inhalt.

Die Firma Tank- und Apparatebau Schwietert & Co. KG, Vellern über Beckum, hat die Anerkennung von Aufsetztanks der in den Unterlagen (vgl. Ziff. 2 und 3) festgelegten Bauart zur Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten der Gefährklasse A I beantragt.

In sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Abschnitts II B „Grundsätze für Tankwagen“ der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten bestehen gegen die Verwendung der Aufsetztanks zur Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten der Gefährklasse A I in der durch die Zeichnung Nr. T 1220/3 gekennzeichneten Ausführung vom sicherheitstechnischen Standpunkt keine Bedenken, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind, die vom Hersteller und Benutzer zu beachten sind:

- Für Bau, Ausrüstung und Betrieb der Tanks, ferner für die Abnahmeprüfung und die regelmäßigen Untersuchungen sind die Vorschriften der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten und der zugehörigen Grundsätze für die Durchführung dieser Verordnung maßgebend. Der § 7 Abs. 9 dieser Polizeiverordnung gilt für die Zulassung der Straßentankwagen dieser Art sinngemäß. Danach muß das Kraftfahrzeug mit aufgesetztem Tank von dem für den Standort des Fahrzeuges zuständigen amtlichen Sachverständigen der Abnahmeprüfung unterzogen werden.
- Aufbau und Abmessungen der Tanks und ihres Unterbaues müssen der von der Firma Tank- und Apparatebau Schwietert & Co. eingereichten Zeichnung Nr. T 1220/3 entsprechen.
- Die Tanks dürfen nur auf geeigneten, für diesen Zweck zugelassenen Straßenfahrzeugen, die mit Vorrichtungen zur einwandfreien Befestigung des Tanks während des Transportes und mit der im Abschnitt B 2 der „Grundsätze für Tankwagen“ vorgeschriebenen Feuerschutzwand ausgerüstet sind, befördert werden. In keinem Fall dürfen Teile der Tanks, ihre Armaturen, Leitungen und sonstigen Einrichtungen über den Fahrzeugumriß hinausragen.
- Durch eine amtliche Kraftfahrzeugprüfstelle ist
 - die ausreichende Verkehrssicherheit der verwendeten Fahrzeugbauarten in beladenem Zustande hinsichtlich der Kippgefahr nachzuweisen,
 - die Art der Befestigung der Tanks auf dem Fahrzeug für die Fahrzeugbauart oder das einzelne Fahrzeug nachzuprüfen und als genügend sicher zu bescheinigen.
- Die Tanks dürfen in der Regel nur auf Lagerhöfen auf den für diesen Zweck bestimmten Rampen oder Abstelleneinrichtungen und nur in entleertem Zustand

abgestellt werden. Die betriebsmäßige Beförderung der Tanks mittels Kran in gefülltem oder entleertem Zustand ist verboten.

- Der Hersteller hat jedem Käufer eines Tanks eine Abschrift dieses Schreibens auszuhändigen. Dabei ist auf die notwendige Zulassung und Abnahmeprüfung gemäß Ziff. 1 Abs. 2 besonders hinzuweisen sowie darauf, daß die Benutzung des Tanks nur unter Beachtung der vorstehenden Bedingungen zulässig ist.

Der jederzeitige Widerruf dieser Unbedenklichkeitsklärung oder die Änderung der Bedingungen bleibt vorbehalten, falls sich Aufsetztanks der vorliegenden Bauart im praktischen Betrieb sicherheitstechnisch als bedenklich erweisen. Der Widerruf kann sich in diesem Falle auch auf die im Betrieb befindlichen Tanks erstrecken.

Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten; hier: Bauartanerkennungen.

Erlaß des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene vom 20. November 1956 — IX/22/I Az. II 28 sp. —.

Den nachstehend abgedruckten, vom Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten, beschlossenen Bauartanerkennungen vom 20. September 1956 — Tgb.Nr. MVA 317/56 — und — Tgb.Nr. MVA 326/56 — hat der Bundesminister für Arbeit mit Erlaß vom 2. Oktober 1956 — IIIc/5070/56 — zugestimmt. Die Bauartanerkennungen sind im Bundesarbeitsblatt — Facheil Arbeitsschutz — Nr. 10 S. 221 veröffentlicht und damit rechtskräftig geworden. Die Aufsichtsbehörden werden gebeten, die Verwendung dieser Geräte unter Beachtung der angegebenen Bedingungen nicht zu beanstanden.

Amtsbl. Schl.-H. 1956 S. 506

Anlage 1

Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten
Tgb.Nr. MVA 317/56

Hannover, den 20. September 1956
Leinstr. 29

An die Herren Arbeitsminister (Senatoren)
der Länder des Bundesgebietes
durch die Hand des Herrn Bundesministers für
Arbeit, Bonn

Betr.: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;
hier: Gasdichte Seildurchführung.

Die Firma Nordwestdeutsche Bau- und Montage GmbH in Neumünster/Holstein hat beantragt, die gasdichte Seildurchführung Typ „NWBM 180“ als Flammendurchschlagsicherung an Tankanlagen im Sinne des Abschnittes II A Ziff. 2 g und des Abschnittes II A Ziff. 3 e der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten anzuerkennen.

Diesem Antrag wird auf Grund des Prüfberichts der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig vom 20. August 1956 — III B/S 127 — unter folgenden Bedingungen entsprochen:

- Bauart, Werkstoffe, Abmessungen sowie Anzahl der Schrauben und ihre Sicherung müssen den zu dem Prüfbericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig gehörenden beglaubigten Zeichnungen
Nr. AB—3209/1 v. 11. 6. 1956,
Nr. AB—3208 v. 28. 12. 1954,
Nr. AB—3362 v. 28. 5. 1956 sowie
Stückliste zu Zeichnung Nr. AB 3208
vom 28. 12. 1954

entsprechen. Sämtliche Teile müssen aus fehlerfreiem Werkstoff hergestellt sein; die Schweißungen sind sorgfältig und fehlerfrei auszuführen.

- Die gasdichte Seildurchführung muß auch im übrigen den Angaben der unter 1 angegebenen Zeichnungen entsprechen.
- Jede einzelne Seildurchführung ist vom Herstellerwerk einer Stückprüfung zu unterziehen und mit dem Firmenzeichen des Herstellers sowie mit der Typenbezeichnung zu versehen. Mit dieser Kennzeichnung übernimmt der Hersteller die Gewähr, daß das Gerät der anerkannten Ausführung entspricht.
- Die Bearbeitung der Oberflächen, zu denen Dichtungen gehören, muß mindestens dem Gütegrad w gemäß DIN 140 entsprechen.
- Die Dichtung für die Stopfbuchse muß stets einwandfrei sein. Die Doppelmutter zum Nachspannen der Packung ist in angemessenen Zeitabständen nachzuziehen.

Anlage 2

Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten
Tgb.Nr. MVA 326/56

Hannover, den 20. September 1956
Leinstr. 29

An die Herren Arbeitsminister (Senatoren)
der Länder des Bundesgebietes
durch die Hand des Herrn Bundesministers für
Arbeit, Bonn

Betr.: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;
hier: Detonationssicherungen.

Die Firma Braunschweiger Flammenfilter, Schwertner & Leinemann, Braunschweig, Frankfurter Str. 182,

hat beantragt, die Detonationssicherung

„PROTEGO“ DR/E 200

als Detonationssicherung an Tankanlagen im Sinne des Abschnittes II a Ziff. 2 g und des Abschnittes II A Ziff. 3 e der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten anzuerkennen.

Dem Antrag wird auf Grund des Prüfberichts der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig vom 30. August 1956 — III B/S — 128 — unter folgenden Bedingungen entsprochen:

- Bauart, Werkstoffe, Abmessungen und Passungen sowie Anzahl der Schrauben und ihre Sicherung müssen der zu den Prüfberichten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig gehörenden beglaubigten Zeichnung Nr. P—5555 entsprechen. Sämtliche Teile müssen aus fehlerfreiem Werkstoff hergestellt sein.
- Die Sicherung muß auch im übrigen den Angaben der unter 1 angegebenen Zeichnung entsprechen.
- Die Schweißungen sind sorgfältig und fehlerfrei auszuführen.
- Jede Sicherung „PROTEGO“ DR/E 200 ist mit einem Prüfdruck von 60 kg/cm² auf Dichtigkeit und Festigkeit zu prüfen.
- An die Sicherung „PROTEGO“ DR/E 200 dürfen nur Rohre bis zu 200 mm Nennweite angeschlossen werden.
- Jede einzelne Sicherung ist vom Herstellerwerk einer Stückprüfung zu unterziehen und mit dem Firmenzeichen des Herstellers sowie mit der Typenbezeichnung zu versehen. Mit dieser Kennzeichnung übernimmt der Hersteller die Gewähr, daß die Sicherung der anerkannten Ausführung entspricht.

Teil C

Stellenausschreibungen

Bei der Kataster- und Vermessungsverwaltung sind mehrere Stellen für

Vermessungsinspektor-Anwärter
mit Fachschulabsolventen (Ing. für Vermessungstechnik) zu besetzen.

Die Ausbildung dauert 2½ Jahre und schließt mit der Prüfung für den gehobenen vermessungstechnischen Dienst ab.

Nach erfolgreicher Ausbildung ist die Übernahme in das außerplanmäßige Beamtenverhältnis vorgesehen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild sind an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, Landeshaus, zu richten.

Kiel, den 23. November 1956

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

Bei dem Strafgefängnis und der Jugendstrafanstalt in Neumünster ist die Stelle eines

Regierungsmedizinischen Rats
(BesGr. A 2 c 2) zu besetzen.

Bewerber müssen in der inneren Medizin, in der kleinen Chirurgie und psychiatrisch erfahren sein und die staatsärztliche Prüfung abgelegt haben oder zur Ablegung bereit sein.

Wegen der weiteren Einzelheiten verweise ich auf meine AV. vom 20. November 1951 — SchlHA. S. 173 —.

Kiel, den 27. November 1956

Der Justizminister
des Landes Schleswig-Holstein

Das Amt Jevenstedt, Kreis Rendsburg, sucht für den 1. Januar 1957 einen

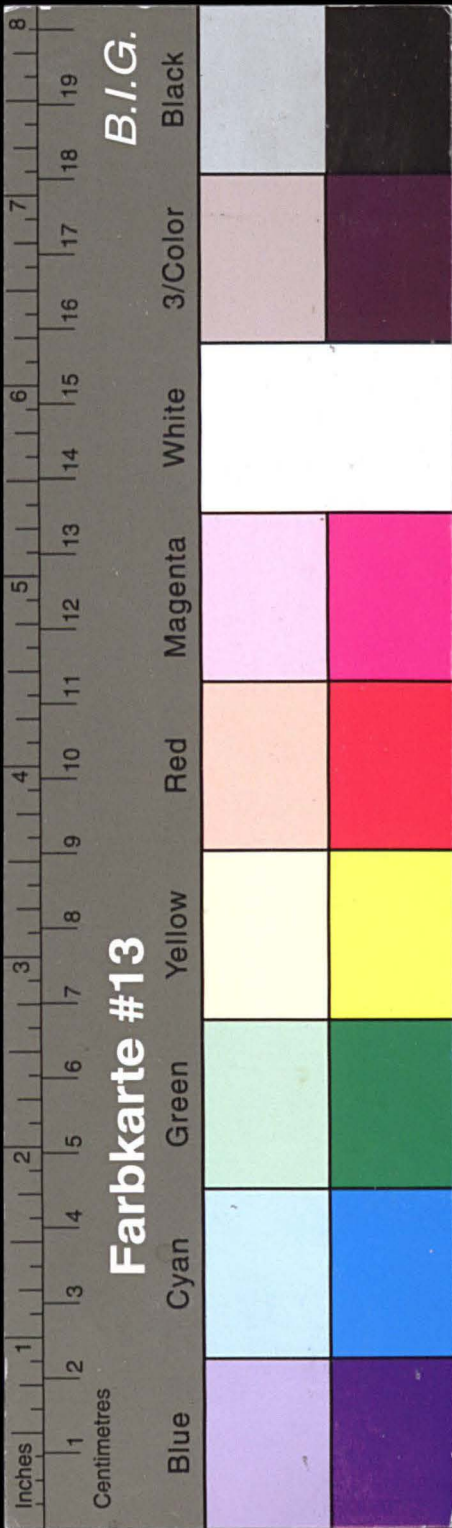
Kassenleiter.

Vergütung erfolgt nach VergGr. TO. A VII mit Aufsteckmöglichkeit nach VI b. Erste Verwaltungsprüfung Bedingung. Probezeit drei Monate.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an das Amt Jevenstedt zu richten.

Jevenstedt/R., den 25. November 1956

Der Amtmann



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Bei der Stadtverwaltung Lauenburg/Elbe ist sofort die Stelle eines
Verwaltungsangestellten
zu besetzen.

Der Bewerber soll möglichst die I. Verwaltungsprüfung abgelegt haben und über gute und gründliche Kenntnisse und Erfahrungen im Kassen- und Rechnungswesen verfügen. 131er haben bei gleicher Eignung den Vorzug. Besoldung erfolgt nach Gruppe VII TO. A.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild sind umgehend an den Magistrat der Stadt Lauenburg einzureichen.

Lauenburg/Elbe, den 26. November 1956

Der Bürgermeister

Beim Amt Osterhever, Kreis Eiderstedt, ist die Stelle des

Amtskassenleiters

zum 1. April 1957 neu zu besetzen.

Gefordert werden gründliche Erfahrungen im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. Die I. Verwaltungsprüfung ist erwünscht. Die Vergütung erfolgt nach TO. A VIII bzw. TO. A VII.

Bewerbungsgesuche mit den erforderlichen Unterlagen sind bis zum 20. Dezember 1956 an die Amtsverwaltung Osterhever, (24b) Osterhever/Eiderstedt, einzureichen.

Osterhever, den 30. November 1956

Amt Osterhever

Der Amtmann

INHALT	
Teil A. Personalmeldungen —	
Teil B. Anordnungen, Erlasse, Bekanntmachungen und Rundschreiben	
1. Der Innenminister	
a) Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg (S. 443)	
b) Sammlung des Deutschen Roten Kreuzes (S. 443)	
c) Veröffentlichung von gemeindlichen Abgabenordnungen und sonstigen Satzungen (S. 443)	
d) Enteignungsverfahren; Anordnung zur Duldung von Vorarbeiten für den Ausbau einer Straßenverbindung zwischen Neumünster und Heide (S. 444)	
2. Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
Erlaubnis zur Nutzung eines Muschelkulturbereiches im Wattenmeer (S. 444)	
3. Der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene	
Familienheimbau für junge Familien (S. 445)	
Teil C. Stellenausschreibungen (S. 446)	
Mitteilung der Schriftleitung (S. 446)	
Beilage: Amtlicher Anzeiger Nr. 36 (AAz.)	

Teil B Anordnungen, Erlasse, Bekanntmachungen und Rundschreiben 1. Der Innenminister

Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg.

Bekanntmachung des Innenministers
vom 31. August 1959 — I 21 c — 7206 — Kons. —
Bezug: Meine Bekanntmachung vom 9. November 1955
(Amtsbl. Schl.-H. S. 427).

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg ernannten Herrn Edwin T. Bailay am 14. August 1959 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen östlich der Weser mit Ausnahme der Kreise Wesermünde, Bremervörde, Osterholz, Rotenburg und Verden.

Amtsbl. Schl.-H. 1959 S. 443

Sammlung des Deutschen Roten Kreuzes.

Runderlaß des Innenministers vom 31. August 1959
— I 23 a — 8020 — 45/59 —.

An alle Ordnungsbehörden und Polizeidienststellen

Ich habe dem Deutschen Roten Kreuz — Generalsekretariat —, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 71, die

Genehmigung zur Durchführung einer öffentlichen Geld- und Sachspendensammlung in Schleswig-Holstein für die Zeit vom 7. bis 30. September 1959 erteilt. Die Genehmigung hält sich im Rahmen der Richtlinien für das Sammlungswesen vom 18. Dezember 1956 (Amtsbl. Schl.-H. S. 531).

Ich bitte, die Sammlung zu beaufsichtigen.

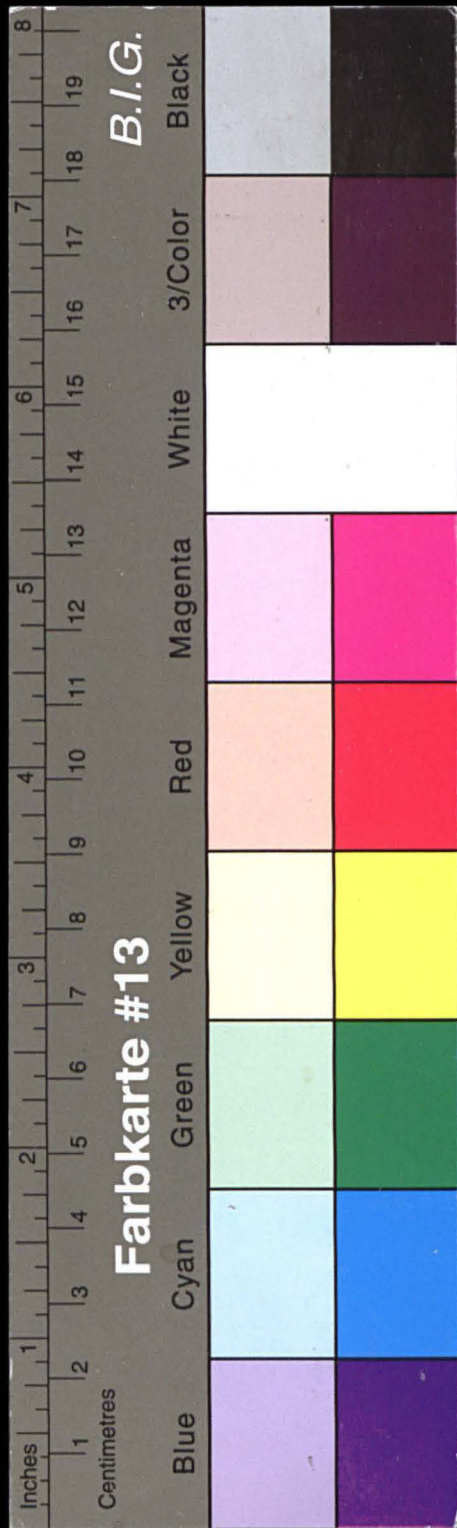
Amtsbl. Schl.-H. 1959 S. 443

Veröffentlichung von gemeindlichen Abgabenordnungen und sonstigen Satzungen.

Runderlaß des Innenministers vom 22. August 1959
— I 32 a — 5023 —.

An alle Gemeinden und Ämter
nachrichtlich
an die Herren Landräte
als Kommunalaufsichtsbehörden

Mit Runderlaß vom 19. Mai 1958 (Amtsbl. Schl.-H. S. 267) habe ich auf die bei der Veröffentlichung von gemeindlichen Satzungen pp. zu beachtenden gesetzlichen Vorschriften erläuternd hingewiesen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Das LVG Schleswig hat dazu im Urteil vom 23. Februar 1959 — 4 K 296/57 — festgestellt, daß auch die Veröffentlichung der Offenlegung von Beitragsplänen und Kostennachweisen gemäß § 9 Abs. 3 KAG den o. a. Vorschriften unterliegt. Die in § 9 Abs. 3 Satz 1 und 2 KAG vorgesehene Bekanntmachung der Offenlegung nur in „ortsüblicher Weise“ widerspricht dem § 4 Abs. 2 Satz 1 GO (i. Verb. mit § 1 der Ersten Durchführungsverordnung zur GO) und ist somit gemäß § 135 Abs. 1 b GO außer Kraft getreten. Dagegen ist die Bestimmung des § 9 Abs. 3 Satz 3, wonach bei Veranstaltungen, die nur einzelne Grundeigentümer und Gewerbetreibende betreffen, an Stelle der Bekanntmachung eine Mitteilung an die Beteiligten genügt, nach wie vor anzuwenden, weil ein solches Verfahren in diesem Falle in vollem Umfange den Zweck der öffentlichen Bekanntmachung erfüllt.

Das LVG hat in der o. a. Entscheidung weiter zu der Frage der nach § 1 Abs. 5 der Ersten Durchführungsverordnung zur GO zulässigen vereinfachten Veröffentlichung Stellung genommen. Wenn hier für bestimmte Angelegenheiten eine vereinfachte Form der öffentlichen Bekanntmachung zugelassen wird, so müssen die Fälle, für die eine vereinfachte Form der Bekanntmachung gelten soll, im einzelnen genau bestimmt sein. Für die Auswahl der vereinfacht zu veröffentlichenden Satzungen ist ihre Bedeutung für die Öffentlichkeit maßgebend. Die vereinfachte Form kommt somit nur für solche Satzungen in Betracht, die für einen weiteren Kreis der Einwohnerschaft kein besonderes Interesse haben; sie stellt eine Ausnahmeform der öffentlichen Bekanntmachung dar.

Ebenso widerspricht nach der Feststellung des LVG eine Satzungsbestimmung, wonach Veröffentlichungen in weiteren Fällen und in weiteren Tageszeitungen dem Magistrat überlassen werden, sowohl der Vorschrift des § 1 Abs. 4 b der Ersten Durchführungsverordnung, der ausdrücklich der Gemeindevertretung die Bestimmung der Ta-

geszeitungen übertragen hat, als auch dem § 28 f. GO, wonach der Erlaß von Satzungen, zu dem auch die Festlegung der Form der Veröffentlichung gehört, von der Gemeindevertretung nicht übertragen werden kann.

Ich bitte, die auf Grund des § 1 Abs. 5 der Ersten Durchführungsverordnung zur GO erlassenen Satzungen hiernach zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechend zu ändern.

Amtsbl. Schl.-H. 1959 S. 443

Enteignungsverfahren; Anordnung zur Duldung von Vorarbeiten für den Ausbau einer Straßenverbindung zwischen Neumünster und Heide (zwischen Baukilometer 19.020 — 21.290).

Bekanntmachung des Innenministers vom 29. August 1959 — I 71 a — E — 12/59 —.

Der Landkreis Rendsburg (Kreisbauamt) beabsichtigt, in Kürze mit den notwendigen Vorbereitungen für die Planung einer neuen Straßenverbindung zwischen Neumünster und Heide im Bauabschnitt zwischen Baukilometer 19.020 — 21.290 zu beginnen. Gemäß § 5 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (Preuß. GS. S. 221) wird hiermit angeordnet, daß jeder Besitzer der in diesem Bauabschnitt von dem geplanten Straßenbau betroffenen Grundstücke verpflichtet ist, die zur Planung notwendigen Vermessungen, Bodenuntersuchungen sowie sonstige für diese Zwecke erforderlichen Vorarbeiten auf seinen Grundstücken zu dulden. Zum Betreten von Gebäuden und eingefriedeten Hof- und Gartenräumen bedarf der Unternehmer, soweit der Besitzer seine Einwilligung dazu nicht ausdrücklich erteilt, in jedem einzelnen Fall einer besonderen Erlaubnis der örtlich zuständigen Ordnungsbehörde. Die Zerstörung von Baulichkeiten jeder Art sowie das Fällen von Bäumen ist nur mit meiner besonderen Erlaubnis zulässig.

Amtsbl. Schl.-H. 1959 S. 444

2. Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Erlaubnis zur Nutzung eines Muschelkulturbezirkes im Wattenmeer.

Bekanntmachung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 22. Juni 1959 — III 451 a/I.01.02—14 a —.

Nach § 6 des Gesetzes zum Schutze der Muschelfischerei vom 25. August 1953 (GVBl. Schl.-H. S. 111) erlaube ich dem Fischer Friedrich Rönnebeck in Munkmarsch/Sylt, in dem im § 1 der Verordnung über Muschelkulturbezirke vom 8. September 1954 (GVBl. Schl.-H. S. 148) bezeichneten Kulturbezirk II

„Im Pandertief
nördlich des Hindenburgdammes“
Muschelkulturbänke anzulegen und zu nutzen.

Diese Erlaubnis wird an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die Erlaubnis gilt bis zum 31. März 1964.
2. In dem Muschelkulturbezirk müssen bis zum 31. Oktober 1959 Muschelkulturbänke angelegt werden.

Die ersten Änderungen der Mustersatzungen A und B für kommunale Sparkassen in Hessen

Von Verbandssyndikus Dr. jur. Helmut Schlierbach, Frankfurt am Main

Das vor fünf Jahren in Hessen in Kraft getretene, überwiegend anerkennend, wegen der Möglichkeit, zwischen zwei Sparkassenmustersatzungen wählen zu können, aber auch kritisch¹⁾ beurteilte Sparkassenrecht hat seine ersten nennenswerten satzungsrechtlichen Änderungen erfahren. Während in den Sparkassengesetzen anderer Länder nach 1955 zum Teil nur die Organzweiterung zugelassen wurde²⁾, hat der hessische Gesetzgeber dem Gewährträger die uneingeschränkte Wahlmöglichkeit zwischen der Mustersatzung für Sparkassen mit zwei Organen (MuSa A) und der für Sparkassen mit einem Organ (MuSa B) gelassen³⁾. Am 4. Juni 1960 wurden durch Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 12. Mai 1960⁴⁾ 18 Änderungen dieser Mustersatzungen A und B bekanntgegeben. Die verhältnismäßig kurze Zeitspanne seit 1955 könnte vielleicht den Gedanken aufkommen lassen, es handle sich mehr oder weniger um Richtigstellungen der bisherigen Mustersatzungen. Dies ist nicht der Fall. Die Änderungen sind primär — jedenfalls sollen sie es sein — eine sachliche Weiterentwicklung des Sparkassenrechts, gestützt auf Erfahrungen aus den vergangenen Jahren. Sie sind das Ergebnis von Einzelvorschlägen⁵⁾, die Ende 1959 der Hessische Sparkassen- und Giroverband auf Anregung der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde gemacht hatte, und anschließender erprobter Zusammenarbeit in einem Arbeitskreis der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde, dem Vertreter des Innenministeriums, des Justizministeriums und der Sparkassenorganisation (Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Hessischer Sparkassen- und Giroverband) angehörten. Im einzelnen erstrecken sich die sachlichen Änderungen sowohl auf die Sparkassengeschäfte als auch auf die Verfassung und Verwaltung, zum Teil dienen sie rechtlicher Klarstellung. Im folgenden sollen in der Reihenfolge der Paragraphen nicht nur die tatsächlich erfolgten Änderungen, sondern auch einige Vorschläge erläutert werden, die — z. T. entgegen der neueren Meinung in anderen Bundesländern — letztlich zu keiner Änderung geführt haben.

1. Kündigungsspareinlagen

Die erste Änderung der Hessischen Mustersatzungen steht mit einer sowohl sparkassenrechtlich als auch sparkassenpolitisch oft erörterten Frage in Zusammenhang: Zu welchem Zeitpunkt sind die Zinsen bei Kündigungsspareinlagen herabzusetzen, wenn auf Anordnung der Bankenaufsichtsbehörde der Zinssatz gesenkt werden muß?

§ 5 Abs. 5 Satz 1 Hess. MuSa A und B gewährt in Übereinstimmung mit dem Satzungsrecht in den übrigen Bundesländern der Sparkasse das Recht, auch ihrer-

seits Spareinlagen zu kündigen. Diese Kündigung muß — abgesehen von der Beachtung bestimmter Fristen — „schriftlich oder durch zweimalige Bekanntmachung“ erfolgen. In der Praxis wird die Sparkasse selten daran interessiert sein, eine Spareinlage zu kündigen. Sie ist aber unter Umständen zur Kündigung verpflichtet. Dies gilt insbesondere (was nicht unbestritten ist und deshalb im folgenden kurz behandelt werden soll), wenn es sich um Kündigungsspareinlagen handelt, die Zinsen auch für diese Spareinlagen auf Grund allgemeiner aufsichtsbehördlicher Anordnung zu senken sind und die sofortige Zinssenkung mangels besonderer, gegenüber dem Kunden wirksamer Regelung oder Vereinbarung nicht möglich ist.

Es ist wohl unbestritten, daß die aufsichtsbehördlichen Habenzinsanordnungen (als verwaltungsrechtliche „Allgemeinverfügung“) nur gegenüber den Kreditinstituten verpflichtend wirken, nicht aber gegenüber dem Kunden⁶⁾. Das Kreditinstitut ist lediglich in Auswirkung des § 1 des Mantelvertrages (ehemals abgeschlossen von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute, heute geltend als aufsichtsbehördliche Anordnung) und entsprechend dem Sinn des § 7 Habenzinsabkommen verpflichtet, im Rahmen des ihm rechtlich Möglichen die Anordnung der Bankaufsichtsbehörde in den Einzelverträgen mit den Kunden möglichst bald wirksam werden zu lassen.

Es ist bereits 1955 bei den Beratungen für die hessischen Mustersatzungen die Meinung des Arbeitsstabes gewesen, daß die übliche Formulierung, wonach eine Zinsherabsetzung für bestehende Spareinlagen „mit ihrer Bekanntmachung durch Aushang im Kassenraum in Kraft“ tritt⁷⁾, für sich allein bei Kündigungsspareinlagen nicht ausreicht, um eine sofortige Zinsherabsetzung vorzunehmen. Es wurde damals (bekräftigt bei den diesjährigen Beratungen im Arbeitskreis) betont, daß die erwähnte Satzungsvorschrift nicht die Möglichkeit ausschließt, mit dem Sparer auf dessen Wunsch für eine Kündigungsspareinlage sondervertraglich einen festen Zinssatz zu vereinbaren. In einem solchen Falle kann der Zinssatz nicht mit der Bekanntmachung im Kassenraum gesenkt werden. Es muß das „Auslaufen“ der Kündigungsspareinlage abgewartet werden, wobei die Sparkasse in Auswirkung der aufsichtsbehördlichen Anordnung über die Senkung des Spareinlagenzinsses durch fristgemäße Kündigung (hierauf wird noch zurückzukommen sein) das Auslaufen baldigst herbeiführen muß. Auf Grund dieser Rechtsauffassung⁸⁾ hat § 4 Abs. 2 Hess. MuSa in 1955 durch das Einfügen des Wortes „frühestens“ folgende Fassung erhalten:

„Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen frühestens mit ihrer Bekanntmachung durch Aushang im Kassenraum in Kraft.“

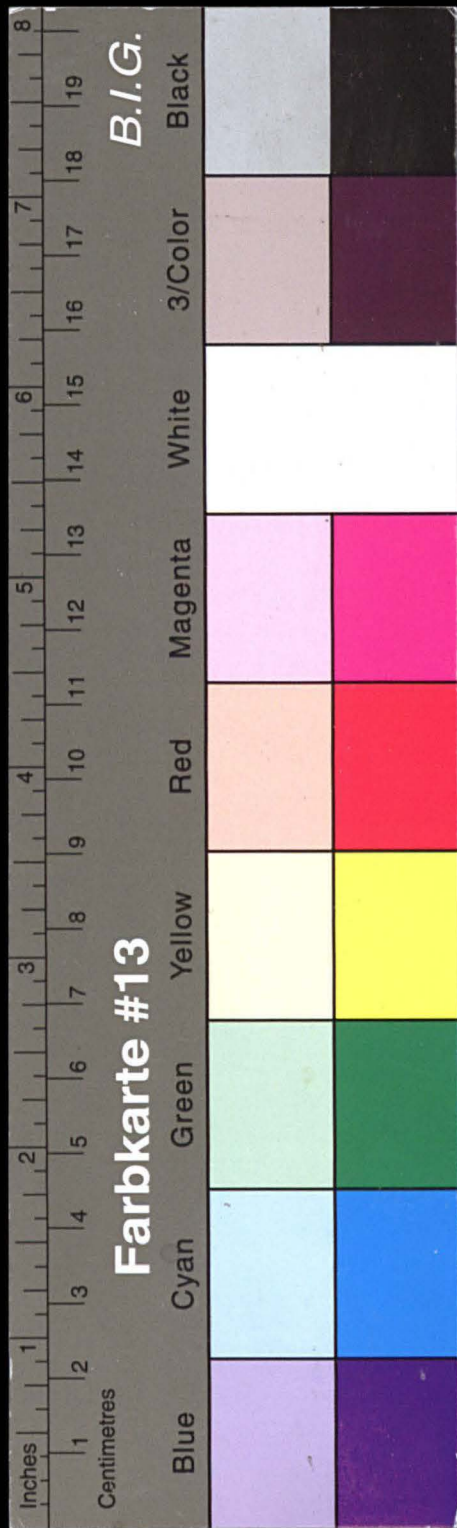
Damit wird also nicht lediglich erklärt, daß vor dem Aushang im Kassenraum die Zinsen nicht herabgesetzt werden dürften. Hätte die Einfügung nur diesen Sinn, dann wäre sie überflüssig; sie wäre ein — zumal in einer Rechtsvorschrift unverständlicher — „weißer Schimmel“. „Frühestens“ heißt: Soweit nicht eine vertragliche Sondervereinbarung entgegensteht.

Der Verfasser ist — was im Hinblick auf die Ausführungen von Sprengel in der Sparkasse 1958 S. 74 betont werden darf — zwar gleichfalls der Meinung, daß bei

¹⁾ Perdelwitz-Fabritius-Kleiner, Das Preußische Sparkassenrecht 1937 S. 258, Gradl, Zinsvereinbarungen u. Wettbewerbsbestimmungen 1937 S. 75, Schlierbach, HSpG-Komm. S. 51, 52.

²⁾ Vgl. § 4 Abs. 2 Hess. MuSa.

³⁾ Ebenso Perdelwitz-Fabritius-Kleiner a.a.O., S. 259, Prohl, KWG-Komm. 1939 S. 552, und wohl auch Erlaß d. Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 23. 4. 1940 (DRA 96/40), Schlierbach, HSpG-Komm. S. 51; a. M. Burger-Weidinger, Das bayer. Sparkassenrecht, 1938 S. 158, Reichardt, KWG-Komm. 1942 S. 376.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

dem Abschluß des Sparvertrages die diesbezüglichen Satzungs Vorschriften vertraglich „in Bezug genommen“, also zum Vertragsinhalt gemacht werden“). Diese allgemeine Inbezugnahme kann aber nicht gelten, wenn vertraglich ausdrücklich Entgegenstehendes vereinbart worden ist; zum anderen kann sie immer nur den tatsächlichen Inhalt der in bezug genommenen Satzungs Vorschrift zum Gegenstand haben. Was der Inhalt des § 4 Abs. 2 Hess. MuSa hinsichtlich der Kündigungsspareinlage ist, wurde dargelegt: Respektierung des mit dem Kunden vertraglich Vereinbarten, hier des etwa ausdrücklich vereinbarten festen Zinses.

Die hessische oberste Sparkassenaufsichtsbehörde — gleichzeitig Bankaufsichtsbehörde — hat bei den diesjährigen Beratungen im Arbeitskreis in ihrem verständlichen Streben nach möglichst schneller Zinsherabsetzung auch bei Kündigungsspareinlagen im Falle allgemeiner Zinssenkung die Streichung des Wortes „frühestens“ zur Diskussion gestellt. Das Wort ist in der Satzung verblieben, weil einerseits die Praxis den Wünschen der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde weitgehend dadurch entgegenkommt, daß sie regelmäßig nur Sparkassenbücher mit der Automatikklause! 19) verwendet und damit die Klausel auch bei Begründung einer Kündigungsspareinlage Vertragsinhalt wird. Andererseits kann und — im Hinblick auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Wettbewerbsinstituten — soll aber auch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen werden, mit einem Kunden einen festen Zinssatz vereinbaren zu können, wobei diese Vereinbarung dann allerdings auch im Falle von Zinsheraufsetzungen gilt.

Aus der geschilderten Sach- und Rechtslage hat sich die Notwendigkeit ergeben, bei den letztgenannten (festverzinslichen) Kündigungsspareinlagen eine rechtlich einwandfreie Möglichkeit für eine baldige Zinsherabsetzung zu schaffen, ohne daß „schriftlich oder durch zweimalige Bekanntmachung“ gekündigt werden muß. Dem dient die erste Änderung der Mustersatzungen A und B. § 5 Abs. 5 Satz 1 lautet nunmehr (die Änderung ist gesperrt):

„Die Sparkasse kann Spareinlagen schriftlich oder durch zweimalige Bekanntmachung (§ 41) kündigen; als Kündigung von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist zwecks Zinsherabsetzung genügt die Bekanntmachung nach § 4 Abs. 2.“

Die Vorschrift hat damit nur für die festverzinslichen Kündigungsspareinlagen Bedeutung. Bei Kündigungsspareinlagen mit Automatikklause! bedarf es „zwecks Zinsherabsetzung“ keiner Kündigung.

Man ist demnach in Hessen davon ausgegangen, daß mangels anderer Vorschriften 14) eine Kündigung der Spareinlage erforderlich ist, diese besondere Kündigung aber möglichst einfach erfolgen soll. Die MuSa-Änderung soll die sich aus den vorsichtigen Formulierungen ergebenden, rechtlich bedenklichen Auslegungen von Perdelwitz-Fabricius-Kleiner und Gradl 15) durch eine der Praxis dienende einwandfreie Rechtsvorschrift ersetzen.

Die vertragliche Sondervereinbarung über den festen Zins kann in der Praxis einfach in der Weise geschehen, daß die Automatikklause! im Sparkassenbuch gestrichen

wird. Da bereits die Klausel für sich allein als Bestandteil des Sparvertrages keiner besonderen Unterschriften bedarf (sie ist in die allgemeine Unterschriftenregelung für den Sparverkehr — vgl. § 36 Abs. 5 Hess. MuSa — einbezogen), genügt es auch für ihre Streichung, wenn sie zur Beweissicherung nur mit Datum und Handzeichen versehen wird.

Soweit bei Kündigungsspareinlagen noch Sparkassenbücher ohne Automatikklause! in Umlauf sind, dürfte es sich empfehlen, bei der nächsten Vorlage des Buches die Automatikklause! einzukleben. Erforderlich ist dabei eine Aufklärung des Kunden über ihre Bedeutung. Etwaige Bedenken des Sparer s dürften begründet damit zerstreut werden können, daß ohne die Klausel während der Laufzeit der Einlage kein Rechtsanspruch auf Erhöhung der Zinsen besteht, wenn allgemein der Spareinlagenzins für Kündigungsspareinlagen angehoben wird.

2. Schiffsbeleihung

Nach dem bisherigen hessischen Satzungsrecht war bei der Beleihung von Schiffen und Schiffsbauwerken zwingend vorgeschrieben, daß die Beleihungsobjekte im Geschäftsbereich der Sparkasse ihren Heimat- oder Bauort haben mußten. Demgegenüber beinhalten insoweit die Schiffsbeleihungsgrundsätze der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde in der Fassung vom 27. August 1957 16), nur eine Soll-Vorschrift. Nunmehr ist die gegenüber der Satzung nachrangige Regelung der Beleihungsgrundsätze zur Satzungsnorm erhoben worden. § 15 Abs. 5 Hess. MuSa lautet jetzt:

„Darlehen können auch gegen Bestellung von Hypotheken auf Schiffe oder Schiffsbauwerke nach Maßgabe der von der obersten Aufsichtsbehörde erlassenen Beleihungsgrundsätze gewährt werden. Das Schiff soll seinen Heimathafen (Heimort), das Schiffsbauwerk seinen Bauort und der Reeder (Schiffsseigner) seinen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung im Geschäftsbereich der Sparkasse haben.“

Entgegen der bisherigen Satzungs Vorschrift ist in ihr damit außerdem gesagt, daß auch der Reeder (Schiffsseigner) seinen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung im Geschäftsbereich der Sparkasse haben soll.

Im Zusammenhang mit der Änderung des § 15 Abs. 5 MuSa ist die Frage erörtert worden, ob durch ausdrückliche Regelung allgemein in der Grundsatzvorschrift des § 14 MuSa die Kreditgewährung auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes begrenzt werden sollte, so wie dies ausdrücklich bereits beim Personalkredit (Wertpapierbeleihung, Abtretung oder Verpfändung von Guthaben bei öffentlichen Sparkassen und öffentlichen Bausparkassen und von Forderungen aus Lebensversicherungen) 17) geschehen ist. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat bereits 1956 bei den damaligen Beratungen über die Schiffsbeleihungsgrundsätze die Meinung vertreten, daß allgemein die Kreditgewährung durch kommunale Sparkassen auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes begrenzt ist. Der hessische Arbeitskreis hat sich letztlich entschlossen, über diese Frage in der Satzung nichts zu sagen. Maßgebend hierfür waren die Schwierigkeiten im Hinblick auf die im Arbeitskreis erörterten Einzelbeispiele regeln zu können, ob eine Kreditgewährung etwa nach außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erfolgt und entsprechende, der Praxis dienende Formulierungen zu finden. Wäre z. B. — was praktisch weder gewollt noch durchführbar gewesen wäre — letztlich nicht auch ein für eine Reise nach dem Ausland gegebener Kredit unzulässig gewesen?

Formal würde damit die allgemein übliche satzungsrechtliche Soll-Vorschrift (vgl. § 14 Hess. MuSa), wonach „in der Regel“ Kredite nur im Geschäftsbereich der Sparkasse gewährt werden sollen, auch ausnahmsweise Kredite nach dem Ausland zulassen. Der Verfasser ist allerdings der Meinung, daß es weder der geschichtlichen Entwicklung noch dem Wesen der kommunalen Sparkassen entspricht, Kredite nach dem Ausland zu

14) StAnz. 1957 S. 904.

15) § 16 Abs. 1 Nr. 1 b, Nr. 3 b, c Hess. MuSa.

geben und die erwähnte Soll-Vorschrift ihre äußerste Grenze dort findet, wo die Bindung an das Grundgesetz aufhört. Kredite nach dem Ausland sind nach Meinung des Verfassers nur mit aufsichtsbehördlicher Ausnahme-genehmigung zulässig (§ 20 Abs. 4 e HSpG). Ob insoweit die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu gegebener Zeit ein anderes Ergebnis erfordert, bleibt abzuwarten.

3. Investmentanteilscheine

Die Beleihung von Anteilscheinen nach dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften ist nunmehr ausdrücklich zugelassen 18).

Der sachlich berechtigten Zulassung bedurfte es, weil die Investmentanteilscheine (Verbriefung nur von Ansprüchen gegenüber der Kapitalanlagegesellschaft) rechtlich nicht unter die bisher zugelassenen Wertpapiere fallen (Inhaberschuldverschreibungen, Industrieobligationen, Aktien). Der Hundertsatz für ihre Beleihung wurde dem für die „sonstigen“ Schuldverschreibungen, d. h. den nicht mündelsicheren Wertpapieren gleichgesetzt (60 %).

Von einer Regelung entsprechend Nordrhein-Westfalen, wo außer den mündelsicheren auch im Lombardverkehr der Deutschen Bundesbank beleihbare Inhaberschuldverschreibungen mit 80 % beliehen werden können, wurde abgesehen. Es erschien unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, der für die Höhe der Beleihung maßgebend ist, nicht angebracht, insoweit die lombardfähigen Wertpapiere aus dem Kreis der übrigen nicht mündelsicheren, nur mit 60 % beleihbaren Inhaberschuldverschreibungen herauszunehmen.

4. Sicherungsübereignung

Durch eine redaktionelle Neufassung ist klargestellt worden, daß bestimmte, in wohl allen Mustersatzungen im Bundesgebiet zu findende Begrenzungen im Zusammenhang mit der Pfandbestellung oder Sicherungsübereignung an Waren und sonstigen beweglichen Sachen 19) ausschließlich für Kredite gegen Sicherungsübereignung gelten, nicht aber für die Verpfändung von beweglichen Sachen.

5. Blankokredite

Wie in den übrigen Bundesländern dürfte auch in Hessen bisher der Gesamtbetrag der Blankokredite nicht über 5 % des Gesamteinlagenbestandes hinausgehen. Diese Grenze ist entsprechend einem Beratungsergebnis des „Arbeitsstabes für Sparkassenfragen“ in 1959 nunmehr auf 10 % ausgedehnt worden 20). Sachlich war maßgebend, daß die Sparkassen mehr als in der Vergangenheit den Blankokredit sowohl allgemein im Kleinkreditgeschäft als auch speziell durch Hergabe von Personalkrediten für den Eigenheimbau junger Familien pflegen.

6. Personalkredithöchstgrenze und Zentrale Kreditaktionen

Bis zu den Beratungen über die Mustersatzung in Rheinland-Pfalz im Jahre 1957 war formal allgemein anerkannt, daß in die Personalkredithöchstgrenze die Kredite im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen nicht einzubeziehen sind. Begründet wurde dies damit, daß diese Kreditthingabe nicht aus eigenen Mitteln der Sparkasse erfolgt und die Beleihungsvorschriften nur für die aus eigenen Mitteln gewährten Kredite geschaffen worden seien. Demgegenüber ist neuerdings geltend gemacht worden, dies könne jedenfalls bei den sogenannten „durchgeleiteten“ Krediten, bei denen die Sparkasse (im Gegensatz zu den lediglich

18) So bereits § 21 Nr. 1 b MuSa NRW.

19) Im Einzelfall: 3 % w der Gesamteinlagen, Höchstbetrag von 100 000,— DM und Freigrenze von 10 000,— DM; Gesamtkontingent: 8 % des Einlagenbestandes.

20) Praktisch gilt die 10 %-Grenze schon seit längerem bereits bei allen Sparkassen in Hessen, nachdem die oberste Sparkassenaufsichtsbehörde (rechtsbedenklich, zumal nicht als Änderung der MuSa im Staatsanzeiger bekanntgegeben) durch Erlaß vom 18. 7. 1959 gestattet hatte, daß die Sparkasse nach entsprechendem Beschluß ihres obersten Organs die 10 %-Grenze zugrunde legen könne, ohne daß es eines Beschlusses des Gewährträgers zur Satzungsänderung bedürfe.

„Treuhand“- oder „Auftrags“krediten 21)) Kredite im eigenen Namen und für eigene Rechnung ausleihe, nicht gelten. Dementsprechend ist zwischenzeitlich in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 22)) bestimmt worden, daß „der dem jeweiligen Haftungsverhältnis aus Kreditgewährungen im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen entsprechende Kreditbetrag mit einzurechnen“ ist, soweit diese Kredite unter anderem nicht durch Bürgschaften des Bundes, eines Landes oder sonstiger öffentlicher Stellen verbürgt sind.

Der hessische Arbeitskreis hat sich nach eingehenden Beratungen entschlossen, es bei der bisherigen Regelung zu belassen, d. h. also, daß für Kredite aus zentralen Kreditaktionen weiterhin nicht die Beschränkungen für Personalkredite gelten. Maßgebend hierfür war letztlich die Feststellung, daß es sich bei den zentralen Kreditaktionen um zweckgebundene, von der öffentlichen Hand gewollte wirtschaftspolitische Förderungsmaßnahmen handelt, denen gegenüber die Gesichtspunkte der Kredittreue und Risikobegrenzung, die der Personalkredithöchstgrenze zugrunde liegen — zumal die Kredite satzungsrechtlich abgesichert sind —, nicht durchschlagen.

7. Körperschafts- („Kommunal“-)kredit

a) Das hessische Sparkassenrecht enthält für die Körperschaftskredite keine gebietliche Begrenzung. Es gelten die Soll-Grundsätze nach § 14 Hess. MuSa, wonach regelmäßig nur im Geschäftsbereich der Sparkasse, der in § 1 Hess. MuSa genau bestimmt ist, ausgiehen werden darf. Praktisch bedeutet dies, daß nur ausnahmsweise eine „Kommunal“kreditgewährung außerhalb des Geschäftsbereichs zulässig ist. Demgegenüber war nach dem früheren hessen-darmstädtischen Sparkassenrecht die Kommunalkreditgewährung auf das Land Hessen und in den ehemals preußischen Gebietsteilen regelmäßig auf die Provinz, in der die Sparkasse ihren Sitz hatte, beschränkt. Nach den „Bonner Entwürfen“ zur Erneuerung des Sparkassenrechts aus dem Jahre 1953 sollte die Kommunalkreditgewährung im gesamten Bundesgebiet zulässig sein. Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bayern haben den Kommunalkredit auf das Landesgebiet begrenzt, während in Rheinland-Pfalz die gleiche Rechtslage wie in Hessen besteht.

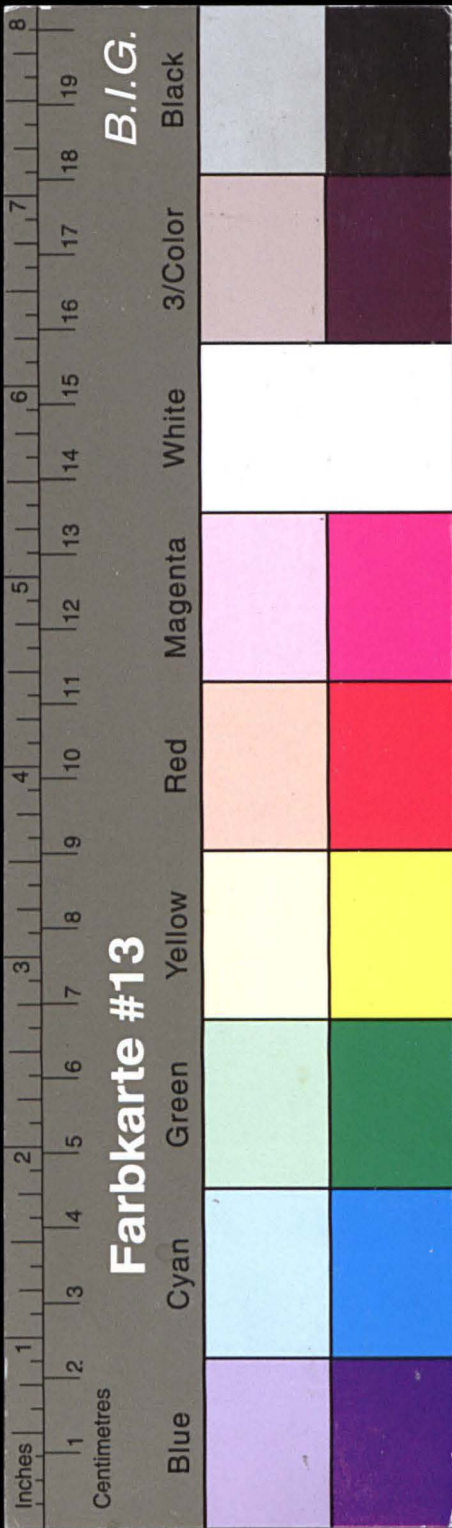
Nach eingehender Beratung hat der hessische Arbeitskreis es für richtig gehalten, es bei der derzeitigen Regelung zu belassen und insbesondere auch keine Begrenzung auf das Land Hessen auszusprechen. Die hessischen Sparkassen haben danach die Möglichkeit, a u s n a h m s w e i s e (nicht genehmigungspflichtige) K ö r p e r s c h a f t s k r e d i t e nicht nur an Kommunen und bestimmte Körperschaften in Hessen, sondern auch nach außerhalb des Landes Hessen zu gewähren; eine Regelung, die sicher den Bedürfnissen in „Grenzgebieten“ entspricht, ohne daß sie andererseits — das hat die Erfahrung erwiesen — bei der einzelnen Sparkasse zu einer über den Ausnahmecharakter hinausgehenden Übung führen wird.

b) Nach dem herrschenden Sparkassenrecht dürfen die Sparkassen Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und bestimmte andere Körperschaften des öffentlichen Rechts bis zu 25 % der Gesamteinlagen gewähren. Innerhalb dieses Kontingents sind langfristige Ausleihungen nur bis zu 12 1/2 % der Gesamteinlagen zulässig. In diese Kontingentsgrenzen wurden bis jetzt bestimmte Körperschaftsbürgschaften, darunter auch die des Bundes oder eines deutschen Landes, mit einbezogen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, daß das langfristige Kommunalkreditkontingent vielfach bei Sparkassen ausgeschöpft wurde. Entsprechendes aber — zum Teil bei weitem — nicht für die übrigen für kurz- und mittelfristige Kredite zur Verfügung stehenden 12 1/2 %-Grenze gesagt werden konnte. Über die langfristige 12 1/2 %-Grenze hinausgehende Einzelkreditgewährungen sind nur mit aufsichtsbehördlicher Ausnahme-genehmigung zulässig.

21) Vgl. Schlierbach, HSpG-Komm. S. 194 f.

22) Ebenso im Ergebnis in Nordrhein-Westfalen, wenn auch mit anderer Formulierung (§ 23 MuSa NRW).



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Um im Rahmen des 25 %/-Kontingents für die Praxis eine fühlbare und vertretbare Erleichterung zu schaffen, hatte sich der Hessische Sparkassen- und Giroverband schon vor längerer Zeit um eine Änderung der Muster-satzungen bemüht. Er hatte angestrebt, unter Beibehal-tung des Gesamtkontingents von 25 % die langfristigen Ausleihungen in Höhe von 25 % der Spareinlagen zuzu-lassen. Der „Arbeitsstab für Sparkassenfragen“ hat ge-glaubt, diesem Vorschlag aus rechtlichen und sparkas-senpolitischen Gründen nicht folgen zu können. Um an-dererseits aber den im Grunde als berechtigt anerkannten Wünschen der Praxis nach einer Lockerung des Kommunalkreditkontingents entgegenzukommen, hat sich der Arbeitsstab für Sparkassenfragen einverstan-den erklärt, in den einzelnen Ländern die vom Bund oder einem Land verbürgten Kredite nicht mehr in das Kommunalkreditkontingent (auch nicht das langfristige) einzubeziehen. Dementsprechend ist § 19 Abs. 2 Hess. MuSa dahingehend geändert worden, daß die erwähnten Kontingente außer für zentrale Kreditaktionen auch für die durch den Bund oder ein Land verbürgten Kredite nicht gelten²⁹⁾. Ob die Änderung für die Praxis eine fühlbare Erleichterung bringt — die derzeitigen Forderungen nach einem „anti-zyklischen“ Verhalten auch der öffentlichen Hand kön-nen bei der Grundsatzfrage wohl außer Betracht blei-ben —, muß allerdings bezweifelt werden.

8. Anlage bei Geldinstituten

§ 21 Hess. Musa läßt in Übereinstimmung mit dem neuen Satzungsrecht in den übrigen Bundesländern für die Sparkasse die Anlage verfügbarer Gelder als Sicht- und befristete Einlagen unter anderem bei „deut-schen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten“ (Nostro-guthaben) zu.

Nach der Rechtsauffassung zu der dem § 21 Hess. MuSa entsprechenden Vorschrift des § 33 Pr. MuSa war die Anlage bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen (im Gegen-

²⁹⁾ Anm. 17 gilt entsprechend.

satz zu § 33 Pr. MuSa von 1927) nicht mehr gestattet³¹⁾. § 33 Pr. MuSa erlaubte der Sparkasse nur die Anlage verfügbarer Gelder bei deutschen öffentlich-rechtlichen „Bankanstalten“, die Sparkassen wurden nicht als Bank-anstalten angesehen. Nach dem „Bonner Entwurf“³²⁾ sollte durch die neue Formulierung der Vorschrift über die Anlage bei Geldinstituten (an die Stelle des Wortes „Bankanstalten“ wurde das Wort „Kreditinstitute“ ge-setzt) sachlich gegenüber dem § 33 Pr. MuSa nichts ge-ändert werden. Da andererseits die Sparkassen aber un-streitig öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind, eine Anlage von Sparkasse zu Sparkasse daher formal mög-lich, wenn auch sparkassenpolitisch sicher nicht er-wünscht ist, wurde in dem diesjährigen hessischen Arbeitskreis darüber beraten, ob § 21 Hess. MuSa eine der zuvor geltenden Rechtslage entsprechende Ein-schränkung erfahren sollte. Der Arbeitskreis hat sich letztlich für die unveränderte Beibehaltung der jetzigen Fassung ausgesprochen.

9. Dienstleistungsgeschäfte

In neuester Zeit hat in der Praxis vor allem der großen Sparkassen die Nachfrage nach Goldmünzen und Edelmetallen (Barren) eine gewisse Bedeu-tung erlangt. In der Vergangenheit haben sich in solchen Fällen die Sparkassen regelmäßig als „Bote“ ihrer Giro-zentrale betätigt.

Nummehr ist ihnen ausdrücklich gestattet³³⁾:

- „2. An- und Verkauf von Devisen, Sorten, Goldmün-zen und Edelmetallen
- a) für fremde Rechnung; die Bestimmung in Nr. 1 zweiter Halbsatz gilt entsprechend³⁴⁾;
- b) für eigene Rechnung, soweit dies für Wechsel-stubengeschäfte und zur Befriedigung des Kun-denbedarfs erforderlich ist.“

(Schluß folgt.)

³¹⁾ Perdelwitz-Fabritius-Kleiner a.a.O. S. 364.

³²⁾ Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts 1953 S. 41.

Vereinheitlichte Zinsverbilligungsmaßnahmen

„Besser und schöner wohnen“ und „Junge Familie“

Von Diplom-Volkswirt Albrecht Klein, Bad Godesberg

Der Bundesminister für Wohnungsbau hat am 15. Juni 1960 neue Richtlinien für die Aktionen „Besser und schöner wohnen“ und „Junge Familie“ erlassen¹⁾ und gleichzeitig zur Fortführung der teilweise ins Stocken geratenen Förderungsmaßnahmen neue Zinszuschuß-kontingente aus dem Bundeshaushalt 1960 zur Verfü-gung gestellt. Um eine einheitliche Auslegung der Rich-linien zu gewährleisten, hat er außerdem den beteiligten Kreditinstituten über ihre Verbände Erläuterungen an die Hand gegeben. Dies sei zum Anlaß genommen, kurz die beiden nun seit über einem Jahr laufenden Förde-rungsmaßnahmen zu umreißen und den Inhalt der Neuerungen und Klarstellungen darzulegen.

Zweck der Förderungsmaßnahmen

Die staatliche Förderung des Wohnungsbaues hat nach § 1 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes²⁾ das Ziel, die Wohnungsnot, namentlich auch der Wohnungsuchenden mit geringem Einkommen, zu beseitigen und zu-gleich weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzel-eigentum, besonders in der Form von Familienheimen, mit dem Grund und Boden zu verbinden. Dieses dop-pelte Ziel kann am besten dadurch erreicht werden, daß den bisher in billigen Mietwohnungen untergebrachten bauwilligen Familien zum Eigenheim und den noch

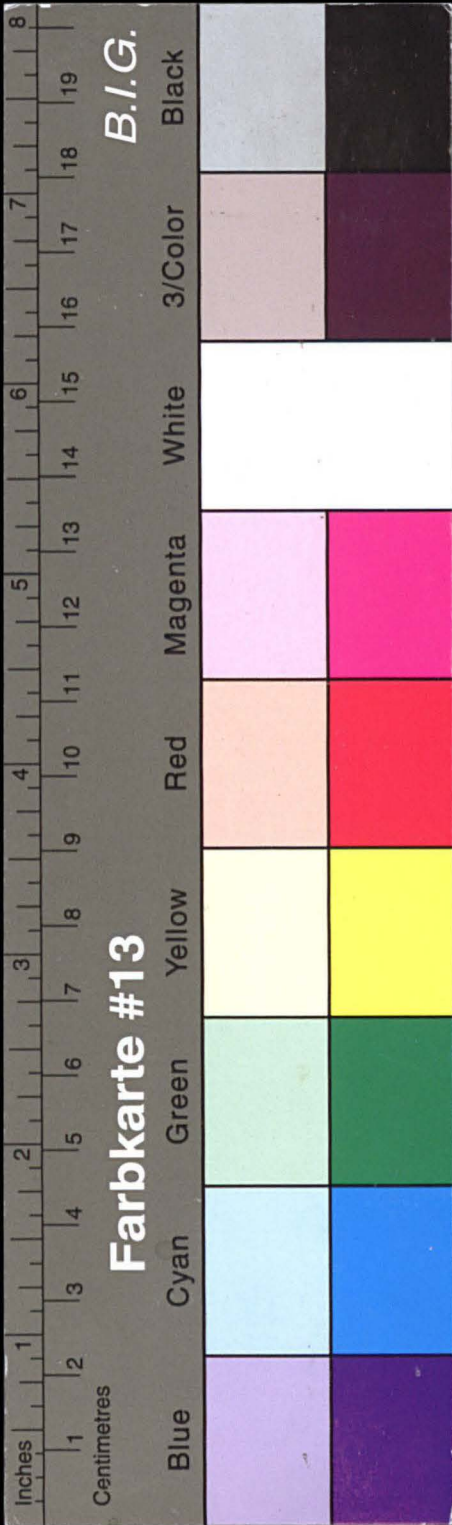
nicht ausreichend untergebrachten Familien zum Nach-rücken in die freiwerdenden Mietwohnungen verholfen wird. Um diese wohnungspolitisch erwünschte Um-schichtung nicht an verhältnismäßig kleinen Lücken in der Rest-Finanzierung der Familienheime scheitern zu lassen, hat der Bundesminister für Wohnungsbau erst-mals 1958 unter dem Motto „Besser und schöner woh-nen“ Bundesmittel zur Restfinanzierung entsprechender Bauvorhaben zur Verfügung gestellt³⁾.

Am Anfang der späteren Maßnahme der Aktion „Junge Familie“ stand die Überlegung, daß den bau-willigen jungen Familien, auch wenn sie auf dem nor-malen Weg bereits öffentliche Mittel erhalten, in der Restfinanzierung das Familienzusatzdarlehen fehlt, das die kinderreichen Bauherren erhalten. Dieser „Start-nachteil“ soll durch die Zinsverbilligungsmaßnahme „Junge Familie“ des Bundes ausgeglichen werden. Da von einer weiteren subjektiven Abgrenzung des Be-griffs „Junge Familie“ abgesehen wurde, blieb diese Förderungsmaßnahme allerdings nicht auf die jungen Familien im engeren Sinn beschränkt⁴⁾.

Selbstverständlich war niemals daran gedacht, daß die Aktion „Junge Familie“ das ganze Problem der Wohnungsbeschaffung für junge Familien lösen könne.

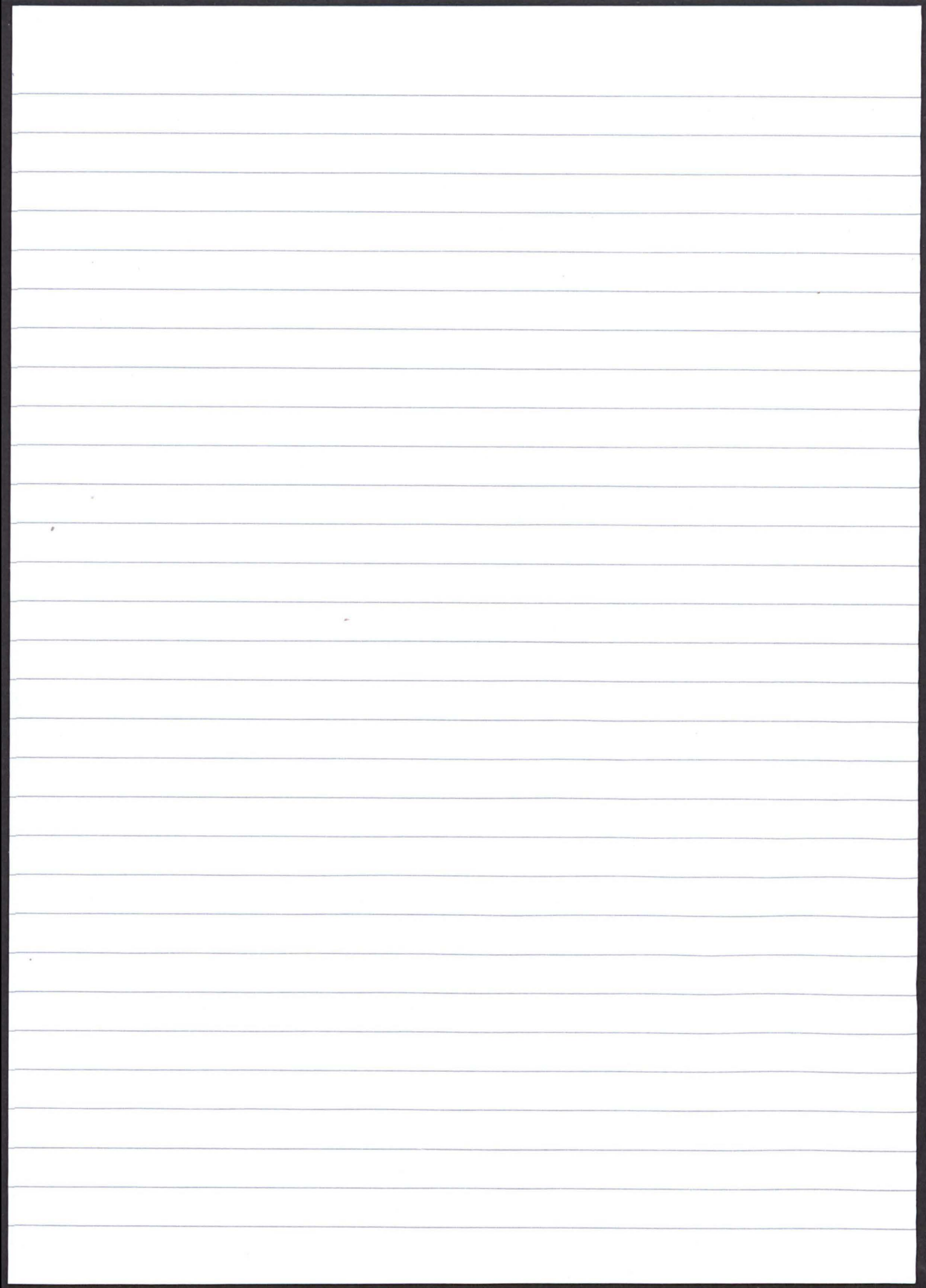
¹⁾ Bundesbaubl. Heft 6 1958 S. 347.

⁴⁾ Eine eingehendere Besprechung der Aktion „Junge Familie“ ist als Merkblatt NF 24 im Deutschen Sparkassen-Verlag Stuttgart er-schienen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Dr. Hartmann
Landrat

Kündigung

Sparkassengesetzes für das Land
1958 (GVOBl. Schl.-H. S. 191) ge-
änderungsatzung zur Satzung der
4. Juni 1960 in der Fassung der
1963.

**Der Innenminister
Landes Schleswig-Holstein
Im Auftrage:
Kujath**

**§ II des Kreistagsbeschlusses
hiermit bekanntgemacht die
der Satzung**

**§ 1
SSE STORMARN
om 23. Oktober 1964**

**§ 2
Bestimmungen**

**§ 3
des Gewährträgers**

arn errichtete Sparkasse mit dem
amen:

SSE STORMARN

Stempel mit dieser Bezeichnung.
ndelsichere, dem gemeinen Nutzen
es öffentlichen Rechts.

als Gewährträger für die Verbind-
schränkt. Die Gläubiger der Spar-
er nur in Anspruch nehmen, soweit
rkasse nicht befriedigt werden.

stellen mit Ein- und Auszahlungs-
reigstellen) oder lediglich mit Ein-
en) errichten.

des Sparkassen- und Giroverban-

**§ 2
Aufgaben**

rgabe, den Sparsinn in der Bevölke-
n. Zu diesem Zweck hat sie alle er-
richtungen zu treffen, um möglichst
ür den Spargedanken zu gewinnen;
ie des Sparsinns der Jugend durch
ichtungen sowie die Förderung des

enheit, Ersparnisse und andere Gel-
ulegen. Sie dient der Befriedigung
ch Maßgabe dieser Satzung, pflegt
rkehr, insbesondere den Spargiro-
gsverkehr), und betreibt die weite-
enen Geschäfte.

ter Berücksichtigung der Liquiditäts-
ng- oder mittelfristig angelegt wer-
keinen längeren Kündigungsfristen,
Die Ausleihungen werden entweder
oder als Darlehen, in der Regel mit
figer Tilgung gewährt.

nach wirtschaftlichen Grundsätzen

Rückzahlung

(1) Die Sparkasse zahlt Beträge bis zu 1000,- DM ohne vor-
herige Kündigung sofort aus. Zur Rückzahlung höherer Beträge
innerhalb eines Zeitraumes von einem Monat ist die Sparkasse
jedoch nur verpflichtet, wenn rechtzeitig gekündigt worden ist.

(2) Die Kündigungsfrist beträgt, sofern nichts anderes ausdrück-
lich vereinbart ist, für Beträge über 1000,- DM drei Monate.

(3) Die Sparkasse kann andere als die in Abs. 1 und 2 vorgese-
henen Rückzahlungsbedingungen mit dem Sparer vereinbaren
(Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist). Solche Verein-
barungen sind im Sparkassenbuch und auf dem Konto zu vermer-
ken.

(4) Bei Kündigung der Spareinlage durch den Sparer kann die
Sparkasse dem Sparer erklären, daß sie die Kündigung als nicht
erfolgt ansehen werde, wenn der Sparer das Geld nicht binnen
einer Woche nach Fälligkeit abhebt. Die Sparkasse kann diese Er-
klärung auch im voraus durch Abdruck im Sparkassenbuch ab-
geben.

(5) Die Sparkasse kann Spareinlagen schriftlich oder durch zwei-
malige Bekanntmachung (§ 48) kündigen. Die Kündigungsfrist be-
trägt drei Monate, sofern keine längere Kündigungsfrist verein-
bart ist (Abs. 3). Die gekündigten Spareinlagen, die nach Ablauf
der Kündigungsfrist nicht abgehoben sind, verzinst die Sparkasse
nach freiem Ermessen.

(6) Die Rückzahlung von Spareinlagen und die Auszahlung von
Zinsen dürfen nur gegen Vorlage des Sparkassenbuches erfolgen.

(7) Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so ist das
Sparkassenbuch der Sparkasse zurückzugeben.

**§ 6
Berechtigungsausweis; Mündelgelder**

(1) Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden
Vorleger des Sparkassenbuches Zahlungen zu leisten.

(2) Um Verfügungen Unbefugter über Spareinlagen zu verhin-
dern, kann der Sparer bestimmen, daß die Sparkasse nur gegen
Vorlage eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer
anderen Sicherungsvereinbarung zahlt.

(3) Sparkassenbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder ein
Elternteil, dem ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürger-
lichen Gesetzbuches Einzahlungen leistet, sind durch den Vermerk
„Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Ka-
pital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung des Gegenvor-
mundes, des Vormundschaftsgerichtes oder des Beistandes und
gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausgezahlt wer-
den.

**§ 7
Sperrung von Spareinlagen**

(1) Die Sparkasse kann, soweit nichts anderes vereinbart ist, auf
Antrag dessen, der das Recht aus der Spareinlage geltend machen
kann, die Spareinlage bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis
zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines
Vermerks auf dem Konto und im Sparkassenbuch sperren; sie darf
dann das Guthaben nur nach dem Inhalt dieses Vermerks aus-
zahlen.

(2) Die Sperre wird unwirksam, wenn die Person stirbt, zu deren
Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeit-
punkt oder das erwartete Ereignis eintritt oder wenn sich heraus-
stellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit
Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.

(3) Die Sperre bezieht sich, soweit nichts anderes vereinbart ist,
auf die gesamte Spareinlage und die Zinsen.

**§ 8
Freizügiger Sparverkehr; Übertragung von Spareinlagen**

(1) Die Sparkasse ermöglicht durch ihre Teilnahme am freizügi-
gen Sparverkehr, Einzahlungen auf ein bei einer anderen Spar-
stelle geführtes Sparkonto entgegenzunehmen und Auszahlungen

54

Amthliche Bekanntmachungen des Kreises Stormarn
7. Jahrgang 15. Juli 1965 Nr. 34

stimmt wird, am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
§ 50

Bekanntmachung der Satzung

(1) Die Satzung, ihre Änderung und ihre Aufhebung sind durch den Landrat öffentlich bekanntzumachen.
(2) Die Satzung ist im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse auszulegen.

§ 51 Inkrafttreten der Satzung

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
(2) Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Bad Oldesloe, den 23. Oktober 1964

Dr. Haarmann
Landrat

Straßenbauarbeiten in Bad Oldesloe

Die Bauarbeiten in der Mühlenstraße von der Hindenburgstraße bis zur Hagenstraße sind beendet.
Die Einbahnregelung in der Hagenstraße und in der Hindenburgstraße vom Markt bis zur Mühlenstraße treten wieder in Kraft.

Bad Oldesloe, den 15. Juli 1965

Kreis Stormarn Der Landrat
- Ordnungsamt -

Amthliche Bekanntmachung

Die nächste Sitzung des Kreistages findet am

Freitag, dem 23. Juli 1965, 10.00 Uhr,
im Feistsaal der Kreisberufsschule Stormarn
in Bad Oldesloe, Grabauer Straße 18,
statt.

Folgende Punkte stehen auf der

IHR V-I-V-O-VORTEIL
heute

Hiller's Weingummi-Teddy's
Btl. -35
3 Btl. -98

top-fit Kakaostrunk
Im Nu trinkfertig Glas 1,95

Span. Brechspargel
Geschält, mit ca. 25 % Köpfen 1/2 Ds. 1,95

Rindfleisch-Gulasch
In pikanter Sauce große 600-g-Ds. 2,18

-V-I-V-O- Eier-Makkaroni
250-g-Packg. -58

STETS BESONDERS ZU EMPFEHLEN:
-V-I-V-O- Bienenhonig
500-g-Glas 2,50

Imker-Schleuderhonig,
Blütenauslese,
garantiert naturrein

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

VIVO

- Tagesordnung:**
1. Ehrenamtliche Verwaltungsdienste für die Fachkommission und den Fachrat beim Verwaltungsgericht bzw. Oberverwaltungsgericht;
 2. Zuschüsse aus der Schulbaubrücklage für Schulbauvorhaben bis zu 50.000,- DM;
 3. Zuschüsse aus der Schulbaubrücklage für den Bau von Turnhallen;
 4. Zuschüsse des Kreises für den Bau von Sportstätten;
 5. Bewilligung von Mitteln für den Rentenwohnungsbau;
 6. Änderung der Kreishundsteuerordnung;
 7. Personallangelegenheiten;
 8. Grundstücksangelegenheit.

Er. Hardt
Kreispräsident

Brucellose (seuchenhaftes Verkalben) der Rinder

In den Rinderbeständen von
Hans Soltan, Ahrensfelde KA,
Herbert Wieggers, Ahrensfelde KA,
Paul Schacht, Tremsbüttel,

ist die Brucellose (seuchenhaftes Verkalben) der Rinder erloschen.
Die Schutzmaßnahmen für die genannten Bestände werden aufgehoben.

Bad Oldesloe, den 8. Juli 1965

Kreis Stormarn, Der Landrat,
- Veterinäramt -

SPAR

Kartoffeln 2,5 kg -98

Zitronen 5 Stück -88

natur Vollfetter Dänischer Tilsiter 1.-

45 % Fett i. T. 250 g

3% SPAR Rabatt

SPAR Tee im Aufgussbeutel -40

SPAR schwarzer Johannisbeer-Süßmost 1.10

Echte Reichardt
„Schokli“ -75 nur -68

Schachtel statt 1/1 Flasche o. Gl. 1.10

Reis im Kochbeutel 2 x 125 g = 250 g nur -58

3% SPAR Rabatt

SPAR

Florett-Sekt-Auslese 4.95

der Markensekt von SPAR garantiert
Flaschengärung 1/1 Fl. incl. Steuer

Pfälzer Liebling 1.50

ein leichter, bekömmlicher Pfälzer
1/1 Flasche nur

Fröhlicher Zecher 2.95

der überall beliebte SPAR-Markenwein
1-Liter-Fl.

3% SPAR Rabatt

SPAR macht Freude

JOHS

frisch - leicht - lecker

Frische Erdbeeren „Senga Sengana“, H.-Kl. „A“ 1.15

Schlagsahne (Mindestfettgehalt 28%) bei der DLG-Qualitätsprüfung mit der Anton-Fehr-Medaille ausgezeichnet 14 Ltr. 1.05

Joghurt „Essen Sie sich schlank und gesund“ (div. Sorten im Plastikbecher) ab -35

Span. Tafelbirnen „Williams“ 500 g 1.35

„Sprengel“ Schokolade div. Sorten 100-g-Tafel -85 -68

Teilschinken (Frühstücksspeck) zart und mild, lieblicher Rauchgeschmack 125 g 1.50

Original Weinbrand „Chaniré“ 1/2-Fl. 7,60 6,75

Belgisches Export-Bier 12-Ltr.-Fl. (o. Gl.) -48

ein ganzer Kasten (20 Fl.) nur 9,-

und auf alles die üblichen 3% Rabatt!

SCHMIDT 3% Rabatt

Bekanntmachung Handelsregister Veränderung

HRA 234 - 8. 7. 1965: Carl Hoffmann, Bad Oldesloe. Der Gisela Moog, geb. Hoffmann, in Bad Oldesloe, ist Prokurist. Die ist auch zur Belastung und Veräußerung von Grundstücken befugt.

Das Amtsgericht Bad Oldesloe

Bekanntmachung Neueintragung

HRA Nr. 118 - 24. Juni 1965: M + W TEST Institut für Markt- und Werbeforschung Siegfried Lantrewitz, Inhaber: Kaufmann Siegfried Lantrewitz, Bargtheide, An den Stücken Nr. 5 a.

Amtsgericht Bargtheide

Öffentliche Ausschreibung Die Kreissparkasse Bad Oldesloe

schreibt zur Errichtung einer Zweigstelle in Harksheide aus:

1. Erdarbeiten
2. Beton-, Maurer-, Isolier- und Putzarbeiten
3. Zimmerarbeiten
4. Stahlarbeiten
5. Estrich- und PVC-Arbeiten
6. Kunststeinarbeiten
7. Fliesenarbeiten
8. Leichtmetallfenster
9. Klempner- und Dachdeckerarbeiten
10. Schlossarbeiten
11. Tischlerarbeiten
12. Zentralheizungsarbeiten
13. Mechanikerarbeiten
14. Türen und Stahlzargen
15. Elektroarbeiten
16. Glaserarbeiten
17. Malerarbeiten
18. Gipsdeckenplatten-Arbeiten

Die Ausschreibungsunterlagen werden zugesandt gegen schriftliche Anforderung und Postüberweisung von 2,- DM (Portokosten) bis zum 20. Juli 1965 an Architekt: BDA H. Burchard, Hamburg-Blankenese, Böbendieckstr. 27.

ARAL-Tankstelle
mit Wohnung, Laden und Grundstück (1600 qm) frei, ab sofort z. verkaufen. Erforderl. 15.000 DM.
Fr. Wulff, Fußberg b. Neumünster
Tel.: Neumünster 0 43 21/30 01.

Amthliche Bekanntmachungen des Kreises Stormarn
7. Jahrgang 15. Juli 1965 Nr. 34

Änderung der Satzung für die Kreissparkasse Stormarn

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23. Oktober 1964 folgende Satzungsänderungen beschlossen:

1. Die Satzung der Kreissparkasse Stormarn vom 24. 6. 1960 in der Fassung der Satzungsänderung vom 12. Juli 1963 wird folgendermaßen geändert:

§ 3 Abs. 1 und 2 der Satzung erhalten folgende Fassung:

(1) Die Sparkasse nimmt von jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens 1,- DM an. Spareinlagen sind Einlagen, die durch Ausfertigung einer Urkunde, insbesondere eines Sparkassenbuches, als solche gekennzeichnet sind. Als Spareinlagen dürfen nur Geldbeträge angenommen werden, die der Ansammlung oder Anlage von Vermögen dienen; Geldbeträge, die zur Verwendung im Geschäftsbetrieb oder für den Zahlungsverkehr bestimmt sind, erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Geldbeträge, die von vornherein befristet angenommen werden, gelten nicht als Spareinlagen. Geldbeträge von juristischen Personen und Personengesellschaften dürfen nur dann als Spareinlagen angenommen werden, wenn die Voraussetzungen der Sätze 3 und 4 dargelegt sind. Dies gilt nicht für Kredite im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen.

(2) Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparkassenbuch, das Namen und Wohnung des Sponsors sowie die Nummer des Sparkontos enthält. Das Sparkassenbuch muß ferner einen Hinweis darauf enthalten, daß die Satzungsbestimmungen über den Sparverkehr im Kassenraum eingesehen werden können. Dem Sparer wird auf Antrag ein Abdruck dieser Satzungsbestimmungen ausgehändigt.

§ 4 Abs. 1 bis 3 der Satzung erhalten folgende Fassung:

(1) Der Zinssatz für Spareinlagen wird vom Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgegeben.

(2) Eine Änderung des Zinssatzes tritt für bestehende Spareinlagen mit ihrer Bekanntmachung durch Aushang im Kassenraum in Kraft.

(3) Der Zinslauf beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Kalendertag. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.

§ 14 der Satzung

Der bisherige Absatz Absatz 1. Es wird folgender Absatz 2 eingefügt:

(2) Als ein Kreditnehmer gelten:

1. alle Unternehmen, die demselben Konzern angehören oder durch Verträge verbunden sind, die vorsehen, daß die Leistung des einen Unternehmens einem anderen unterstellt wird oder daß das eine Unternehmen verpflichtet ist, seinen ganzen Gewinn an ein anderes Unternehmen abzuführen,

2. Personengesellschaften und ihre persönlich haftenden Gesellschafter.

§ 15 Abs. 7 der Satzung

erhält folgende Fassung:

(7) Die Spareinlagen dürfen nur bis zu 50 v. H. in Hypotheken, Grund- und Rentenschulden angelegt werden.

§ 16 Abs. 1 Nr. 1a) der Satzung

In der Überschrift wird das erste Semikolon durch ein Komma ersetzt.

§ 16 Abs. 1 Nr. 1b) der Satzung

erhält folgende Fassung:

a) Wertpapieren;

b) Mündelscheine, Schuldverschreibungen auf den Inhaber können bis zu 80 v. H., sonstige Schuldverschreibungen auf den Inhaber, Industrieobligationen und Aktien, die an einer Börse im Geltungsbereich des Grundgesetzes gehandelt werden, bis zu 60 v. H. des Kurswertes und Anteilscheine nach dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften bis zu 60 v. H. des Rückkaufpreises befreit werden.

§ 16 Abs. 1 Nr. 2 Satz 6 der Satzung

erhält folgende Fassung:

Die Sicherheit dieser Kredite ist mindestens halbjährlich zu überprüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

§ 16 Abs. 1 Nr. 4 der Satzung

Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

Ausfallbürgschaften sind zulässig, wenn sie von der Landesgarantiebank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel, erteilt werden.

Der letzte Satz erhält folgende Fassung:

Die Sicherheit der Schuldner und Bürgen ist jährlich zu überprüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

§ 16 Abs. 2 Satz 3 der Satzung

erhält folgende Fassung:

Sie können von der Sparkasse an andere Geldinstitute (§ 21) zum Zwecke der Rediskontierung weitergegeben werden.

§ 17 Abs. 1 und 2 der Satzung

erhalten folgende Fassung:

(1) Kredite ohne die in §§ 15 und 16 genannten Sicherheiten dürfen nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der zuständigen Stelle der Sparkasse gewährt werden. Die Kredite müssen jederzeit fristlos kündbar sein. Die Kredite dürfen im Einzelfall drei vom Tausend des gesamten Einlagenbestandes nicht überschreiten und höchstens 100.000,- DM betragen; diese Beschränkung gilt nicht für Kredite bis zu 10.000,- DM. Der Gesamtbetrag dieser Kredite darf nicht über 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes hinausgehen. Die Sicherheit dieser Kredite ist mindestens halbjährlich zu überprüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(2) An Genossenschaften, die einem Prüfungsverband angeschlossen sind, dürfen Kredite auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der zuständigen Stelle der Sparkasse ohne weitere Sicherheiten über die Beschränkungen nach Abs. 1 hinaus unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

1. Der Gesamtbetrag des ungedeckten Kredits an eine Genossenschaft darf bei Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, bei Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht 25 v. H. der Geschäftshabungen der Genossen und der Reserven nicht überschreiten.

2. Soweit nicht planmäßige Tilgungen vereinbart sind, muß der Kredit mit höchstens sechsmonatiger Frist kündbar sein.

3. Die Gesamthöhe der ungedeckten Kredite an Genossenschaften darf höchstens 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.

Die Vermögenslage der Genossenschaften, denen Kredite gewährt worden sind, ist mindestens einmal jährlich eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

§ 18 der Satzung

erhält folgende Fassung:

(1) Einem einzelnen Kreditnehmer darf an Personalkredit einschließlich Verpflichtungen nach § 12 Abs. 3 nicht mehr als 1 v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse gewährt werden. Diese Beschränkung gilt nicht, wenn die einem einzelnen Kreditnehmer gewährten Personalkredite insgesamt 20.000,- DM nicht übersteigen. Der einem einzelnen Kreditnehmer zu gewährende Personalkredit darf den Betrag von 500.000,- DM nicht übersteigen, wobei der

dem jeweiligen Haftungsverhältnis aus Kreditgewährungen im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen entsprechende Kreditbetrag mit einzurechnen ist. Verpflichtungen nach § 12 Abs. 3 sowie Kredite durch Diskontierung von Wechseln (§ 16 Abs. 2) werden unbeschadet des Satzes 1 nur zur Hälfte auf die Höchstgrenze angerechnet.

(2) Diese Beschränkungen gelten nicht für Kredite an Genossenschaften nach § 17 Abs. 2 sowie für Kredite nach § 16 Abs. 1 Ziffer 3 Buchst. b) gesichert sind und für denjenigen Teilbetrag, für den eine Bürgschaft der Landesgarantiebank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel, vorliegt.

§ 19 der Satzung

erhält folgende Überschrift:

Kredit an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gestifteten der Bürgerschaft

§ 19 Abs. 2 Satz 1 der Satzung

erhält folgende Fassung:

(2) Der Gesamtbetrag der nach Abs. 1 Satz 1 sowie der unter Bürgerschaft einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder eines Zweckverbandes gewährten Kredite darf 25 v. H., derjenige der langfristigen Kredite 15 v. H. der gesamten Einlagen nicht überschreiten; dies gilt nicht für Kredite im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen.

§ 22 der Satzung

wird wie folgt ergänzt:

Sie können von der Sparkasse an andere Kreditinstitute (§ 21) weitergegeben werden

§ 26 Nr. 2 der Satzung

erhält folgende Fassung:

2. An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung (Wechsel, Schecks, Reisechecks, Sorten und Ähnliches), von DM-Wechseln und DM-Schecks, die im Ausland zahlbar sind, von Goldmünzen und Edelmetallen

a) für fremde Rechnung;

b) für eigene Rechnung, soweit dies für Wechselstubeengeschäfte und zur Befriedigung des Kundenbedarfs erforderlich ist.

§ 26 Nr. 5 der Satzung

erhält folgende Fassung:

5. Einziehung von Forderungen aller Art, insbesondere von Wechseln und Schecks, soweit es in diesem Rahmen erforderlich ist, handelt, die an ausländischen Plätzen zahlbar sind oder die auf ausländische Währung lauten, dürfen diese nur an die zuständige Zentralbank oder an die Deutsche Bundesbank zum Einzug weitergegeben werden.

§ 26 Nr. 7 bis 11 der Satzung

Die Nummern 7 und 9 werden gestrichen. Die bisherigen Nummern 8, 10 und 11 werden in die Nummern 7 bis 9 geändert.

§ 37 Satz 2 der Satzung

erhält folgende Fassung:

Zu den laufenden Geschäften gehören auch

1. die Anlegung der Bestände sowie

2. die Entscheidung über Kreditanträge, soweit diese Befugnis der Geschäftsführung übertragen worden ist.

§ 42 Abs. 1 Satz 2 der Satzung

Die Worte „neben den in dieser Satzung vorgesehenen besonderen Prüfungen“ werden gestrichen.

II. Der Landrat wird ermächtigt, die Satzung der Sparkasse in ihrer neuen Fassung unter neuem Datum bekanntzumachen.

Bad Oldesloe, den 23. Oktober 1964

Dr. Haarmann
Landrat

Genehmigung

Auf Grund des § 3 Abs. 2 des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 6. Mai 1958 (GVBl. S. 191) genehmige ich die vorstehende Satzungsänderung zur Satzung der Kreissparkasse Stormarn vom 24. Juni 1960 in der Fassung der Satzungsänderung vom 12. Juli 1963.

Kiel, den 15. Dezember 1964

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
Im Auftrage:
Kujath

(L S)

1 33 b - 8002 - 01 -

Auf Grund des Abschlusses II des Kreistagsbeschlusses vom 23. Oktober 1964 wird hiermit bekanntgemacht die

Neufassung der Satzung

für die

KREISSPARKASSE STORMARN

in der Fassung vom 23. Oktober 1964

Satzung (B)

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Haftung des Gewährträgers

(1) Die von dem Kreis Stormarn errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Bad Oldesloe hat den Namen:

KREISSPARKASSE STORMARN

und führt ein Siegel oder einen Stempel mit dieser Bezeichnung.

(2) Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

(3) Der Kreis Stormarn haftet als Gewährträger für die Verbindlichkeiten der Sparkasse unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Gewährträger nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden.

(4) Die Sparkasse kann Zweigstellen mit Ein- und Auszahlungsverkehr (Haupt- und Nebenzweigstellen) oder lediglich mit Einzahlungsverkehr (Annahmestellen) errichten.

(5) Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein.

§ 2

Aufgaben

(1) Die Sparkasse hat die Aufgabe, den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern. Zu diesem Zweck hat sie alle erforderlichen und geeigneten Einrichtungen zu treffen, um möglichst weite Kreise der Bevölkerung nach Maßgabe dieser Satzung, pfeilen bargeldlosen Zahlungsverkehr, insbesondere den Spargiroverkehr (Sparkassenüberweisungsverkehr), und betreibt die weiteren in dieser Satzung vorgesehenen Geschäfte.

(2) Die Sparkasse gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinst anzulegen. Sie dient der Befriedigung des öffentlichen Kreditbedarfs nach Maßgabe dieser Satzung, pfeilen bargeldlosen Zahlungsverkehr, insbesondere den Spargiroverkehr (Sparkassenüberweisungsverkehr), und betreibt die weiteren in dieser Satzung vorgesehenen Geschäfte.

(3) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(4) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(5) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(6) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(7) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(8) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(9) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

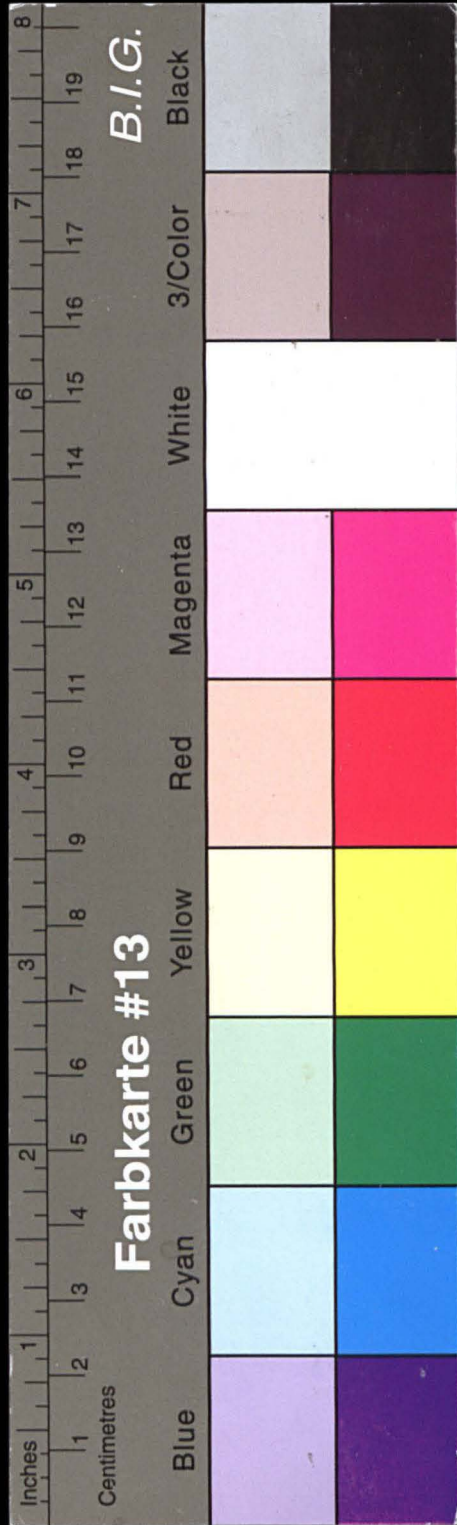
(10) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(11) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

(12) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

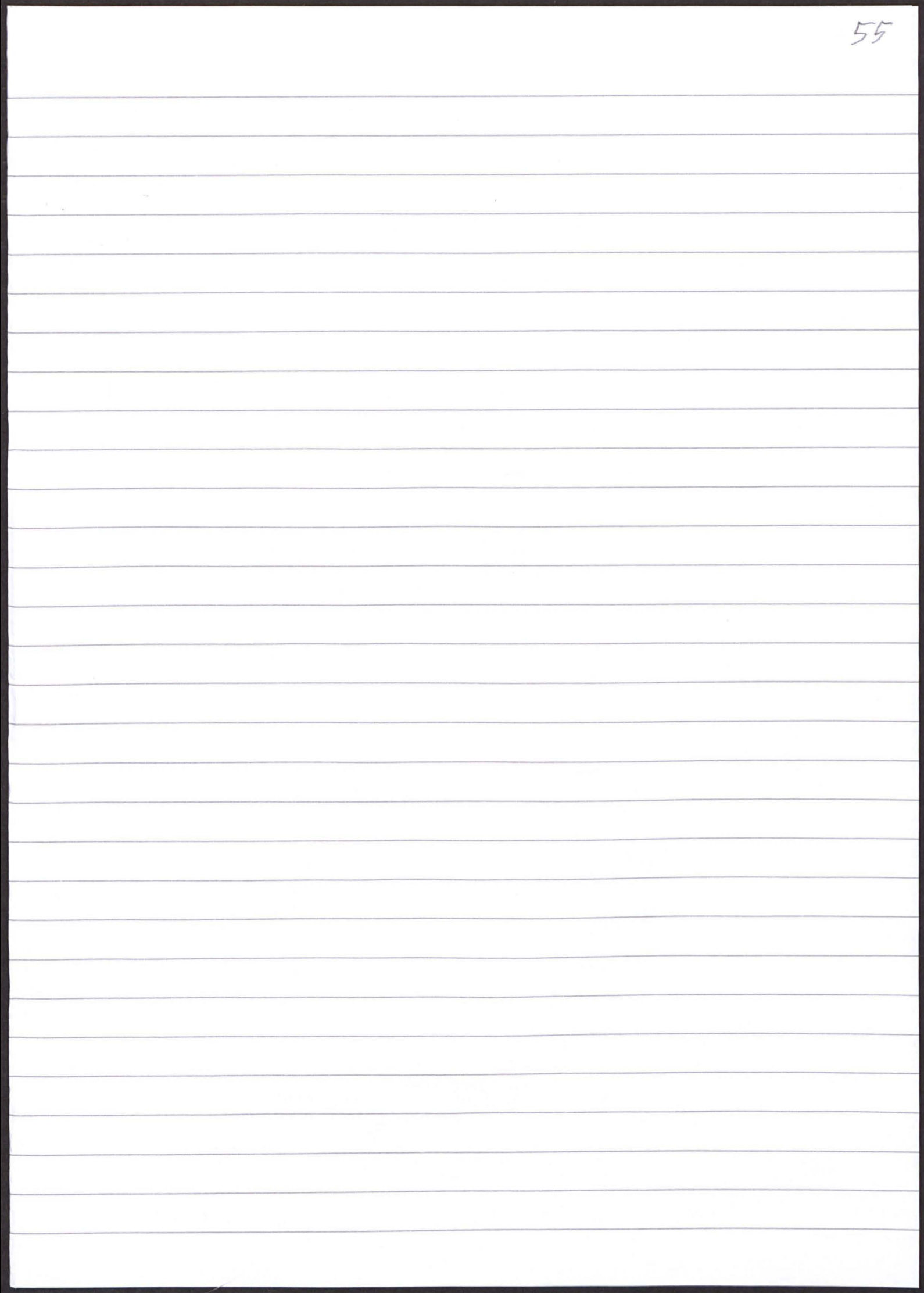
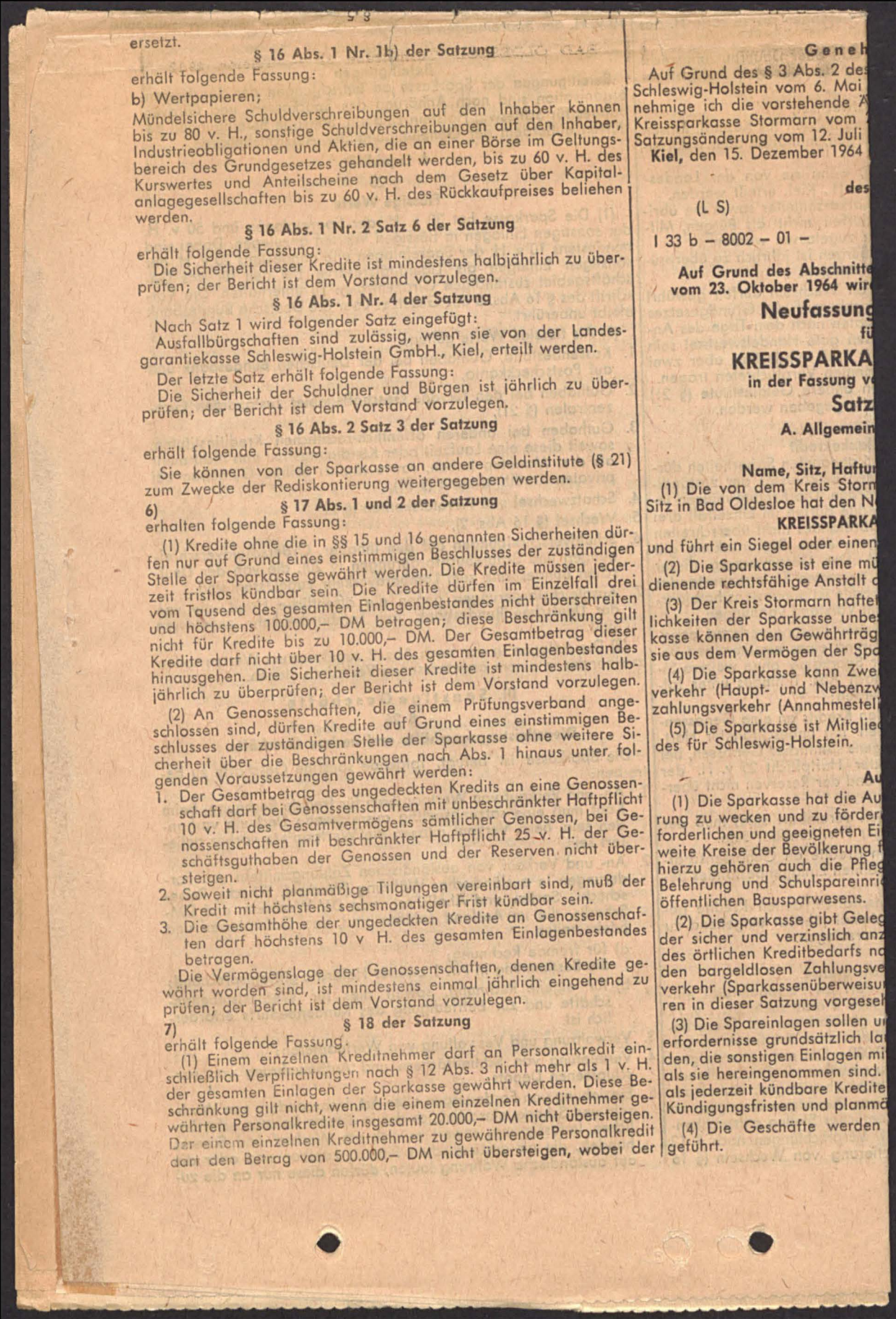
(13) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist dem Vorstand vorzulegen.

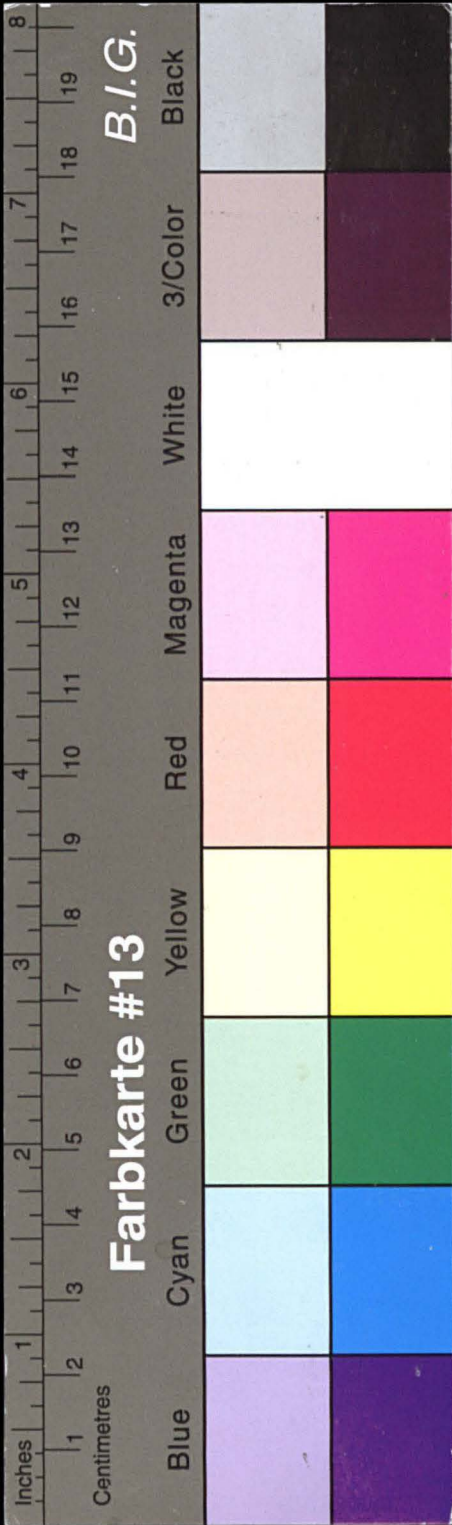
(14) Die Sparkasse prüft die Liquiditätslage der Kreditnehmer und entscheidet über die Gewährung von Krediten. Die Vermögenslage der Kreditnehmer wird eingehend zu prüfen; der Bericht ist



Kreisarchiv Stormarn E103

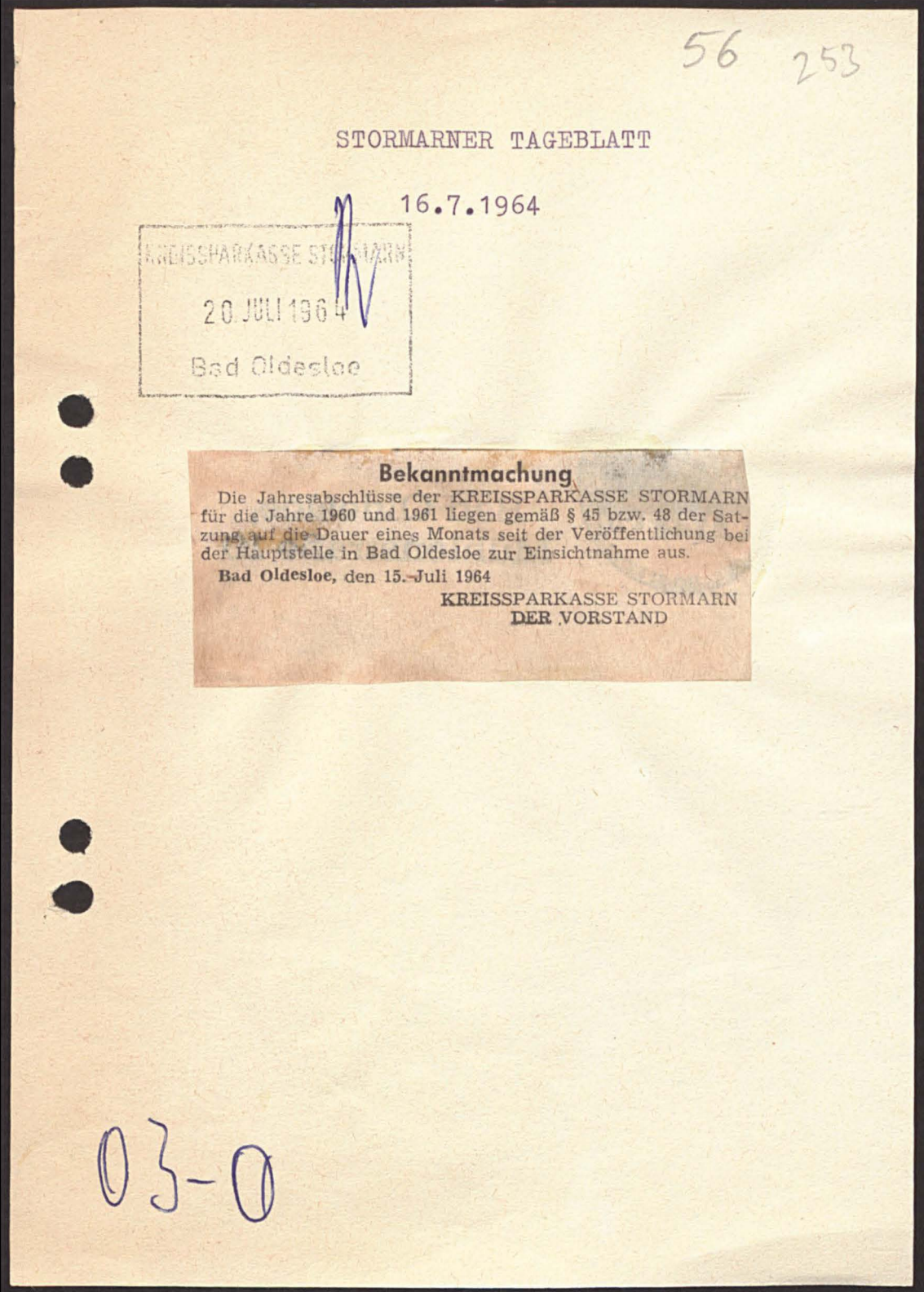
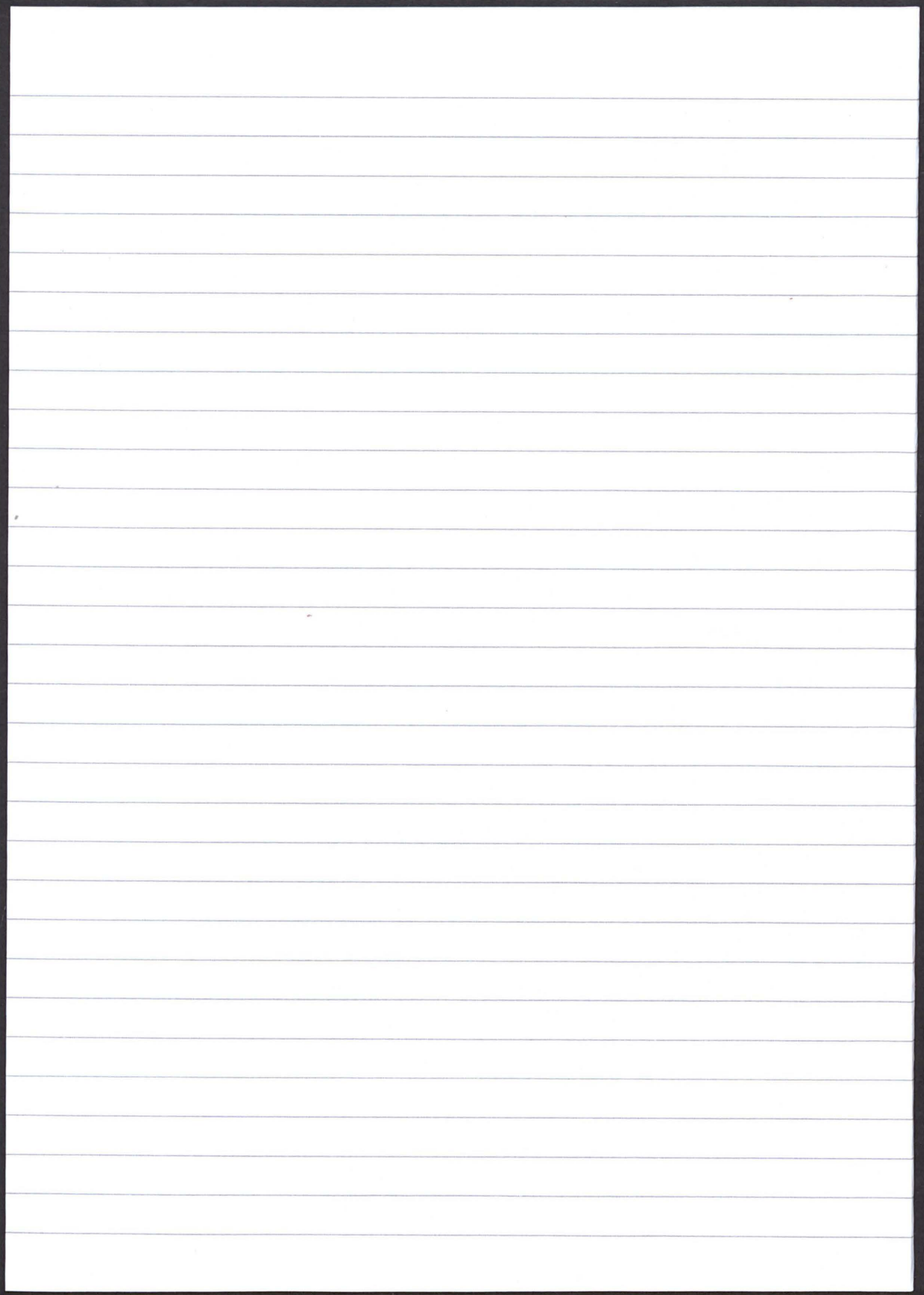
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

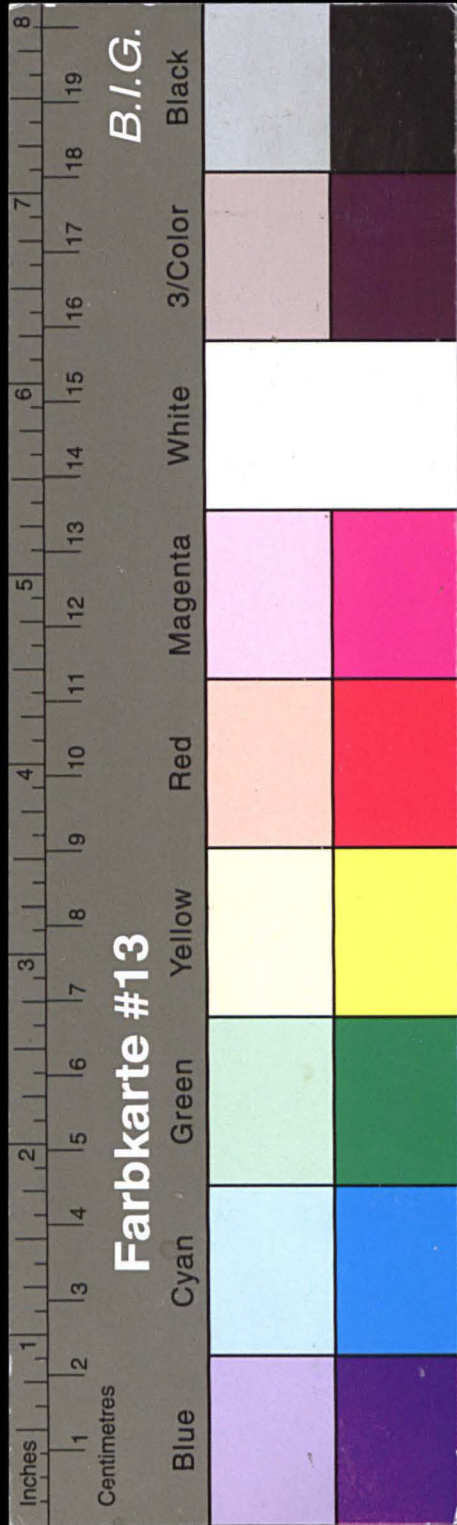




Kreisarchiv Stormarn E103

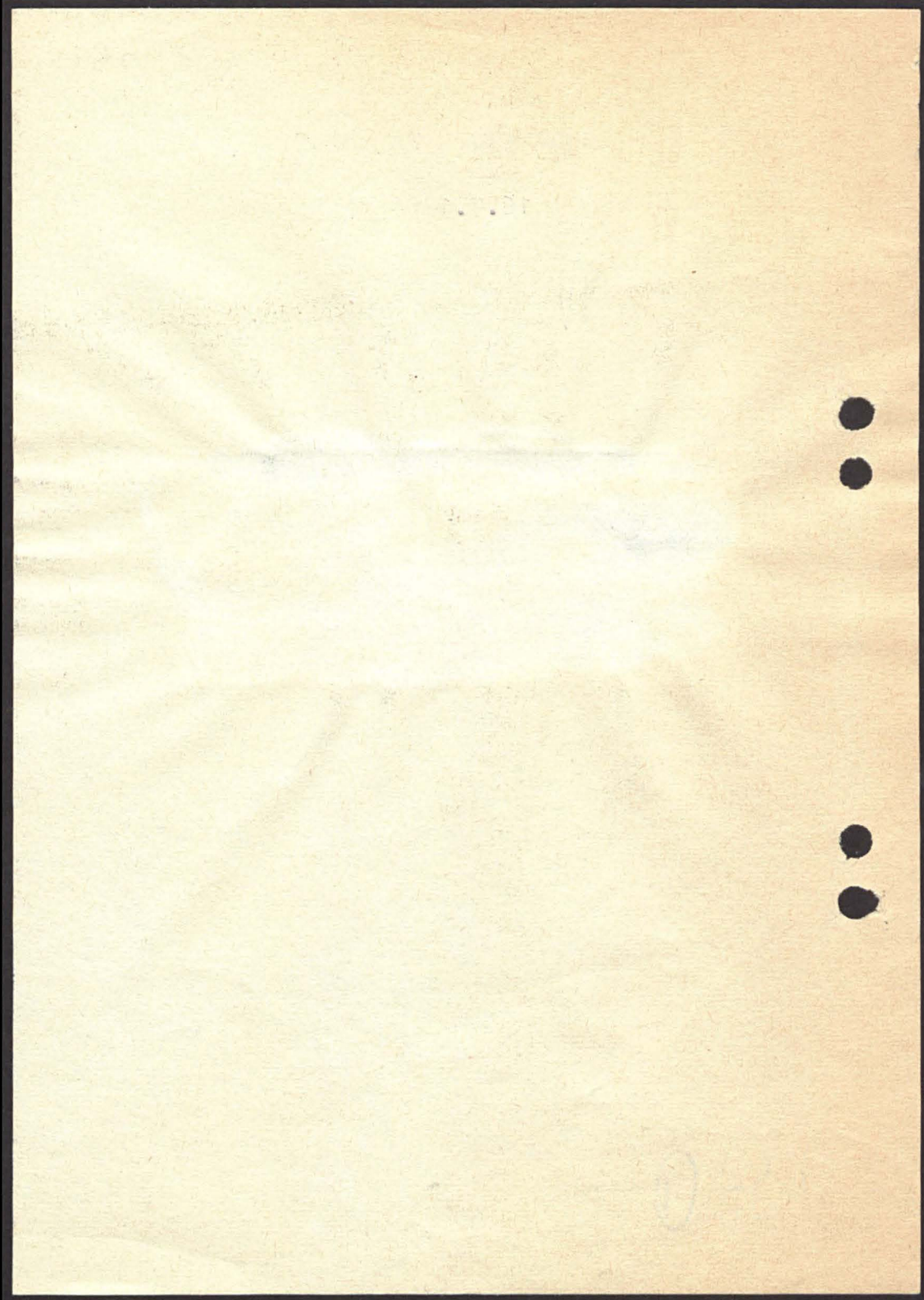
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

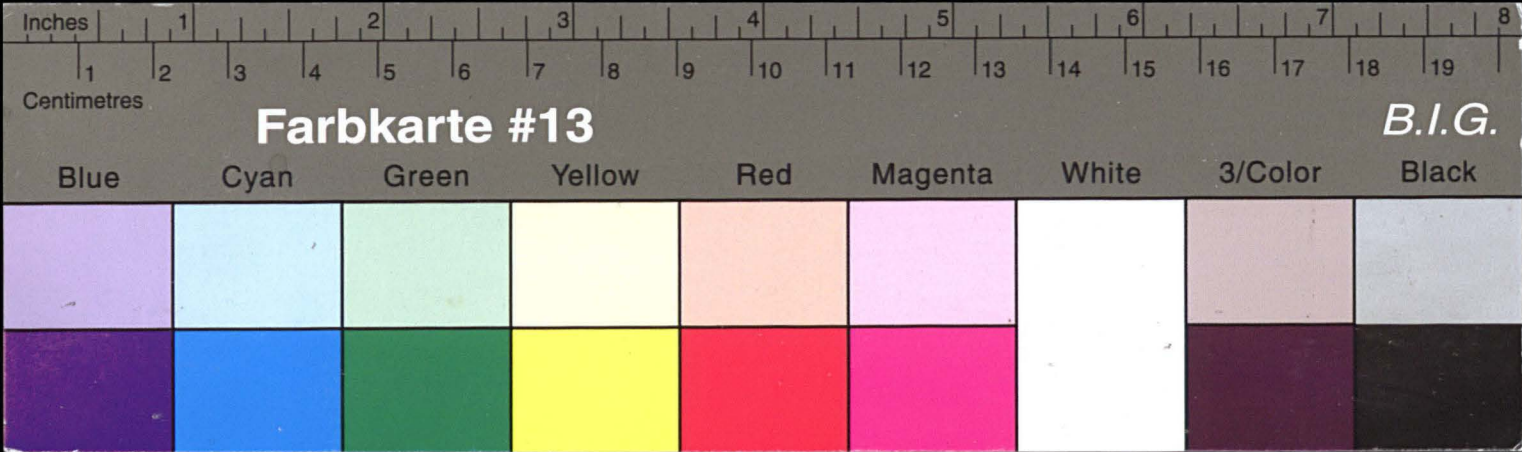
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



57 254

Angaben über die Satzungen der Kreissparkasse Stormarn		
Aus den Akten konnte folgendes entnommen werden:		
Bezeichnung	beschlossen	in Kraft getreten
Erste Satzung	22. 11. 1912	1. 1. 1913
Nachtrag	17. 2. 1919	
Nachtrag	8. 7. 1919	
Nachtrag	6. 6. 1924	
Für die Zeit von 1924 - 1932 sind Unterlagen nicht zu finden, obwohl angenommen wird, daß etwa im Jahr 1926 eine neue Satzung erlassen und auch bei der Kreissparkasse Stormarn eingeführt worden ist.		
neue Satzung	26. 9. 1932	14. 10. 1932
Nachtrag	29. 8. 1933	
Nachtrag	15. 8. 1934	
Nachtrag	9. 2. 1935	
Nachtrag	6. 10. 1936	
Änderung durch Verordnung vom	30. 10. 1937	
Nachtrag	15. 9. 1939	
Nachtrag	8. 11. 1939	
Nachtrag	14. 1. 1940	
neue Satzung (angeordnet)	14. 7. 1944	1. 7. 1944
Nachtrag	6. 5. 1947	
Nachtrag	11. 1. 1949	
Nachtrag	11. 7. 1949	
Änderung durch Verordnung vom	3. 5. 1950	
Nachtrag	18. 5. 1951	
Änderung durch Verordnung vom	12. 6. 1951	
Nachtrag	21. 10. 1952	
Nachtrag	26. 5. 1955	
Nachtrag	6. 9. 1955	
Nachtrag	25. 10. 1955	
Nachtrag	28. 29. 3. 1957	
vorläufige Satzung	6. 10. 1958	1. 10. 1958
Änderung	12. 6. 1959	
neue Satzung	24. 6. 1960	7. 10. 1960
Nachtrag	12. 7. 1963	
Nachtrag	23. 10. 1964	
Herrn Direktor Vorhaben, unter Bezugnahme auf den Aktenvermerk vom 3. Oktober 1967 vorgelegt.		

16.11.67



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

